

Antisemitismus als Problem und Symbol

Phänomene und
Interventionen in Berlin

Michael Kohlstruck
Peter Ullrich

Antisemitismus als Problem und Symbol

Phänomene und
Interventionen in Berlin

Michael Kohlstruck und Peter Ullrich

unter Mitarbeit von Franziska Paul und Jakob Quentin



Inhaltsverzeichnis

Impressum:

Berliner Forum
Gewaltprävention

Das BFG erscheint
unregelmäßig.

Es wendet sich an Mitarbei-
terinnen und Mitarbeiter von
Institutionen, Verwaltungen,
Verbänden und an die inte-
ressierte Öffentlichkeit als
Forum zur Diskussion und
Information über Prävention.

Herausgeberin:
Landeskommission Berlin
gegen Gewalt

Vorsitzender:
Andreas Statzkowski
Staatssekretär für Sport und
Verwaltung
Senatsverwaltung für Inneres
und Sport

Klosterstr. 47,
10179 Berlin-Mitte

Telefon: (030) 90223 - 2913
Fax: (030) 90223 - 2921

E-Mail:
berlin-gegen-gewalt@
seninnsport.berlin.de

Internet:
www.berlin.de/gegen-gewalt

Vorwort Staatssekretär für Sport und Verwaltung	8
Vorwort Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung	10
Vorbemerkung und Dank	11
Zusammenfassung	12
Summary	14
1 Einleitung	16
2 Theoretischer Rahmen und Hintergründe	18
2.1 Antisemitismus: Begriffe und Erscheinungen	18
2.2 Antisemitismus in der öffentlichen Kommunikation	20
2.3 Interventionen gegen Antisemitismus – rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen	23
2.3.1 Polizei, Justiz und Verfassungsschutz	24
2.3.2 Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus	25
2.4 Berlin als Untersuchungsfeld	26
3 Design und Methoden	28
4 Erfassung von Antisemitismus: Herangehensweisen und Befunde	30
4.1 Polizeiliche Deliktstatistiken	30
4.1.1 Hellfeld-Dunkelfeld-Problematik	32
4.1.2 Beschränkung auf Zähldelikte	32
4.1.3 Problem der Motivklärung	33
4.1.4 Zuordnungspraxis	33
4.2 Antisemitismus-Monitoring: Register und Chroniken	35
4.2.1 Registerstellen	35

Redaktion:
Cornelia Haase
Karin Hautmann,
Dr. Carolin Quenzer
Ute Violet

Autor/innen:
Dr. Michael Kohlstruck
Dr. Dr. Peter Ullrich
Franziska Paul
Jakob Quentin

Nachdrucke sind nur mit
Quellenangabe gestattet und
bedürfen der Zustimmung
der Autorin oder des Autors.
ISSN 1617 - 0253

V.i.S.d.P.:
Ute Violet

Nr. 52 - 2014
15. Jahrgang

Druckauflage:
1.500 Exemplare

Gestaltung:
Greggor Diessner

Druck:
MOTIV OFFSET
Druckerei

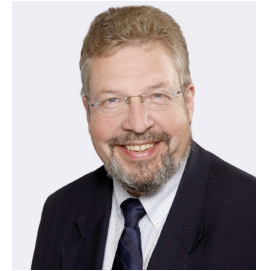


4.2.2	Chronik antisemitischer Angriffe (ReachOut)	36
4.2.3	Berichte des Verfassungsschutzes	37
4.2.4	Chronik der Antisemitismus-AG des Vereins Demokratische Kultur e.V.	38
4.2.5	Vorfallsverzeichnis der Schulverwaltung	39
4.2.6	Gesamteinschätzung des Antisemitismusmonitorings	39
4.3	Blicke ins „Milljöh“ – Expert/innenperspektiven im Feld	40
4.4	Perspektiven jüdischer Organisationen	42
4.5	Zusammenfassung	44
5	Sichtweisen auf Antisemitismus: Bewertungen, Konzepte und Kontexte	45
5.1	Globaleinschätzungen	45
5.2	Unsicherheiten mit Antisemitismus-Konzepten	47
5.2.1	Schwierigkeiten der Definition von Antisemitismus	47
5.2.2	Exzeptionalismus des Antisemitismus	52
5.3	Kontextualisierungen: Anschlussdiskurse, Trägergruppen und Zeitbezüge	53
5.4	Entgrenzende Verwendung des Antisemitismuskonzepts	56
6	Auseinandersetzungen mit Antisemitismus	57
6.1	Anti-antisemitischer Diskurs	57
6.1.1	Öffentliche Stellungnahmen	57
6.1.2	Mobilisierung	58
6.1.3	Lobbyarbeit	58
6.2	Beratung	58

6.3	Bildungsangebote in Schule, Jugendhilfe und Multiplikator/innen-Fortbildung	59
6.3.1	Träger, Angebote, Zielgruppen und Formate	59
6.3.2	Fortbildungen und ihre Adressat/innen	60
6.3.3	Themenaufgeschlossenheit bei Lehrkräften	61
6.3.4	Jugendbildungsarbeit: Adressaten, Konzeptionen, Inhalte	62
6.3.5	Methoden in der Jugendbildungsarbeit	66
7	Arbeitsbedingungen der Akteure	
7.1	Akteurstypen und Rechtsformen	72
7.2	Arbeitsbedingungen schwach institutionalisierter Akteure	72
7.2.1	Beschäftigungsverhältnisse	73
7.2.2	Ausstattung	74
7.3	Netzwerke, Kompetenz- und Wissenstransfer	74
7.4	Fortbildungen für Bildungsträger	75
7.5	Inhaltliche Akzentsetzungen durch staatliche Förderprogramme	76
7.6	Probleme, Wünsche und Bedarfe	77
7.7	Resümee	77
8	Zusammenfassung und Diskussion	79
8.1	Einschätzung zum Antisemitismus in Berlin – Wissensstand und Bedingungsfaktoren	80
8.2	Auseinandersetzungen mit Antisemitismus	82
8.2.1	Analytische Rekonstruktion der Bildungspraxis	83
8.2.2	Situations- und Zielgruppenrelevanz	83

8.3	Antisemitismuskurs und Bildungsarbeit	84
8.4	Exkurs: Antisemitische Phänomene unter jungen Muslimen	85
8.4.1	Umfrageforschung	86
8.4.2	Qualitative Forschungen	88
8.4.3	Hauptbefunde	89
8.4.4	Praktische Empfehlung	89
8.5	Handlungsempfehlungen	90
8.5.1	Empfehlungen zur Kommunikation über Antisemitismus	91
8.5.2	Empfehlungen zur Bildungsarbeit zum Thema Antisemitismus	92
8.6	Forschungsbedarfe	93
9	Anhang	95
	Abkürzungsverzeichnis	95
	Literatur	97
	Anlaufstellen zum Thema Antisemitismus in Berlin	106
	Materialien für die Bildungsarbeit	126
	Verzeichnis der Tabellen	135
	Abbildungsverzeichnis	135
	Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt	136

Vorwort



Liebe Leserin, lieber Leser,

ich freue mich außerordentlich, Ihnen die 52. Veröffentlichung des Berliner Forums für Gewaltprävention vorstellen zu können, dessen Inhalt vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin erarbeitet wurde.

Antisemitismus ist ein vielschichtiges und komplexes Phänomen mit unterschiedlichsten Erscheinungsformen, dem das Land Berlin entschieden entgegentritt. In den vergangenen Jahren wurde das Thema häufig diskutiert und durch gezielte Maßnahmen umfangreiche Aufklärung betrieben.

Mit diesem Forschungsbericht wird jedoch erstmals ein umfassendes Bild skizziert, welches die Ausprägungen und Erscheinungsformen in Berlin in den Jahren von 2010 bis 2013 darstellt, deren Ursachen erforscht und Empfehlungen über mögliche Ansatzpunkte für die Bildung, Beratung und Aufklärung aufzeigt.

Der vorliegende Forschungsbericht ist demzufolge für alle Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker, lokalen Akteurinnen und Akteure, pädagogischen Mitarbeiterinnen und –Mitarbeiter, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Angehörige, Institutionen, Vereine, Organisationen in Beruf und Freizeit sowie Medienvertreterinnen und Medienvertreter, die einen aktiven Beitrag gegen Antisemitismus leisten möchten. Der Bericht soll über die Vielfalt antisemitischer Dynamiken in Berlin informieren und Sie alle darin unterstützen, sich noch entschlossener gegen jegliche Form des Antisemitismus einzusetzen.

Der Berliner Senat fördert jährlich nahezu 40 Berliner Projekte, die sich mit menschenfeindlichen Einstellungen und Rechtsextremismus in allen Erscheinungsformen auseinandersetzen. Im Rahmen der „Landeskonzeption für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ und dem damit verbundenen „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ wird in Berlin in verschiedenen Themenfeldern und für unterschiedliche Zielgruppen den rechtsextremen Phänomenen entgegengewirkt.

Exemplarisch möchte ich an dieser Stelle folgende Organisationen und Projekte nennen: Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus des Vereins für Demokratische Kultur – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V., ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus des Vereins ARIBA e.V., das Mobile Beratungsteam Ostkreuz der Stiftung SPI, das Anne-Frank-Zentrum Berlin, das Projekt Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage der Aktion Courage e. V. sowie das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin, ein Projekt unter der Trägerschaft des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg.

Besonders erwähnenswert sind ferner das Berliner Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, das ein zentrales Vernetzungs- und Kooperationsgremium für Expertinnen und Experten darstellt, die professionell im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in der Beratungs- und Projektarbeit tätig sind sowie der Berliner Ratschlag für Demokratie, der von Berliner Persönlichkeiten gegründet wurde, die sich für eine nachhaltige Kultur des Respekts und der Vielfalt in unserer Gesellschaft einsetzen.

Es ist mein Interesse, alle politischen, sozialen und gesellschaftlichen Kräfte für ein demokratisches Miteinander in dieser Stadt zu aktivieren. Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt unterstützt und begleitet diese Aktivitäten in vielfältiger Weise.

Für Ihren ganz persönlichen Einsatz wünsche ich Ihnen viel Erfolg.



Andreas Statzkowski

Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt
Staatssekretär für Sport und Verwaltung

Vorwort



Auf den ersten Blick sind die beiden Autoren dieser Studie nicht zu beneiden: Während sie im Sommer 2014 an ihren Schreibtischen damit beschäftigt sind, das nun vorliegende Manuskript fertigzustellen, wird quasi vor ihren Augen auf den Berliner Straßen das Stück neu aufgeführt, das sie gerade facetten- wie perspektivenreich beschreiben: Eine Welle von Antisemitismus bislang ungeahnten Ausmaßes rollt durch deutsche Städte, sagen die einen. Falsch, meinen andere, dies sei doch lediglich das sommerlich-maskuline Austoben bekannter, vorwiegend anti-israelischer Ressentiments. Man analysiert und streitet im Fernsehen und Feuilleton, grenzt sich ab, schließt aus und vereint sich schließlich zu einer Großkundgebung gegen Antisemitismus am Brandenburger Tor, die eher an einen Staatsakt erinnert als an eine Demonstration.

Auf den zweiten Blick, oder besser: nach intensiver Lektüre ist es jedoch genau umgekehrt: die Ereignisse des Berliner Sommers bestätigen die Ergebnisse dieser Studie bis ins Detail, und damit letztlich die Qualität der Arbeit, die Sorgfalt von Recherche und Interpretation. Ohne den Ergebnissen im Einzelnen vorgreifen zu wollen, ist es doch keine Überraschung, dass sowohl in der Perspektive der hier zu Wort kommenden Berliner Akteure als auch in den Diskussionen der vergangenen Wochen ganz bestimmte Menschen im Zentrum stehen, wenn es um aktuellen Antisemitismus geht: Junge Männer, die entweder über ethnische („mit Migrationshintergrund“) oder religiöse („Muslime“) Zuschreibungen zu einer vermeintlich homogenen „Trägergruppe“ formiert werden. Interessant wird es dann, wenn man dieses Ergebnis mit anderen Aussagen in Beziehung setzt: Etwa mit der Polizeistatistik, die antisemitische Delikte in beeindruckend großer Mehrheit dem (nicht migrantischen) rechtsextremen Spektrum zuordnet. Oder mit den Erfahrungen von Mitarbeitern etablierter Bildungseinrichtungen wie Museen oder Gedenkstätten, die antisemitische Äußerungen von Besucher/innen im reifen Alter konstatieren - was im Übrigen mit dem in der Geschichte der Bundesrepublik in regelmäßigen Abständen thematisierten „Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft“ korrelieren würde.

Die vorliegende Untersuchung macht also deutlich, in welch hohem Maße die Erfahrung, Einschätzung und Ursachenanalyse all jener Phänomene, die unter dem Oberbegriff „Antisemitismus“ verhandelt werden, vom jeweiligen institutionellen, politischen, diskursiven, kurz: sozialen Kontext derjenigen geformt ist, die damit in ihrem beruflichen wie privaten Alltag konfrontiert sind und die für diese Studie interviewt wurden: Polizist/innen und Verfassungsschützer/innen, Pädagog/innen und Aktivist/innen sowie, last but not at all least, Jüdinnen und Juden in Berlin. Dies allerdings gilt auch für „die großen Abwesenden“ unter den hier Interviewten: die Wissenschaftler/innen und Journalist/innen, die die regelmäßig aufflammenden Debatten maßgeblich mitbestimmen und mit ihren unterschiedlichen, ja manchmal entgegengesetzten Einschätzungen sicher zur pluralen Debattenkultur dieses Landes beitragen, aber bei vielen Leser/innen oder Hörer/innen eher zu einem allgemeinen Gefühl der Verwirrtheit. Insofern wäre eine Untersuchung wünschenswert, die auch die Akteure in Wissenschaft und Medien in den Blick nimmt, die eben nicht jenseits oder gar über den Niederungen der sozialen und politischen Realität stehen, so sehr die Rede von „wissenschaftlicher Objektivität“ oder „unparteiischer Berichterstattung“ dies auch suggerieren mag.

Spätestens an diesem Punkt wird klar, dass die Ergebnisse von Michael Kohlstruck und Peter Ullrich in ihrer grundsätzlichen Bedeutung weit über Berlin hinausreichen. Aber bevor wir uns nun an die Planung großangelegter, möglichst internationaler Vergleichsstudien machen, wünsche ich mir und uns anregende, kontroverse und vielleicht sogar weiterführende Diskussionen in dieser Stadt und vor allem mit all jenen Akteuren, die durch ihre Bereitschaft zum Interview diese Arbeit erst möglich gemacht haben. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

S. Schüler-Springorum

Stefanie Schüler-Springorum

Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin

Vorbemerkung und Dank

Das Forschungsprojekt „Antisemitismus in Berlin 2010-2013“ wurde von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt gefördert. Die Projektleitung lag bei Prof. Dr. Werner Bergmann. Ein Projektbeirat mit Vertreter/innen unterschiedlicher Fachrichtungen und aus der Verwaltung hat das Projekt begleitet. Der Beirat hat einmal zu Beginn und einmal gegen Ende des Forschungsprojektes getagt sowie einen Entwurf des Berichtes diskutiert. Als Mitglieder des Beirats haben das Projekt begleitet:

Dipl.-Politologin Ute Vialet, Regierungsdirektorin, Leiterin der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin (Vertretung: Christine Burck, Dipl.-Verwaltungswirtin, Erste Kriminalhauptkommissarin, Karin Hautmann, M.A., Dipl.-Sozialpädagogin).

PD Dr. Heike Walk, TU Berlin, Zentrum für Technik und Gesellschaft (ZTG), Geschäftsführerin des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (i.G.).

Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, FB Polizei und Sicherheitsmanagement, Professur für Politikwissenschaft.

Dr. sc. Eckhard Priller, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Leiter der Projektgruppe Zivilengagement.

Prof. Dr. Wilfried Schubarth, Universität Potsdam, Department Erziehungswissenschaften, Professur für Erziehungs- und Sozialisationstheorie.

Für Kommentare zum Entwurf des Berichts danken wir dem Beirat, den Mitarbeiterinnen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt sowie Dr. Rainer Erb und Dr. Dilek Güven.

Dank geht auch an Marianne Henry für das Anfertigen von Transkriptionen, an Robin Kendon für die Übersetzung des Abstracts und nicht zuletzt an die studentischen Mitarbeiter/innen und Praktikant/innen Sebastian Bähr, Randi Becker, Ramona Huber, Carl-Eric Linsler, Clemens Jakob Poldrack und Ida Luise Wittenberg für ihre Mitarbeit. Bei den befragten Expert/innen bedanken wir uns für ihre Bereitschaft zu Interviews und beim Landeskriminalamt Berlin für die freundliche Bereitschaft, anforderungsspezifizierte Datenzusammenstellungen zur Verfügung zu stellen.

Zusammenfassung

Ausgangspunkt der Untersuchung war der Eindruck, dass die Einschätzungen von Art und Ausmaß aktueller antisemitischer Phänomene in Berlin uneinheitlich ausfallen: Es finden sich ebenso skandalisierende wie auch neutralisierende Bewertungen. Wie erklären sich derartige Unterschiede? Wer beobachtet das Ausmaß von Antisemitismus und mit welchen Instrumentarien wird dabei gearbeitet? Weitere Fragen kamen hinzu: Welche Konzepte von Antisemitismus liegen den Lageeinschätzungen zugrunde? In Berlin existieren viele Freie Träger und NGOs, die Bildungsarbeit zum Thema Antisemitismus anbieten. Unter welchen institutionellen, organisatorischen und förderungspolitischen Rahmenbedingungen erfolgt diese Arbeit? Wen erreichen diese Angebote und wie wird die Auseinandersetzung mit Antisemitismus pädagogisch ausgestaltet? Was sollte dabei künftig berücksichtigt werden?

Bei der Beantwortung dieser Fragen werden zwei zentrale Aspekte in Rechnung gestellt: Es gibt, erstens, antisemitische Erscheinungen – von Vorurteilen über sprachliche Äußerungen bis hin zu strafbaren Handlungen. Konstitutiv für antisemitische Phänomene sind die Ebenen von Welterklärung und praktischer Diskriminierung, wobei das Verhältnis von Ideologie und Praxis jeweils unterschiedlich ausfallen kann. Die Thematisierung von aktuellen antisemitischen Phänomenen erfolgt, zweitens, vor dem Hintergrund des historischen Genozids an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland heute unter der Geltung der staats- und gesellschaftspolitisch institutionalisierten Norm des Anti-Antisemitismus. Antisemitismus ist deshalb angemessen nur in der Doppelperspektive auf Problem und Symbol zu betrachten.

Der hohe Symbolwert des Anti-Antisemitismus für das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik wird deutlich in der besonderen Aufmerksamkeit gegenüber antisemitischen Phänomenen und des mit ihnen assoziierten hohen Gefahrenmoments (Exzeptionalismus). Verbunden ist dies häufig mit einem vereinheitlichenden Sprachgebrauch: Antisemitische Phänomene, die sich hinsichtlich der Akteure, der Formen, der Kontexte und nicht zuletzt auch des strafrechtlichen Gewichts und des moralischen Unwerts hochgradig unterscheiden, werden als Erscheinungsformen „des Antisemitismus“, also eines in sich vermeintlich einheitlichen Problems interpretiert (Unifizierung).

Untersucht wurden drei Gruppen von Akteuren: staatliche Akteure, jüdische Organisationen und Freie Träger bzw. NGOs mit Bildungsangeboten, die sich zwischen 2010 und 2013 in Berlin in besonderer Weise mit dem Thema Antisemitismus befasst haben. Über Expert/inneninterviews und die Auswertung von publizierten Dokumenten wurden 33 Akteure genauer untersucht. Ergebnisse werden für vier Bereiche vorgelegt:

Die *Beobachtung von Antisemitismus* erfolgt durch Innenbehörden und zivilgesellschaftliche Kräfte. Von keinem der Akteure kann ein vollständiges Bild antisemitischer Phänomene vorgelegt werden: Dies geht teils auf die verwendeten Antisemitismus-Konzepte zurück, teils auf uneinheitliche Erfassungskriterien, auf Unterschiede in den Beobachtungsfeldern und schließlich auf Unwägbarkeiten in der Praxis. Während die Innenbehörden in der Erfassung und Bewertung antisemitischer Ereignisse an relativ enge gesetzliche Vorgaben gebunden sind, beziehen gesellschaftliche Träger auch „weichere“ Phänomene ein, die sich naturgemäß schwerer objektivieren lassen. Über das Ausmaß von Antisemitismus und dominante Trägergruppen lassen sich deshalb nur mit großen Einschränkungen verbindliche Aussagen treffen. Eine Systematisierung von Erfassungskriterien der zivilgesellschaftlichen Akteure sowie weitere Forschung ist daher wünschenswert.

Die Untersuchung bestätigt den Ausgangseindruck, dass sich im Akteursfeld das Spektrum der maßgeblichen *Konzepte, Bewertungen und Kontextualisierungen des Antisemitismus* zwischen den beiden Polen von pessimistischen und abwägenden Positionen entfaltet. Summarisch-abstrahierenden Bewertungen stehen kontextualisierende und konkretisierende Beschreibungen und Erklärungsversuche antisemitischer Phänomene gegenüber. Typisch für viele Bildungsanbieter sind Unsicherheiten in der begrifflichen Bestimmung von Antisemitismus bis hin zum Fehlen expliziter Definitionen. Gleichwohl wird häufig eine Sonderstellung des Antisemitismus gegenüber anderen Formen von Rassismus betont. In den Widersprüchen und argumentativen Leerstellen dokumentiert sich der exzeptionelle Rang des Themas und damit die dominante Prägung durch eine Kultur historischen Erinnerns.

Die *Auseinandersetzungen mit Antisemitismus* erfolgt in fünf Bereichen: Neben Beobachtung/Dokumentation und Strafverfolgung stehen der öffentliche anti-antisemitische Diskurs, Beratungsangebote und Bildungsarbeit. Ein Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf Bildungsmaßnahmen für junge Leute, die in Kooperationen zwischen freien Trägern/NGOs und Schulen sowie Einrichtungen der Jugendhilfe durchgeführt werden. Hinsichtlich der konzeptionellen Anlage der Bildungsangebote lässt sich ein Typ indirekter, kontextualisierender Befassung mit Antisemitismus vom Typ einer direkten, abstrakten Behandlung unterscheiden. Problematisiert werden Methoden, die in Spannung zum Kern des Ausgangsproblems Antisemitismus stehen oder die vorliegende Erfahrungen nur partiell rezipieren.

Die *Rahmenbedingungen* für die Arbeit der Freien Träger sind in hohem Maße von den Förderprogrammen des Landes und des Bundes geprägt. Hier besteht seit längerer Zeit der Widerspruch zwischen der faktischen Institutionalisierung von schulergänzenden Bildungsangeboten durch freie Träger/NGOs und einer nur temporären Absicherung ihrer Leistungen. Damit wird die Kontinuität praktischer Kompetenzen gefährdet und ein Sektor mit prekären Beschäftigungsbedingungen geschaffen.

Die generellen *Empfehlungen* ziehen Konsequenzen aus den Analysen des Diskurses über Antisemitismus und plädieren für einen reflektierten Sprachgebrauch, konkrete Gefahreneinschätzungen antisemitischer Phänomene sowie eine selbstreflexive Perspektive aller Diskursteilnehmer/innen. Für die künftige Bildungsarbeit wird empfohlen, die konzeptionelle und methodische Ausrichtung der Arbeit in noch stärkerem Maß auf die jeweiligen Zielgruppen und deren Fragen abzustimmen und damit die Behandlung des Antisemitismusthemas zunehmend vom politisch-symbolischen Diskurs zu entkoppeln. Der Exkurs zu Untersuchungen von Antisemitismus bei jungen Muslimen auf Bundesebene mündet in die Empfehlung, Förderprogramme auf eine generelle, bevölkerungsweite Unterstützung von Informations- und Orientierungsbedarfen auszurichten, um Gruppenstigmatisierungen zu vermeiden.

Der *Serviceteil* enthält Übersichten über die Akteure, die in der aktuellen Auseinandersetzung mit Antisemitismus aktiv sind, und ein Verzeichnis von neueren Medien für die Bildungsarbeit.

Summary

The starting point of the study was the impression that estimates of both the kind and the extent of current anti-Semitic phenomena in Berlin vary considerably. Both scandalising and neutralising assessments can be found. How can such differences be best explained? Who is monitoring the extent of anti-Semitism and what methods are being used? Additional questions were raised: which concepts of anti-Semitism form the basis of the assessments? In Berlin many associations and NGOs carry out educational work on anti-Semitism: what are the institutional, organisational and finance-political frameworks for this work? Who is reached by their work and what educational concepts for dealing with anti-Semitism are used? What should be taken into account in future work?

To answer these questions two central aspects are taken into account: Firstly, anti-Semitic phenomena do exist - ranging from prejudice through verbal utterances to criminal acts. Anti-Semitic phenomena are comprised of two elements: theoretical world view and practical discrimination, whereby the ratio of ideology and practice can vary considerably. Secondly, the discussion of current anti-Semitic phenomena takes place today against the backdrop of the historic genocide of the Jews by Nazi Germany and within the framework of the stately and socio-politically institutionalised norm of anti-anti-Semitism. Anti-Semitism can therefore only adequately be considered by viewing it as both problem *and* symbol.

The high symbolic value of anti-anti-Semitism for the political self-understanding of the Federal Republic can clearly be seen in the special attention given to anti-Semitic phenomena and the high level of threat assigned to them (exceptionalism). This is often accompanied by unifying language usage: anti-Semitic phenomena that vary greatly in terms of their perpetrators, forms, contexts and not least in terms of criminal severity and moral threat, are *all* interpreted as being appearances of “anti-Semitism“, that is, of one supposedly uniform problem (unification).

Three groups of actors were examined: state authorities and institutions, Jewish organisations, and associations or NGOs with educational projects, all of whom dealt particularly with the issue of anti-Semitism between 2010 and 2013 in Berlin. Expert interviews and the analysis of published documents were used to examine 33 actors in detail.

The report presents results for four areas: the *observation of anti-Semitism* is carried out by Berlin State authorities and civil society groups. None of these is able to submit a complete picture of anti-Semitic phenomena. This is partly due to the concepts of anti-Semitism used, partly to non-uniform description criteria, but also to differences in the fields observed and many uncertainties in practice. While state authorities are bound by relatively narrow legal requirements in the detection and assessment of anti-Semitic incidents, civil society organizations also include “softer” phenomena, which by nature are harder to classify. Reliable statements about the extent of anti-Semitism and which are the dominant groups of perpetrators are therefore subject to severe limitations. A systematisation of civil society observers’ detection criteria is therefore desirable, as is further research.

The investigation confirmed the initial impression that amongst the protagonists working in the field the spectrum of defining *concepts, assessments and contextualisations of anti-Semitism* varies between more pessimistic and more balanced positions. Summarised, abstract assessments on the one hand are complemented by contextualising and substantiating descriptions and attempts to explain anti-Semitic phenomena on the other. Typical of many educational providers is uncertainty in the conceptual definition of anti-Semitism, including the absence of explicit definitions. At the same time it is often stressed that anti-Semitism occupies a special position over other forms of racism. The contradictions and argumentative voids reveal the exceptional status of the subject and how a culture of historical remembrance has left its mark.

The *approaches to dealing with anti-Semitism* take place in five areas. These are, in addition to observation / documentation and criminal prosecution: public anti-anti-Semitic discourse, advice/support work, and education. One major focus of the investigation is on educational projects for young people carried out in the form of cooperation between NGOs, schools and youth support service institutions. The conceptual approaches of the education projects dealing with anti-Semitism can be divided into indirect, contextualising approaches and direct, abstract treatments. Methods that depart from the core of the actual problem of anti-Semitism or only partially draw on known experience are discussed critically.

The *framework* for the work of the NGOs is determined to a great extent by the financial programmes of the state and federal governments. For a long time there has been a contradiction between the de facto institutionalisation of the NGOs' extra-curricular education provisions and the lack of secure funding. This places the continuity of practical skills at risk and has resulted in a sector with precarious employment conditions.

The general *recommendations* given in the report draw conclusions from the analyses of the discourse about anti-Semitism and call for awareness in the use of language, real assessments of the danger of anti-Semitic phenomena as well as a self-critical approach by all discourse participants. The authors further recommend that the conceptual and methodological orientation of education projects to anti-Semitism be improved in future so as to better target the participant groups and their issues, and thus increasingly decouple the educational treatment of anti-Semitism from the political-symbolic debate. The digression on studies of anti-Semitism among young Muslims leads to the recommendation that financial programmes be aligned towards the general needs for information and orientation of the population as a whole in order to avoid stigmatising specific groups.

The *service section* contains an overview of organisations and institutions currently active on anti-Semitism and a directory of recent media for educational work.

1 Einleitung

Berlin ist bekannt für seine „Spätis“, kleine Läden, die auch abends und am Wochenende Getränke, Snacks, Zeitungen und vieles andere verkaufen. Vor kurzem trug sich in einem solchen „Späti“ folgende Szene zu: Ein offensichtlich angetrunkener und leicht verletzter Mann, betritt „Union, Union, Union“ (Berliner Fußballverein) rufend den Laden. Er fragt den vietnamesischen Verkäufer im aggressiven Tonfall, ob dieser „eine Krankenschwester in der Familie“ habe. Anschließend dreht er sich zu einem weiteren Kunden, stößt diesen an und fragt „Willst du mir helfen oder bist du ein Jude?“. Der Angesprochene nimmt etwas Abstand gegen die körperliche Übergriffigkeit ein, verbittet sich solche Redeweisen und bekommt zur Antwort „Scheiß Israel“.¹

Wie in einem Brennglas verdichtet sich in dieser Geschichte, was auch Ausgang der vorliegenden Studie ist. Distanzierungen, Vorbehalte bis hin zu Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden gehören in dieser Stadt, wie in anderen auch, zum Alltag. Dies verbindet sich mit verschiedenen anderen Problematiken. In der Form beispielsweise mit körperlicher Gewalt und Männlichkeitsinszenierungen im Fußballfanmilieu, inhaltlich mit abwertenden Stereotypen (Juden würden nicht helfen) und dem Nahostkonflikt („Scheiß Israel“), aber möglicherweise auch mit anderem Rassismus. Zugleich gibt es auch Abwehrverhalten (die Zurückweisung). *Jüdinnen und Juden* waren bei dieser Szene gar nicht anwesend, auch kein anderer ersichtlicher Bezug zum Judentum. Anhand dieser Geschichte lassen sich also viele Fragen stellen. Was verbindet dieser Mann mit Jüdinnen und Juden? Woher kommt seine aggressive Ablehnung? Ist sie Ausdruck eines antisemitischen Weltbildes oder Teil eines allgemeineren Rassismus, eine Provokationsstrategie oder der vermeintlich erfolversprechende Versuch eines situativen Bündnisses „unter Männern“? Welche Gefahr geht von der Person aus? Folgt aus der feindseligen Einstellung womöglich die Neigung zu tätlichen An- oder Übergriffen? Was bedeutet dies für die möglichen Opfer und Angehörige ihrer Gruppe, also Jüdinnen und Juden selbst? Welche Zustimmung oder Ablehnung erfährt eine solche Positionierung in der Gesellschaft?

Wir können die Fragen für diese konkrete Person nicht beantworten. Aber auch das ist wiederum typisch. Denn es besteht unter Akteuren, die sich mit der Thematik Antisemitismus befassen, über viele Teilfragen kaum Einigkeit. Es existieren vielmehr sehr unterschiedliche Auffassungen bezüglich des Charakters des Antisemitismus (Was gilt als Antisemitismus und was nicht?), zum quantitativen Umfang von antisemitischen Phänomenen, ihrer qualitativen (politischen, moralischen usw.) Bewertung und zu den angemessenen Strategien ihrer Abwehr. Dieser *Diskurs über Antisemitismus* ist vielfach präsent: in Skandalisierungen von Vorfällen oder der Präsentation und Diskussion von Umfragebefunden, in Gedenkveranstaltungen oder einer Vielzahl pädagogischer Programme. Das zeigt, dass Antisemitismus doppelt relevant ist: als reales Phänomen von Distanz oder Gruppenfeindschaft und als Gegenstand immer wieder aufbrechender Deutungskonflikte (Bergmann 1997), die oft massenmedial ausgetragen werden und für tiefgreifende Unsicherheiten und Ambivalenzen der politischen Kultur der Bundesrepublik stehen, welche insbesondere mit der Erinnerung an den nationalsozialistischen Judenmord zusammenhängen, aber auch von anderen Themen, wie der Rezeption des Nahostkonflikts, überlagert werden.

Die Deutungskonflikte um Antisemitismus, der Schweregrad von Antisemitismusvorwürfen und die Uneinigkeit in Öffentlichkeit und Wissenschaft in Definitionsfragen führen zu einer Situation der Unsicherheit. Nicht zuletzt im pädagogischen Feld Tätige stehen hier vor einer großen Herausforderung. Sie stehen unter der Erwartung der Behandlung des moralisch aufgeladenen Themenkomplexes und des Abbaus von Antisemitismus und sind – wie andere Zeitgenoss/innen – zugleich häufig in ihren eigenen Orientierungen verunsichert.

1 Erinnerungprotokoll, 30.4.2014.

Hier setzt die vorliegende Studie an. Eine Möglichkeit zur Verringerung von Unsicherheit besteht in der Schaffung von Transparenz. Welches Wissen über Vorkommen und Erscheinungsweisen von Judenfeindschaft in Berlin gibt es eigentlich? Wo bestehen Wissenslücken, wo gibt es Differenzen in der Lageeinschätzung? Was ist eigentlich jeweils gemeint, wenn von „Antisemitismus“ die Rede ist? Wie wird Antisemitismus wahrgenommen und thematisiert? Wie reagieren Betroffene, wie die vornehmlich aus Förderprogrammen finanzierten freien Träger und wie die für die Innere Sicherheit zuständigen Behörden?

Die Studie soll also das fragmentarische Wissen zusammentragen, welches wir über Antisemitismus in Berlin haben (Kapitel 4). Es ist einerseits bekannt, dass insbesondere wissenschaftliche, also methodisch kontrollierte Erkenntnisse, nur sehr begrenzt vorhanden sind. Deswegen soll andererseits immer auch eine Metaperspektive eingenommen werden. Es geht – auf Basis einer Akteursanalyse – um die Erhellung der Hintergründe unterschiedlicher Einschätzungen. Dabei zeigt sich, dass eine Vielzahl von Faktoren, darunter politische, konzeptuelle, organisationssoziologische und förderrechtliche, Einfluss auf kursierende Problemsichten und Thematisierungsweisen hat. Die Offenlegung und kritische Reflexion darüber, wie und warum bestimmte Einschätzungen und Erklärungen von Antisemitismus zustande kommen, ermöglichen ein Verstehen der sich teilweise direkt widersprechenden Befunde und stellen die Basis für einen differenzierten, bewussteren und sichereren Umgang mit der Thematik dar. Insbesondere den unterschiedlichen Antisemitismuskonzepten und ihren jeweiligen diskursiven Bezugnahmen soll Aufmerksamkeit geschenkt werden (Kapitel 5). Außerdem wird gefragt, welche Antworten, insbesondere pädagogischer Art, auf Antisemitismus erfolgen (Kapitel 6). Hier geht es um die Verdeutlichung von Erfahrungen mit bestehenden Strategien und Konzepten, die Gegenstand öffentlich finanzierter Förderung durch verschiedene Bundes- und Landesprogramme sind. Kapitel 7 schließlich analysiert die Rahmenbedingungen der Arbeit, der großen Behörden und Bildungsinstitutionen einerseits und der kleinen, oft unter relativ prekären Bedingungen agierenden zivilgesellschaftlichen Träger auf der anderen Seite. Die Einzelbefunde werden schließlich im 8. Kapitel zu einer Deutung zusammengeführt, die die Einschätzungen zu Ausmaß und Bedeutung von Antisemitismus in Berlin zusammenfasst und in einer wissenssoziologischen Modellierung die konzeptionellen Logiken, die praktischen Handlungserwartungen und die Rahmenbedingungen verdeutlicht, die zu den divergierenden Einschätzungen und Antworten führen.

Die Studie verfolgt insgesamt das Ziel, mit einer sachlichen Darstellung der verschiedenen Einschätzungen und Konzepte eine Orientierungsbasis, nicht zuletzt für Multiplikator/innen zu schaffen, um situationsangemessene Handlungssicherheit zu erhöhen. Ergänzt wird dies durch Handlungsempfehlungen, identifizierte Forschungsbedarfe und einen Serviceteil. Dieser besteht aus einer Übersicht der Organisationen und Institutionen, die sich in Berlin mit dem Themenfeld Antisemitismus befassen und ihrer jeweiligen Angebote: Beratung, Recherche/Dokumentation, Bildungsangebote. Der zweite Teil des Serviceteils umfasst Materialien für die Bildungsarbeit.

2 Theoretischer Rahmen und Hintergründe

Vier wesentliche Rahmenbedingungen sind für die vorliegende Studie charakteristisch. Erstens: Die Untersuchung findet vor dem Hintergrund einer extensiven Auseinandersetzung mit Antisemitismus in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen statt (2.1). Zweitens: Antisemitismus hat als generalisiertes negatives politisches Symbol eine hohe Bedeutung für die heutige politische Kultur der Bundesrepublik und ist auch deshalb Gegenstand vielfältiger politischer Auseinandersetzungen und Metathematisierungen (2.2). Drittens: Für die Abwehr von Antisemitismus gibt es strukturelle Rahmenbedingungen, die für die im Feld konkret tätigen Akteure handlungsprägend sind. Dies sind zum einen die Strafverfolgung durch Polizei und Justiz auf Basis des Strafrechts; sie wird ergänzt durch geheimdienstliche Beobachtung des Feldes. Zum anderen begründen insbesondere verschiedene Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene einen Handlungsrahmen für zivilgesellschaftliche Organisationen, die neben grundständigen pädagogischen Einrichtungen oder Museen für einen Großteil der Aktivitäten im Themenbereich Antisemitismus verantwortlich zeichnen (2.3). Viertens schließlich ist auf einige Spezifika des Untersuchungsorts Berlin einzugehen (2.4).

Im Folgenden werden diese Voraussetzungen erläutert. Dabei werden wesentliche Begriffe eingeführt sowie konzeptionelle Zugänge zum Untersuchungsgegenstand dargestellt. Insbesondere geht es dabei um die Begründung einer selbstreflexiven Forschungsperspektive der Antisemitismusforschung, die neben dem Kerngegenstand antisemitischer Phänomene zugleich die gesellschaftlichen Thematisierungsweisen und Debatten um Antisemitismus sowie deren Bedingungen und Folgen wissenschaftlich untersucht.

2.1 Antisemitismus: Begriffe und Erscheinungen

Mit dem Thema Antisemitismus sind in der Wissenschaft sehr unterschiedliche konzeptuelle Zugänge verbunden. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung nur wenig vom öffentlichen Diskurs. Die wissenschaftliche Debatte differenziert sich in ihren Foci auf je verschiedene Erscheinungsformen, differierende Erklärungsansätze, zeitliche und sonstige kontextuelle Verortungen und hinsichtlich der Weite des Antisemitismusbegriffs. Grundlegend kann man einen weitgefassten und verschieden enge Begriffe von Antisemitismus unterscheiden.

„*Antisemitismus*“ als *Sammel- oder Containerbegriff* bezeichnet alle individuellen und kollektiven Phänomene, in denen sich ein negatives Verhältnis gegenüber dem Judentum dokumentiert. Antisemitische Phänomene sind dadurch gekennzeichnet, dass eine innere Homogenität des Judentums unterstellt wird und Juden *als solchen*² bestimmte negativ bewertete Eigenschaften oder Verhaltensweisen zugerechnet werden. Ein negatives Verhältnis zu dieser Kategorie wird gegenüber einzelnen Personen, Gruppen, dem Eigentum oder Institutionen eingenommen, soweit sie aus antisemitischer Perspektive dem Judentum zugerechnet werden und insoweit als Repräsentanten gelten. In dieser Weise wird der Antisemitismusbegriff auch in dieser Arbeit verwendet, sofern keine nähere Spezifizierung erfolgt. *Engere Konzepte von Antisemitismus* liegen implizit oder explizit den bekannten Zusammensetzungen zugrunde: „Religiöser Antisemitismus“, „sozialer Antisemitismus“, „politischer Antisemitismus“, „nationalistischer Antisemitismus“, „rassistischer Antisemitismus“, „sekundärer Antisemitismus“ und „antizionistischer Antisemitismus“ werden nach der Art der Begründungen oder den Funktionen unterschieden, die die jeweiligen antisemitischen Phänomene aufweisen (vgl. Expertenkreis Antisemitismus 2011: 11f.).

Das Wort Antisemitismus hat einen sehr spezifischen Entstehungshintergrund. Der Begriff diente ursprünglich als Eigenbezeichnung einer bürgerlich-intellektuellen Bewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, die sich gegen die rechtliche Emanzipation der Jüdinnen und Juden in Deutschland wendete. Davon ausgehend wurde Antisemitismus jedoch zu einer Sammelbezeichnung für verschiedenste antijüdische Bestrebungen und Erscheinungen ausgeweitet. Dies diente zunächst strategischen Koalitionsbildungen der heterogenen antijüdischen Organisationen und Personen verschiedener europäischer Länder (ausführlich dazu Engel 2009), löste sich aber auch zunehmend von diesen. Damit wurde der Be-

2 Mit dieser Bestimmung wird markiert, dass nicht jede Jüdinnen und Juden betreffende Feindschaft, die nur mehr oder weniger zufällig ein jüdisches Gegenüber trifft als Antisemitismus aufgefasst werden kann und dass sich Antisemitismus zugleich auch ohne konkretes jüdisches Gegenüber äußern kann, beispielsweise in der pejorativen Bezeichnung von Nichtjuden mit judenfeindlichen Stereotypen.

griff mehr und mehr von einer *Selbst-* zu einer *Fremdbezeichnung* im politischen und damit auch zu einer analytischen Kategorie im wissenschaftlichen Diskurs, die fortan durchaus auch auf historisch weiter zurückliegende Erscheinungen angewandt wurde. Mit diesem Bedeutungswandel verbunden war auch eine immense konzeptuelle Ausweitung, auf die wiederum mit verschiedenen Versuchen der Spezifizierung oder der Bildung von Alternativbegrifflichkeiten reagiert wurde, bspw. „Allosemitismus“ (Bauman 1995) oder verschiedene nicht-terminologische Sammelbezeichnungen wie „Judenfeindschaften“.

Im Gegensatz zu den sehr viele distinkte Phänomene umfassenden und unifizierenden Vorstellungen wie der des „longest hatred“ (so der Titel eines Filmes über Antisemitismus und eines Buches des Historikers Robert Wistrich, 1991) ist heute zunächst eine, wenngleich nicht unumstrittene, Differenzierung zwischen verschiedenen historischen Stufen oder Phasen verbreitet.³ In dieser wird zunächst der Antisemitismus als genuin modernes Phänomen, welches im 19. Jahrhundert entsteht, vom christlichen grundierten Antijudaismus unterschieden. Der Antijudaismus war in erster Linie religiös begründet und Ausdruck von Glaubenskonkurrenzen. Zum „modernen Antisemitismus“ besteht nur eine lose Kontinuität.

Das 19. Jahrhundert brachte Ausprägungen von Antisemitismus hervor, die im Wissenshorizont dieser Zeit verstanden werden müssen. Dazu gehören biologistisch argumentierender Rassenantisemitismus (welcher Antisemitismus als Phänomen im größeren Feld des Rassismus verortet) und im Kontext der Nationalstaatsbildungen entstehender nationalistisch grundierter Antisemitismus. Ein im gewissen Sinne einigendes Moment dieses *modernen Antisemitismus* (häufig wird hier auch von „klassischem Antisemitismus“ gesprochen) liegt in der Reaktion auf Entwicklungen und Problemlagen der kapitalistischen Moderne und der Aufklärung. Juden und Jüdinnen werden ursächlich mit der Auflösung traditioneller Lebensformen und Zugehörigkeitsmuster in Verbindung gebracht. Unzufriedenheit mit Prozessen der Individualisierung, Liberalisierung, Urbanisierung, Rationalisierung und Differenzierung der sich rapide wandelnden Welt wird ursächlich dem Judentum zugeschrieben (Bergmann/Wyrwa 2011). Deshalb begreift Shulamit Volkov den Antisemitismus im deutschen Kaiserreich als „kulturellen Code“ des antimodernen, reaktionären Lagers (Volkov 2000). Weitere Formen werden z.T. gesondert thematisiert. Dazu gehört der *Vernichtungsantisemitismus* des Nationalsozialismus, ein Terminus der Antisemitismus als rassistisch motivierte und staatlich getragene Gewalt- und Vernichtungspraxis benennt. Eine neue Begründung von Antisemitismus nach dem nationalsozialistischen Judenmord lässt sich hingegen beim sogenannten sekundären Antisemitismus beobachten. Dieser beinhaltet Phänomene der Judenfeindschaft, die sich aus der Abwehr der Erinnerung an die Verbrechen des NS begründen. Dazu gehören Phänomene wie die nachträgliche Rechtfertigung des eigenen Antisemitismus durch die Tätergeneration (Schönbach 1961), das Leugnen der Shoah oder die Verantwortlichmachung von Juden für die an ihnen begangenen Verbrechen. Jüngere Diskussionen (Rabinovici, Speck, Sznajder 2004) postulierten zudem einen so genannten „neuen Antisemitismus“, der sich insbesondere im Kontext des Nahostkonflikts und in der Feindschaft gegen Israel zeige und welcher durch neue Trägergruppen (Muslime, globalisierungskritische Bewegungen, die politische Linke, vgl. Ullrich 2010) geprägt sei. Die tatsächliche Neuartigkeit dieser Phänomene, sowohl hinsichtlich der Trägergruppen als auch hinsichtlich ihrer semantischen Struktur wird jedoch sehr in Frage gestellt (Holz 2005a; Holz 2005b). Alternativ und inhaltlich spezifischer wird in diesem Kontext auch von antisemitischem Antizionismus oder israelbezogenem Antisemitismus gesprochen.

In gegenwartsbezogener Perspektive sind insbesondere verschiedene Realitätsebenen bei der Beobachtung von Antisemitismus zu unterscheiden. Die wohl prominenteste Rolle kommt dabei der (sozialpsychologischen) Einstellungsforschung zu, die in einer Konzeptualisierung von Antisemitismus als mentalen/kognitiven Phänomenen die Verbreitung antisemitischer Ansichten in der Bevölkerung misst und sehr häufig als allgemeinerer Indikator für das Ausmaß von Antisemitismus rezipiert wird.⁴ Die Prominenz der Einstellungsforschung hängt möglicherweise damit zusammen, dass sich diese Forschungsperspektive am leichtesten mit dem Alltagsverständnis von Antisemitismus als einem Vorurteil in Einklang bringen lässt.

Ein großes Problem dieser Umfrageforschung, die Zustimmung/Ablehnung bezüglich vorgegebener Items misst, liegt darin, dass möglicherweise erst im Moment der Befragung Meinungen oder Einstellungen zu Themen produziert werden, zu denen bis dato nur diffuse Vorstellungen existierten. Deshalb beschäftigt sich ein großer Teil der wissenschaft-

3 Einen konzipierten und gut verständlichen, einführenden Überblick über die Antisemitismuskonzeptionen und die Periodisierungen bietet Späti (2005: 21–37); einen weiten historischen Überblick eröffnet Bergmann (2002); speziell für das 19. Jahrhundert: Rürup (1975)).

4 Wichtig zu erwähnen sind hier insbesondere die Langzeitstudie der Bielefelder Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (im Untersuchungszeitraum Heitmeyer 2011) und die Leipziger Mitte-Studien zu rechtsextremen Einstellungen der Forschungsgruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler (im Untersuchungszeitraum Decker u. a. 2010; Ullrich u. a. 2012; Decker, Brähler, und Kiess 2013; Decker, Kiess, und Brähler 2014); zusammenfassend zu den Ergebnissen der empirischen Einstellungsforschung Bergmann (2010) und Bergmann/Münch (2012).

lichen Literatur mit vorliegenden antisemitischen Zeugnissen wie Texten oder Redensarten, Bildern und Filmen sowie im kollektiven Zeichenvorrat vorhandenen Symbolen. Insbesondere kommunikations- bzw. diskursorientierte Ansätze (Holz 2001; Haury 2002; Jäger und Jäger 2003; Jäger 2005; Schäuble 2012, Ullrich 2013; Globisch 2013) untersuchen antisemitische Sinnkonstruktionen und den Wandel antisemitischer Ausdrucksformen. Dabei wird häufig betont, dass Antisemitismus eine Ideologie, ein Weltbild oder ein Welterklärungsmuster darstellt, welches eine komplexe, unverstandene gesellschaftliche Realität verschwörungsideologisch deutet. Auf welche konkreten Problemlagen Antisemitismus damit eine Reaktion darstellt, wird jedoch in erklärenden Antisemitismustheorien unterschiedlich bewertet. So deuten manche Ansätze Antisemitismus vor allem im Kontext kollektiver Identitätskonstruktionen (Nation, Religion), andere mehr im Kontext versachlichter Sozialbeziehungen im Kapitalismus.

Antisemitismus weist jedoch nicht nur eine Sinnebene auf, sondern ist immer wieder Ausgangspunkt oder Begründungsmuster diskriminierender und gewalttätiger Praxis geworden. Dies ist Gegenstand der Untersuchungen zu antijüdischer Gewalt und anderen Interaktionsphänomenen (vgl. unter anderem Hoffmann/Bergmann/Smith 2002). Diese können sich als verbale/physische Gewalt gegen Personen und Sachen oder als institutionell regulierte oder gestützte Diskriminierungspraxis manifestieren. Zugleich kann Antisemitismus als Programm Kristallisationspunkt sozialer/politischer Bewegungen werden (vgl. Erb/Kohlstruck 2015; Pfahl-Traugher 2011).⁵

Antisemitismus als Sammelbegriff (ebenso wie die oben genannten verschiedenen Antisemitismus-Konzepte) umfasst damit immer zwei Dimensionen. Die Einheit dieser Bedeutungsmomente ist charakteristisch für Antisemitismuskonzepte: Alte Verschwörungstheorien wie die „Protokolle der Weisen von Zion“ oder aktuelle Traktate stellen ersichtlich falsche oder prinzipiell nicht überprüfbare Behauptungen über eine angebliche Macht „der Juden“ in Geschichte und Gegenwart auf. Damit werden Phänomene „erklärt“, die ansonsten undurchsicht und insofern bedrohlich bleiben würden. Antisemitismuskonzepte enthalten das funktionale Bedeutungsmoment einer *Erklärung* von historischen und aktuellen gesellschaftlich-politischen Entwicklungen, die als negativ erfahren werden. „Antisemitismus“ meint zweitens auch eine *praktizierte* soziale Gruppenfeindschaft und bezieht sich damit auf Beleidigungen gegenüber als jüdisch geltenden Personen, Diskriminierungen und alle strafrechtlich relevanten Delikte. Das Bedeutungsmoment der Welterklärung manifestiert sich nicht notwendigerweise auch handlungspraktisch: Ob und inwieweit derartige propagandistische Machwerke konkrete Handlungen anleiten, hängt in hohem Maße von den politischen Rahmenbedingungen, den Milieu- und Gruppenkontexten sowie konkreten Situationen ab.

2.2 Antisemitismus in der öffentlichen Kommunikation

Zu den heutigen Kontextbedingungen von Antisemitismus gehören vielfältige Reaktionen, Bearbeitungs- und Bewältigungsversuche, kurz: neben dem antisemitischen Diskurs existiert auch ein Diskurs über Antisemitismus. Diese komplexe Konstellation soll im Folgenden anhand der Konzepte Kommunikationslatenz, Symbolcharakter des Antisemitismus, Ausweitung und Unifizierung des Antisemitismusbegriffs sowie Dynamiken der Antisemitismusdebatte erläutert werden. Dies dient zugleich zur Begründung der für diese Untersuchung grundlegenden Perspektive von *wissenssoziologischer Antisemitismusforschung*; es ist die Sicht einer Beobachtung zweiter Ordnung oder einer Beobachtung der Beobachter/innen.

Bergmann hat darauf hingewiesen, dass die Tabuisierung und Verfolgung von Antisemitismus in der Öffentlichkeit ihren Beitrag zum über Jahrzehnte kontinuierlichen Rückgang antisemitischer Einstellungen geleistet hat (Bergmann 1994). Antisemitismus ist jedoch nicht nur geschwunden, so Bergmann und Erb (1986; 1991; vgl. auch Marin 1979), sondern wurde in Teilen in die Kommunikationslatenz gedrängt. Das bedeutet, dass ein Teil der antisemitisch eingestellten Personen wegen des Latenzdrucks durch die Vorurteilsrepression ihren Antisemitismus nicht offen oder nur in Gegenwart von Gleichgesinnten äußert (Konsensgruppenkommunikation, vgl. Beyer und Liebe 2013). Teilweise lassen sich antisemitische Inhalte jedoch als verschlüsselte „Umgewerkommunikation“ in verwandten, aber weniger tabuisierten Themenbereichen beobachten (vgl. Bergmann und Heitmeyer 2005). Zu diesen affinen Themenfeldern wird insbesondere Kritik an Israel gezählt. In der Analyse und Bewertung von Kommunikationsbeiträgen müssen entsprechend zwei Ebenen Beachtung finden: die substantielle Berechtigung /der Wahrheitsgehalt der Aussage auf dem gewählten Themenfeld und

5 Die unterschiedliche Wertigkeit der Betrachtungs- und Realitätsebenen antisemitischer Phänomene in den einzelnen Ansätzen resultieren auch aus disziplinären und theoretischen Vorentscheidungen. Insbesondere der Gegensatz zwischen methodologischem Individualismus (dieser begreift Gesellschaft vor allem als Resultat der Aggregation menschlicher Handlungen) und methodologischen „Kollektivismus“ (einer Gesellschaftsauffassung, die dem Sozialen eine eigene Realität *sui generis* zuspricht und Soziales aus Sozialen erklärt) bildet sich hier ab. Dass erstere Sichtweise alltagsnäher ist, mag neben einem allgemeinen Zahlenfetisch dazu beitragen, dass damit verbundene Konzepte eine stärkere mediale Rezeption erfahren. Dies führt jedoch zu einer oft problematischen personalisierenden Zuschreibung von Antisemitismus (Ullrich 2013: 63 ff.).

die Frage danach, ob es sich tatsächlich um eine Umwegkommunikation handelt, die eigentlich einem anderen, nicht offensichtlichen Zweck, nämlich der Äußerung antisemitischer Sinngehalte dient.

Mit dieser strukturellen Ambivalenz in der Deutbarkeit von Umwegkommunikation ist eine der zentralen konzeptuellen Problematiken benannt, die dafür sorgen, dass Antisemitismus neben seiner Bedeutung als eine Bedrohung basaler demokratischer und humanistischer Werte zugleich Gegenstand dauerhafter *Kontroversen* ist. Deren häufig extrem zugespitzter, aufgeheizter und teilweise antagonistischer Charakter erklärt sich jedoch nicht hinreichend durch begriffliche Unschärfen. Dazu sind vielmehr zwei weitere Aspekte des Antisemitismus zu differenzieren. Die Situation in der Bundesrepublik ist insbesondere dadurch gekennzeichnet, dass mit „Antisemitismus“ einerseits Phänomene auf der Ebene des Verhältnisses zwischen Juden und Nichtjuden bezeichnet werden (semantischer oder substantieller Aspekt), andererseits „Antisemitismus“ zugleich die Bedeutung eines generalisierten negativen politischen Symbols in der öffentlichen Kommunikation erhalten hat (pragmatischer oder symbolischer Aspekt). Das geht auf verschiedene Entwicklungen zurück.

„Antisemitismus“ ist in der Folge des Genozids an den europäischen Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutsche Reich zu einer diskursiven Repräsentanz dieses Makroverbrechens geworden. Ein angemessener kritischer Umgang mit antisemitischen Phänomenen ist heute eine zentrale Frage des politischen Selbstverständnisses Deutschlands. „Antisemitismus“ bezeichnet in dieser Hinsicht nicht ein soziales oder politisches Problem neben anderen, sondern eine Herausforderung für die staatliche Selbstlegitimation und Identitätskonstruktion des postnationalsozialistischen Deutschland. Damit erklären sich zu einem großen Teil die emotionalen und moralischen Aufladungen in der allgemeinen öffentlichen Kommunikation, die angesichts der grundsätzlichen Meinungsdivergenzen zum Thema vor allem durch stabilisierende politische Rituale aufrecht erhalten werden (Ullrich 2013: Kapitel 5).

Dies verdeutlicht sich in der Vielzahl von Positionen im offiziellen politischen Diskurs, die das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik sehr stark im Verhältnis zum historischen Nationalsozialismus bestimmen. Damit wird ein Selbstverständnis proklamiert, das die politische Identität des heutigen Deutschland wesentlich negativ, nämlich als Abkehr von der Weltanschauung und der Politik des historischen Nationalsozialismus versteht. Deutlich wird dies etwa an öffentlichkeitswirksam vorgetragenen und als „Lehren aus der deutschen Geschichte“ begründeten Bekenntnissen. Bundeskanzlerin Merkel hat im März 2008 vor der Knesset von „der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels“ gesprochen. „Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes.“ (Merkel 2008; ähnlich Gysi 2008). Auch die Rechtsprechung des BVerfG dokumentiert ein derartiges historisch dominiertes Selbstverständnis. In der Entscheidung zur Frage der Rechtmäßigkeit der Novellierung des § 130 StGB (Volksverhetzung) vom November 2009 wird ausdrücklich hervorgehoben, dass ein Sonderrecht bezogen auf rechtsextreme Meinungsäußerungen legal und legitim sei. Die Begründung weist dem NS-Regime die zentrale Rolle für das heutige Selbstverständnis der Bundesrepublik zu: Es „hat für die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland eine gegenbildlich identitätsprägende Bedeutung, die einzigartig ist und allein auf der Grundlage allgemeiner gesetzlicher Bestimmungen nicht eingefangen werden kann.“ (BVerfG, 1 BvR 2150/08, Rdnr. 65; vgl. Kohlstruck 2013). Mit diesen und ähnlichen Positionierungen wird einerseits gewürdigt, dass ein staatliches Selbstverständnis nicht ahistorisch formuliert werden kann und sich auf die eigene Vorgeschichte beziehen muss. Zum anderen wird nun aber dem Nationalsozialismus nicht lediglich eine relevante Bedeutung als Vorgeschichte attestiert; er wird darüber hinaus als zentraler Bezugspunkt der heutigen normativen Selbstverständigung betrachtet. Mit der Formulierung „gegenbildlich identitätsprägend“ werden die Möglichkeiten, das heutige staatliche Selbstbild zu bestimmen, verpflichtend in diesen historischen Bezugsrahmen eingepasst.

Diese Konstellation hat erhebliche Auswirkungen auf das allgemeine Verständnis des Begriffs Antisemitismus, mit dem im Kontext der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik primär die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden assoziiert ist. Damit ist zugleich ein exzeptioneller moralischer Maßstab aufgerufen.⁶ Er fordert insbesondere nationalistisch-affirmative politische Legitimitätskonstruktionen stark heraus. Dieser legitimatorischen Herausforderung wird in verschiedener Weise begegnet – im Extremfall mit der Leugnung und Bagatellisierung der NS-Verbrechen und sekundärem Antisemitismus oder auch – im anderen Extrem – mit der radikalen Identifikation mit Jüdinnen und Juden (Philosemitismus) sowie der Übertragung dieser Identifikation auf den Zionismus und den Staat Israel. Der besondere moralische Maßstab bestimmt zugleich die bei dieser Thematik vorherrschende Kommunikationsform, die der Soziologe Niklas Luhmann als Moralkommunikation beschrieben hat (Luhmann 1978). Deren Charakteristikum einer

⁶ Dass diese partikularistische Identitätskonstruktion und die ihr zugrundeliegende Geschichtsdeutung insbesondere in heterogenen Bevölkerungen mit verschiedenen Herkunftspunkten rassistischer Ausschlüsse sein kann, hat Ullrich (2013: 91ff.) im Anschluss an Cengiz Barskanmaz als „Deutschen Exzeptionalismus“ beschrieben.

klaren Trennung und Entgegensetzung von gut/böse oder legitim/illegitim blockiert manchmal die nüchterne Erfassung und Bewertung von antisemitischen Phänomenen niedrigeren Schweregrades oder unklarer Zuordenbarkeit. Zugleich fördert sie eine typische Dynamik des Redens über „Antisemitismus in öffentlichen Konflikten“ (Bergmann 1997), die als „Mechanismus des antisemitischen Skandals“ (Benz 2004: 13) beschrieben wurde, der nach Entdeckung und empörter Skandalisierung vor allem auf Stigmatisierung und Ausschluss zielt. Die typischen Skandale fokussierten deshalb vorrangig einzelne Personen oder Organisationen und befördern so eine individualisierende Sicht auf Antisemitismus, die in der Tendenz die strukturelle und gesamtgesellschaftliche Problematik des antisemitischen Diskurses als „Antisemitismus der anderen“ (Ullrich 2013: 78) externalisiert.⁷ Dies kann so weit gehen, dass Antisemitismusvorwürfe ohne Substanz in Anschlag gebracht und weit rezipiert werden – mit wiederum beträchtlichen Folgen für Betroffene.⁸ Die andere Seite dieser Dynamik ist die häufig ebenso radikale Zurückweisung jedweder Antisemitismusvorwürfe. Dies liegt einerseits in der Logik antisemitischer Weltbilder begründet, die sich häufig als rationale und wohlbegründete Abwehr gegen Gefahren beschreiben, die angeblich von den Jüdinnen und Juden ausgehen (während man sich selbst nicht als Bedrohung oder Ausgangspunkt von Aggression sehen kann). Andererseits trägt auch der immense Stigmatisierungscharakter von Antisemitismusvorwürfen als Symbol (oben auch als Latenzdruck beschrieben) zu diesen Abwehrtendenzen bei. Denn dieser begünstigt das ritualhafte Anbringen auch entdifferenzierender oder überzogener Antisemitismusvorwürfe mit entsprechenden empörten Zurückweisungen. Die Gesamtdynamik des Antisemitismuskurses als „Stellungskrieg“ um das (Nicht-)Zutreffen von Antisemitismusvorwürfen ist denn auch nicht in erster Linie auf Erkenntnisgewinn ausgerichtet und birgt die Gefahr der ritualisierten Abrufung und kontinuierlichen Reproduktion binärer Schemata.

Eine weitere implizite Voraussetzung einer solchen unterkomplexen Antisemitismuskussion ist hierzu noch zu erörtern. Des Öfteren wurde und wird „Antisemitismus“ als in sich einheitliches Phänomen konzipiert, ohne nach Erscheinungsformen, Handlungsebenen und Schwere der Auswirkungen differenziert zu werden. Strafbare Handlungen unterschiedlichen rechtlichen und moralischen Gewichts, Ideologieproduktion, öffentliche Meinungsäußerungen von Privatleuten, jugendliches Provokationsverhalten und die Ergebnisse von Einstellungsforschungen werden auf diese Weise aus ihren Zusammenhängen gelöst; damit wird von den jeweiligen spezifischen Formbestimmungen (also: Straftat, latente Einstellung, aktive Meinungsäußerung, Provokationsverhalten etc.) abstrahiert und lediglich die abstrakte Komponente eines negativen Verhältnisses zum Judentum berücksichtigt. Im Ergebnis werden sehr heterogene und komplexe Sachverhalte zu „Erscheinungen des Antisemitismus“ vereinheitlicht und der Begriff systematisch überfordert (Jäger 2005: 110 f., 126). Diese Tendenz des entdifferenzierenden Gebrauchs von Antisemitismus, welcher nicht zuletzt Abstufungen oder „Grauzonen“ (Ullrich 2013: 52) de-thematisiert und die oft eher fragmentarische und brüchige Existenzweise von antisemitischen Phänomenen zugunsten einer scheinbaren Einheitlichkeit ignoriert, nennen wir im Folgenden Unifizierung des Antisemitismus. Spricht man von „dem Antisemitismus“, so lassen sich diesem Allgemeinbegriff gleichermaßen sowohl die historische Ermordung der europäischen Juden wie heutige antisemitische Phänomene subsumieren – ungeachtet ihrer unterschiedlichen historischen Kontexte und in Absehung von ihrer konkreten Ausgestaltung, ihrer tatsächlichen Gefahr für Jüdinnen und Juden und anderer möglicher Folgen (vgl. Zuckermann 2009: 106). Erst diese Art der – fachlich unangemessenen – Abstraktion von historisch-konkreten Phänomenen und eine anschließende verselbständigte Verwendung des Abstraktionsbegriffs Antisemitismus erlauben die politisch-moralische Aufladung, die oben als „Exzeptionalismus“ erläutert worden ist. Damit besteht die Tendenz, Antisemitismus als eine dämonisierte Kategorie zu verwenden, hinter der die reale Vielfalt von Erscheinungsformen und Schweregraden verschwindet. Diese Tendenz ist, wie später zu zeigen sein wird, hoch relevant für die Begründungen von gegen Antisemitismus gerichteten Interventionen und zugleich ein konzeptionelles Problem für die konkrete, insbesondere pädagogische Umsetzung, die auf genaue Kontextualisierungen der zu bearbeitenden Phänomene angewiesen ist.

Die Problematik eines unifizierenden Gebrauchs des Wortes Antisemitismus wird durch die Ausweitung der Anwendung des Antisemitismuskonzepts weiter verstärkt. Auch wenn man von im wissenschaftlichen Diskurs eher randständigen Konzepten wie „struktureller Antisemitismus“ absieht – dieser bezeichnet dem Antisemitismus strukturanaloge Phänomene, die jedoch kein jüdisches Anderes haben – gibt es doch eine Vielzahl von Phänomenen, deren antisemitischer Charakter zu recht Gegenstand der Debatte ist. Antisemitische Diskurse (wie alle anderen auch) existieren nicht isoliert, sie sind eingebettet in diskursive Kontexte, verwoben mit anderen Diskursen. Ähnlich wie in der quantitativen Einstel-

7 Weitere Beispiele für die Diskursstrategie der Externalisierung von Antisemitismus sind die extremismustheoretisch begründeten Darstellungen von „rechtem“, „linkem“ und „islamistischem“ Antisemitismus in Verfassungsschutzberichten, die trotz hochgradig differenter Quantität und Qualität die Phänomene in diesen drei Feldern nivellieren und zugleich exklusiv an den „Rändern“ des politischen Spektrums verorten.

8 Instrukтив dafür ist die tendenziöse Studie über angeblichen Antisemitismus in der Partei die Linke (Salzborn und Voigt 2011), die sich in allen wesentlichen Punkten nicht als stichhaltig erwies (Ullrich und Werner 2011).

lungsforschung, wo Schwellenwerte mit einem gewissen Willkürcharakter die Grenze zwischen Antisemitismus und Nicht-Antisemitismus markieren, müssen auch in der qualitativen Forschung Grenzen markiert werden. Diese Grenzziehung ist insbesondere dort kompliziert, wo sich unterschiedliche diskursive bzw. Handlungskontexte überlagern oder vermischen. Die hier angerissene Problematik zeigt sich insbesondere in der Debatte um den antisemitischen Charakter von Antizionismus oder bestimmten Formen der Kritik an oder Feindschaft gegenüber Israel.

Antizionismus, die weltbildhafte Ablehnung des jüdisch-israelischen Nationalismus, wird mittlerweile in verschiedenen Darstellungen als genuine Hauptform des Antisemitismus geführt (bspw. Benz 2004: 20). Während kaum Zweifel daran bestehen, dass es einen *antisemitischen Antizionismus* gab (vgl. bspw. Haury 2002; Holz 2001; Kloke 1994; Weiß 2005) und gibt (Holz 2005b; Ullrich 2008; Ullrich 2013; Globisch 2013),⁹ ist strittig, inwiefern und unter welchen Voraussetzungen aktuelle Äußerungen oder Verhaltensweisen dieser Kategorie zugeordnet werden können (Klug 2013a). So sind beispielsweise Anschläge auf Jüdinnen und Juden, die für die israelische Politik in Haftung genommen werden oder korrespondierende Einstellungen, als antisemitisch zu klassifizieren. Doch viele, teils radikale Kritiken am Zionismus oder an der Politik Israels beziehen sich einerseits auf einen realen Konflikt (den man unterschiedlich bewerten kann) und *können* zudem auch antisemitische Inhalte transportieren oder durch solche motiviert sein, wobei hier jedoch zwischen verschiedenen Ebenen, insbesondere Motivlagen, manifesten Inhalten und Rezeptionsoptionen unterschieden werden muss (Ullrich 2013: 52 f., 86 ff., Scherr/Schäuble 2007).

Daraus resultiert die grundsätzliche, aber in der Natur der Sache liegende Unsicherheit (insbesondere, wenn über Motive spekuliert wird), ob problematische Äußerungen zugespitzte Kritik oder Antisemitismus darstellen. In vielen Fällen besteht dann beispielsweise lediglich die Möglichkeit einer antisemitischen Lesart, die aber keineswegs zwingend ist, weshalb in solchen Fällen von *Anschlussfähigkeit an Antisemitismus* gesprochen wird. Die Realisierung als Antisemitismus hängt in solchen Fällen unter anderem vom Rezeptionskontext ab. Dass sich divergierende nahostpolitische und antisemitismusanalytische Positionen *de facto* überlagern, führt zu der oben beschriebenen binären Diskurspolarisierung. In ihr verschmelzen die beiden thematischen Felder oder Diskursstränge Nahostkonflikt und Antisemitismus zu hoch problematischen Positionierungskoalitionen. In diesen wird ein einfacher Dualismus stabilisiert: auf der einen Seite stehen antisemitismuskritische und zugleich tendenziell pro-israelische Positionen, auf der anderen Seite pro-palästinensische und zugleich antisemitismusverharmlosende Standpunkte. So entsteht der für die Diskursdynamik prägende Eindruck, beide Dimensionen der Debatte seien per se deckungsgleich und eine andere Positionskombination (beispielsweise anti-antisemitisch und israelkritisch) sei nicht möglich (Ullrich 2013: 44 f.).

Das Aufeinanderprallen derartiger verhärteter Fronten wiederum prägt eine Konfliktdynamik ganz eigener Art, die sich auch von ihrem Ausgangsgegenstand lösen und in gewissem Sinne verselbständigen kann. Wir können daher von einer für unsere Untersuchung hoch relevanten zweiten Ebene des Untersuchungsgegenstandes ausgehen: neben dem antisemitischen Diskurs müssen der Diskurs über Antisemitismus und die thematisch anschließenden Phänomenbereiche wie Philosemitismus oder die Befangenheit in dem Themenfeld berücksichtigt werden. Es wurde daher vorgeschlagen, Antisemitismus auch als Teil des diskursiven Feldes „Israel/die Juden/Zionismus usw.“ (Jäger 2005) zu untersuchen. Dies gilt umso mehr in der Bundesrepublik, denn das „Gespräch über Juden findet im Horizont von Schuld, moralischem Versagen, Anklage und kulturell tradiertem antijüdischem Ressentiment statt. Deshalb wird das Thema von Vielen als belastet und unangenehm empfunden.“ (Bergmann, Erb 1991: 504).

2.3 Interventionen gegen Antisemitismus – rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen

Neben der öffentlichen diskursiven Auseinandersetzung um Antisemitismus werden im Folgenden zwei weitere Felder der Intervention dargestellt. Beide sind noch stärker als der bis hier beschriebene Diskurs mit staatlichem Handeln verbunden. Zum einen sind verschiedene antisemitische Phänomene strafrechtlich relevant und damit Gegenstand polizeilicher Tätigkeit. Auch die Verfassungsschutzbehörden, also Geheimdienste, beobachten das Themenfeld. Sie fokussieren in besonderem Maße die verhärteten und qualitativ stärkeren antisemitischen Phänomene. Zum zweiten ist auch die Bildungsarbeit gegen Antisemitismus stark von der Rahmensetzung der staatlichen Bildungs- und Sozialpolitik geprägt. Insbesondere Förderprogramme gegen Rechtsextremismus stellen einen strukturbildenden Handlungsrahmen

⁹ Die zeigt sich im Sommer 2014, als eine erneute traurige Zuspitzung der Ereignisse in Israel und im Gazastreifen auch zu einer Vielzahl explizit jüdenfeindlicher Manifestationen und Übergriffe im Rahmen israelkritischer und israelfeindlicher Proteste führte: Am 17.7. wurde auf dem Kurfürstendamm wiederholt die Parole gebrüllt „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“ (Der Tagesspiegel, 23.7.2014, S. 8). Bei der Demonstration anlässlich des Al-Quds-Tages am 25.7.2015 in Berlin stimmte eine 20 bis 30 Personen starke Gruppe die Parole an „Israel vergasen!“ (Der Tagesspiegel, 26.7.2014, S. 16). In der Nacht des 28./29.7.2014 wurde in Wuppertal ein Brandanschlag auf eine Synagoge verübt (FAZ, 30.7.2014, S. 4).

für eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen dar. Diese Programme richten sich mit „weicheeren“ Mitteln auf Phänomene, die als leichter form- und beeinflussbar eingeschätzt werden.

2.3.1 Polizei, Justiz und Verfassungsschutz

Strafrechtlich relevant sind nur solche antisemitischen Phänomene, die als äußeres Verhalten beobachtet werden können. „Es liegt weder in der Aufgabe noch in der Befugnis eines Rechtsstaates, die Gedanken und Einstellungen seiner Bürger zu reglementieren. Dies ist nicht nur faktisch unmöglich, es ist auch normativ als regulativer Eingriff in die intimste Sphäre des Einzelnen – in seine Gedanken und sein Gewissen – untersagt.“ (Lagodinsky 2013: 98). Sprachliche Äußerungen, deren antisemitische Qualität im Gehalt des Gesagten, nicht in einem möglicherweise zugrunde liegenden antisemitischen Motiv liegen, markieren die Schwelle zu möglichen Straftaten. Da es im deutschen Strafrecht keinen Straftatbestand Antisemitismus als solchen gibt, ist die Strafbarkeit von Verhaltensweisen davon abhängig, inwieweit diese allgemein formulierte Straftatbestände erfüllen.

Im Wesentlichen existieren in der Literatur zwei Typologien für antisemitische Straftaten: Teils wird nach Gewaltdelikten, Propagandadelikten und Volksverhetzungsdelikten unterschieden (Pfahl-Traughber 2011b), teils nach Kommunikationsdelikten, Gewaltdelikten und Organisationsdelikten (Kalinowsky 1995). Im Hinblick auf den hier verfolgten Zweck eines knappen Überblicks reduzieren wir die genannten Einteilungen auf Kommunikationsdelikte und Gewaltdelikte: Zu den Kommunikationsdelikten gehören etwa Beleidigungen, Verleumdungen und Propagandadelikte, zu den Gewaltdelikten vornehmlich Sachbeschädigungen und Körperverletzungen bzw. Tötungsdelikte mit explizit formulierter oder aus dem Kontext hervorgehender antisemitischer Zielrichtung.

Die Strafverfolgung durch Polizei und Justiz stützt sich auf eine ganze Reihe von Straftatbeständen. Für die hier als „Kommunikationsdelikte“ zusammengefassten Delikte sind dies: Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§ 86), Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (86a), Volksverhetzung (§ 130 StGB), Beleidigung (§ 185), üble Nachrede (§ 186), Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189). Bei den Gewaltdelikten sind Strafrechtsparagrafen relevant, die „Straftaten gegen das Leben“ (§§ 211-213) bzw. „Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit“ (§§ 223-227) normieren. Die Schändung von jüdischen Friedhöfen erfüllt keinen eigenen Straftatbestand. Je nach dem konkreten Kontext können unterschiedliche Straftatbestände zugeordnet werden. Dazu gehören Brandstiftung (§§ 306a-d), Hausfriedensbruch (§§ 123, 124), Sachbeschädigung (§ 303) bzw. gemeinschädliche Sachbeschädigung (§ 304) und Störung der Totenruhe (§ 168; vgl. Pfahl-Traughber 2011b).

Über den Umfang der rechtskräftig wegen eines antisemitischen Delikts Verurteilten wird keine Statistik geführt. Die Strafverfolgungsstatistik orientiert sich an den Straftatbeständen. Da ein Straftatbestand Antisemitismus nicht existiert, können auch keine entsprechenden Verurteilungszahlen erhoben werden.

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder haben die gesetzlich verankerte Aufgabe, Bestrebungen zu beobachten, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie gegen den Bestand des Bundes oder der Länder richten. Über derartige Bestrebungen berichten sie gegenüber der Exekutive, der Legislative und gegenüber der Öffentlichkeit. Grundlage für die Arbeit der Berliner Verfassungsschutzbehörde ist das Verfassungsschutzgesetz Berlin (VSG Berlin). Der Gesetzestext enthält weder den Begriff Antisemitismus noch den Terminus Extremismus. Antisemitismus darf vom Verfassungsschutz deshalb nur insoweit beobachtet werden, wie er Ideologie oder politische Programmatik von Einzelpersonen, Personenzusammenschlüssen oder Organisationen ist, die das Kriterium verfassungsfeindlicher Aktivitäten erfüllen. „Stammtischparolen, Nachbarschaftsgespräch, Judenwitze am Arbeitsplatz oder auf dem Schulhof werden vom Verfassungsschutz nicht erfasst“ – so der frühere Senator für Inneres und Sport, Ehrhart Körting (Verfassungsschutz 2006: 3). Antisemitische Ideologie wird innerhalb eines Schemas dokumentiert, das von den Verfassungsschutzbehörden für die Beobachtung 'verfassungsgefährdender Bestrebungen' verwendet wird. Demnach wird unterschieden zwischen den Kategorien „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Ausländerextremismus“ sowie „Islamismus“. Die allgemeine Öffentlichkeit wird mit dem jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht über verfassungsgefährdende Akteure mit antisemitischer Ideologie oder politischer Programmatik informiert. Zusätzlich wurde in der Vergangenheit in gesonderten Publikationen über „Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins“ (Verfassungsschutz 2004; 2006) informiert.

2.3.2 Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus

Die fremdenfeindliche und rassistische Gewaltwelle und das relative Erstarken des politischen Rechtsextremismus nach 1990 haben auf Bundes- und Länderebene zur Auflage von Förderprogrammen geführt; sie bedeuteten eine politische Anerkennung der Existenz von fremdenfeindlicher und rassistischer Gewalt sowie von Rechtsextremismus und sollten mit einem unterschiedlich breiten Spektrum von Maßnahmen Gewalt reduzieren, Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Facetten, darunter auch Antisemitismus, zurückdrängen und die individuellen Opfer unterstützen.

Das zwischen 1992 und 1996 (in zwei Modellphasen) unter einer CDU-Regierung aufgelegte „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) umfasste neben dem jugendpolitischen Aufbau einer Jugendhilfeinfrastruktur in den neuen Bundesländern Arbeitsansätze zur Reduzierung von sozial gefährlichen Aspekten von Rechtsextremismus, ohne dass sich eine Frontstellung gegen politische Bewegungen und Ideologien im Namen des Programms niedergeschlagen hätte (vgl. Bohn 1998). Dies änderte sich mit den Bundesprogrammen, die nach dem von SPD-Bundeskanzler Schröder im Oktober 2000 ausgerufenen „Aufstand der Anständigen“ folgten (vgl. zum Folgenden Manthe 2013). Sie wurden zunächst in dezidiert Frontstellung gegen Rechtsextremismus, dann unter der schwarz-gelben Koalition zwischen 2009 und 2013 als Programm gegen „Extremismus“ im Allgemeinen ausgerichtet (vgl. Hafener 2012). Das im Januar 2015 startende Programm „Demokratie leben“ schwächt die extremismustheoretische Ausrichtung wiederum ab.

Das von 2001 bis 2006 laufende Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ umfasste die drei Programmteile „Civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“, „Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ und „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ („Entimon“). Dieses Programm wurde in direkter Reaktion auf zwei antisemitische Ereignisse in Düsseldorf aufgelegt: Am 27.7.2000 explodierte eine Rohrbombe an einem S-Bahnhof. Dabei wurde eine Gruppe von Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion schwer verletzt, darunter sechs Juden. Kurz darauf, am 2. Oktober 2000 folgte ein Brandanschlag auf die Neue Synagoge in Düsseldorf. Der damalige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, hatte Bundeskanzler Schröder daraufhin zu einem sichtbaren Handeln der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus aufgefordert. Antisemitismus wurde ein explizites Thema in den Programmen, da sie nicht zuletzt durch antisemitische Gewalttaten veranlasst worden waren.

Das zweite Programm „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (2007 bis 2010) förderte unter anderem zirka 20 Modellprojekte zum Themencluster „Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“. Ein zweiter Förderbereich war ausdrücklich dem „Antisemitismus bei jugendlichen Migrantinnen“ gewidmet. Damit sollten neue Zielgruppen angesprochen und neue pädagogische Materialien entwickelt werden. Auch innerhalb eines dritten Schwerpunkts, der sog. „Lokalen Aktionspläne“ (LAP) wurden Arbeitsansätze zum Antisemitismus gefördert.

Das dritte Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, das zwischen 2011 und 2014 lief, enthielt ebenfalls das Themencluster „Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“. Erhalten blieb dabei das Feld „Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust“, das erweitert wurde um das historisch-politische Lernen in der Integrationsgesellschaft. Von einer ausdrücklichen Fokussierung von jugendlichen Migrantinnen nahm man nun Abstand und förderte stattdessen Projekte zum Thema „Aktueller Antisemitismus in der Integrationsgesellschaft“. Weitergeführt wurde in den LAPs die Befassung mit Antisemitismus, etwa als Lokalforschung von Laien zur NS-Zeit.

Die seit 2001 kontinuierlich laufenden Förderprogramme des Bundes stellen insbesondere für die Jugendbildungsarbeit zum Thema Antisemitismus eine zentrale Rahmenbedingung dar: Durch die finanzielle Förderung werden freie Träger und NGOs angeregt, Arbeitsansätze zum Themenfeld Antisemitismus zu entwickeln und durchzuführen. Dadurch wird zunächst das Thema Antisemitismus als solches auf der öffentlichen Agenda relevanter Themen gehalten. Darüber hinaus wird durch die Förderrichtlinien der Programme eine politische Steuerung der inhaltlichen Akzentsetzungen angestrebt. Dafür steht etwa die erwähnte Vorgabe, Projekte für die Zielgruppe jugendlicher Migrantinnen oder für „die Integrationsgesellschaft“ zu entwickeln. Diese politische Steuerung war in unterschiedlichem Maße erfolgreich (vgl. Manthe 2013). Schlussendlich bedeutet die regierungsamtliche Entscheidung für bestimmte Förderschwerpunkte auch eine indirekte Beteiligung an den öffentlichen Diskursen zu Trägern, Formen und Gefahren von Antisemitismus. Dieser Gesichtspunkt wird in Kapitel 7 vertieft.

Der Bund kann im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nach § 83 SGB VIII lediglich Anregungsaufgaben übernehmen (vgl. Haubrich/Lüders 2007; Bischoff et al. 2011: 224). Damit ist eine Beschränkung auf Modellprojekte verbunden, die sich als „exemplarische Feldexperimente verstehen (lassen), in denen stellvertretend für den jeweiligen Bereich Erfahrungen insbesondere mit innovativen Ansätzen gesammelt werden sollen.“ (Haubrich/Lüders 2007: 184). Die Art der Finanzierung derartiger Projekte hängt von der Ausgestaltung des jeweiligen Bundesprogramms ab. Für den Untersuchungszeitraum 2010 bis 2013 galten Regelungen, die Kofinanzierungen in Höhe bis zu 50 % vorsahen.

2.4 Berlin als Untersuchungsfeld

Berlin als Untersuchungsfeld zum Thema Antisemitismus weist im Verhältnis zu anderen Bundesländern spezifische Merkmale auf. Sie beziehen sich einmal auf Charakteristika der Stadt, insbesondere ihrer Sozialstruktur, zum anderen auf die Zahl der hier ansässigen Akteure, die zum Thema Antisemitismus aktiv sind und schließlich auf die Landespolitik in Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Berlin ist Hauptstadt und bevölkerungsreichste Stadt der Bundesrepublik; als einzige deutsche Stadt vereint sie einen ost- und einen westdeutschen Teil. Berlin ist auch ein Ort mit internationaler Anziehungskraft und gleichzeitig prekärer finanzieller Situation – der Slogan „Arm aber sexy“ bringt dies auf den Punkt. Dies bedeutet vor allem große Heterogenität der Sozialstruktur. In unserem Kontext von Interesse ist insbesondere die Bevölkerungszusammensetzung in religiöser und ethnischer Hinsicht. Schließlich ist Berlin auch die ehemalige Reichshauptstadt, in der während des NS-Regimes die Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden beschlossen wurde. Daran wird heute an vielen Gedenkortern erinnert. Herausragende Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die „Topographie des Terrors“, die „Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz“ und das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“.

„In keiner anderen deutschen Stadt ist das Spektrum jüdischen Lebens so vielfältig wie in Berlin - ob nun orthodox, liberal oder säkular“ heißt es auf den Berliner Seiten von haGalil.¹⁰ In Berlin hat seit 1999 der Zentralrat der Juden in Deutschland seinen Sitz. Die größte jüdische Gemeinde (mit ca. 12.000 Mitgliedern) findet sich hier. Die Stiftung „Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum“ arbeitet die Geschichte der Jüdinnen und Juden in Berlin auf und repräsentiert jüdische Kultur. Das Jüdische Museum Berlin stellt jüdische Geschichte für ein breites Besucherfeld dar und gehört zu den Besuchermagneten der Stadt mit steigenden Besucherzahlen. Zugleich gibt es eine wachsende Gruppe israelischer Bewohner/innen Berlins. Schätzungen gehen von 15-30.000 Personen aus.¹¹

Berlin gehört zu den Regionen im Bundesgebiet, die 2012 einen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund von mindestens 25 % aufweisen.¹² Die aktuellsten Zahlen für Berlin geben den Stand Ende 2013 wieder. Melderechtlich registriert waren am 31.12.2013 3,517 Mio. Einwohner. Davon gelten rund 999.000 als Personen mit Migrationshintergrund. Dies entspricht einem Anteil von 28%. Im Hinblick auf den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern und seine Bewertungen sind die Berliner Bevölkerungsanteile von türkischstämmigen Personen und Araber/innen relevant: Die rund 177.000 türkischstämmigen Personen machen rund 5 % der Berliner Bevölkerung aus, die rund 76.000 Personen aus Ländern der Arabischen Liga ca. 2 % (vgl. Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2014).

In Berlin existieren vergleichsweise viele Akteure, die als politische Aktivist/innen, als Berater/innen, Beobachter/innen und Bildungsanbieter zum Thema Antisemitismus tätig sind. Der Aktionsradius reicht auch bei den kleineren Akteuren über Berlin hinaus und bezieht meist mindestens auch das Land Brandenburg mit ein. Andere NGOs und freie Träger sind ohnehin bundesweit aktiv. Dies hängt im Wesentlichen mit dem Hauptstadtstatus zusammen, der für Lobbyist/innen und Organisationen mit bundesweiter Reichweite den politisch günstigsten Standort ausmacht. Die hohe Konzentration von Organisationen, die zum Thema Antisemitismus mit einer bundesweiten Ausstrahlung arbeiten und hier ihren Sitz haben, stellt ein charakteristisches Spezifikum Berlins dar.

Berlin hat im Verhältnis zu anderen Bundesländern früh mit einer gezielten landespolitischen Unterstützung der kritischen Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Gruppenfeindschaften begonnen. Im September 2000 beschloss der Senat ein „10-Punkte-Programm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (Senatsbeschluss Nr. 537/00 vom 12.9.2000). In einer Vorlage des Senats an das Abgeordnetenhaus wurde auf Grundlage eines Berichts der „Landeskommission Berlin gegen Gewalt“ eine erste konzeptionelle Grundlage skizziert (AH-Drs. 14/700). Erstmals

10 <http://www.berlin-judentum.de/gruppen/index.htm> [2014-07-16].

11 <http://www.taz.de/1142113/> [2014-07-16]. „Der Tagesspiegel“, 7.10.2013, S. 9.

12 Neben den beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg sind dies das nördliche Baden-Württemberg, das südliche Hessen und das südliche Nordrhein-Westfalen (vgl. Statistisches Bundesamt 2013: 16).

wurden entsprechende Maßnahmen im Haushaltsplan 2002 etatisiert, seit 2003 existiert das „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“, das später umbenannt wurde in „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ (vgl. Integrationsbeauftragter 2006). Rund zehn Jahre früher als beispielsweise der Stadtstaat Hamburg hat Berlin damit ein Programm zur kritischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit/Rassismus und Antisemitismus aufgelegt. Die seither erfolgte, kontinuierliche Förderung von Projekten zur Beratung, zur Dokumentation und zur Bildungsarbeit zum Themenkomplex Vorurteile und Gruppenfeindschaften hat zur Etablierung einer breiten Trägerlandschaft mit unterschiedlichen Tätigkeitsschwerpunkten beigetragen (vgl. Kapitel 6).

Die finanzielle Förderung von Projekten im Rahmen des Berliner Landesprogramms erfolgt als „Zuwendung“, das heißt als prinzipiell freiwillige Leistung des Landes. Gemäß der Landeshaushaltsordnung dürfen Zuwendungen nur ausnahmsweise zur Vollfinanzierung bewilligt werden. Praktiziert wird deshalb eine Fehlbedarfsfinanzierung. Das Landesprogramm deckt die zuwendungsfähigen Ausgaben, soweit der Zuwendungsempfänger diese nicht durch eigene oder Mittel Dritter decken kann. Für den Anteil des zu finanzierenden Fehlbedarfs gibt es keine festen Vorgaben, so dass auch bereits das Vorhandensein sehr kleiner Eigenmittelanteile die Voraussetzung für eine Zuwendung aus dem Landesprogramm erfüllt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Berlin als Untersuchungsfeld zum Thema Antisemitismus und Anti-Antisemitismus in verschiedener Hinsicht ein spezifisches Profil aufweist. Aufgrund des relativ hohen Migrantenanteils an der Wohnbevölkerung kann angenommen werden, dass neben den nationalspezifischen Aufladungen des Themas Antisemitismus im Kontext der NS-Geschichte auch aktuelle politische Valenzen besonders relevant sind. Zuwanderer aus den Anrainerstaaten des palästinensisch-israelischen Konflikts sowie aus der gleichfalls muslimischen Türkei sind aufgrund ihrer spezifischen zeitgeschichtlichen und aktuellen Erfahrungen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit als Deutsche ohne Migrationsgeschichte bereit, dem Anti-Antisemitismus den hohen Rang eines staatlichen Legitimitätssymbols zuzuerkennen. Man kann annehmen, dass vor diesem Hintergrund das Ausmaß an alternativen Rahmendeutungen, abweichenden Meinungen und Verstößen gegen die anti-antisemitische Norm der politischen Kultur höher ist als dies bei einem geringeren Migrantenanteil der Fall wäre. Wenn sich in Berlin vor diesem Hintergrund möglicherweise Konflikte zwischen herkömmlichen und neuen Deutungen des Antisemitismus-Komplexes stärker als in anderen Regionen der Bundesrepublik abzeichnen, so ist die Stadt auf solche Veränderungen in der politischen Kultur vorbereitet. Das Thema Antisemitismus gehört für viele, auch bundesweit tätige Akteure im politischen Diskurs, in der Beratung, in der Dokumentation und in der Bildungsarbeit zu angestammten Arbeitsbereichen. Das existierende breite Spektrum von einschlägig ausgewiesenen Trägern geht nicht zuletzt auf die seit 2003 erfolgte öffentliche Förderung durch das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zurück.

3 Design und Methoden

Zur Bearbeitung der Forschungsfragen wurde in folgender Weise verfahren: In einem ersten Schritt wurde eine Akteursliste erstellt. Sie enthält in drei Abteilungen die genauer untersuchten Akteure, die sich in Berlin im Untersuchungszeitraum (2010 bis 2013) in besonderer Weise mit dem Thema Antisemitismus befassen. Aufgenommen wurden als Typ 1 Senatsverwaltungen und die ihnen nachgeordneten Behörden, darunter insbesondere die der Inneren Sicherheit (Polizei und Verfassungsschutz). Zu diesen im weiteren Sinne staatlichen Akteuren gehören auch die Bildungs- und die Jugendverwaltung. Zu Typ 2 wurden jüdische Organisationen einschließlich jüdischer Schulen gerechnet, die potentiell von Antisemitismus Betroffene repräsentieren, und zu Typ 3 Nichtregierungsorganisationen, freie Träger und andere Anbieter von einschlägigen Bildungsangeboten zum Thema Antisemitismus in Schule, Jugendhilfe und Erwachsenenbildung. Diese Liste umfasst insgesamt 43 Akteure. Nicht berücksichtigt wurde der Bereich der Wissenschaft (dessen Erkenntnisse, insofern sie hier relevant sind, natürlich einfließen), allgemeinpolitische Akteure (darunter politische Parteien und Stiftungen), bundesweit agierende Organisationen ohne spezifischen Berlinbezug und solche Bildungsanbieter, für die Antisemitismus lediglich ein Thema innerhalb eines breiten Spektrums ist.

Diese Akteure wurden per E-Mail nach ihrer Bereitschaft zu einem Interview zum Thema „Antisemitismus in Berlin“ gefragt. Ein kleiner Teil war dazu nicht bereit. Dafür wurden verschiedenen Gründe angegeben: Innerhalb der Verwaltungen wurde von der Leitungsebene auf nachgeordnete Dienststellen bzw. freie Träger verwiesen, die aufgrund ihrer jeweiligen Praxis eine höhere Kompetenz hätten. Einige freie Träger rechneten das Thema Antisemitismus – entgegen unseren Annahmen – nicht oder nicht mehr zu den eigenen Schwerpunkten. Wiederum andere hielten es mit ihrem eigenen Rollenverständnis für unvereinbar, zum Thema Antisemitismus Stellung zu nehmen. Die Gesamtzahl der Akteure, die für Interviews zur Verfügung standen, verringerte sich dadurch um zehn auf 33.¹³ Mit 29 Vertreter/innen der verbliebenen Akteure wurden Interviews geführt. Davon waren fünf telefonische Kurzinterviews. 24 Interviews wurden persönlich geführt und – bis auf eines – ganz oder teilweise aufgezeichnet. Die Interviews wurden auf Basis eines Leitfadens zwischen dem 4.6. und dem 15.10.2013 durchgeführt. Methodologisch handelt es sich dabei um leitfadengestützte qualitative Expert/inneninterviews (vgl. Hopf 2000; Meuser/Nagel 2009; 2011). Die Interviews wurden insofern teilstandardisiert geführt, als die Befragten alle zu den gleichen Themen befragt und dabei teilweise auch die gleichen Fragen verwendet wurden. Die Interviews dauerten zwischen 60 und 90 Minuten. Die Aufzeichnungen wurden vollständig transkribiert. Dabei wurden alle Personennamen durch Symbole ersetzt und andere Wiedererkennungsmarker, beispielsweise sprachliche Auffälligkeiten, ausgeglichen, um eine größtmögliche Anonymisierung der Interviews zu erreichen.

Für die 43 Akteure des Ausgangssamples wurde im Internet systematisch nach Dokumenten recherchiert, die Aufschluss zu der jeweiligen Perspektive und der Bearbeitung des Themas Antisemitismus geben. Die Interviewten wurden überdies nach zentralen Dokumenten ihrer Arbeit gefragt. Für 25 Akteure wurden auf diesen beiden Wegen thematisch relevante Dokumente aus dem Untersuchungszeitraum ermittelt. Dabei handelte es sich um Fachpublikationen zum Thema, pädagogische Konzepte, Selbstdarstellungen, Stellungnahmen bzw. Presseerklärungen oder Ankündigungen von Veranstaltungen. Für die einzelnen Akteure wurde die Zahl der Dokumente auf vier thematisch besonders ausgewiesene begrenzt; damit war gewährleistet, dass jährlich publizierte Berichte (etwa: Verfassungsschutzberichte, Schattenberichte) für den gesamten Untersuchungszeitraum einbezogen werden konnten. Um das Material in zeitlicher Hinsicht zu begrenzen, wurden Akteure und ihre Textproduktion nur für den Zeitraum 2010 bis 2013 in den Blick genommen. Dieser Zeitraum wird als „erweiterte Gegenwart“ behandelt wie ein Zeitpunkt; Entwicklungen innerhalb dieses kurzen Zeitraums werden nicht berücksichtigt.

13 Die Brisanz des Themas ist auch daran ersichtlich, dass einige Akteure nur zögerlich teilnehmen wollten, denn es gab durchaus Sorgen über die – politisch möglicherweise folgenreichen – Ergebnisse und ihre Verwendung.

Die Interviewtranskripte und die Dokumente wurden als digitale Dateien zu einer projektbezogenen sogenannten „Hermeneutischen Einheit“ innerhalb der qualitativen Datenanalyse-Software „Atlas.ti“ zusammengefasst. Auf Grundlage einer Einteilung in vier große Themenbereiche (Ausmaß und Art von Antisemitismus, Konzepte und Kategorien in der Beobachtung von Antisemitismus, Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rahmenbedingungen dieser Arbeit) wurden alle Transkriptionen und ein Teil der Dokumente codiert. Die allermeisten Kategorien wurden im inhaltsanalytischen Auswertungsprozess aus dem Material selbst generiert (open coding); andere ergaben sich direkt aus den Fragestellungen des Projektes.

In der Darstellung wird in folgender Weise auf die Transkriptionen und Dokumente verwiesen: „I“ steht für „Interviewtranskript“, „D“ für „Dokument“. Es folgt dann die Nummer, unter der die betreffende Datei innerhalb der Hermeneutischen Einheit des Programms „Atlas.ti“ verzeichnet ist (also bspw. „I30“, „D15“). Eckige Klammern in den zitierten Texten stammen von den Autor/innen der Studie und enthalten Auslassungszeichen oder Erläuterungen. Satzabbrüche in den Interviews werden mit „/“ gekennzeichnet. Die Zitate aus den Materialien sind typographisch vom Haupttext abgesetzt. Sie wurden teilweise redaktionell bearbeitet, um die Lesbarkeit zu erhöhen.

4 Erfassung von Antisemitismus: Herangehensweisen und Befunde

Antisemitismus wird weithin als relevantes Problem unserer Gesellschaft gesehen – auch in Berlin. Man kann sogar von einem relativen *öffentlichen* Konsens in dieser Frage ausgehen. Hinter diesem allgemeinen Konsens verbergen sich jedoch im Einzelnen hochgradig divergente *konkrete* Problemsichten. Dies liegt einerseits am unbefriedigenden Stand gesicherten (systematisch wissenschaftlich erhobenen) Wissens über Erscheinungsformen und Ausmaß der Verbreitung von Antisemitismus. Andererseits resultieren die Sichtweisen aus unterschiedlichen institutionellen Logiken und inhaltlich-programmatischen Anliegen der unterschiedlichen Akteure im Themenfeld.

Dieses Kapitel soll die verschiedenen Einschätzungen zu Vorkommen und Ausmaß von Antisemitismus in Berlin darstellen, die von den untersuchten Akteuren formuliert werden. Wir unterscheiden vier grundlegende Typen oder Qualitäten von erfahrungsgesättigten Problemeinschätzungen zu Vorkommen und Ausmaß von Antisemitismus in Berlin. Sie dienen unterschiedlichen Zwecken und haben jeweils eigene Datenarten, Erhebungsmodi und Beobachtungsfelder zur Grundlage. Sie alle werden jedoch in den öffentlichen Diskurs immer wieder als *Indikatoren für das Ausmaß von Antisemitismus insgesamt* eingebracht; sie werden deshalb hier gleichrangig dargestellt, auch wenn sie im Einzelnen wegen ihrer divergierenden Zweckbestimmungen und Konstruktionslogiken nur sehr bedingt vergleichbar sind. Es handelt sich im Einzelnen um:

- *Deliktstatistiken des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes beim Landeskriminalamt* („Politisch motivierte Kriminalität“, kurz PMK), die antisemitische Straftaten verzeichnen
- *Chroniken* und Sammlungen antisemitischer Vorfälle
- *Selektive Feldbeobachtungen*, insbesondere im Rahmen von (sozial-)pädagogischer Arbeit und (Opfer-)Beratung
- Sichtweisen von Jüdinnen und Juden als unmittelbar und potenziell von Antisemitismus Betroffenen

Die Ordnung folgt einer Idealtypisierung, denn zwischen allen Bereichen gibt es Informationsaustausch und einzelne Akteure und ihre Tätigkeiten sind mehreren Bereichen zuzuordnen.

4.1 Polizeiliche Deliktstatistiken

Polizeiliche Deliktstatistiken, die auch antisemitische Straftaten erfassen, werden beim Landeskriminalamt (LKA), welches generell für politische Kriminalität zuständig ist, erstellt (Kriminalpolizeilicher Meldedienst – politisch motivierte Kriminalität, KPMD-PMK). Das LKA verfügt über ein eigenes Referat, das für die statistische Erfassung zuständig ist.¹⁴ Im Untersuchungszeitraum 2010 bis 2013 bewegte sich die Zahl der antisemitisch motivierten Delikte zwischen minimal 129 (2011) und maximal 208 (2012). Diese haben – im Einklang mit der bundesweiten Tendenz (Expertenkreis Antisemitismus 2011) – in weit überwiegender Zahl einen rechtsradikalen Hintergrund. Im gesamten Zeitraum kam es zu keinerlei als terroristisch klassifizierten Delikten und nur zu vereinzelt Gewaltdelikten. Das Gros machen Propagandadelikte aus, insbesondere Fälle von Volksverhetzung (vgl. dazu Abschnitt 2.3.1).

¹⁴ Die folgende Darstellung bezieht sich auf die zitierten Veröffentlichungen, ein Interview mit Mitarbeiter/innen des für die statistische Erfassung zuständigen Referats (I78) sowie auf die vom LKA zur Verfügung gestellten detaillierten statistischen Aufschlüsselungen der KPMD-PMK (D1, D2).

Tabelle 1: Antisemitische Straftaten¹⁵

Deliktqualität	2010				2011			
	Gesamt	Rechts	Ausländer	Sonstige	Gesamt	Rechts	Ausländer	Sonstige
Terrorismus	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewalt	4	1	3	0	3	1	2	0
Propaganda	23	23	0	0	21	20	1	0
Sonstige Delikte ¹⁵	121	108	5	8	105	93	8	4
Gesamt	148	132	8	8	129	114	11	4

Deliktqualität	2012				2013			
	Gesamt	Rechts	Ausländer	Sonstige	Gesamt	Rechts	Ausländer	Sonstige
Terrorismus	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewalt	6	3	3	0	8	7	1	-
Propaganda	29	28	1	0	40	37	3	-
Sonstige Delikte ¹⁵	173	167	4	2	144	131	8	5
Gesamt	208	195	8	2	192	175	12	5

Die PMK-Zahlen erscheinen als einzige „belastbare“ Statistik zum Ausmaß zumindest derjenigen antisemitischen Phänomene, die justiziabel sind. Als einziger Quelle objektiver Daten kommt der PMK eine große Bedeutung für die öffentliche Wahrnehmung von Antisemitismus zu. Um die vorliegenden Zahlen jedoch richtig einzuschätzen, ist es wichtig nachzuvollziehen, in welcher Weise sie zustande kommen. Dazu sind das polizeiliche Klassifikationssystem (vgl. den folgenden Exkurs) sowie die konkrete Aufnahme- und Zuordnungspraxis genauer zu beleuchten.¹⁷

Vier grundsätzliche Probleme werden deutlich: (1) die Hellfeld-Dunkelfeld-Problematik, (2) die Beschränkung auf sog. Zähldelikte, (3) das Problem der Motivklärung und schließlich (4) die Praxis der Zuordnung der Fälle zu den Kategorien der Statistik. Diese aus der Struktur der geltenden PMK-Statistik und der gegenwärtigen Praxis der Statistikpflege resultierenden Probleme können zu einer systematischen Unterschätzung von Antisemitismus beitragen, wenn man das von der polizeilichen Statistik gezeichnete Bild als Abbild der Realität missversteht.¹⁸

15 Quelle: vom LKA zur Verfügung gestellt; es gibt geringfügige Abweichungen der hier feinaufgeschlüsselten Daten zu den Angaben im jeweiligen Verfassungsschutzbericht, die aber in der Ausgabe des jeweiligen Folgejahres auch korrigiert wurden. Dies hat seine Ursache wahrscheinlich darin, dass die PMK jederzeit aktualisiert werden kann, bspw. je nach Ausgang eines Verfahrens, welches eine nachträgliche Neubewertung erfordert. Diese prinzipiell bestehende Möglichkeit wird de facto aber fast nicht genutzt.

16 Dies bezieht sich fast ausschließlich auf §130 StGB (Volksverhetzung).

17 Die Unterscheidung reflektiert einen Doppelcharakter der Polizei. Diese ist als Organisation durch Gesetze, Einsatzleitlinien und bspw. interne Definitionssysteme formal-bürokratisch strukturiert (Polizeikultur). Andererseits gibt es in der Institution ein alltägliches Handeln in habitualisierten Routinen und oft gruppennormgeprägten Interaktionen (Polizistenkultur oder *cop culture*), vgl. dazu Behr (2000; 2003).

18 „Die Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken messen (...) jeweils die Ergebnisse der Tätigkeit und der Sachverhaltsbewertung von Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gericht. Sie geben als Tätigkeitsnachweise Aufschluss über die in den einzelnen Abschnitten des Strafverfahrens stattfindenden Registrierungs-, Definitions- und Ausfilterungsprozesse.“ (Heinz 2004: 385).

Exkurs: Das Klassifikationssystem KPMD-PMK

Die Einordnung von Delikten im Kriminalpolizeilichen Meldedienst (KPMD) folgt den durch das BKA zentral zur Verfügung gestellten „Informationen zum polizeilichen Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität (PMK)“, welches sich in seinen Zuordnungen von der allgemeinen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) unterscheidet. Es erfasst Delikte mit (1) politischen Zielen, (2) gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder (3) auswärtige Belange der BRD gerichtete und (4) gegen Personen/Institutionen/Objekte aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit gerichtete Delikte. Unterschieden werden fünf Klassifikationsdimensionen: Deliktsqualität (Terrorismus, Gewalt, Propagandadelikte, Sonstiges), Themenfeld (Hasskriminalität - darunter: Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, Kernenergie, Separatismus, weitere), Phänomenbereich (links, rechts, Ausländerkriminalität, sonstige/nicht zuzuordnen), internationale Bezüge (Herkunfts- oder Bezugsland), extremistische Kriminalität (gegen die Verfassungsordnung gerichtete Kriminalität?). Hervorzuheben ist ferner, dass der Gewaltbegriff im Definitionssystem PMK weiter gefasst ist als in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), in der die nicht als politisch geltenden Straftaten erfasst werden (Singer 2004: 35).

4.1.1 Hellfeld-Dunkelfeld-Problematik

Grundsätzlich erfassen polizeiliche Statistiken nur das so genannte Hellfeld der Kriminalität, also diejenigen Straftaten, die der Polizei zur Kenntnis gelangen – sei es durch Anzeigen oder durch Ermittlungstätigkeit. Dem gegenüber steht das so genannte Dunkelfeld, also diejenigen Straftaten, die zwar verübt, aber nicht erfasst werden. Generell und deliktunabhängig gilt, dass beispielsweise nicht alle Opfer Anzeige erstatten oder dass eine Anzeige ausbleibt, weil bspw. ein Propagandadelikt kein konkretes (personales) Opfer hat. Im konkreten Themenbereich gibt es deutliche Hinweise auf ein erhebliches Dunkelfeld. Interviewpartner verwiesen beispielsweise darauf, dass Opfer antisemitischer Übergriffe bewusst auf Anzeigen verzichteten (195). Als Gründe wurden unter anderem Drohungen der Täter (insbesondere im Bereich Fußball) benannt, die Betroffene vom Gang zur Polizei abhielten. Andererseits stellen möglicherweise auch Kompetenzen und thematische Sensibilität bei der Polizei ein Problem dar. Ein Erfassen antisemitischer Sinngehalte ist gerade bei Symbolen ausländischer Organisationen und nicht deutschsprachigen Äußerungen/Slogans usw. problematisch. Von Interviewten wurde auch die Beobachtung geäußert, dass Opfer antisemitischer Übergriffe sich nicht an Opferberatungsstellen oder Sicherheitsorgane wenden, sondern eher an die jüdische Gemeinde (192, 193). Der Polizei wird von zivilgesellschaftlichen Befragten teilweise mangelnde Bereitschaft attestiert, die Opferperspektive und jeweilige rassistische/antisemitische Hintergründe ernst zu nehmen (vgl. u.a. Mendelsohn 2013). Anders als in anderen Bundesländern gab es in Berlin aber schon mehrere einschlägige Schulungen über Erscheinungsformen von Antisemitismus für Polizeiangehörige und es wurde auch wachsende Sensibilität konstatiert.

An dieser Stelle können keine Mutmaßungen über die Größe des Dunkelfeldes angestellt werden. Sehr verschiedene Faktoren beeinflussen dessen Ausmaß (unter anderem Schwere der vorkommenden Delikte, Beziehung zwischen Täter und Opfer, Unterstützungserwartung, vgl. Köllisch 2004). Indizien für die Größe des Dunkelfeldes liefern unter anderem Befragungen von Täter/innen und Opfern (Dörmann 2004: 9 ff.). Für Berlin liegt hier keine Studie vor.¹⁹ *Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die Gesamtzahl tatsächlich verübter antisemitischer Straftaten wohl deutlich über dem in der PMK statistisch erfassten Ausmaß liegt.*

4.1.2 Beschränkung auf Zähldelikte

In der PMK wird jeder Vorfall nur über ein einziges so genanntes Zähldelikt erfasst. Dies bedeutet, dass im Fall von Tateinheit (beispielsweise eines Propagandadelikts und einer Körperverletzung und gegebenenfalls weiterer Straftaten) nur ein einziges Delikt in der Statistik berücksichtigt wird. Als Zähldelikt gilt die Straftat mit der höchsten Strafandrohung; alle weiteren Delikte werden nicht statistisch erfasst. Eine Vorstellung vom tatsächlichen quantitativen und qualitativen Charakter der verzeichneten Vorgänge „hinter“ dem Zähldelikt ist somit polizeistatistisch ausgeschlossen. Die PMK liefert damit strukturell konservative Einschätzungen, Werte also, die das Ausmaß von Antisemitismus tendenziell verkleinern. Dies wird insbesondere von Opfervertretungen kritisiert.²⁰

19 Aktuelle Zahlen zu jüdischen Antisemitismuswahrnehmungen und Viktimisierungserfahrungen liefert eine europaweite Studie European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) (2013), vgl. kritisch dazu Klug (2013b).

20 „Die Statistik zählt nur Straftatbestände – wenn es fünf Verletzte gibt, ist das eine Tat“, so Helga Seyb von ReachOut in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ (Mendelsohn 2013).

4.1.3 Problem der Motivklärung

„Antisemitisch ist der Teil der Hasskriminalität, der aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen wird“ (Bundeskriminalamt, Kommission Staatsschutz 2010: 8). Diese sehr knappe Bestimmung von Antisemitismus im polizeilichen Klassifikationssystem schränkt das Beobachtungsfeld auf Taten ein, die aus einer subjektiv antijüdischen Haltung heraus begangen werden. Dies liegt im Strafrecht begründet, welches auf die Sanktionierung von *Täterschaft* und damit auf eine individuelle Zurechenbarkeit ausgerichtet ist. Die Schwere der Schuld wird vor Gericht nicht zuletzt durch die Tatmotive bestimmt. Allerdings besteht zu tatsächlichen Tatmotiven außer im Falle eines Geständnisses mit expliziter Motivangabe kein Zugang. Nach Auskunft des LKA wird deshalb aus den Umständen (Zielobjekt/-person, Tat, Äußerungen, Erkenntnisse über den/die Tatverdächtigen) von polizeilicher Seite ein Motiv *konstruiert*. Es obliegt also der aufnehmenden Dienststelle ein Hassmotiv zu konstatieren. Damit operiert man dicht an und wohl auch jenseits der Grenze der Objektivierbarkeit.²¹ Zudem ist entscheidend, ob das konstatierte Motiv tatauslösend ist. Eine judenfeindliche Beschimpfung im Rahmen beispielsweise eines Streits um einen Parkplatz, würde nicht ohne weiteres als antisemitisch klassifiziert. Kategoriale Zuordnungsprobleme treten aus polizeilicher Sicht vor allem bei Delikten auf, die sich auf den Nahostkonflikt beziehen. Zwei Beispiele wurden im Interview als Grenzfälle genannt, bei denen man genau überlegen müsse, ob sie als antisemitisch zu klassifizieren seien: ein den Hitlergruß zeigender Palästinenser und der Ruf „Juden raus aus Israel“²²

4.1.4 Zuordnungspraxis

Die Problematik der (hypothetischen) Motivationsunterstellung wird noch dadurch verschärft, dass das gesamte Klassifikationssystem und seine Anwendung von kategorialen Disparitäten geprägt sind.

Am auffälligsten ist die Problematik der Zurechnung zu den Phänomenbereichen, insbesondere bei der Kategorie „Ausländerkriminalität“. Diese Zuordnung erfolgt bei Nichtdeutschen und bei deutschen Staatsbürger/innen mit Migrationshintergrund. Die Zuordnung zum Phänomenbereich rechts hingegen erfolgt quasi automatisch bei Verwendung von Bezügen auf den Nationalsozialismus (bspw. bei Hakenkreuzschmierereien auf einem jüdischen Friedhof). Diese Praxis impliziert dass es für die PMK den Fall von rechtsextremen Migrant/innen nicht geben kann oder dass NS-Symbole nur von NS-affinen Tatverdächtigen verwendet werden. Dies übersieht unter anderem den allgemeinen Diffamierungscharakter entsprechender Symbole und ihren möglichen rein strategischen Einsatz. Diese Situation, insbesondere die Zuordnung von Deutschen zum Bereich „Ausländerkriminalität“, ist aus der Sicht eines abstrakten (ohne Ansehen der Person an objektiven Tatbeständen orientierten) Rechts mit grundgesetzlich garantierter Gleichheit aller Staatsbürger/innen vor dem Gesetz problematisch. Denn es handelt sich bei der PMK ja nicht nur um eine – durch gewisse und teils unvermeidliche Einschränkungen beeinträchtigte – schlichte Statistik, sondern um das Ergebnis einer Kette von Objektivierungen auf Basis von teils recht vagen Zuschreibungen, das handlungsleitend ist und gesellschaftliche Diskurse mitbestimmt.²³

Während in der PMK grundsätzlich die weit überwiegende Zahl der als antisemitisch registrierten Delikte einem rechtsradikalen Hintergrund zugeordnet wird, unterscheidet sich der registrierte Kreis der Tatverdächtigen im Bereich der verzeichneten Gewaltdelikte. Dort überwiegen teilweise die der Kategorie „Ausländer“ zugerechneten Fälle diejenigen mit rechtsradikalem Hintergrund. Dies ließe den Schluss zu, dass das Betätigungsfeld Rechtsradikaler sich besonders auf Propagandadelikte konzentriert, während Gewaltdelikte, die allerdings insgesamt nur in sehr geringer Zahl vorkommen (3-6 pro Jahr) möglicherweise eher von Migrant/innen (im Sinne der Statistik) verübt werden. Allerdings lässt, ganz abgesehen von der oben kritisierten Zurechnungsproblematik, die geringe Gesamtzahl bei zudem im Verlauf sehr ungleicher Verteilung hier keinen gültigen Schluss zu; sie wirft vielmehr eine zukünftig weiter zu verfolgende Fragestellung für die Forschung auf. Insgesamt liefern die polizeilichen Daten also bestenfalls schwache Indizien für eine relativ große

21 Es gibt für den Fall der Zuordnungsschwierigkeiten verwaltungsinterne Verfahren. Ist dem rund um die Uhr besetzten Steuerungsdienst, dem die Entscheidung über die Zuständigkeit des LKA (also über das Vorliegen einer *politischen* Straftat) obliegt, eine Zuordnung nicht möglich, sind jederzeit Referatsleiter erreichbar. Bei bestehendem Zweifel entscheidet die morgendliche Runde der Dezernats- und Abteilungsleiter. Behilflich bei der Klassifikation ist zudem ein Zuständigkeitsachregister, eine kleinteilige „deliktisch-phänomenologische“ Aufstellung. Doch für die Lösung des Motivunterstellungsproblems gibt es aus prinzipiellen Gründen keine endgültige Lösung.

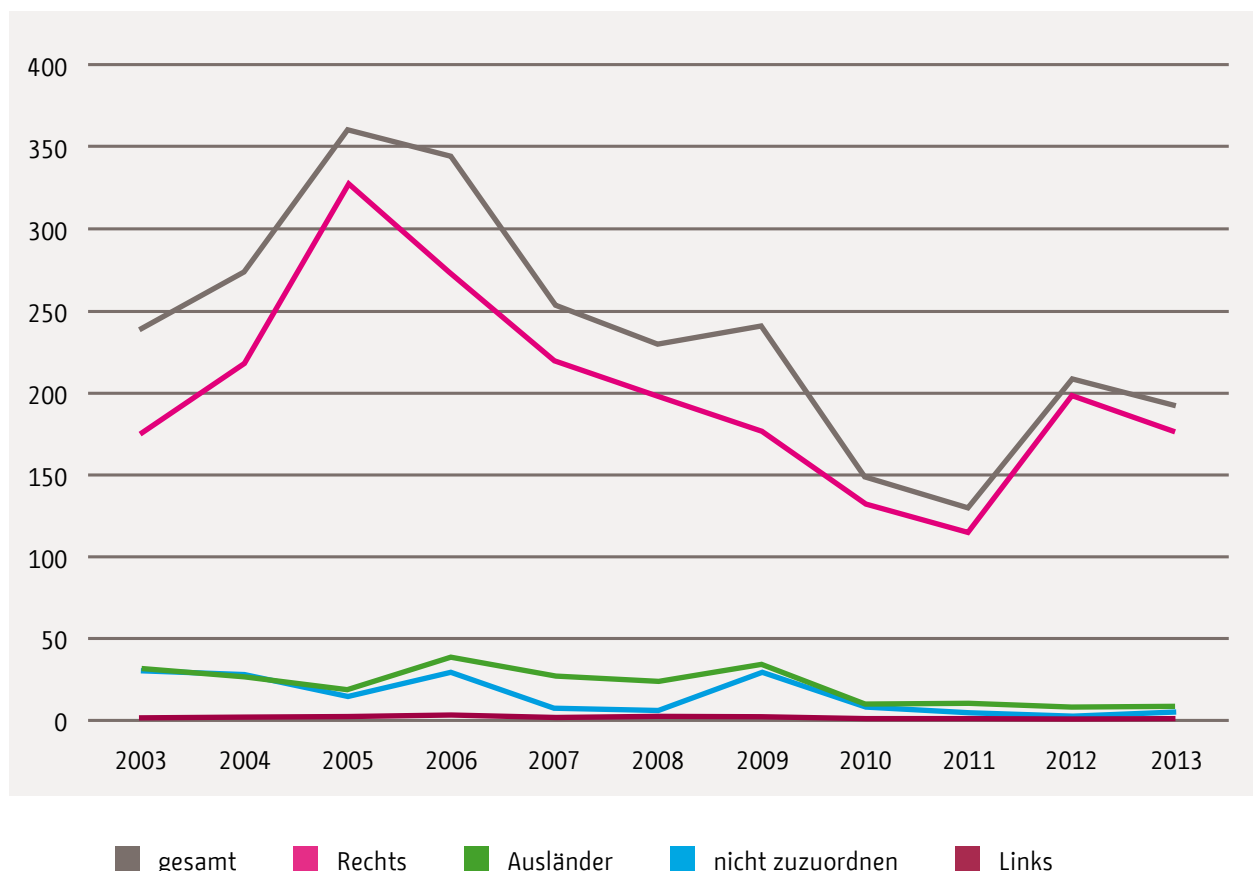
22 Dies wurde nicht näher begründet, es ist aber anzunehmen, dass der Bezug zum Nahostkonflikt auch die strategische Verwendung abwertender Redeweisen ohne antisemitische Gesinnung als Deutung nahelegt.

23 Dieser Umstand wurde auch im Zusammenhang mit den Debatten um die Statistiken zu rechtsextremen Tötungsdelikten betont: In der Großen Anfrage der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag (BT-Drs.17/ 5303) heißt es: „Die PMK ist die Grundlage für die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Gefährdungslagen in bestimmten Deliktbereichen.“ (BT-Drs. 17/ 7161: 3).

Bedeutung muslimischer oder migrantischer Tatverdächtiger. In der öffentlichen Berichterstattung über Antisemitismus nehmen diese jedoch einen immer prominenteren Platz ein.

Resümierend lässt sich festhalten, dass die Statistik „Politisch motivierte Kriminalität“ nur sehr eingeschränkt geeignet ist, Auskunft über die Verbreitung von Antisemitismus und seine Trägergruppen zu erteilen. Sie kann das polizeiliche Hellfeld antisemitisch motivierter Straftaten erfassen und eventuell, wenn man ihre Konstruktionsprinzipien genau kennt *und* eine Kontinuität in ihren Zustandekommen unterstellt (die allerdings durch den Einfluss aktueller Ereignisse und medialer Debatten auf die Polizeiarbeit nur begrenzt gegeben ist), als grober Indikator für Veränderungen im Zeitverlauf dienen. Für den von manchen Akteuren konstatierten steten Anstieg antisemitischer Vorfälle lässt sich mit diesem Hilfsmittel jedenfalls kein Nachweis erbringen. Im Gegenteil – nach einem Peak um das Jahr 2005 verzeichnet die PMK für Berlin einen Rückgang der Delikte, bei uneinheitlicher Tendenz (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Antisemitische Delikte in Berlin 2003-2012 (Quelle: LKA/KPMD-PMK)



Spezifisches Wissen über die Besonderheiten der Situation in Berlin ließe sich aus einem Vergleich mit anderen Großstädten oder mit der bundesweiten PMK-Statistik ziehen. Hierzu müssten jedoch die Delikte mit Bevölkerungszahlen, Bevölkerungsstruktur, generellem Deliktaufkommen und weiteren Faktoren statistisch in Beziehung gesetzt werden; außerdem gälte es sicherzustellen, dass die Erfassung bei den jeweiligen Polizeistellen identisch vonstatten ginge. Dies kann in dieser Untersuchung nicht geleistet werden. Wir haben jedoch kursorisch die Entwicklung der Deliktziffern Berlins mit Bremen, Hamburg und der Bundesstatistik verglichen. Hier fällt insbesondere auf, dass alle Verläufe einen Tiefpunkt im Jahr 2011 mit anschließendem erneuten Anstieg aufweisen. Das Deliktaufkommen in Berlin ist 5-7 mal höher als beispielsweise in Hamburg, das lediglich etwa die Hälfte der Bevölkerung Berlins aufweist.

4.2 Antisemitismus-Monitoring: Register und Chroniken

Einen zweiten Typ relativ kontinuierlich erfasster Daten zum Vorkommen von Antisemitismus (und anderem) bieten verschiedene Sammlungen von Vorfällen, Register oder Chroniken. Sie ermöglichen ein mehr oder weniger kontinuierliches Monitoring antisemitischer und anderer diskriminierender Vorkommnisse, auch und gerade solcher, die unterhalb der Strafbarkeitsschwelle bleiben. Die begriffliche Basis der Erfassung ist bei den meisten ein sehr weites Konzept von Antisemitismus, das beispielsweise hinsichtlich des Schweregrads und der erfassten Handlungsebenen von so genanntem Alltagsantisemitismus und „Verbalantisemitismus“²⁴ bis hin zu körperlichen Angriffen reicht und sich damit grundlegend vom zuvor dargestellten und deutlich engeren polizeilichen Raster unterscheidet. Auch diese Chroniken bieten jedoch keineswegs ein vollständiges Abbild des gesellschaftlichen Vorkommens antisemitischer Phänomene, weil sie zum Teil nur in einigen Stadtbezirken geführt werden und sehr stark von Informationsbereitstellung durch verschiedene Zuträger/innen, nicht zuletzt der allgemeinen Bevölkerung, abhängig sind. Eine systematische und einheitliche Erfassung ist auf diese Weise nicht möglich. Die verschiedenen Stellen, die Chroniken erstellen, sind untereinander vernetzt und tauschen Informationen über Vorfälle und die Art ihrer Erfassung aus; sie versuchen, die Barrieren für die Meldung von Vorfällen möglichst gering zu halten bzw. ergänzen diese zusätzlich durch eigene Recherchen. Deswegen bieten ihre Darstellungen vor allem einen Einblick in die Breite des Spektrums antisemitischer und anderer Vorfälle.

4.2.1 Registerstellen

Die Berliner Register haben den Zweck rechtsextreme, rassistische, antisemitische, homophobe und vergleichbare Vorfälle in den Berliner Bezirken zu dokumentieren.²⁵ So sollen einerseits diskriminierende Handlungen und Angriffe bekannt werden, auch wenn sie nicht polizeilich erfasst/bearbeitet werden, und zugleich sollen sie der Sensibilisierung für die verzeichneten Problematiken dienen. Das Besondere der Registerstellen ist ihre lokale Verwurzelung. Fest etablierte Registerstellen gibt es bisher allerdings nur in den östlichen Berliner Bezirken, wenngleich eine Erweiterung auch auf den Westteil der Stadt begonnen wurde.²⁶ Was letztlich im Register für den Bezirk zusammenläuft, kann von Bürger/innen an verschiedenen, dezentralen Stellen oder telefonisch gemeldet werden. Die Dokumentation der Vorfälle erfolgt vor allem als Chronik. Diese verbindet eine meist knappe Beschreibung der Vorfälle mit der Nennung des jeweiligen Datums und des Orts des Geschehens. Teilweise sind die Vorfälle auch auf interaktiven Karten im Netz zu verorten. Zum anderen erfolgt eine jährliche statistische Zusammenfassung, welche nach Art (bspw. Sachbeschädigung, Pöbelei/Beleidigung, Angriff, Veranstaltung) und Inhalt (insbesondere gegen welche Gruppe sich der Vorfall richtet, bspw.: Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie) der erfassten Vorfälle differenziert. Eine numerische Auflistung liegt aber erst für das Jahr 2013 für alle zu diesem Zeitpunkt bestehenden Register vor; für die Vorjahre bestehen größere Lücken.²⁷ Dies soll sich in Zukunft ändern. Die einzelnen antisemitischen Vorfälle umfassen ein großes Spektrum, wie die folgende Zitate aus den Registerchroniken beispielhaft verdeutlichen (D31; D32; I109):

- „In der Scheiblerstraße in Baumschulenweg wird eine mit blauem Lack aufgetragene Schmiererei an einer Telefonzelle entdeckt. Sie lautet „Fuck Cops /Juden“. Es wurde Anzeige erstattet.“ (14.6.2013)
- „Die Wohnungstür einer Frau, die sich in einer Initiative für Stolpersteine in Berlin engagiert, wird in der Nacht mit einer antisemitischen Parole beschmier. Ihr Briefkasten wird mit einem Feuerwerkskörper gesprengt“ (13.5.2013)
- „Ein Mann wird in der Meraner Straße gegen 6.30 Uhr von zwei unbekannten Männern antisemitisch und homophob beleidigt, angegriffen, dadurch verletzt, und beraubt“ (13.3.2013)

24 Bei „Verbalantisemitismus“ (Schwarz-Friesel und Reinharz 2013) handelt es sich um eine relativ unspezifische Sammelkategorie, die Kommunikationen sehr unterschiedlichen Charakters (insbesondere in der Analyse von Medien, Internetforen und Briefzuschriften) erfasst. Darunter fallen aggressive und weltbildhafte antisemitische Pamphlete ebenso wie Positionen, die lediglich unter einen rein formellen und extrem weitgefassten Begriff von Antisemitismus subsumiert werden können und teilweise auch nicht antisemitisch begründete Kritiken an Israels Politik und oppositionelle Positionen zu dem Verhältnissverhältnis der Bundesrepublik gegenüber Israel. „Alltagsantisemitismus“ ist ebenso eine Kategorie aus der Praxis, die, ohne die Einschränkung auf verbale Vorkommnisse, die leichten, fragmentarischen, weniger ausgeprägten Formen antisemitischer Phänomene erfasst. Darunter fallen beispielsweise die Bekundung einer sozialen Distanz zu Jüdinnen und Juden oder bestimmte Redensarten (wie „Jude“ als Schimpfwort).

25 Eine ausführliche Darstellung der Berliner Register findet sich auf der Seite der Opferberatungsstelle ReachOut: <http://www.reachoutberlin.de/index.php?module=htmlpages&func=display&pid=11&cm=4&cb=8> [2014-01-28] und in der Broschüre „Die Berliner Register“ (Register Berlin 2013).

26 Der Senat unterstützt die bezirkliche Einrichtung von Registerstellen finanziell. Begonnen hat die Arbeit in den westlichen Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Neukölln sowie zusätzlich dem Ost-West-Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Neuerdings steht auch eine Mitarbeiterin mit 10 Stunde/Woche zur Koordinierung der Berliner Register zur Verfügung. Dies soll in näherer Zukunft sicherstellen, dass in allen Bezirken Registerstellen aufgebaut und koordiniert werden, ihre Kategorienschemata angeglichen werden und somit eine Erfassung für ganz Berlin möglich ist.

27 Deswegen wird hier auf eine Präsentation der wenig aussagekräftigen Zahlen verzichtet.

- „Ein 43-jähriger Mann wird in der JVA Plötzensee am Friedrich-Olbricht-Damm gegen 19.55 Uhr von zwei 25-jährigen Männern aufgrund seines jüdischen Glaubens mit einem Wassereimer attackiert und verletzt“ (19.3.2013)
- „Nachdem eine Marzahn-Hellersdorfer Einrichtung am 29.11.2012 zwei Stolpersteine (zur Erinnerung an zwei im Konzentrationslager Theresienstadt ermordete Jüdinnen in einer Marzahner Straße verlegt hatte, wurde in der Nacht vom 6. auf den 7.12.2012 ein Davidstern an die Eingangstür der Einrichtung aufgespritzt“ (18.12.2012)
- „Ein Fußballfan äußerte in einem Regionalzug am Ostkreuz ‚Deutsche wehrt euch, kauft nicht bei Juden‘“ (26.9.2012)
- „Rund um die Haltestellen von Bus und Straßenbahn in der Pietschkerstraße in Johannisthal wurden zahlreiche Aufkleber der JN angebracht. Themen waren unter anderem Solidarität mit Palästina und Heimatschutz“ (4.7.2012)
- „In der Bergmannstr. wurde ein Wahlplakat einer SPD-Kandidatin, die jüdischen Glaubens ist, mit einem Davidstern beschmiert“ (28.08.2011)
- „Am 27. August beteiligten sich ca. 800 Personen, unter ihnen IslamistInnen, türkische Faschisten und antiimperialistische Linke an dem antisemitischen Marsch zum „Al-Quds“-Tag. Die Teilnehmer zeigten eine Fahne der Terrororganisation Hizbollah und zeigten antisemitische Schilder. An Gegenprotesten beteiligten sich ca. 350 Menschen“ (27.8.2013)

4.2.2 Chronik antisemitischer Angriffe (ReachOut)

Eine weitere Chronik führt „ReachOut – Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“. Anders als die Registerstellen, verzeichnet die Chronik entsprechend des spezifischen Arbeitsgebietes von ReachOut nur sogenannte „Angriffe“ und nicht bspw. reine Propagandavorfälle. In die Chronik gehen Polizeimeldungen, Presseberichte, Vorfälle aus den Registerberichten und direkt der Organisation zugänglich gemachte Berichte aus erster Hand ein. Sie ist online verfügbar (in Jahreszusammenfassungen seit 2005 und mit jeweils aktuellem Stand des laufenden Jahres). Ergänzt wird die Chronik durch eine Online-Karte, auf der die Orte der Vorfälle verzeichnet sind und eine auch in Buchform publizierte Ausstellung der fotografierten Tatorte. Die von ReachOut erstellten Chroniken sind wiederum auch eine wichtige Quelle für die „Berliner Zustände“, einen sogenannten „Schattenbericht über Rechtsextremismus und Rassismus“, der von der Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus (MBR) und dem apabiz e.V. herausgegeben wird. Dieser jährliche Bericht verbindet aktuelle Analysen in Aufsatzform mit der Verbreitung der jährlichen Chronik. Die Chronik leistet gerade in Verbindung mit den Hintergrundberichten, die gelegentlich auch einzelne Vorfälle genauer beschreiben, etwas, was keine Statistik kann: sie vermitteln einen Eindruck von der konkreten Wirklichkeit der An- und Übergriffe, insbesondere, was sie für die Opfer bedeuten können. Damit wird eine Ebene öffentlich zugänglich, die in abstrakten Statistiken nicht eingefangen werden kann. Antisemitische Vorfälle spielen in der Chronik im Vergleich zu rassistischen oder homophoben Vorfällen allerdings eine untergeordnete Rolle.

Tabelle 2: ReachOut-Chronik, 2010-2013 (Quelle: Koordinierungsstelle Berliner Register und ReachOut 2014)

Jahr	2010	2011	2012	2013
Gesamt	109	158	139	185
Tatmotiv antisemitisch	8	5	6	8

Eine Stärke der Chronik von ReachOut liegt in der Spezifität hinsichtlich der erfassten Phänomene, die als „Angriffe“ bezeichnet werden, also Gewalt gegen Personen und Sachen. Doch auch sie erlaubt keine verlässlichen Rückschlüsse auf das tatsächliche Ausmaß oder die quantitative Entwicklung von antisemitisch motivierter Gewalt. Die entscheidende Funktion liegt vielmehr in ihrem Verdeutlichungscharakter, der die Existenz antisemitischer Gewalt, soweit erfasst, skandalisierbar macht.

4.2.3 Berichte des Verfassungsschutzes

Auch der Verfassungsschutzbericht informiert regelmäßig über Antisemitismus. Antisemitismus bezeichnet kein eigenständiges Beobachtungsfeld der Behörde (vgl. Abschnitt 2.3.1), sondern eine zentrale Dimension der als „extremistisch“ eingestuften beobachteten Aktivitäten.²⁸ Für quantitative Einschätzungen greifen die Verfassungsschutzberichte auf die Zahlen des polizeilichen Staatsschutzes zurück. Die qualitativen Einschätzungen des Verfassungsschutzes basieren allerdings auch auf darüber hinaus gehenden eigenen Informationen: Die Feldbeobachtung erfolgt anhand der Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen sowie mit geheimdienstlichen Mitteln; Methoden und Ergebnisse entziehen sich im letztgenannten Fall einer unabhängigen Nachprüfbarkeit.

Der Berliner Verfassungsschutz definiert Antisemitismus als „eine besondere Form des Rassismus [...] Darunter versteht man die Feindschaft gegenüber den Juden als Gesamtheit aufgrund stereotypischer rassistischer, sozialer, politischer und /oder religiöser Vorurteile.“ (SenInnSport 2012: 189). Im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2013 wird diese Definition um eine empirische Beobachtung ergänzt: „Regelmäßig werden diese Vorurteile auch mit Kritik am Staat Israel und seiner Politik verbunden.“ (SenInnSport 2014: 76, Anm. 43, Internet-Version).

Antisemitismus wird im Untersuchungszeitraum bei extremistischen Akteuren aus den Bereichen „Islamismus“ und „Rechtsextremismus“ verzeichnet: Namentlich aufgeführt werden einzelne islamistische Organisationen und ihre Repräsentanten, die in öffentlichen Reden im Inland antisemitische Klischees verwenden oder den Holocaust leugnen. Dargestellt wird darüber hinaus das Wirken von islamistischen Organisationen, die über im Ausland betriebene Fernsehsender Tötungsaufrufe und antisemitische Hetze verbreiten.

Antisemitismus gehört konstitutiv zur Ideologie traditioneller rechtsextremer Organisationen und Bewegungen. Ebenso wird über einzelne rechtsextreme Musikbands mit antisemitischen Texten berichtet. Die NPD formuliere ihre antisemitische Position in den letzten Jahren stärker als eine Kritik an Israel. Antizionismus werde von der NPD als Tarnung für Antisemitismus verwendet (SenInnSport 2012: 220). Antisemitische Positionen finden sich daneben auch in der sog. „Reichsbewegung“ und bei rechtsextremen Musikbands (SenInnSport 2013: 95).

Die mit der Entstehung der „Pro-Bewegung“ verbundene Frontstellung gegen den Islam und eine angebliche Islamisierung Europas haben zu einer Beobachtung von rechtspopulistischen Akteuren durch den Verfassungsschutz geführt. Der Verfassungsschutz bewertet Teile dieser Bewegung als rechtsextremistisch. Sie unterscheiden sich von traditionellen rechtsextremen Akteuren nicht zuletzt dadurch, dass sie ein prinzipiell positives Verhältnis zu Israel als vermeintlichen Bündnispartner im Kampf gegen eine konstatierte „Islamisierung“ einnehmen und Antisemitismus keine systematische Funktion in ihrer Weltanschauung hat.²⁹ Dies führe zu neuen Kontroversen um die Bedeutung des Antisemitismus für das eigene Selbstverständnis innerhalb des rechtsextremen Spektrums.

Die Verfassungsschutzbehörde ist gesetzlich verpflichtet, ihre Beobachtungsschwelle höher anzusetzen als dies bei zivilgesellschaftlichen Akteuren der Fall ist. Werden die gesetzlichen Vorgaben eingehalten, so werden keine antisemitischen Gesinnungen und okkasionele antisemitische Äußerungen registriert; statt dessen hat sich die Behörde in ihren Beobachtungen auf Fakten und gerichtlich überprüfbare Anhaltspunkte für politisch motivierte und zielgerichtete Gefährdungen der rechtlich-politischen Grundordnung zu beschränken. Das bedeutet, dass Antisemitismus als explizierte Ideologie und politische Programmatik von Akteuren in den Blick kommt, die organisiert sind, eine gewisse zeitliche Beständigkeit aufweisen und sich selbst als politische Akteure mit einer entsprechenden Zielsetzung verstehen und darstellen. Im Untersuchungszeitraum treffen diese Kriterien – wie oben gezeigt – auf einige wenige islamistische und rechtsextreme Organisationen zu. Antisemitismus als Ideologie, Weltanschauung und Programmatik ist laut Verfassungsschutz in einem kleinen Segment solcher radikaler Aktivisten zu beobachten, bei denen man dies ohnehin erwartet; der Weltanschauungsantisemitismus ist leicht identifizierbar, da er klar expliziert wird und konstitutives Element des jeweiligen Selbstverständnisses ist.

Innerhalb der heutigen Konstellation von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Beobachtern von Antisemitismus sollen die rechtlichen Grundlagen von Verfassungsschutz und Polizei die Prinzipien des liberalen Rechtsstaats repräsentieren: Die Strafverfolgung und die stigmatisierende öffentliche Erwähnung im Verfassungsschutzbericht sind gesetzlich an das Vorliegen bestimmter enger Voraussetzungen gebunden. Der polizeiliche Tatverdacht wird vor den Strafgerichten ver-

²⁸ Vgl. zu der Diskussion um das Konzept des politischen Extremismus Kulturbüro Sachsen et al. (2010); Feustel/Stange/Strohschneider (2012).

²⁹ Die Frage muss offen bleiben, mit welchem Recht rechtspopulistische Akteure vom Verfassungsschutz beobachtet werden; radikale Positionierungen in den öffentlichen Diskussionen sind nicht gleichbedeutend mit einer potentiellen Gefährdung der politischen Ordnung.

handelt und die Vergabe des Extremismusetiketts durch den Verfassungsschutz kann prinzipiell rechtsstaatlich im Zuge von Verwaltungsgerichtsverfahren überprüft werden.³⁰ Dass sich die Ämter insgesamt nicht lediglich als eine beobachtende Stabsstelle der Exekutive verstehen, sondern selbst politisch intervenieren und als „Partner der Zivilgesellschaft“ auftreten, ist hinreichend dokumentiert (vgl. etwa: Kohlstruck 2010, Weiterdenken et al. 2013).

Unter dem hier behandelten Aspekt der Beobachtung von Antisemitismus lässt sich die für den Verfassungsschutz charakteristische Beschränkung auf die Beobachtung von ideologisch konsistentem Antisemitismus in einem doppelten Sinne als Korrektiv der teilweise kriterienschwachen öffentlichen Diskurse zu Antisemitismus lesen. Erstens erinnert die relativ hohe Beobachtungsschwelle daran, dass antisemitische Phänomene mit abgestuften Gefahren verbunden sind. Dies spricht für fallbezogene Einschätzungen und gegen die pauschale Annahme, antisemitische Phänomene seien per se gleichbedeutend mit einer maximalen Bedrohung. Zweitens macht die vom Verfassungsschutz schwerpunktmäßig dokumentierte Existenz von Antisemitismus als bewusster und gewollter ideologisch-politischer Option auf die verschobenen Proportionen in den öffentlichen Wahrnehmungen der letzten Jahre (hin zu „weicheeren“ Formen vor allem bei Jugendlichen) aufmerksam (vgl. Erb 2007).

Neben den bisher dargestellten, gibt es weitere Verzeichnisse von Vorfällen/Ereignissen, die jedoch nicht oder nur teilweise öffentlich zugänglich sind und vorrangig für die Arbeit der jeweiligen sammelnden Stelle Verwendung finden. Diese werden im Folgenden vorgestellt.

4.2.4 Chronik der Antisemitismus-AG des Vereins Demokratische Kultur e.V.

Ausschließlich antisemitische Vorfälle erfasst die Antisemitismus-AG beim Verein Demokratische Kultur e.V. (VDK). Anders als in die Chronik von ReachOut gehen hier auch Fälle aus dem Internet und andere eher kommunikative oder diskursive Ereignisse (im Unterschied zu konkreten Angriffen) ein; das erfasste Feld ist also noch breiter und verfolgt den Zweck der aktuellen Kenntnis von Vorgängen im Phänomenbereich. Die gesammelten Informationen dienen primär der eigenen Beratungstätigkeit und werden bei konkretem Beratungsbedarf durch VDK/MBR entsprechend aufbereitet. Eine Übersicht über die erfassten Vorfälle auf Basis der Arbeitsdefinition Antisemitismus des European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC, European Forum on Antisemitism 2005) wurde erstmals für den Beobachtungszeitraum 2013 auch veröffentlicht.³¹ Die statistische Aufschlüsselung unterscheidet Inhalte, Form und lokale Verteilung der 47 verzeichneten Vorfälle. Lediglich ein Drittel davon wird als ausschließlich antisemitisch motiviert eingeschätzt.

Tabelle 3: Chronik antisemitischer Vorfälle der AG Antisemitismus des VDK (2014)

Inhaltliche Zuordnung	Zuordnung nach Form der Fälle	Stadtbezirke
Sekundärer Antisemitismus (14)	Sachbeschädigungen (22)	Friedrichshain-Kreuzberg (9)
Sonstige (14)	Tätliche Angriffe und Bedrohungen (8)	Tempelhof-Schöneberg (7)
Moderner Antisemitismus (10)	Demonstrationen, Veranstaltungen (6)	Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte (je 6)
Israel-bezogener Antisemitismus (9)	Beschimpfungen (6)	Lichtenberg-Hohenschönhausen (5)
	Propaganda, Parolen (5)	Pankow (4)
		Treptow-Köpenick (3)
		Marzahn-Hellersdorf, Neukölln, Steglitz-Zehlendorf (je 2)

30 Dafür zwei Beispiele: Das BVerfG hat die Erwähnung der Zeitung „Junge Freiheit“ im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1994 und 1995 für rechtswidrig erklärt, da der Nachweis von verfassungsfeindlichen Bestrebungen nicht erbracht werden konnte (vgl. BVerfGE 113, S. 63-88, Aktenzeichen: 1 BvR 1072/ 01. Die 38 Jahre andauernde Überwachung des Bremer Rechtsanwalts und Journalisten Rolf Gössner durch das Bundesamt für Verfassungsschutz wurde vom Verwaltungsgericht Köln am 3.2.2011 für die gesamte Dauer für rechtswidrig erklärt (vgl. Gössner 2011).

31 Gemeinsame Pressekonferenz von ReachOut und den Berliner Registern, 12.3.2014; vgl. auch Steinitz (2014). Die Arbeitsdefinition soll künftig auch die Grundlage der Erfassung antisemitischer Vorfälle durch alle Berliner Register darstellen.

Die durch die Zahlen suggerierte quantitative Erfassung von Verteilungen im Phänomenbereich darf jedoch nicht überbewertet werden. Die Erfassung folgt keinem klar definierten Muster, sondern vor allem einer Logik der beispielhaften Verdeutlichung. So stehen viele der aufgeführten Vorfälle für wiederum mehrere Einzelereignisse. Von mindestens 25 Treffen antisemitischer, verschwörungstheoretischer Gruppierungen („Neuschwabenland-Treffen“) wurden nicht alle in die Chronik übernommen. Gleiches gilt für Schmierereien auf Wahlplakaten und Beschädigungen von Stolpersteinen zum Gedenken an im Nationalsozialismus ermordete jüdische Berliner/innen. Allein in der Nacht auf den 6. Juni 2013 wurden 50 dieser Stolpersteine mit schwarzem Lack überzogen (Koordinierungsstelle Berliner Register und ReachOut 2014). Nach Auskunft der Urheber der Statistik wurden Vorfälle in Gebieten mit bis dato geringer antisemitischer Aktivität zudem häufiger erfasst als solche aus Stadtvierteln, die als einschlägig gelten. Bisher bleibt also unklar, welche Bedeutung der Zahl von 47 Vorfällen tatsächlich zukommt.

Auch die Funktion dieser Chronik liegt also eher in der Verdeutlichung der Tatsache einer nicht unerheblichen Anzahl antisemitischer Vorfälle und zugleich insbesondere der Breite antisemitischer Phänomene, nicht jedoch in einer zuverlässigen statistischen Abbildung der Verteilung oder Entwicklung verschiedener antisemitischer Phänomene.³²

4.2.5 Vorfallsverzeichnis der Schulverwaltung

Berliner Schulen sind angehalten, bestimmte besondere Vorfälle und Übergriffe – einschließlich rechtsradikale und antisemitische – zu melden, damit beispielsweise schulpsychologische oder andere Interventionen erfolgen können. Die entsprechende interne Statistik wird beim Schulpsychologischen Dienst der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Wissenschaft geführt. Sie erfasst unter anderem Datum des Vorfalls, Schule, Schulart, Bezirk, Deliktsart, Schweregrad (dreistufiges System), Alter der verursachenden Person, Herkunft und eine kurze inhaltliche Beschreibung des Vorgangs. Für die Schuljahre im Untersuchungszeitraum wurden jeweils zwischen vier und sechs Vorfälle erfasst, die sämtlich der Deliktsgruppe verfassungsfeindliche Äußerungen zugeordnet wurden; dies waren mehrheitlich Beschimpfungen und Beleidigungen, zum Teil in Verbindung mit Bedrohung oder körperlichen An- und Übergriffen. Etwa gleich viele Vorfälle werden „deutschen“ oder „migrantischen“ Kindern/Jugendlichen zugeordnet; einige sind in dieser Hinsicht nicht klassifiziert.

Auskünfte von Pädagog/innen deuten darauf hin, dass das Meldeverhalten je nach Schule und Lehrer/in unterschiedlich ausgeprägt ist und eine Meldung zudem einen gewissen Zusatzaufwand darstellt. Daher ist auch in diesem Feld davon auszugehen, dass die Statistik nur wenig über das tatsächliche quantitative Vorkommen aussagt, aber qualitative Einblicke in die Art tatsächlicher Vorfälle erlaubt (vgl. Kohlstruck et al. 2012:78f.)

4.2.6 Gesamteinschätzung des Antisemitismusmonitorings

Die Stärke der Vorfallsregister und Chroniken liegt in der raumzeitlich konkreten Dokumentation der Vielfalt antisemitischer Phänomene. Diese Informationen dienen der Presseberichterstattung, sind Material für die Gestaltung der politischen und pädagogischen Arbeit und vor allem eine Stimme der von Antisemitismus Betroffenen. Diese Nähe zum Gegenstand und Orientierung an den Erfordernissen der praktischen Arbeit insbesondere zivilgesellschaftlicher Organisationen, die für die meisten erwähnten Beispiele prägend ist, sind zugleich ihre Schwäche. Die Erfassungssysteme sind alles andere als einheitlich. Genaue Definitionen über die kategorisierten Gegenstände liegen oft nicht vor. Exakte Aussagen über den tatsächlichen antisemitischen Gehalt der erfassten Vorfälle sind nur zum Teil möglich. Dies liegt auch daran, dass teilweise genaue Schilderungen erfolgen (bspw. Wortlaut einer Beleidigung), teilweise aber bloße Interpretationen geliefert werden (bspw. „eine Person wird antisemitisch beschimpft“). Dies hängt, wie gesagt, z.T. mit den konkreten Zwecken der Chroniken zusammen, die nicht statistischen Zwecken im engeren, wissenschaftlichen Sinne dienen, liegt aber teilweise auch in den restringierten Rahmen-/Arbeitsbedingungen der mit ihrer Erstellung Befassten (siehe oben und Kapitel 7).

³² Es wäre daher empfehlenswert auf die Quantifizierung gänzlich zu verzichten oder klare Aufnahme- und Erhebungskriterien zu definieren. Dies ist besonders wichtig, weil man davon ausgehen kann, dass spätestens mit dem Vorliegen von Zahlen für weitere Jahre auch Vergleiche gezogen werden; dies wäre aber methodisch unzulässig.

4.3 Blicke ins „Milljöh“ – Expert/innenperspektiven im Feld

Eine dritte Art von Expertise resultiert aus großer Nähe zum Phänomenbereich. Verschiedene Akteure sind aufgrund ihrer beruflichen Praxis oder ihres ehrenamtlichen Engagements in bestimmten (sub)kulturellen Milieus oder Settings „nah dran“ und können aus dieser Perspektive konkrete Erfahrungen, Erlebnisse und daraus resultierende Einschätzungen zum Gesamtbild beisteuern. Sie verfügen über Expertise zu antisemitischen Phänomenen, oft aufgrund ihrer pädagogischen Tätigkeit im Themenbereich. Diese Art des Expert/innenwissens hat also weniger das Gesamtbild im Blick, verfügt aber über detaillierte Einblicke in die jeweiligen sozialräumlichen Konstellationen. Ein erheblicher Teil der Informationen über Antisemitismus in Berlin, der sich teilweise auch in Publikationen, Chroniken und Analysen anderer Akteure im Feld niederschlägt, stammt aus dieser professionellen Erfahrungswelt von Pädagog/innen, Museums-Guides, Streetworker/innen, Sozialarbeiter/innen und Psycholog/innen, die in spezifischen Settings mit Antisemitismus konfrontiert sind.

Akteure, die in erster Linie Opfer beraten und vertreten, wissen vor allem, was Betroffenheit heißen kann. Ihre Arbeit dient primär der *Unterstützung* der Opfer, doch durch sie werden auch individuelle und gar nicht so individuelle Schicksale von Antisemitismus Betroffener bekannt und können so Eingang in die Öffentlichkeitsarbeit und andere Interventionsstrategien finden (dazu Kapitel 6 und Abschnitt 2.3.2). Eine zweite wichtige Funktion der hier besprochenen Feldzugänge besteht im Aufschließen nicht- oder nur teilöffentlicher Areale. Antisemitische Alltagskommunikation verbleibt oft in Peer Groups, so dass ihr Vorhandensein entweder nicht bemerkt wird oder in ihrer Bedeutung schwer einzuschätzen ist. Die Zwanglosigkeit bestimmter Gruppensituationen – sei es bei Museumsführungen mit der Klasse oder Kolleg/innen oder beim „Abhängen“ im Jugendclub – senkt das Empfinden von Kontrolldruck und lässt andernorts zurückgehaltene Ansichten und Praxen hervortreten.

Die wichtigste Zielgruppe der im weiteren Sinne sozialen und pädagogischen Arbeit im Feld stellen Jugendliche dar. Deren Äußerungen in Schulen und Jugendhilfe-Einrichtungen werden von einem Befragten den drei Kategorien zugeordnet, die auch für die Erfassung der politischen Kriminalität maßgeblich sind: rechtsextremes Spektrum, islamische Milieus und linksradikales Lager (I81). Die Interviewäußerungen insgesamt und die ausgewerteten Dokumente zeigen indes, dass ideologisch gefestigte Überzeugungen in der Wahrnehmung der befragten Expert/innen bei den Schüler/innen und Auszubildenden in Bildungsmaßnahmen selten anzutreffen sind. Man hat es dort überwiegend mit antisemitischen Äußerungen zu tun, die nicht im Antisemitismus als einer stabilen Ideologie verankert sind. Keine/r der Befragten hat von einer Klientel berichtet, die an antisemitischen Gewalttaten beteiligt gewesen wäre. Für derartige Sachverhalte wurden in der Forschung verschiedene Bezeichnungen gefunden. Dan Diner hat von Partikeln eines Ressentiments mit „antisemitisierendem“ Charakter gesprochen (Diner 2004: 310). Heike Radvan beobachtet „antisemitische Mythen als fragmentierte Elemente der Alltagskommunikation“ (Radvan 2010: 86ff.). Wolfram Stender konstatiert eine „neue Unübersichtlichkeit“ von Alltagsantisemitismen“ (Stender 2013: 96) und Peter Ullrich unterscheidet zwischen „dem Antisemitismus als Struktur (substantivische Verwendungsweise) und auftretenden antisemitischen Sinngehalten (adjektivische Verwendungsweise)“ (Ullrich 2013: 54). „Antisemitische Äußerungen ohne (konsistenten) Antisemitismus“ – auf diese Formel lässt sich die Einschätzung der Jugendlichen durch unsere Gesprächspartner bringen.

Dieser Befund kann prinzipiell mehrere Ursachen haben: Ideologisierte Antisemit/innen geben sich in Bildungsprojekten nicht zu erkennen, sie nehmen an solchen Angeboten erst gar nicht teil oder weltanschauliche Festlegungen sind für die hier betrachtete Klientel entwicklungs- und altersuntypisch. Für diese letztgenannte Hypothese sprechen Beobachtungen, die von Interviewten aus dem Ausstellungsbereich gemacht wurden (I95; I96). Sie halten die Fokussierung auf junge Leute in den öffentlichen Debatten um Antisemitismus für unangemessen.

Und was [...] regelmäßige Äußerungen von Erwachsenen sind, wenn man eine Führung gegeben hat und dann ein Erwachsener zu mir sagt, ja, ist es nicht traurig, dass ausgerechnet die Juden, die das erlebt haben, das Gleiche mit den Palästinensern machen. Also, das würde ich als eine antisemitische Äußerung, Kategorie vielleicht auch sekundärer Antisemitismus berührend, nehmen, aber das passiert häufiger bei Erwachsenen. (I95)

Auf der Grundlage der Eintragungen im Gästebuch einer Ausstellung bestätigt die Interviewte überdies die in der Forschung gemachte Beobachtung, dass sich antisemitische Äußerungen im Zeitverlauf nicht in gleichbleibender Häufigkeit oder durchgängig linear verlaufenden Entwicklungen finden; immer wieder kommt es zu verdichteten Thematisierungswellen, die im Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen (öffentlichen Diskurs-Konflikten im Inland, besonderen Ereignissen oder intensive Berichterstattung über den israelisch-palästinensischen Konflikt etc.) stehen.³³

Diese beiden fundamentalen Relativierungen zu der Zielgruppe der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorausgeschickt, bleibt die Frage nach den konkreten antisemitischen Phänomenen. Aus der Sicht der freien Bildungsakteure spielen folgende Vorstellungen und Äußerungen eine Rolle: Es werden Stereotypen wie die Vorstellung vom Reichtum der Juden (I96), ihrer „Schlauheit“ (I107) oder ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht (I102) reproduziert. „Du Jude“ wird als Schimpfwort auf Schulhöfen verwendet (I100). Antisemitische Äußerungen im Sinne von herabsetzenden und feindlichen Allaussagen über Juden oder Israel finden sich im Kontext von Stellungnahmen zum Nahostkonflikt bei Kindern aus palästinensischen, libanesischen und arabischstämmigen Familien (I100; I102; I107). Einschlägige Propagandameldungen aus dem Internet oder von arabischen Rundfunksendern über illegitime israelische Gewaltakte gegenüber Palästinenser/innen werden als objektive Information betrachtet und im Freundeskreis mündlich oder über die digitalen Kommunikationsnetze verbreitet. Ein konkretes Beispiel: Der Film „Tal der Wölfe – Palästina“ (2011) wird nicht als ein dem Action-Genre zuzurechnender nationalistischer türkischer Spielfilm verstanden; er wird von den jugendlichen Zuschauern vielmehr als Dokumentarfilm fehlinterpretiert, so dass sie die Darstellungen in den antisemitischen Passagen als verbürgte Realitäten verstehen und untereinander kommunizieren (I101). Antiisraelische und antisemitische Propaganda, die sie innerhalb der digitalen Kommunikationsnetze – von Freunden weitergeleitet – erhalten, wird ebenso für bare Münze genommen.

Bei vielen Jugendlichen wird die unreflektierte Vorstellung einer Unvereinbarkeit der Kategorien „Jude“ und „Deutscher“ beobachtet. Ob dies unmittelbar als ein Nachwirken von NS-Ideologie verstanden werden muss oder ob hier nicht stärker topologische Versatzstücke der offiziellen und offiziösen Diskurse zur NS-Vergangenheitsbewältigung eine Rolle spielen, kann an dieser Stelle offen bleiben. Bemerkenswert ist, dass strukturell eine gleiche Unvereinbarkeit „Deutscher“ und „Ausländer“ bei Selbstidentifikationen unter älteren Schülern/innen eine Rolle spielt. Soweit sie eine Anerkennung als gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder vermissen, stellen sie sich als „Ausländer“ vor – unabhängig von ihrer tatsächlichen Staatsbürgerschaft (I104).

Von Befragten wird der Eindruck geschildert, dass die Äußerungen einzelner Personen häufig kein einheitliches Bild ergeben und dass diejenigen, die sich etwa zu Beginn einer Bildungsveranstaltung antisemitisch positionieren, im weiteren Verlauf durchaus zu differenzierten Meinungen finden.

Ein Teil der untersuchten Bildungsprojekte arbeitet mit Gruppen, die einen hohen Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund haben. In Reflexion dieser besonderen Gruppenzusammensetzung und in Einklang mit Verschiebungen im gesamtgesellschaftlichen Diskurs wird vor allem immer wieder über Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen berichtet. Einige Akteure ziehen eine sehr düstere Bilanz über das dortige Vorkommen von Antisemitismus:

Meine persönliche Beobachtung, was die muslimische Community angeht, ist Antisemitismus eine Katastrophe. Das heißt, ich begegne dem tagtäglich, in Schulen ist es unglaublich vorhanden. Und in meiner persönlichen Beobachtung ist es vorhanden. Und es sind von Verschwörungstheorien bis religiös argumentierter Antisemitismus, bis Holocaustverleugnung, bis Israelkritik, die Israel, also es ist keine Israelkritik, die legitim wäre, sondern wo für selbstverständlich genommen wird, dass Israel kein Existenzrecht hat und so weiter und so fort. Also meine persönliche Beobachtung [...] ist, dass das Thema Antisemitismus ein enorm großes Problem in den muslimischen Milieus ist. Das Problem ist, dass viele Vereine, viele muslimische Vertreter das nicht wahrnehmen wollen. Und nicht wie bei allen anderen Themen, das heißt, es wird verharmlost, es wird kleingeschrieben, aber was nach außen präsentiert wird, ist nicht, was eigentlich im Hinterhof und so weiter passiert. (I105)

33 In der empirischen Meinungs- und Einstellungsforschung spricht man von „Periodeneffekten“, also dem kurzfristigen Anstieg antisemitischer Einstellungswerte in Reaktion auf jeweils aktuelle Debatten und Ereignisse (vgl. etwa Bergmann/Münch 2012: 327f.).

Dies ist eine sehr zugespitzte Meinung (ähnlich I101). Ihr gegenüber stehen vorsichtigere Einschätzungen wie die folgende, aus einem Projekt, das sich mit Antisemitismus im Migrationskontext befasst:

Also Antisemitismus ist nicht das Hauptproblem oder das einzige Problem, sondern da gibt's viele andere Themen von Rassismuserfahrung in der Schule über Probleme mit Religion in welche Richtung auch immer. Insofern finde ich das schwer auch wirklich zu sagen, das Problem ist so groß, also in Zahlen sowieso nicht. Aber es ist auf jeden Fall ein Problem, was da ist. Wobei wir eben jetzt auch gerade in dem neuen Projekt merken, dass es wirklich sehr stark davon abhängt, wie fit einfach das Fachpersonal da ist, wie sensibilisiert die sind. Ob die sich im Team über solche Themen austauschen. Also es gab da eben auch sehr unterschiedliche Einschätzungen von ‚Das ist ein Riesenproblem bei uns‘ über ‚Bei uns ist das gar kein Problem‘. Wo wahrscheinlich immer auch viel Wahrheit drin ist, aber das natürlich auch viel mit der Wahrnehmung dann der Jugendarbeiter zu tun hat. (I106)

Beide Zitate verdeutlichen beispielhaft, so dass an dieser Stelle nicht auf die Vielzahl unterschiedlichster Milieueinblicke im Einzelnen eingegangen werden muss, was die Nähe zum Gegenstand leisten kann. Im Fall der ersten interviewten Person (I105) sind es sprachliche Fähigkeiten und regelmäßiger persönlicher Austausch, die genaue Einblicke in ansonsten medial sehr stereotyp präsentierte Milieus ermöglichen. Diese werden von der befragten Person zwar kritisiert, aber um sie im Kontext multipler Ausgrenzungsmechanismen bearbeiten zu können. Im zweiten Fall alltäglichen sozialarbeiterischen Umgangs ist die anerkennungsbasierte Position verantwortlich für eine komplexe Sicht, die antisemitische Phänomene nicht isoliert, sondern beispielsweise auch in Auseinandersetzung mit Rassismus in der Mehrheitsgesellschaft kontextualisiert. Diese prototypischen Einschätzungen veranschaulichen die Spannbreite der Äußerungen in den Interviews. Auf Forschungen zum Antisemitismus unter jungen Muslimen geht der Exkurs (Abschnitt 8.5) gesondert ein.

4.4 Perspektiven jüdischer Organisationen

Jüdische Perspektiven sind für die Einschätzung der Situation des Antisemitismus aus zwei Gründen besonders wichtig: sie sind oft stärker als andere Bevölkerungsgruppen für Antisemitismus sensibilisiert und sie sind diejenigen, die unter Umständen tatsächlich die Betroffenenperspektive der (potenziellen) Opfer kennen. Die in jüdischen Einrichtungen verkehrenden Personen gehören zu den Objekten des Antisemitismus. Zudem wenden sich konkret Betroffene auch häufig genau an diese Stellen, da sie hier möglicherweise eine größere Resonanz für ihre Anliegen und Sorgen erwarten, als dies bei staatlichen oder anderen Stellen der Fall ist. Wir haben für die Studie die jüdische Gemeinde sowie verschiedene jüdische Schulen, Vereine und NGOs befragt.

Mehrere jüdische Schulen wurden im Projektrahmen befragt, weil berichtet wurde, dass jüdische Schüler/innen gerade aufgrund antisemitischer Erfahrungen von ihren Eltern auf solche Schulen geschickt wurden (I84). Die befragten Schulleiter/innen und Sozialpädagog/innen konnten solche Umschulungen und antisemitischen Viktimisierungserfahrungen ihrer Schüler/innen allerdings nur für Einzelfälle, die zum Teil weit zurücklagen, jedoch nicht als generelle Tendenz bestätigen (I86; I87; I88; I89). Es gibt jedoch auch Anmeldungen an jüdischen Schulen, um sich von vornherein – ohne Vorliegen von konkreten Diskriminierungserfahrungen –, der Konfrontation mit muslimischen Mitschüler/innen zu entziehen. Der Vorteil des Besuchs einer jüdischen Schule für Jüdinnen und Juden liege insbesondere in der Minimierung von Differenzenerfahrungen, da Feiertage, religiöse Speisevorschriften und ähnliches dort nicht als Besonderheit jüdischer Schüler/innen in einer Minderheitensituation auffielen (I86).

Deutlich problematischer scheint sich die Situation für Jugendliche wie auch Erwachsene im Sport darzustellen. Vertreter von jüdischen Sportteams berichten von einer Vielzahl antijüdischer Vorfälle.³⁴ Zum Repertoire der Anfeindungen in diesem Feld gehören insbesondere verbale Angriffe und Beleidigungen:

Also wir hatten zuletzt [...] hatten wir ein Spiel [...] gegen einen so genannten normalen deutschen Verein und dann kamen verletzte Spieler vom Gegner und bei uns wird immer ein kleiner Eintritt bezahlt und dann haben die sich geweigert, an der Kasse was zu bezahlen. Es ist ja ihre Pflicht, da was zu bezahlen, wenn sie das Spiel sehen

34 Zu Antisemitismus und Rassismus im Berliner Fußball vgl. Schmitt/Müttel (2013) und Anchuelo (2012).

wollen. Und dann sind die dann ja erstmal mit dem Spruch abgezogen: „Für die Juden geben wir kein Geld.“ Also das ist so das Alltägliche. Oder: „Die Juden kriegen von uns kein Geld“ oder so. Das waren auch Spieler aus der bestimmten Ecke vom Ansehen her. (I60)

Diese, meist verbalen Übergriffe, werden einerseits Rechtsradikalen und – aktuell im Vordergrund stehend – arabisch- oder türkischstämmigen Personen zugeschrieben, die verschiedene Beschimpfungen oft auch mit dem Thema Nahostkonflikt und Israel in Verbindung bringen würden. Gelegentlich sind diese so massiv, dass es auch mediale Berichterstattung gibt, wie im März 2012 als Fans, Spieler und Trainer des „BSV Hürtürkel“ die Gegner vom TUS Makkabi beleidigten. Unter anderem soll der Trainer nach einem Treffer gesagt haben „Jetzt habe ich euch Juden gefickt!“ und wurde deshalb auch für einige Monate gesperrt.³⁵ Eine im Opfererleben beachtliche Zahl von weniger spektakulären Vorfällen wird dabei aus unterschiedlichen Gründen weder polizeilich noch sportgerichtlich verfolgt. Unter den Geschädigten besteht keine Einigkeit über das angemessene Vorgehen: Entweder dauerhaft und massiv zu skandalisieren, publik zu machen und anzuzeigen (auch bei kleineren Vorfällen), oder doch sich eher in Zurückhaltung zu üben, um nicht als „Störenfriede“ zusätzlich aufzufallen. Berichtet wird aber auch von Vorfällen, die mit massiven Drohungen an die Adresse der Opfer verbunden waren, um diese von einer Anzeige abzuhalten (I85). Von verschiedenen Vertreter/innen jüdischer Organisationen wurde erwähnt, dass auch negative Erwartungen gegenüber der Polizei oder der Sportgerichtsbarkeit von Anzeigen abhielten. So herrscht bei manchen Skepsis gegenüber der Bereitschaft, als antisemitisch empfundene Vorfälle auch als solche anzuerkennen (I60; I63). Es wird von Fällen berichtet, in denen Unternehmen antisemitisch konnotierte Mobbingfälle aus Publicitygründen lieber nicht verfolgen (I83). Und es wird resignativ angenommen, dass bei einer Vielzahl von Delikten, wie Schmierereien, ohnehin nur selten Tatverdächtige ermittelt würden. Dies führe aus Sicht jüdischer Interviewter systematisch zu niedrigen Statistiken (I60; I82; I83; siehe Abschnitt 4.2.1). Das tatsächliche Delikt- bzw. Vorfallaufkommen, gerade im niedrighschwelligigen Bereich der Pöbeleien und Graffiti, wird von ihnen häufig als sehr hoch eingeschätzt:

Es gibt sehr viele Gemeindemitglieder, sehr sehr viele Gemeindemitglieder, und die sind betroffene Personen. Und trotzdem, entweder wird der Fall bei der Polizei nicht bekannt oder wenn er bekannt ist bei der Polizei, dann wird er als nicht strafrelevant eingestuft oder wird nicht weiter strafrechtlich verfolgt etc. solche Vorfälle sind massenhaft. (I83)

Eine große Rolle in den Darstellungen jüdischer Interviewter spielen daher Handlungsstrategien der Vermeidung und des Zurücknehmens aus Angst vor Angriffen (bzw. Diskussionen um angemessene Strategien). Insbesondere werden Symbole der Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft in der Öffentlichkeit abgelegt oder überdeckt und bestimmte Stadtviertel eher nicht oder nur ungern frequentiert:

Ich würde mich niemals trauen, mit meiner traditionellen Kopfbedeckung, die offen zu zeigen und damit durch Neukölln oder Moabit oder Wedding zu laufen. (I82)

Ähnlich wird in einer jüdischen Schule die Kippa verborgen oder die Kinder werden von Wachschutz begleitet, allerdings ohne dass bisher Übergriffe erlebt wurden (I88).

Charakteristisch für die jüdischen Perspektiven ist, dass einzelne Vorkommnisse von herausragender symbolischer Bedeutung im Zentrum der eigenen Bedrohungswahrnehmung stehen. Dies gilt insbesondere für den Überfall auf Rabbi Daniel Alter oder – im Fall des TUS Makkabi (in Publikationen³⁶ und mündlichen Darstellungen) – für das erwähnte Skandalspiel gegen Hürtürkel im Jahr 2012. Diesen Ereignissen wird ein emblematischer Charakter zuerkannt und sie werden als typisch präsentiert. Nicht immer erfolgt eine detaillierte Beschreibung tatsächlich vergleichbarer weiterer

35 <http://www.tagesspiegel.de/sport/berlinsport/punktabzug-fuer-huertuerkel-kein-aufstieg-fuer-antisemitismus/6715082.html> [2014-04-03].

36 http://www.tus-makkabi.de/fileadmin/tus-makkabi/Makkabi_2012.pdf [2014-04-03].

Ereignisse. Daraus lässt sich möglicherweise schlussfolgern, dass es sich bei den emblematischen Vorfällen weniger um typische handelt, als vielmehr um besonders zugespitzte Vorkommnisse, in denen sich eine Grundwahrnehmung von (potenzieller) Bedrohung mit einem extremen und ängstigenden Realisierungsszenario und verschiedenen kleineren Vorkommnissen verbindet.

Es geht mir um das Gefühl von Bedrängnis, was wir in der jüdischen Gemeinschaft haben. [...] Es gibt Fälle, [...] an den Schulen. [...] Es gibt auf dem Sportplatz da Probleme. Es gibt Graffiti, das sieht man oft genug. Und das ist jedem bewusst. [...] Wenn Demonstrationen in Berlin stattfinden, wie neulich der al-Quds-Tag, was ein Anti-Israel-Tag ist, von der iranischen Regierung gesteuert, und da gab es mehrere dutzende Hisbollah-Fahnen und mit einer Waffe darauf, eine Organisation, die öffentlich antisemitisch ist, und die können frei hier ihre Hassideologie verbreiten. Das macht auch Angst. Das ist ein sehr beunruhigendes Gefühl. (184)

Dieses Bedrohungsgefühl ist stark und weit verbreitet, kann also als eine Art Grundstimmung eines Teils der jüdischen Bevölkerung angesehen werden (vgl. European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) 2013). Dazu muss man allerdings zwei Wahrnehmungen unterscheiden. Die eine, grundsätzlichere, verbindet sich mit medial vermittelten Phänomenen und bundesweiten Diskursen, wie der Debatte um die Beschneidung (Çetin, Voss und Wolter 2012), die als Bedrohung jüdischen Lebens in der Bundesrepublik wahrgenommen werden. Berlinspezifisch fokussiert sich die Viktimisierungsfurcht mehr auf als bedrohlich wahrgenommene Gruppen und deren hohe quantitative Bedeutung in der Bevölkerungsstruktur mancher Stadtteile.

Die hier als „jüdisch“ vorgestellte Sichtweise, die Bedrohungen in den Vordergrund stellt, umfasst Positionen von mehr oder weniger aktiv im Themenfeld Engagierten und ist nicht unumstritten. Auf Bitten unseres Teams um Gesprächstermine bei jüdischen Einrichtungen wurde teils auch zurückhaltend reagiert: Man habe zu diesem Thema nicht viel zu berichten. Völlig anders stellt sich die Situation aus Sicht von jüdischen Personen und Organisationen dar, die Teil der Palästinasolidarität sind, in Berlin vertreten durch die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“. In ihren Publikationen wird Antisemitismus durchaus thematisiert, jedoch in erster Linie als abzuwehrender Vorwurf, der dazu diene, Kritik an Israel zu delegitimieren (vgl. Ullrich 2008: 178 ff.). Da es aus dieser Richtung keine Stellungnahmen zur spezifischen Berliner Situation gibt, war eine detailliertere Auswertung nicht möglich.

Die Bedrohungswahrnehmung darf also nicht ohne weiteres mit der Sichtweise der Jüdinnen und Juden in Berlin gleichgesetzt werden, zu der es bisher nur diesen indirekten Zugang gibt. Als Fazit lässt sich jedoch festhalten, dass mit Antisemitismus befasste jüdische Akteure von einer durchaus hoch relevanten Bedrohung ausgehen, deren ganzes Ausmaß aus ihrer Sicht nicht ausreichend bekannt ist und gewürdigt wird.

4.5 Zusammenfassung

Es lassen sich vier grundlegende Arten erfahrungsgestützter Zugänge zu Antisemitismus in Berlin unterscheiden. Keines der bestehenden Erfassungssysteme ist in der Lage, Existenz, Art, Ausmaß, Hintergründe und Verteilung aller antisemitischen Phänomene verlässlich abzubilden. Die einzelnen Akteure erfassen mit unterschiedlichen Mitteln und auf Basis unterschiedlicher Antisemitismusbegriffe verschiedene Phänomene. Für die Interpretation dieser Daten und die Bewertung ihrer Aussagekraft ist ein hohes Maß an kritischem Reflexionswissen nötig. Alle vier Typen sind mit starken Problemen behaftet, so dass sie zwar verschiedenartige wichtige Einblicke in das Feld geben, jedoch auch in ihrer Addition nur eine vage Gesamteinschätzung erlauben. Eine genaue Gesamtdarstellung der Verbreitung antisemitischer Phänomene in Berlin ist mit den vorliegenden Erhebungen und Quellen nicht möglich. Es konnte aber verdeutlicht werden, dass handlungsfeldspezifische Logiken ursächlich für die Divergenz der verschiedenen Einschätzungen sind. Dazu gehören unterschiedlich weite Antisemitismusbegriffe, unterschiedlich starke Bindung an Rechtsnormen und (formale/verwaltungsinterne) Verfahrensregelungen sowie unterschiedliche Logiken der Erfassung (ausführlich Kapitel 8).

Bei der unbefriedigenden Datengrundlage ist es wenig überraschend, dass auch die allgemeineren Bewertungen und Einschätzungen zur Relevanz und Entwicklung von Antisemitismus, die im folgenden Kapitel dargestellt werden, weit auseinandergehen und teils hoch widersprüchlich sind.

5 Sichtweisen auf Antisemitismus: Bewertungen, Konzepte und Kontexte

Im Folgenden soll sich die Darstellung von den konkreten daten- oder erfahrungsgesättigten Zugängen zu antisemitischen Phänomenen lösen und sich mehr den evaluativen Aspekten in den Problembeschreibungen der untersuchten Akteure sowie weiteren Aspekten der verbreiteten Antisemitismuskonzepte zuwenden. Dazu werden in einem *ersten Schritt* Globaleinschätzungen zum Thema Antisemitismus untersucht, also die Darstellungen zu Ausmaß, Relevanz und Entwicklung des Antisemitismus unabhängig von den im vorherigen Kapitel behandelten Erfassungssystemen. Einschätzungen also, die keineswegs immer durch spezifische Erhebungen oder Feldbeobachtungen untermauert sein müssen. Diese variieren zwischen den Polen pessimistischer und abwägender Positionen. Dabei wird, *zweitens*, deutlich, dass Unterschiede in den Einschätzungen nicht nur aus unterschiedlich weiten Antisemitismuskonzepten herrühren, wobei dies einen zentralen Faktor darstellt, sondern dass im Umgang mit dem Konzept Antisemitismus selbst starke Unsicherheiten auftreten. Diese Unsicherheiten korrespondieren aber nicht notwendigerweise mit einer vorsichtigen oder reflexiven Verwendung des Begriffs. Stattdessen wird Antisemitismus oft in Konkurrenz zu anderen Gruppenfeindschaften herausgehoben und mit einer ganz eigenen Wertigkeit versehen. Angesichts fehlender expliziter Benennung müssen, *drittens*, verschiedene Bedeutungsebenen der Antisemitismuskonzepte der untersuchten Akteure rekonstruiert werden, insbesondere durch die vorfindbaren Kontextualisierungen von Antisemitismus: Im Zusammenhang mit welchen allgemeineren Problemstellungen wird Antisemitismus thematisiert? Welche Anschlussdiskurse lassen sich ausmachen? Welche Gruppen werden als Träger benannt? Welche zeitlichen Bezüge werden hergestellt? Welche Referenzkonzepte dienen als Begründungsmuster? Diese Dimensionen werden schließlich, *viertens*, zusammengefasst. Dabei wird deutlich, dass die Praxis der Verwendung von „Antisemitismus“ einer entgrenzenden Dynamik zu unterliegen scheint; eine begriffliche Präzision in der Wahrnehmung und Beschreibung der Ausgangsprobleme wird damit erschwert.

5.1 Globaleinschätzungen

Die im vorigen Kapitel präsentierten Sichtweisen auf Antisemitismus waren (wenngleich jeweils perspektivisch) erfahrungsbasiert, d.h. sie fußten auf Erhebungen, Recherchen oder Expert/innenwissen. Von diesen Einschätzungen lassen sich jedoch solche unterscheiden, die – häufig losgelöst von konkreter Empirie – Antisemitismus, seine Bedeutung und Entwicklung generell und abstrakt einschätzen und einordnen. Diese allgemeinen Sichtweisen sollen im Folgenden dargestellt werden. Es geht konkret um Fragen wie: Welche Bedeutung wird dem Antisemitismus insgesamt zugeschrieben insbesondere im Vergleich mit anderen Phänomenen von Ungleichwertigkeitsideologien? Wie wird seine Entwicklung eingeschätzt? Mit welcher Dringlichkeit ist die Antisemitismusthematik verbunden?

Es ist nicht weiter erstaunlich, dass die Mehrheit derjenigen Akteure, deren Tätigkeit hauptsächlich oder zu wesentlichen Teilen im Feld Antisemitismus liegt, diesen auch und gerade in Berlin für ein *relevantes* Problem halten, was praktisch alle Interviews und Dokumente bestätigen. Dies ist die notwendige Voraussetzung der eigenen Arbeit im Themenfeld; sie findet sich zudem bestätigt im öffentlichen Diskurs über Antisemitismus. Deshalb kann eine generelle Hochrelevanzeinschätzung als unhinterfragte Grundannahme eines großen Teils der befragten Akteure konstatiert werden.

Und trotzdem besteht im Detail keine Übereinstimmung. Hinsichtlich des Relevanzaspektes seien im Folgenden pessimistische von abwägenderen Einschätzungen unterschieden.³⁷ Hinsichtlich der Annahmen über Entwicklungen des Antisemitismus seien Zunahme, Abnahme und wellenförmige Entwicklungseinschätzungen zu differenzieren.

Pessimistische Positionen

Und wenn man da vorbei muss und als Jude identifiziert wird, dann gehört die Pöbele, die Anmache, die Provokation zum Normalen. Das ist normal. (I83)

37 Bergmann (2002) ist in ähnlicher Weise der Frage nach Einschätzungen des Antisemitismus durch die vier typisierten Meinungslager der Antisemit/innen, der Konservativen, der linksliberalen Anti-Antisemit/innen und der Jüdinnen/Juden nachgegangen.

Diese jüdische Sicht steht für einen Teil der Darstellungen, die – auch von anderen Akteuren im Feld vertreten – davon ausgehen, dass das Vorkommen antisemitischer Erscheinungen ein hoch problematisches Ausmaß alltäglicher Bedrohung erreicht hat. Dies bezieht sich besonders auf Erscheinungsformen von Antisemitismus unter Muslimen (I83; I91; D34; D51). Die entsprechenden Schilderungen sind von stark generalisierendem Charakter. Sie gehen meist mit der Annahme einher, dass Antisemitismus unterschätzt wird (vgl. Bergmann und Erb 1991: 517). So wird, mit häufig auch bild- und kollektivsymbolreicher Sprache und Argumentation sowie in mobilisierendem Sprachduktus ein dramatisches Szenario gezeichnet, wie es in der folgenden Darstellung zum Ausdruck kommt.

Terroranschläge, körperliche Gewalt, Drohanrufe, Brandsätze, Schändungen, Graffiti, aggressive Statements von Politikern oder Hate Sites im Internet: Seit einigen Jahren steigt die Zahl antisemitischer Bedrohungen und Angriffe. Das Klima ist rauer geworden. [...] Anstieg antisemitischer Vorfälle in Europa [...] Der Antisemitismus hat eine neue Qualität erreicht: Antisemitische Äußerungen stoßen in privaten Gesprächen, in der Schule und in der Öffentlichkeit immer seltener auf Widerspruch. (D41)

Der Inhalt, die Beschreibung einer Vielzahl äußerst bedrohlicher antisemitischer Phänomene und deren Zunahme auf mehreren Ebenen (Bedrohungen, Angriffe, private und öffentliche Kommunikationen) korrespondieren mit einer formalen Klimax-Struktur (stufenartige Steigerung). Solche Positionen werden – verständlicherweise – insbesondere von einigen jüdischen Akteuren (I57; I58; I59, I60) sowie von monothematisch sehr stark engagierten zivilgesellschaftlichen Akteuren (I69; I75) vertreten.

Abwägende Positionen

Die hier als abwägend bezeichneten Positionen zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass sie Antisemitismus einerseits als relevantes Problem thematisieren, es aber – anders als die pessimistischen Positionen – stärker in ein Gesamtbild einbetten und somit nicht im negativen Sinne *relativieren*, sondern *in Relation* setzen.

Dies erfolgt zum einen durch den Vergleich mit anderen als verwandt wahrgenommenen Phänomenen. So wird aus der Beratungspraxis berichtet, dass Rassismus oder Homophobie eine größere Rolle für die eigene Arbeit spielten, ein umfangsbezogen größeres Problem darstellten³⁸ bzw. weniger erforscht und weniger gut bekannt seien. Dies hat jedoch mehrere Gründe. Objektive Unterschiede im Fallaufkommen (beispielsweise Zahlen antisemitischer und rassistischer Übergriffe), Größe der potenziell betroffenen Gruppe (es gibt weniger Jüdinnen und Juden in Berlin als Migrant/innen of Colour), Enge/Weite des eigenen Tätigkeitsfeldes und die Neigung von Opfern zu bestimmten Beratungsanbietern beeinflussen die Problemwahrnehmung (D29; I93; I94).³⁹

Zum zweiten spielt Kontextualisierung antisemitischer Phänomene eine Rolle. Diese Kontextualisierung erfolgt insbesondere durch einen kritischen Blick auf die Mehrheitsgesellschaft. So wird, wie oben beschrieben, in Erwägung gezogen, inwiefern antisemitische Äußerungen unter Umständen weniger Ausdruck entsprechender Weltbilder sind, sondern eine strategische Abgrenzung von den Ritualen der politischen Kultur der Mehrheitsgesellschaft (I65) oder im Falle nahost-konfliktbezogener Phänomene Ausdruck von Konfliktodynamiken realer Konflikte und nicht generalisierte Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden. Aus Schulen wurde berichtet, dass es im Falle von Schulwechseln sehr unterschiedliche Wahrnehmungen zwischen Eltern und beteiligten Schulen geben kann, ob Verhaltensauffälligkeiten des Kindes oder die Zugehörigkeit zum Judentum ausschlaggebend für Konflikte waren (I90).

Zum dritten gibt es bei einigen Akteuren eine hohe Sensibilität gegenüber dem Stigmatisierungscharakter des Antisemitismusvorwurfs, insbesondere, wenn er sich mit rassistischen Diskursen vermischt. Dies kann Ausgangspunkt einer kritischen Selbstreflexion sein, die insbesondere für diejenigen Akteure wichtig ist, die sich mit Antisemitismus unter Muslimen beschäftigen. Sie müssen in ihren Einschätzungen einen Ausgleich finden zwischen der Thematisierung des real bestehenden Problems und gleichzeitig dem Unterlaufen eines sich abzeichnenden rassistischen Diskurses, der

38 Diese Sichtweise wird beispielsweise von den Mitte-Studien gestützt, in deren 2012er Auflage (Decker, Kiess, und Brähler 2012) mit dem Fragebogen zur Rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF) Antisemitismus für 8,6 % der Bevölkerung konstatiert wurde, Ausländerfeindlichkeit für 25,1 %. In getrennten Zusatzmodulen der Befragung wurden bei 11,5 % der Bevölkerung primärer Antisemitismus und bei 23,8 % sekundärer Antisemitismus konstatiert (Ullrich u. a. 2012: 79), Islamfeindschaft hingegen bei 36,3 % (Decker u. a. 2012). Auch nach den GMF-Studien ist Antisemitismus weniger stark verbreitet als fast alle anderen Dimensionen des Ungleichwertigkeitssyndroms (Heitmeyer 2011:38f.).

39 Zu den Bedingungsfaktoren vgl. Kapitel 8.

Antisemitismus zu einem vor allem muslimischen Phänomen macht und damit einer Problemexternalisierung dient (I64; I65; I76).

Viertens schließlich gibt es die Eingrenzung auf den genauen Auftretensbereich des Problematisierten. Das heißt, Antisemitismus wird möglichst spezifisch verortet (in Milieus, politischen Strömungen, bestimmten Stadtvierteln oder gesellschaftlichen Funktionsbereichen), bspw., wenn eine Museumspädagogin einschätzt, dass sie weniger antisemitische Äußerungen bei Jugendlichen als bei deren Lehrer/innen feststellt (I73; I76). Eine weitere wichtige Unterscheidung ist die zwischen antisemitischen Äußerungen und der Klassifikation von Personen als antisemitisch (I83; I95).

Diese Polarisierung der Relevanzeinschätzungen finden sich zum Teil auch in den Einschätzungen zur Entwicklung des Antisemitismus wieder. Der pessimistische Typ neigt mehr zu einer dramatisierenden Sicht, Typ zwei eher zur abwägenden, vorsichtigeren oder komplexeren Einschätzungen des zeitlichen Verlaufs des Auftretens antisemitischer Phänomene.

Ansichten, dass Antisemitismus abnehme, spielen tatsächlich nur eine Nebenrolle und beziehen sich in der Regel nicht auf die Gesamtlage (außer I96), sondern auf spezifische Sektoren. So wird erwähnt, dass schwere Vorfälle an Schulen oder im Bereich Sport früher durchaus, aber in den vergangenen Jahren nicht mehr vorgekommen seien (I85; I86). Von einem generell niedrigen Stand wird sektoral berichtet. So werden – entgegen einer Vielzahl anderer Einschätzungen – sowohl eine multikulturelle Schule in Neukölln als auch der Bezirk Moabit als Beispiele unproblematischen und positiven Zusammenlebens genannt (I95).

Es kommt nur vereinzelt zu Äußerungen, die in der Grundtendenz – allerdings ebenso sektoral eingegrenzt – eine gewisse Gelassenheit signalisieren oder vor einer Überschätzung der Virulenz antisemitischer Phänomene warnen:

Und in sehr seltenen Fällen gibt es dann schon auch antisemitische Anspielungen oder Verweise auf den Nahostkonflikt. Aber auch viel seltener als das landläufig auch angenommen wird. [...] In der Bezirksstatistik führt Neukölln bei uns an [...] Schulklassen, (die aus dem Bezirk Neukölln [...] kommen). Dementsprechend (haben wir) auch einen hohen Anteil an Jugendlichen aus, wie es manchmal formuliert wird, muslimischen Milieus, oder die Muslime sind. Und dass jetzt deswegen ständig auf den Nahostkonflikt gezeigt wird hier im Kontext der Auseinandersetzung mit NS und Holocaust, das könnten wir nicht bestätigen. (I96)

Andere betonen eher den wellenförmigen Charakter des Auftretens antisemitischer Phänomene, besonders im Zusammenhang mit breit wahrgenommenen Diskursereignissen, beispielsweise Gewalteskalationen im Nahostkonflikt.

Ein erheblicher Teil des Diskurses sieht jedoch vor allem negative Tendenzen. Dabei sind bestimmte Topoi besonders stark vertreten. Vor allem im Alltag und dem normalen Leben der so genannten „Mitte der Gesellschaft“ und an Schulen wird ein Absinken der Tabuisierungsschwelle des Antisemitismus gesehen (unter anderem D18; D41; D44). Besonders dramatische Zunahmeraten werden im Bereich antisemitischer Gewalt (D12; D41) konstatiert, insbesondere verursacht von muslimischen Jugendlichen mit Bezug zum Nahostkonflikt (D12; D38; I100).

5.2 Unsicherheiten mit Antisemitismus-Konzepten

5.2.1 Schwierigkeiten der Definition von Antisemitismus

Eine wichtige Ursache für die Divergenz in den Einschätzungen zum Antisemitismus und dem spekulativen Charakter mancher Verlaufsdiagnose kann man in einer prinzipiellen Unsicherheit im Umgang mit den Phänomenen generell und im Verständnis des Begriffs Antisemitismus im Besonderen vermuten. Der folgende Interviewausschnitt ist in dieser Hinsicht sehr offen im Umgang mit der Problematik:

Wir haben einen Workshop zu Nationalsozialismus, wo natürlich - Antisemitismus, Rassenideologie - solche Begriffe vorkommen und auch verhandelt werden. Und wir haben einen Workshop zum Nahostkonflikt, wo auch Antisemitismus nicht explizit als Thema erst mal vorgegeben ist, aber natürlich durchaus ein Ziel des Workshops auch ist. Sozusagen antisemitische Bilder oder Versatzstücke von sekundärem Antisemitismus erst mal zu irri-

tieren und im besten Fall natürlich auch zu durchbrechen. Genau, aber wir haben und da liegt vielleicht auch ein bisschen die Problematik in dieser breiten thematischen Streuung, dass wir eigentlich keine konkrete Definition von Antisemitismus haben, mit der wir arbeiten. Natürlich gibt es die Unterscheidung zwischen klassischem, modernen Antisemitismus und sekundärem Antisemitismus. Es gibt einen Schwerpunkt auf Beschäftigung mit Antisemitismus in der Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt und das war es im Prinzip. Und genauer definiert haben wir das eigentlich meines Wissens nach nicht, zumindest nicht solange ich dabei bin, was natürlich auch, was ich zumindest ganz persönlich, das ist meine persönliche Einschätzung, auch als ein Problem ansehe. Weil der Begriff schwammig bleibt und möglicherweise dadurch auch schwer greifbar ist, wenn antisemitische Äußerungen auftauchen im Arbeitsprozess mit den Jugendlichen. (I104)

Diese hier explizit formulierte Unsicherheit ist ernst zu nehmen und auf ihre Folgen hin zu untersuchen: Was bedeutet es eigentlich, wenn man sich (in diesem Fall in der Bildungsarbeit) mit Antisemitismus befasst, ohne über mehr als einen impliziten Antisemitismusbegriff zu verfügen? Ein solches implizites Verständnis trägt als Grundlage praktischer Arbeit nur so weit, wie das implizite Wissen geteilt wird. Möglicherweise ist dies in der Bildungsarbeit nicht immer für alle Teamer/innen der Fall. Irritationen sind damit vorprogrammiert – ein Problem, das dieser befragten Person bewusst ist. Diese selbstkritische Perspektive ist aber eine Ausnahme, was allerdings nicht heißt, dass die Problematik nur eine periphere wäre. Konzeptuelle Unsicherheiten sind vielmehr kennzeichnend für einen großen Teil der Interviews. Im Einzelfall kann dies sogar so weit gehen, dass die Schwierigkeit der Bestimmung eines Antisemitismusbegriffs in die brüske Verneinung der Notwendigkeit eines solchen umschlägt:

Und das ist mit dem Begriff Antisemitismus, das ist jetzt nicht unser Schwerpunkt [...]. Wir sind nicht darauf angewiesen, finde ich, eine wissenschaftliche Definition zu haben, sondern wir sehen, wo was problematisch wird. Also wo gibt es Vorteile, wo gibt es abwertende Positionen? Und ich würde das auch noch mal unterscheiden von so einer Hasspropaganda. Das ist, wobei, da wird es theoretisch, also da wird es dann doch wieder wissenschaftlich. Also wissenschaftlich würde ich das unterscheiden, in der Praxis ist Hasspropaganda Hasspropaganda. (I110)

Dieses Zitat verdeutlicht zugleich die Probleme eines bloß impliziten Antisemitismusbegriffs. Die hier zutage tretende Position, dass „wir sehen, was problematisch wird“, ist selbst nicht unproblematisch, weil sie in einer antibegrifflichen Grundhaltung einer Beliebigkeit und Subjektivität in der Zuschreibung von Antisemitismus Tür und Tor öffnet.⁴⁰

Doch diese Position ist ein – wenngleich symptomatisches – Extrem. Typisch ist vielmehr eine bei Definitionsversuchen in den Interviews offenbar werdende grundsätzliche Unsicherheit in der begrifflichen Bestimmung von Antisemitismus. So entstehen Protodefinitionen, die durch die Aufzählung verschiedener konstitutiver und assoziierter Merkmale sowie durch die Beschreibung von Formen und Ausprägungen gekennzeichnet sind. Man kann dies als additiv-suchendes Definieren bezeichnen. Interessanterweise gilt dies nicht nur für Interviews, sondern auch für verschiedene publizierte Dokumente. Die Unsicherheit kann also nicht allein auf die Gesprächssituation zurückgeführt werden, in der natürlich Wissen ad hoc und entsprechend weniger elaboriert ausformuliert wird als beim Verfassen schriftlicher Texte. Auch hierfür soll wieder ein ausführliches Textbeispiel analysiert werden, in dem wesentliche und typische Momente der terminologischen Schwierigkeiten deutlich werden.

I: Und haben Sie vielleicht einen Arbeitsbegriff von Antisemitismus? Also auch, wo Sie sagen können, das ist Antisemitismus und das nicht. Gibt's da irgendwie, vielleicht im Projekt auch, eine Arbeitsgrundlage oder eine Definition? Oder wie wird das so gehandhabt?

40 Natürlich sollte man Hasspropaganda jedweder Art bearbeiten und kann sie auch erkennen, ohne in jeder Situation zwischen Antisemitismus und anderen abwertenden Diskursen unterscheiden zu müssen (insbesondere in der pädagogischen Bearbeitung). Die hier zitierte Organisation ist jedoch erstens sehr stark diskurspolitisch orientiert. Hier sollten klare Maßstäbe gelten. Angesichts des Symbolcharakters des Anti-Antisemitismus und angesichts der umstrittenen Einordnung vieler Phänomene wirkt diese Haltung unseriös.

E: Ja, also ich sag einfach so, besonders für Menschen, die aus dem Nahostkonflikt kommen, spielt der Nahostkonflikt eine riesengroße Rolle. Wenn Menschen gegen Siedlungspolitik sind, wenn Menschen gegen Netanjahu sind, wenn Menschen behaupten, Israel ist ein rassistisches Land, wenn Menschen behaupten, Israel (besetzt) bestimmte Gebiete, dann ist das kein Antisemitismus meiner Meinung nach. Ich bin dahingekommen, ich hab das auch in Israel praktiziert, ich war auch links sozusagen, immer noch in Israel, was die Politik angeht, und wünsche mir Zweistaatenlösung und so weiter. Für mich wird's problematisch, wenn Israels Existenz in Frage gestellt wird. Und wenn nicht von Israelis die Rede wäre, sondern von Juden. Und das beobachte ich sehr oft bei Jugendlichen. Dass sie nicht in der Lage sind, zwischen Israeli und Jude zu unterscheiden. Auf der anderen Seite teile ich eigentlich Antisemitismus eigentlich in drei Teile, was die muslimische Community angeht.

Ein Antisemitismus, der mit dem Nahostkonflikt verbunden ist, wo zum Beispiel dieser Konflikt sehr schwarzweiß gezeigt wird. Zum Beispiel die Palästinenser sind immer die Opfer, die Israelis sind immer die Täter. Es reicht manchmal, nur Karikaturen zu sehen, um zu sehen, wie viel Parallelen auch zu der Propaganda aus den 30er und 40er Jahren in Deutschland, wie immer die jüdischen Soldaten mit großer Nase gezeigt werden, wo ganz viel Blut dabei ist und so weiter und so fort. (I105)

Der Interviewer fragt nach einer Definition von Antisemitismus für die Arbeit im betreffenden Projekt. Die Antwort beginnt mit der Thematisierung des Nahostkonflikts und von in diesem Kontext häufig kritisierten Meinungen (Charakterisierung Israels als rassistisch). Dabei wird bestimmte Kritik an Israel als nicht antisemitisch eingeschätzt. Danach folgt eine Wende; es werden Dinge aufgezählt, die die Befragte Person als „problematisch“ erachtet (Infragestellung von Israels Existenzrecht, Gleichsetzung Jüdinnen/Juden und Israelis). Dann folgt ein weiterer Themenwechsel, in dem eine Unterscheidung von drei Arten („Teilen“) des Antisemitismus angekündigt wird und eine erläutert wird.

Der Anschlussdiskurs zum Antisemitismus in dieser Interviewsequenz ist also von Beginn an der Nahostkonflikt. Es kommt zu keiner generellen oder kontextunabhängigen Bestimmung von Antisemitismus, auch zu keiner, die sich auf einen anderen (beispielsweise den europäischen oder deutschen) Kontext bezieht.⁴¹ Eine eigentliche Definition oder Benennung allgemeiner Merkmale des Antisemitismus wird entweder schlicht vorausgesetzt oder umgangen. Was stattdessen thematisiert wird, sind Elemente dessen, was mit Antisemitismus verbunden ist oder auch nur assoziiert wird. Damit bleibt auch offen (vor allem im Mittelteil des Zitats), ob etwas als „problematisch“ oder „antisemitisch“ gesehen wird, und ob zwischen beiden Charakterisierungen überhaupt ein Unterschied besteht, oder ob sie synonym verwendet werden (vgl. auch I106).

Was hier in aller Deutlichkeit zutage tritt, hat Brian Klug bereits in einer philosophischen Begriffsreflexion des Wortes Antisemitismus thematisiert. Wenn es um Jüdinnen und Juden geht, so Klug (2013a), gibt es die Tendenz, alles, was man als ‚foul‘ (faul, schlecht, übel) empfindet, als antisemitisch zu bezeichnen, als wären diese Charakterisierungen Synonyme, als wäre das Gegenteil von „unproblematisch“ „antisemitisch“. Man kann also annehmen, dass das additiv-suchende Definieren einen Weg darstellt, abgelehnte Positionen und Praktiken als negativ zu markieren und mit Antisemitismus zu assoziieren (weil dieser Konnex implizit vorausgesetzt ist), ohne sich auf eine *nachprüfbare* Einordnung, die eine klare Unterscheidung zwischen Antisemitismus/Nicht-Antisemitismus zuließe, festlegen zu müssen. Problematisch scheint in diesem Zusammenhang nicht die Schwierigkeit in der Zuordnung konkreter sozialer Phänomene zur Kategorie, die ja durch die Komplexität und Ambiguität des Gegenstands selbst bedingt sein kann,⁴² sondern das Nichtanerkennen dieser Unsicherheit, die eine „eindeutige“ Einordnung bestimmter kritikabler Phänomene vor allem immer *nahelegt*.

In den Interviews sind *explizite Antisemitismusdefinitionen* Ausnahmen, obwohl sie in der Regel abgefragt wurden. Das ist für die praktische Arbeit der meisten Befragten auch nicht per se problematisch – zumindest wenn es um die Bearbeitung von verschiedenen antidemokratischen Tendenzen geht, die in einem weiter gefassten Tätigkeitsfeld ohnehin der Bearbeitung wert sind. Sowieso können Definitionen, die der Strenge wissenschaftlicher Ansprüche angemessen sind, nicht der Maßstab für praktische Tätigkeit sein. Wichtiger als Definitionen sind für die Befragten eher Referenzkonzepte,

41 Die interviewte Person arbeitet hauptsächlich mit muslimischen Jugendlichen; daher ist das Gespräch schon mehr in diese Richtung gelenkt. Trotzdem ist die Sequenz mit ihren faktischen (De-)Thematisierungsstrategien auffällig, da nach einer allgemeinen Definition gefragt wurde.

42 Vgl. dazu das Konzept der „Grauzone“ (Ullrich 2013: 84 ff.)

die entweder aus der Wissenschaft kommen oder direkt für die Praxis entwickelt wurden. Diese stecken, ohne sklavisch operationalisiert zu werden, einen etwas weiteren Orientierungsrahmen ab. Welches Referenzkonzept aber als Orientierung dient, kann, wenn diese Referenz nicht nur eine rein deklaratorische ist, durchaus folgenreich für die Arbeit sein.

Nur in einem Interview (und eher beiläufig in manchen Dokumenten) wird Antisemitismus als Differenzkonstruktion für die Identitätsstiftung der Eigengruppe in Abgrenzung zum jüdischen Anderen als zentrales Referenzkonzept benannt (I96), wie es in unterschiedlichen Ausprägungen von den Antisemitismusforscher/innen Holz (2001) und Scherr/Schäuble (2008) vertreten wird.

Ansonsten dominieren zwei Referenzkonzepte. Dies ist einmal das Konzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)“ (D26; I61; I69; I70; I80; I76; I91; I103; I106), das aus der wissenschaftlichen Forschung zu Vorurteilen stammt (Heitmeyer 2002). Dem GMF-Konzept liegt die Einsicht zugrunde, dass individuelle Vorurteile häufig als Kombination von abwertenden Einstellungen gegenüber mehreren gesellschaftlichen Gruppen existieren; insofern wird von einem Syndrom von Vorurteilen gesprochen (Heitmeyer/Grau 2013:27). Der Begriff „GMF“ wurde bewusst als Neologismus geprägt. Die sprachliche Innovation sollte in der Öffentlichkeit „anecken“ und in der Folge ein gesellschaftspolitisches Interesse auf die behandelten Sachfragen lenken (Heitmeyer 2012b:323). Das zugrundeliegende Verständnis von Sozialwissenschaft weist dieser neben der Wissensproduktion auch eine Verantwortung zu, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Politik beharrlich auf gemeinwohlgefährdende Entwicklungen zu lenken. Dazu werden auch Vorurteile gerechnet.

Die am Bielefelder Institut für Konflikt- und Gewaltforschung zwischen 2002 und 2012 jährlich durchgeführten Untersuchungen zur Verbreitung einzelner Elemente und der inneren Zusammenhänge des Vorurteil-Syndroms wurden im Laufe der Zeit konzeptionell fortentwickelt. Die letzte Untersuchungswelle 2012 hat abwertende Vorurteile gegenüber zwölf gesellschaftlich schwachen Gruppen untersucht. Von Anfang an waren auch antisemitische Vorurteile Gegenstand der Untersuchungen, in der Erhebung des Jahres 2004 bildete Antisemitismus ein Schwerpunkt. Hervorzuheben ist, dass in die Auswertungen keine Daten von Personen mit Migrationshintergrund eingegangen sind (Heitmeyer 2012a).

Im vorliegenden Kontext sind zwei Beobachtungen wichtig: (1) Das Abstraktum Antisemitismus wird im Forschungsinstrumentarium der GMF-Forschungen ausdifferenziert, um verschiedene inhaltliche Ausrichtungen von antisemitischen Vorurteilen angemessen erfassen zu können. Dieses differenzierungslogische Vorgehen entspricht den Standards wissenschaftlicher Sozialforschung (vgl. Abschnitt 8.5). Unterschieden wird dabei zwischen fünf Facetten. „Klassischer Antisemitismus“ steht für eine Abwertung von Juden mittels tradierter Stereotype, „Sekundärer Antisemitismus“ wird verstanden als Relativierung, Verharmlosung und Leugnung des Genozids an den Juden im Zweiten Weltkrieg, „antisemitische Separation“ bezeichnet eine Abwertung von in Deutschland lebenden Juden, die auf Zweifel an ihrer Loyalität zu Deutschland zurückgeht; als „israelbezogener Antisemitismus“ wird die Übertragung der Kritik an der israelischen Regierungspolitik auf alle Juden bezeichnet; „NS-vergleichende Israelkritik“ identifiziert die israelische Palästina-Politik mit der nationalsozialistischen Judenpolitik (Heyder/Iser/Schmidt 2005; ähnlich auch Zick/Küpper 2007). Diese internen Differenzierungen stellen keine Wesensdefinitionen von Antisemitismus dar, sondern sollen – wie gesagt – die Voraussetzungen für ein möglichst eindeutiges Verständnis der vorgelegten Items bei den Befragten ermöglichen.

(2) Bemerkenswert ist, dass sich die untersuchten Praxisakteure in ihren GMF-Bezugnahmen nicht auf die dargestellte Auffächerung von verschiedenen Dimensionen antisemitischer Vorurteile beziehen, sondern auf das Syndromkonzept als solches. Damit rückt man den Sachverhalt in den Vordergrund, dass Vorurteile in der Regel zugleich gegenüber mehreren schwachen gesellschaftlichen Gruppen existieren und untereinander in unterschiedlich starken Zusammenhängen stehen (Zick/Küpper 2007:15). Auf das GMF-Konzept wird rekurriert, um die empirische Tatsache von Vorurteilkombinationen zu betonen, und um in der öffentlichen Aufmerksamkeit und der pädagogischen Bearbeitung der Vorstellung entgegenzuwirken, der moralische Unwert von sozialer Abwertung hänge mit der jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppe zusammen. Implizit oder explizit ist damit die These vertreten, dass Vorurteile als solche problematisch sind und eine gruppenbezogene Hierarchisierung ethisch nicht begründet werden kann.

Das zweite wichtige Referenzkonzept, die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der EUMC (European Forum on Antisemitism 2005), wurde explizit für eine politisch-pädagogische Praxis entwickelt und scheint das im Feld derzeit einflussreichste Referenzkonzept darzustellen (D8; D15-18; D35; D 109; I81; I58; I59; I62; I81; I83; I84; I92; I99; I193; I106). Gelegentlich finden auch beide Eingang in die Arbeit der Befragten.

Die EUMC-Definition konzipiert Antisemitismus als „eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ Diesem definitorischen Minimalkern „Bestimmte Wahrnehmung von Juden“, gerichtet „gegen jüdische oder nicht-jüdische“ Personen und Institutionen, der selbst relativ unbestimmt ist, folgt, wie schon im ersten Nebensatz („die sich als Hass ... ausdrücken kann“), eine Aufzählung verschiedener Formen, in denen sich Antisemitismus manifestieren *kann*. Es zeigt sich also, dass die schon konstatierte Unsicherheit in der Bestimmung des eigenen Tätigkeitsbereichs im zentralen Referenzkonzept eine Parallele, möglicherweise z.T. auch ihre Ursache, hat. Es ist andernorts (Ullrich und Werner 2011) schon drauf hingewiesen worden, dass die EUMC-Definition eher einen Verdeutlichungscharakter hat und ein Instrument zur Sensibilisierung gegenüber *möglicherweise antisemitischen Phänomenen* darstellt als eine Definition, die eine Abgrenzung antisemitischer von nichtantisemitischen Phänomenen erlauben würde. Eine positive Gegenstandsbestimmung erfolgt nicht, ebenso wenig eine negative/differenzielle (durch Abgrenzung von anderen Phänomenen)⁴³. Die Arbeitsdefinition ist durch eine Ambivalenz gekennzeichnet. Der Wortlaut des Textes besagt, dass verschiedene aktuelle Beispiele Ausdruck von Antisemitismus sein *können*, der innere Textkontext (beispielsweise die Benennung des Dokumentes als Definition) kann aber für schnelle Leser/innen nahelegen, dass sie es *sind*. Insbesondere die praktische Anwendung und dabei die drohende Auflösung dieser Ambivalenz dergestalt, dass die *möglichen Merkmale als Wesensmerkmale* rezipiert werden, ist damit problematisch.⁴⁴ Denn unter den aufgezählten Merkmalen befinden sich viele, die zumindest mehrdeutig sind. Eine große Breite der Anwendung des Antisemitismusbegriffs ist damit nahegelegt, auch weil unklar bleibt, ob die Beispiel-Merkmale einzeln oder nur in Kombination (als Syndrom) als ein Kennzeichen von Antisemitismus fungieren.

Die Benennung der Definition als „Arbeitsdefinition“ ist auch insofern irreführend als sie seit ihrem Bestehen keiner grundlegenden Revision unterzogen wurde.⁴⁵ Das konkrete Ziel, eine Handreichung für die Praxis zu etablieren, wurde in Berlin offensichtlich erreicht. Zugleich ist damit aber auch die Praxis im Feld Antisemitismus äußerst stark von den Schwierigkeiten dieser Definition geprägt.

Man kann also zusammenfassen, dass mit dem Referenzkonzept GMF ein breites Feld von Gruppenfeindschaften thematisiert und bearbeitet werden kann, worin Antisemitismus eine Dimension neben anderen darstellt. Wenn das EUMC-Konzept als Referenz dient, wird zwar nominell ein enger Fokus auf Antisemitismus gesetzt, dann aber ziemlich unscharf eine große Bandbreite von Phänomenen subsumiert.

Eine zentrale Herausforderung für das Handlungsfeld der Arbeit gegen Antisemitismus besteht in der Vielfalt der mittelbar und unmittelbar angesprochenen Phänomene. Unabhängig von den Referenzkonzepten gerät eine Vielzahl heterogener Aspekte in den Blick der Befragten. Auch wenn die Interventionen sich oft auf abgegrenzte Teilaspekte beziehen (vgl. Kapitel 6), besteht in der Beschreibung von Antisemitismus Aufmerksamkeit für verschiedene Formtypen. Darunter fallen Aggressionen gegen Personen oder Sachen, Diskursphänomene (Deutungsmuster, Weltbilder), interaktive (direkt gegen andere Menschen gerichtete), verbale wie mentale Phänomene (Einstellungen). Und auch in inhaltlicher Hinsicht gibt es die Beschäftigung mit antisemitischen Phänomenen unterschiedlichen Charakters und unterschiedlicher Intensität bzw. Schwere: Differenzkonstruktion, Distanz, Zuschreibung von Kollektiveigenschaften, Abwertung, Welterklärung und Bekämpfung.

Zusätzlich zu den besonders herausgehobenen Referenzkonzepten sind weitere wissenschaftliche Konzepte Teil der Auseinandersetzung mit Antisemitismus, vor allem in der Unterscheidung unterschiedlicher historischer Typen (Antijudaismus, klassischer oder moderner Antisemitismus, Vernichtungsantisemitismus, sekundärer Antisemitismus, antisemitischer Antizionismus). Unabhängig von der Unsicherheit im Umgang mit dem Kernbegriff können die meisten Akteure im Feld auf ein breites theoretisches Wissen zurückgreifen.

43 Die differenzielle Markierung von nichtantisemitischer Kritik an Israel (die Anwendung der gleichen Maßstäbe wie in vergleichbaren Fällen) kann ebenso wenig eine ausreichende Bestimmung darstellen: Doppelte Standards sind ein generelles Phänomen in der Konfliktwahrnehmung von Involvierten, auch in ganz anderen thematischen/regionalen Kontexten. Vergleiche dazu die Kriterien für eine nicht antisemitische Kritik an Israel (Ullrich 2011).

44 Die Folgen eines solchen sorglosen Umgangs mit der Definition sind auch in wissenschaftlichen Organen nachzulesen. So wurde in einer Veröffentlichung (Salzborn und Voigt 2011; zur Kritik vgl. Ullrich und Werner 2011) das, was in der Arbeitsdefinition noch als *Beispiel möglichen Antisemitismus* in Zusammenhang mit Israel aufgeführt wurde, zu „zentralen Charakteristika“ und „Kernbestandteilen“ in einem von den Autoren unseres Erachtens fälschlich konstatierten „gegenwärtigen Minimalkonsens in der Antisemitismusforschung“. Für eine solche wissenschaftliche Anwendung war die Arbeitsdefinition weder gedacht noch ist sie dafür geeignet.

45 Ursprünglich unter: http://fra.europa.eu/fraWebsite/material/pub/AS/AS_WorkingDefinition-draft.pdf; aktuell ist die „Arbeitsdefinition“ zu finden unter: www.european-forum-on-antisemitism.org/working-definition-of-antisemitism/deutsch-german/ (2014-05-04).

5.2.2 Exzeptionalismus des Antisemitismus

Eine besondere konzeptuelle Spannung, die immer wieder explizit oder implizit thematisiert wird und die ein weiterer Ausdruck der terminologischen Unsicherheiten ist, besteht in der Frage der Vergleichbarkeit von Antisemitismus mit anderen Phänomenen, insbesondere Rassismus beziehungsweise der Subsumierbarkeit beider unter einem begrifflichen Rahmen. Für verschiedene Akteure ist dies als Subsumtion unter „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, wie bereits ausgeführt, selbstverständlich. In mehreren Texten wird Antisemitismus als eine, wenngleich durch spezifische Merkmale gekennzeichnete *Form des Rassismus* verstanden (D4; I79; I82; I91). Andere legen großen Wert auf die begriffliche Fassung des Antisemitismus in Abgrenzung zum Rassismus (I80; I83; I96)

Wissen Sie, aus meiner Sicht, damals wurde schon [...] verstärkt gegen Rassismus vorgegangen in der Öffentlichkeit [...] und auch gegen Rechtsextremismus und diese ganzen demokratiefeindlichen Phänomene. Aber dieser Unterschied zwischen Rassismus und Antisemitismus wurde nicht richtig wahrgenommen. [...] Die Methoden für die Rassismusbekämpfung, die kann man nicht zwangsläufig zur Antisemitismusbekämpfung anpassen. Von mir wurde der Trend so wahrgenommen, dass Antisemitismus als eine Form von Rassismus bezeichnet und untergeordnet wurde. Und das fanden wir, nicht nur ich, viele Menschen fanden das nicht gut, und dass man dagegen einen Akzent setzen sollte. (I83)

Dabei werden zwei Ebenen der Problematik angesprochen, zum einen die der angemessenen „Bekämpfungsmethoden“, zum anderen die der „Unterordnung“, die auf das Phänomen der Opferkonkurrenz verweist.

Wie in dieser Verhältnisklärung gegenüber dem Rassismus, lässt sich in mehreren Interviews und Dokumenten das Bemühen finden, sehr nachdrücklich eine Besonderheit des Antisemitismus zu konstatieren, die über die konkrete Bestimmung seiner Spezifik hinausgeht. Vielmehr ist die inhaltliche *Spezifik* zusätzlich mit einer herausragenden Wertigkeit konnotiert. Der Bezug zum Nationalsozialismus und die bereits ausgeführte Symbolbedeutung von Antisemitismus bilden dafür – teils implizit, teils explizit – den Hintergrund. Wir bezeichnen dies als Exzeptionalismus des Antisemitismusbegriffs (Barskanmaz 2011; Ullrich 2013: 99 ff.). Dazu zwei Beispielzitate:

Da sind wir natürlich immer auf diesem// Da bewegen wir uns in dieser Grauzone oder in diesem gefährlichen Wasser, dass dann Antisemitismus wie eine Diskriminierungsform wie andere gesehen wird. Wir sind uns schon dessen bewusst, dass Antisemitismus nochmal was ganz besonderes ist, zum Beispiel in Abgrenzung zu Rassismus. (I96)

Antisemitismus muss sozusagen als eigenständiges Phänomen behandelt werden. Kann also nicht behandelt werden, wie eine der gewöhnlichen Gruppenfeindschaften. (I79)

Ein eigenes Kapitel widmet sich dem Antisemitismus, weil dieser nicht mit der „üblichen“ Diskriminierung gleichgesetzt werden kann. (D38)

Das letzte Beispiel (aus der Einleitung eines Bildungsmaterials für Schüler/innen) ist sicherlich nicht derart intendiert, dass „übliche“ Diskriminierungen“ verharmlost oder kleingeredet werden sollen. Dafür finden sich keine konsistenten Hinweise im Text, der verschiedene Arten von Gruppenfeindschaften und Diskriminierung thematisiert, um sie bekämpfen zu können. Doch verdeutlicht sich an dieser Stelle eine diskursive Struktur, die den Antisemitismus quasi ‚trotzdem‘ noch einmal zusätzlich herausstellt. Gerade in dieser widersprüchlichen Koinzidenz einer Gleichbehandlung der Diskriminierungsformen und einer Ungleichsetzung verdeutlicht sich der herausragende symbolische Aspekt des Antisemitismus. Ein solcher Exzeptionalismus stellt jedoch eine Gratwanderung dar und geht mit Problemen einher, die am folgenden Textbeispiel aus der gleichen Broschüre analysiert werden sollen.

Die Annahme, nicht alle Menschen seien gleichwertig, ist dem Antisemitismus noch mit anderen Formen der Diskriminierung und dem biologistisch argumentierenden Rassismus gemeinsam. Eine Sonderstellung nimmt der Antisemitismus allerdings ein, weil er sich nicht in die Kategorien der Diskriminierung auf Grund des Glaubens, der Herkunft, der kulturellen Eigenheiten, der körperlichen Merkmale und des Geschlechts drängen lässt. Im Antisemitismus fallen in der Regel mehrere oder gar alle diese Kriterien zusammen. Zum anderen unterliegt der Antisemitismus historisch und aktuell in seiner Begründung permanenten Metamorphosen. Nicht zuletzt kommt dem Antisemitismus auf Grund der Shoah gegenüber anderen Formen der Diskriminierung eine Sonderstellung zu. (D38)

Das Zitat zeigt deutlich die Überlagerung verschiedener Aspekte des Antisemitismuskurses, nämlich der begrifflichen Bestimmung und der moralischen Bewertung (die häufig anhand der Vergleichsfolie Rassismus und anhand des Holocaust-Bezugs vorgenommen werden). Eine Bestimmung der Spezifik des Antisemitismus ist auch notwendig,⁴⁶ um überhaupt über Antisemitismus sprechen zu können, also Klarheit über den behandelten Gegenstand zu erlangen. Problematisch ist es hingegen, wenn die Bestimmung und Benennung seiner Spezifität in selektive Wahrnehmung umschlägt. Diese rührt teils aus der Ungleichgewichtigkeit der (präsentierten) Kenntnisse über die verhandelten Gegenstände. So ist es, dies zeigt die intersektionelle Forschung zur Diskriminierung, eben nicht nur, wie im Zitat impliziert, für den Antisemitismus, sondern auch für Rassismus im Allgemeinen typisch, dass sich verschiedene Diskriminierungsmerkmale verbinden (Crenshaw 1989; Crenshaw 1991; Knapp 2007). Und selbstverständlich sind Metamorphosen auch für andere Gruppenfeindschaftsphänomene typisch (sichtbar beispielsweise in der Verschiebung vom rassistisch-ethnisch fundierten zum kulturellen Rassismus). Das Beispiel zeigt, dass die Kehrseite des Exzeptionalismus eine Mystifizierung des Antisemitismus sein kann, durch die dieser als komplex und wandelbar implizit anderen Diskriminierungen gegenübergestellt wird, die entsprechend eindimensional und statisch konzipiert werden.

5.3 Kontextualisierungen: Anschlussdiskurse, Trägergruppen und Zeitbezüge

Die Vergleiche des Antisemitismus mit dem Rassismus und die ebenso vorhandenen Abgrenzungsbemühungen zwischen beiden haben bereits einen wichtigen Kontext der Antisemitismuswahrnehmungen eingeführt: Rassismus und andere Formen von Gruppenfeindschaften. Antisemitismus wird auf einem sehr allgemeinen Level auch mehrheitlich verstanden als eine Form der Ausgrenzung, Diskriminierung oder Benachteiligung neben anderen, die Gegenstand der Beschäftigung und Intervention ist, weil sie grundlegenden Werten, insbesondere Demokratie und Menschenrechten entgegensteht. Diese Position vertreten, wie oben beschrieben, auch diejenigen, die dem Antisemitismus besondere Spezifika oder gar eine besondere (moralische) Wertigkeit zusprechen.

Um Differenzierungen in den Sichtweisen auf Antisemitismus zu verstehen, ist es deshalb nötig, die Ebene solcher deklaratorischen Allgemeinplätze zu verlassen und die Thematisierungen von Antisemitismus genauer hinsichtlich ihrer Kontextbezüge oder diskursiven Anschlüsse zu analysieren (vgl. Ullrich 2012; Ullrich und Keller 2014). Dies kann auch durch Analyse der referenzierten Trägergruppen von Antisemitismus geschehen.

Bei einigen Befragten ist der allgemein akzeptierte Demokratie- und Antidiskriminierungsbezug tatsächlich der zentrale Bezugskontext per se. Ansonsten werden folgende speziellere Kontext- und Milieubezüge hergestellt:

- **Rechtsextremismus**
- **Die „Mitte“**
- **Islam/Islamismus**
- **Nahostkonflikt**
- **Die Linke**
- **Migration**
- **Jugend**

⁴⁶ So muss Antisemitismus selbstverständlich als Teil eines umfassenderen rassistischen Diskurses verstanden werden und kann trotzdem spezifische Eigenschaften aufweisen, die ihn in einzelnen Aspekten von anderen Formen oder gar der Mehrheit anderer Rassismen deutlich abheben.

Antisemitismus im *Rechtsradikalismus* wird einerseits als „klassische“ oder genuine Form des Antisemitismus benannt. Trotz einer Vielzahl von Nennungen findet rechtsradikaler Antisemitismus oft nur in Aufzählungen verschiedener Typen oder Erscheinungsformen des Antisemitismus Erwähnung. Er wird zudem eher am Stadtrand oder gar außerhalb Berlins verortet. Zwei Hintergründe sind zu vermuten. Zum einen ist Antisemitismus organisierter Neonazis mit festem Weltbild kaum einer pädagogischen Intervention zugänglich. Entsprechend geraten die weicheren oder zugänglicheren Formen eher in den Bereich des Handelns der Akteure im Feld. Dies fällt mit den oben beschriebenen generellen Verschiebungen des Antisemitismus-Diskurses zusammen (vgl. Abschnitt 2.2).

Der Topos „*Mitte der Gesellschaft*“ greift einen Aufmerksamkeitsfokus jüngerer Forschungen zum Rechtsextremismus und Antisemitismus auf (Decker u. a. 2010; Decker, Kiess und Brähler 2012; Schwarz-Friesel/Reinartz 2013; Kohlstruck 2011a), der seinen Untersuchungsgegenstand auch in arrivierten bürgerlichen Schichten vorfindet – der meist recht unbestimmt bleibenden „Mitte“. Diese wird als Träger im Prozess der Erosion anti-antisemitischer Tabus gesehen. Unabhängig von der analytischen Schwäche des Mitte-Begriffs, die darin ihrem Pendant „Extremismus“ in nichts nachsteht, ist diese Perspektive mit einer praxisrelevanten Botschaft verbunden. Antisemitische Phänomene (unterschiedlicher Intensitätsgrade) lassen sich nicht externalisieren, indem man sie „extremistischen Rändern“ zuschiebt. Stattdessen ist, wenn man ernst nimmt, dass es sich bei Antisemitismus um ein genuin soziales Phänomen handelt, das seinen Niederschlag in kulturell und institutionell tradierten Symbolen, in Sprache und kollektiven Praxen findet, eine Reflexion darüber möglich, inwieweit die gesamte Gesellschaft von antisemitischen Elementen beeinflusst oder geprägt ist. Dies erlaubt zugleich eine Differenzierung zwischen unterschiedlichen Graden der Beeinflussung abseits der binären und personalisierenden Kategorisierung Antisemit/Nicht-Antisemit.

Der *Islam* und die *Muslime*, geraten auf zwei verschiedene Arten und Weisen in den Blick. Ein Thematisierungskontext ist der islamistische Antisemitismus, der in radikal-religiösen Bewegungen seine Hauptträger hat und oft auch religiös begründet wird. Sowohl Akteure aus muslimischen Ländern als auch deren Einfluss auf Muslime in der Bundesrepublik sind Teil der Auseinandersetzung. Fast immer mit diesem Strang der Diskussion verbunden ist jedoch der zweite Aspekt, der Antisemitismus unter Muslimen mit Bezug zum Nahostkonflikt thematisiert. Sie werden als direkt oder indirekt Betroffene, Involvierte aber auch ideologisch verführte beziehungsweise aufgeputschte Träger/innen von Judenfeindschaft erörtert. In den meisten Interviews kommt diesem Kontext eine Zentralstellung zu. Deswegen ist schon darauf hingewiesen worden, dass hier eine Spannung zwischen realem Problemvorkommen (israelbezogener und islamisierter Antisemitismus) und teilweise projektiver Zuschreibung mit dem willkommenen Effekt einer Problemexternalisierung vorliegen könnte. Die Bedeutung dieser bei einigen Akteuren nachdrücklichen Fokussierung auf arabische und türkische Jugendliche wird unter anderem dann deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass es in unserem Material fast keinerlei Thematisierung antisemitischer Tendenzen in anderen (europäischen, weißen) Migrant/innengruppen gibt – trotz vorhandenen wissenschaftlichen Wissens über dessen Existenz (Wetzel 2010; Scherr/Schäuble 2008).⁴⁷ Das Christentum und die christlichen Kirchen als Äußerungs- oder Bedingungskontext von Antisemitismus werden nur am Rande erwähnt.

Damit ist der dritte Kontext schon aufgerufen: der *Nahostkonflikt*. Der israelisch-palästinensische Konflikt stellt das zentrale Referenzereignis aktueller Antisemitismuskussionen dar, auch bei den befragten Berliner Akteuren. Meist geht es um die Benennung von bestimmten Formen der Kritik an und Feindschaft gegenüber Israel sowie weltbildhaften Antizionismus, die als neue oder aktuell dominante Form des Antisemitismus eingeführt werden. Damit hat sich ein Bedeutungswandel mittlerweile fest etabliert. Aus der Möglichkeit, dass Kritik an Israel und Antizionismus antisemitisch sein *können*, sei es motivational oder hinsichtlich der semantischen Einbettung in antisemitische Diskurse (vgl. Holz 2005b; Zuckermann 2005), wurde die vielfach unterhinterfragte Gewissheit (dies gilt für Befragte aus allen Akteursgruppen), dass Israelkritik oder Antizionismus zum Definitions- oder Kernbereich des Antisemitismusbegriffs gehörten. Zugleich wird aber in einigen Interviews betont, dass zwischen legitimer und nicht legitimer Kritik an Israel unterschieden werden müsse.

In dieser Spannung verdeutlicht sich die oben schon erwähnte Problematik, dass begrifflich zwei Ebenen vermischt werden. Es wird das Abwägen von berechtigter und nicht berechtigter Kritik an der israelischen Besatzung und Antisemitismus/Nicht-Antisemitismus (also zweier zunächst distinkter Problem- oder Analyseebenen) zu einer Konfliktlinie vereinigt, auf der sich legitime Kritik und Antisemitismus gegenüberstehen. Mit dieser Reduktion der Thematik auf

47 Beispielhaft ist dieses Interviewzitat: „Denn es ist ganz klar, dass es letzten Endes auch davon abhängig ist in welchem Stadtteil oder in welcher Region von Deutschland man wohnt. In Neukölln und Wedding haben wir virulente Probleme mit arabisch-türkisch-islamischem Antisemitismus. Wenn man weiter in die weiter östlich gelegenen Stadtteile geht, dann verschieben sich da die Schwerpunkte.“ (I82) Die angesprochenen Verschiebungen werden nicht weiter ausgeführt.

einen binären Widerspruch wird ein Teil der Komplexität der Sache einer leichteren Klassifizierbarkeit geopfert. Die Erleichterung in der moralischen Einordnung, die mit dieser Option verknüpft ist, erweist sich als Bumerang, weil die Verschiedenheit der Kontexte, in denen Feindschaft gegenüber Israel entsteht, zugunsten einer monokausalen Antisemitismusthese unterkomplex beleuchtet zu werden droht.

Im Zusammenhang mit dem Themenkomplex Nahostkonflikt/Antisemitismus/Antizionismus/Kritik an Israel wird auch die *politische Linke* in vielen Interviews behandelt. Dies erfolgt jedoch eher en passant in Aufzählungen und ohne weitere Elaboration. Die Linke ist somit im Aufmerksamkeitsfokus, aber nicht Teil expliziter Beschäftigung der befragten Akteure. Diese Situation würde sich wohl anders darstellen, wenn auch allgemeinpolitische Akteure, wie Parteien und Stiftungen, befragt worden wären (vgl. beispielsweise Ullrich 2013; Ionescu und Salzborn 2014).

Die Kontexte Nahostkonflikt und Islam verknüpfen sich zudem noch mit zwei weiteren Feldern. Zum einen wird muslimischer Antisemitismus in mehreren Interviews und Dokumenten als Antisemitismus muslimischer *Jugendlicher* bzw. *jünger Männer* thematisiert. Mit dieser Fokussierung sind auch mehrere Erklärungsansätze für problematisierte politische Phänomene, die als Antisemitismus aufgefasst werden, aufgerufen: der Islam, die familiären Beziehungen in Länder des Nahen Ostens, aber auch Jugendlichkeit und Männlichkeit. Einige pädagogische Projekte haben diesen Gedanken schon aufgegriffen und arbeiten – auch wenn Antisemitismus das deklarierte Ausgangsproblem ihres Arbeitsansatzes ist – auf diesen verschiedenen Ebenen von Selbstinszenierungen und Gruppenidentitätskonstruktionen. Allerdings besteht die Gefahr, dass aufgrund der hohen Symbolbedeutung von Antisemitismus dieser als *ideologisches* Erklärungsmoment eine bevorzugte Stellung zugesprochen bekommt und alternative oder ergänzende Deutungen (beispielsweise als Phänomen von Jugendgewalt und Männlichkeitsinszenierungen, welche bis zu einem gewissen Grad inhaltlich unspezifische Opfer wählen) nicht im nötigen Ausmaß Beachtung finden. Jugend und Männlichkeit werden als erklärende Variablen für Vorfälle nicht ausreichend gewürdigt.

Die Anschlussdiskurse Nahostkonflikt/Muslime/Islam rufen auch einen umfassenderen Migrationsdiskurs mit auf. Gelegentlich wird dieser auch ohne besonderen Fokus auf Muslime als Herausforderung der Arbeit gegen Antisemitismus in einer „multikulturellen Gesellschaft“ oder „der Einwanderungsgesellschaft“ gefasst. Auch hier lassen sich wieder Positionen unterscheiden, die nur die verschiedenen Gruppen als unterschiedliche Träger von Antisemitismus benennen⁴⁸ und solche, die komplexere Zusammenhänge von Migration und Mehrheitsgesellschaft thematisieren. Dazu gehört die Rolle des Nationalsozialismus beim Export von Antisemitismus in andere Länder (191) und die schon thematisierte Problematik, die sich aus der Universalisierung deutscher erinnerungskultureller Ansprüche in kulturell heterogener Gesellschaft mit verschiedenen Erinnerungsgemeinschaften ergeben.

Arbeitsprägende räumliche Kontextualisierungen sind in der Regel lokale oder nationale; im Kontext der Thematisierung von Muslimen und nahostkonfliktbezogener antijüdischer Gewalt im vergangenen Jahrzehnt wird die Problematik auch als europäische gedeutet und Trägergruppen und Organisationen aus nahöstlichen Ländern (Türkei, Iran usw.) finden Erwähnung.

Ein zentraler Schlüssel zum Verständnis der diskussionsinternen Widersprüche sind die zeitlichen Kontextualisierungen. Die Mehrheit der Befragten, mit der Ausnahme von gezielt historisch ausgerichteten Institutionen wie Museen zur Geschichte des Nationalsozialismus oder der Judenverfolgung, thematisiert Antisemitismus dominant als ein Problem im Hier und Jetzt; dies verdeutlicht sich in allen oben genannten thematischen Kontexten. Darüber hinaus gibt es, gerade in der auf Antisemitismusprävention angelegten pädagogischen Arbeit einen impliziten Zukunftsbezug. Beides jedoch findet vor dem Hintergrund eines omnipräsenten Vergangenheitsbezugs statt. Die Zeit des Nationalsozialismus ist in den pädagogischen Settings (zum Beispiel Ausstellungen), in den programmatischen Begründungen der Förderprogramme und Einzelprojekte, im öffentlichen Diskurs und zum Teil natürlich in den bearbeiteten Phänomenen selbst (bspw. Holocaustleugnung, Gleichsetzung israelischer und nationalsozialistischer Politik) ubiquitär. Problematisch ist dabei, wie es auch von Expert/innen und Praktiker/innen im Feld schon lange thematisiert wurde (vgl. Meseth et al. 2004), dass damit ein moralischer Maßstab etabliert wird, der so anspruchsvoll, so uneinholbar ist,⁴⁹ dass er eine Bearbeitung aktueller antisemitischer Phänomene manchmal mehr behindert als befördert. Dem liegt das generelle Problem zugrunde, dass aus einer moralischen Verabsolutierung von historischen Ereignissen notwendigerweise unaufhebbare Probleme für

48 Beispielhaft: „Es kommt aus verschiedenen Ecken, manchmal aus Gruppen von Einwanderern und da gibt es verschiedene Gruppen und verschiedene Ausprägungen von Antisemitismus.“ (184)

49 Angesichts des schieren Ausmaßes, des unbeschreiblichen Leids und der zugleich kühlen Effizienz des NS-Judenmordes wurde Auschwitz mit der Metapher des „Zivilisationsbruchs“ (Diner 1987; vgl. Claussen 2005) bezeichnet. Damit verbindet sich die These, das Geschehen sei moralisch unfassbar und wissenschaftlich kaum abschließend erklärbar.

die Handlungsebene erwachsen: „Mit einer Schuld, die jenseits des Verbrechens steht, und einer Unschuld, die jenseits der Güte oder der Tugend liegt, kann man menschlich-politisch überhaupt nichts anfangen“ (Arendt 1987: 90f.). Jeder Versuch, im konkreten politischen oder pädagogischen Handeln einem als absolut interpretierten Ereignis gerecht zu werden, ist notwendigerweise durch eine konstitutive Unangemessenheit gekennzeichnet.

5.4 Entgrenzende Verwendung des Antisemitismuskonzepts

Es ist eingangs darauf verwiesen worden, dass in der wissenschaftlichen Antisemitismusliteratur eine gewisse Spannung zwischen sehr weiten und engeren, spezifischen Antisemitismusbegriffen besteht. Dies stellt sich im hier untersuchten Feld etwas anders dar. Es dominieren fast vollständig sehr weite Antisemitismusbegriffe. Diese sind aber bei den meisten Befragten keine Begriffe im Sinne einer Definition, sondern tentative Markierungen eines Phänomenfeldes, welches durch mögliche Ausprägungen und vorkommende Elemente assoziativ erschlossen wird („additiv suchendes Definieren“).

Antisemitismus wird mit verschiedenen Kontexten in Bezug gesetzt, wobei muslimischem und israelbezogenem Antisemitismus eine herausragende Stellung zukommt. Trotz dieser dominanten Orientierung auf gegenwärtige Phänomene, ist als zeitliche Kontextualisierung und moralisches Begründungsmuster für die Notwendigkeit der Bekämpfung des Antisemitismus der Bezug zum nationalsozialistischen Judenmord allgegenwärtig. Damit zusammen hängt auch die besondere moralische Wertigkeit, die dem Antisemitismus zugesprochen wird (Exzeptionalismus). Dieser moralisch hochgradig aufgeladene Exzeptionalismus ist zugleich als ein Erklärungsfaktor für die im Feld weit verbreiteten pessimistischen Sichtweisen zu verstehen: Summarisch wird ein hoher Problemstand konstatiert und von einigen überdies eine Zunahme von Antisemitismus angenommen. Ermöglicht wird dies durch die häufig beobachtbare unifizierende Verwendung des Antisemitismusbegriffs. Sie besteht darin, antisemitische Phänomene auf verschiedenen Beobachtungsebenen (Bewusstsein, Verhalten, Handlung) und in unterschiedlichen sozialen Kontexten (individuelle Personen, informelle Gruppen, Milieus, Organisationen etc.) zu einem einzigen, in sich vermeintlich homogenen Problem zu vereinheitlichen. Man spricht von „Erscheinungsformen des Antisemitismus“ (D41) und impliziert damit das unhistorische Denkmodell eines identischen Inhalts, der in geschichtlich wechselnden Formen beobachtet werden kann. Eine Unifizierung sachlich, zeitlich und sozial unterschiedlich gelagerter antisemitischer Phänomene zu „dem Antisemitismus“ ist in vielen Fällen lediglich ein sprachlicher Kunstgriff, dem keine Einheitlichkeit im Gegenstand entspricht.

6 Auseinandersetzungen mit Antisemitismus

Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus als realer und symbolischer Herausforderung wird heute in Berlin seitens der Politik und der Zivilgesellschaft auf fünf Ebenen geführt. Dies sind die systematischen Beobachtungen und Dokumentationen von antisemitischen Ereignissen, die Strafverfolgung, der anti-antisemitische Diskurs, Beratungsarbeit sowie Bildungsangebote. Die genannten fünf Grundtypen einer aktiven Auseinandersetzung mit Antisemitismus verteilen sich ungleichmäßig auf die von uns genauer untersuchten 33 Akteure: Einige Akteure konzentrieren sich auf einen einzigen Arbeitsbereich und offerieren etwa ausschließlich Bildungsangebote, andere Akteure verbinden die Beratungsarbeit mit einer aktiven Beteiligung am anti-antisemitischen politischen Diskurs.

Die Beobachtung antisemitischer Ereignisse durch staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen ist oben bereits eingehender behandelt worden (Kapitel 4). Die bundeseinheitlich durchgeführte Strafverfolgungsstatistik erfasst rechtskräftig abgeurteilte Personen, die sich wegen Vergehen oder Verbrechen vor Gericht verantworten mussten. Wie oben dargestellt (Abschnitt 2.3.1) können antisemitische Delikte eine Vielzahl von Straftatbeständen erfüllen, während ein Straftatbestand Antisemitismus als solcher nicht existiert. Infolgedessen können in der Strafverfolgungsstatistik keine Zahlen von einschlägigen Verurteilungen vorliegen. Dieses Forschungsthema würde also aufgrund des Quellenproblems eine eigene umfangreiche Erhebung erfordern. In den folgenden Abschnitten werden die übrigen drei Interventionsfelder des anti-antisemitischen Diskurses, der Beratung und der Bildungsangebote genauer dargestellt.

6.1 Anti-antisemitischer Diskurs

Als antisemitisch geltende Vorfälle werden von Landes- und Kommunalpolitikern regelmäßig scharf verurteilt. Bekräftigt werden die Notwendigkeit einer besonderen Aufmerksamkeit für diese Problematik und die Verpflichtung zu einer klugen Präventionsarbeit. Die Trias von Verurteilung, Sensibilitätsverpflichtung und Präventionsaufgaben wird teilweise als Ausdruck der Verantwortung verstanden, die aus der deutschen Schuld am nationalsozialistischen Judenmord resultiert.

Im Bereich der Zivilgesellschaft besteht der antisemitismuskritische Diskurs im Wesentlichen aus drei Elementen: (1) Eine aktive Verbreitung von Informationen über Ereignisse, die als antisemitisch bewertet werden, in Verbindung mit ihrer kritischen Kommentierung. (2) Einzelaufrufe an die allgemeine Öffentlichkeit zu Stellungnahmen beziehungsweise zu verschiedenen Formen einer politischen Solidarität (Demonstrationen, Unterschriftenlisten, andere Aktivitäten) oder breiter angelegte Kampagnen. (3) Lobbyarbeit zugunsten der Antisemitismusbekämpfung. Dem Wirkungsort Berlin wird in diesem Zusammenhang eine besonderer Bedeutung zugesprochen: In Berlin haben viele überregional aktive zivilgesellschaftliche Träger ihren Sitz (I84). Das widerspricht nicht dem Eindruck einzelner Interviewter, dass andernorts teilweise mehr geleistet wird als in Berlin (I105), sondern besagt, dass in Berlin ansässige Akteure häufig bundesweit agieren.

6.1.1 Öffentliche Stellungnahmen

Zivilgesellschaftliche Akteure verfolgen die Entwicklung antisemitischer Ereignisse und nehmen in ausgewählten aktuellen Fällen öffentlich Stellung (I83). Dies geschieht in Presseerklärungen, über E-Mail-Verteiler oder eigene Internetseiten (I82). Einzelne Akteure kooperieren miteinander, um längerfristig angelegte Falldokumentation intern zu erarbeiten (I82) oder zu publizieren (D27-D29; vgl. Abschnitt 4.2). Die Erarbeitung von Ausstellungen zu aktuellen und zeitgeschichtlichen Aspekten des Themas Antisemitismus stellt eine weitere Facette der Beteiligung beziehungsweise der Initiierung von öffentlichen Diskursen dar (I99). Mitarbeiter/innen einiger der untersuchten Akteure haben Beiträge zur pädagogisch-fachlichen sowie zur wissenschaftlichen Diskussion zu aktuellen antisemitischen Phänomenen veröffentlicht. Dies geschieht auch in eigener, individueller Verantwortung und nicht im Namen der Träger.

Die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure in Berlin am antisemitismuskritischen Diskurs schließt auch Stellungnahmen aus einer Beobachterperspektive ein, die die öffentlichen Auseinandersetzungen um Definitionsfragen von Antisemitismus oder Parteinahmen im Konflikt zwischen Israel und Palästinensern selbst zum Thema machen, soweit diese als antisemitisch oder antiisraelisch kritisiert werden. Ein Beispiel ist die Kommentierung der Aufnahme von Texten des Journalisten Jakob Augstein in die Liste der zehn wichtigsten antisemitischen/antiisraelischen Beschimpfungen

durch das Simon-Wiesenthal-Center in Los Angeles im Jahr 2012 und die Bewertungen der BDS-Kampagne („Boycott, Desinvestitionen, Sanktionen“) auch durch Akteure in Berlin (D21-D25).

6.1.2 Mobilisierung

Die Informations- und Pressearbeit wird ergänzt durch Aktionen und Kampagnen, die direkt auf eine Aktivierung der allgemeinen Öffentlichkeit zielen. Ein Beispiel sind die „Aktionswochen gegen Antisemitismus“. Die Fokussierungen richten sich auf zeitgeschichtliche und auf aktuelle Themen und Anlässe, also etwa Aktionen mit Bezug auf das Erinnerungsdatum 9. November oder hinsichtlich aktueller antisemitischer Positionen gegenüber Israel (I99). Antisemitismus wird dabei als Problem verstanden, das nicht von einzelnen Trägern alleine bearbeitet werden soll und kann, sondern das als allgemeines Problem „der Gesellschaft“ zugewiesen wird.

Wir haben mehrere Säulen. Eine ist ganz klar Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnenarbeit, Aufklärungsarbeit, eher rausgehen und ein bisschen laut und ein bisschen mit Nachdruck auf unsere Themen zu verweisen, wobei wir vom Gestus her auch immer sagen, das ist eure Aufgabe. Wir geben die Verantwortung immer in die Gesellschaft und sagen, alle müssen das tun. (I100)

Zu der Kampagnenarbeit gehören unter anderem Plakataktionen (I100) oder öffentliche Stellungnahmen zugunsten von Minderheitenrechten (D21). Die Tatsache, dass sich von den untersuchten 33 Akteuren acht ihrem eigenen Selbstverständnis zufolge am politischen Diskurs beteiligen, bedeutet nicht, dass in allen gesellschaftlichen Bereichen antisemitische Phänomene mit der gleichen Aufmerksamkeit beobachtet und der gleichen Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Aus dem Sportbereich wird berichtet, dass antisemitische Äußerungen unterschiedlichen Gewichts üblich sind und dass auch in gravierenden Fällen die Geschädigten die verbandsinternen Sanktionen für unzureichend halten (I85).

6.1.3 Lobbyarbeit

Einige zivilgesellschaftliche Träger verstehen sich als Lobbyist/innen, die im direkten Gespräch mit Politik und Verwaltung versuchen, auf Entscheidungen in ihrem Sinne Einfluss zu nehmen (I100). Für zwei Akteure ist dies eine Aufgabe neben anderen, für einen dritten stellt es die zentrale Aufgabe dar.

Also wir sind ein Akteur, der einfach seit längerem aktiv ist. Und wenn es Themen gibt, auch so Themen wie Verstärkung von Programmen gegen Antisemitismus, lassen wir keine Gelegenheit aus, vorzuführen, wie wichtig das ist, bei politischen Gesprächspartnern. (I84)

Wir arbeiten sehr eng mit Berlin, der Senatsverwaltung, und die haben auch viele eigene Ressourcen investiert in die Programme, die wir mit denen gemeinsam entwickelt haben. Das soll auch sein, denn am Ende wollen wir Ideen, Programme anstoßen, aber wir sind kein Bildungsinstitut in dem Sinne. Wir sind eine politisch tätige Organisation. (I84)

Folgt man den Darstellungen in den Interviews, ist die Aufnahme des Themas Antisemitismus in den Namen des Aktionsprogramms der Bundesregierung 2001 auch eine Folge direkter Lobbyarbeit.⁵⁰

6.2 Beratung

Die Beratungsangebote im Themenfeld Antisemitismus beziehen sich auf verschiedene Aspekte. Dazu gehören die Beratung von Geschädigten, die Beratung bei der Planung und Durchführung von thematisch einschlägigen Bildungsangeboten und anderen Projekten sowie die Beratung von Organisationen bei der Verbesserung ihrer demokratischen Organisationskultur.

Die Beratung von Geschädigten wird von jüdischen Organisationen und nichtjüdischen freien Trägern praktiziert. Zum Basisangebot gehört die unmittelbare Erreichbarkeit eines ersten Ansprechpartners über eine telefonische Hotline. Es

⁵⁰ Das von der Bundesregierung aufgelegte Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ lief von 2001 bis 2006. Vgl. zur Evaluation: Lynen von Berg/Palloks/Steil (2007).

wird ergänzt um die Vermittlung von psychologischer, medizinischer, juristischer oder anderweitiger fallspezifischer Unterstützung (I83). Die Art der Unterstützung und das Ausmaß an Diskretion orientieren sich an der jeweiligen Problemlage und den Präferenzen der Betroffenen. Die Beratung von Opfern antisemitischer Aktionen ist die Art von Beratung, die im engsten inneren Zusammenhang mit Antisemitismus steht. Nach Einschätzungen von befragten Expert/innen in Beratungseinrichtungen tendieren jüdische Opfer stärker zu Beratungsangeboten von jüdischen Organisationen als zu den nichtkonfessionellen Opferberatungsstellen.

Sowohl seitens der Bildungsverwaltung wie von freien Trägern werden Beratung für einzelne Lehrkräfte oder Schulen bei der Planung und/oder Durchführung von Bildungsveranstaltungen angeboten. Freie Träger führen prozessbegleitende Beratung von Projekten durch.

Aus der Bildungsverwaltung wie von freien Trägern werden auch Beratungen angeboten, die sich auf die Entwicklung von Organisationskulturen im Ganzen beziehen. Bei Schulen steht dabei unter dem Stichwort einer „demokratischen Schulkultur“ die Verbesserung von Partizipationsverfahren im Mittelpunkt. Beratungsangebote, die sich auf eine themeneinschlägige Expertise stützen, können auch von anderen Organisationen und Einzelpersonen in Anspruch genommen werden.

Bei den projektbezogenen Beratungen, stärker noch bei den organisationsbezogenen ist die Auseinandersetzung mit Antisemitismus nicht die einzige Thematik; die Probleme der Nachfrager/innen und die korrespondierende Ausrichtung der Beratung sind allgemeiner angelegt und lassen sich unter generellen Aufgaben subsumieren. Dies sind die Etablierung von Willensbildungs- und Entscheidungsverfahren der verschiedenen am Schulgeschehen beteiligten Statusgruppen („Demokratie“) oder die Stärkung von Organisationsmitgliedern im Umgang mit einer ethnisch, national oder kulturell heterogenen Klientel wie generell die Stärkung von Kompetenz im Umgang mit einer vieldimensional verstandenen „Vielfalt“ oder „Diversity“. Gerade auch in Schulen wird mit der Etablierung des Demokratieprogramms eine generalisierte Perspektive verfolgt, in der die Auseinandersetzung auch mit Antisemitismus enthalten ist, ohne dass diese jedoch einen thematischen Fokus darstellt.

6.3 Bildungsangebote in Schule und Jugendhilfe sowie Multiplikator/innen-Fortbildung

Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen die untersuchten Bildungsangebote zum Themenfeld Antisemitismus. Die Fragestellung konzentriert sich dabei auf zivilgesellschaftliche Akteure, für die Antisemitismus im Untersuchungszeitraum zu ihren zentralen Themenfeldern gehörte und die aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden.

6.3.1 Träger, Angebote, Zielgruppen und Formate

Prinzipiell werden von den untersuchten freien Trägern Bildungsangebote für verschiedene Altersstufen und unterschiedliche institutionelle Kontexte entwickelt. Von den 33 untersuchten Akteuren bieten insgesamt 20 auch oder in der Hauptsache Bildungsmaßnahmen an. Zu den Adressaten gehören Kinder bzw Jugendliche in Schulen und im Rahmen der Jugendhilfe, Fortbildungen für erwachsenes pädagogisches Personal und Mitarbeiter von Verwaltungen sowie Bildungsangebote für die allgemeine Jugend- und Erwachsenen-Öffentlichkeit.

Der allergrößte Teil der Angebote wird in konkreten Kooperationsbeziehungen zwischen den Trägern auf der einen Seite und Schulen sowie Einrichtungen der Jugendhilfe auf der anderen Seite geplant, entwickelt und durchgeführt. Die praktisch durchgeführten Bildungsangebote stehen damit hinsichtlich der Teilnehmenden wie der Inhalte und Methoden jeweils unter dem Anspruch einer hohen Passgenauigkeit hinsichtlich der konkreten Adressatengruppen, deren Voraussetzungen und – im Falle von Multiplikatoren – deren eigener Aufgaben und Tätigkeit.

Die Angebote der Träger sind in vielen Fällen durch die Nachfrage von Seiten der Schulen und Jugendeinrichtungen bestimmt. Organisationen, die Projekte gegen Antisemitismus durchführen, werden von Schulen oder Jugendeinrichtungen aufgrund eines aktuellen Bedarfes beauftragt (I103; I104; I107).

„[...] und bei den Schülerprojekttagen haben wir schon viele Anfragen. Und was ich da interessant finde, ist dass das sehr von der politischen Lage variiert. Also, wenn was los ist, gibt's mehr Anfragen, also wenn in den Medien heftigere Debatten, also zum Beispiel mit der Gaza-Flottille, das war glaub' ich so das Jahr, wo wir am meisten Projekttag durchgeführt haben, dann spiegelt sich das hier auch wider.“ (I103)

Ein Teil der Schulanfragen an freie Träger erfolgt aufgrund der Diagnose eines besonderen Problems seitens der verantwortlichen Lehrkräfte. Aus Sicht der freien Träger nehmen Lehrkräfte in besonderem Maße antisemitische Äußerungen in der Schülerschaft wahr und sehen sich unter Handlungsdruck: „Wir müssen etwas tun“. Die Suche nach Expert/innen führt sie zu den einschlägigen Trägern. Bemerkenswert ist diese Abfolge, da es eher einem medizinischen als einem pädagogischen Modell des Handelns entspricht: Die Wahrnehmung von Symptomen eines unterstellten komplexen Problems führt zum Ruf nach Spezialist/innen. Sie gehören nicht zu dem sozialen System, innerhalb dessen Probleme konstatiert worden sind, sondern kommen von außerhalb. Mit geeigneten Maßnahmen sollen sie das Problem bearbeiten oder Möglichkeiten seiner Bearbeitbarkeit aufzeigen (I103; I100).

Ein häufig angefragtes Thema ist Antisemitismus „im migrantischen Kontext“ bzw. „in muslimisch geprägten Bevölkerungsgruppen“ oder „in der Einwanderungsgesellschaft“ – so die typischen Formulierungen.

„Was wir versuchen, ist vor allem Schulen bzw. Schulklassen anzusprechen mit einem hohen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund. Also vor allem heterogene und/oder bildungsferne Klassen, das ist eigentlich das Hauptzielpublikum für unsere Workshops und oft sind genau auf sie unsere Workshop-Inhalte eigentlich zugeschnitten.“ (I104)

In manchen Fällen entwickeln freie Träger bestimmte Angebote in Eigeninitiative. Im Regelfall aber werden Impulse und Bedarfe von den Schulen, Jugendeinrichtungen und Projektförderern aufgegriffen.

Angebotene Formate:

- Einmalige Einheiten unterschiedlicher Dauer, die in den Schulalltag integriert werden;
- In den Schulstundenplan integrierte Blockworkshops von mindestens zwei Schulstunden, die in der Schule stattfinden und von externem Personal durchgeführt werden;
- Tagesworkshops oder Projektstage;
- mehrtägige Seminare, die meist außerhalb von Schulen stattfinden (Jugendbildungsstätte);
- bei eintägigen Veranstaltungen werden häufig andere Einrichtungen (Museen, Ausstellungen, Gedenkort, Bildungsstätten) in Berlin aufgesucht;
- andere Formate umfassen längere Zeiträume und sprechen sowohl junge Leute wie Lehrkräfte an.

6.3.2 Fortbildungen und ihre Adressat/innen

Freie Träger führen thematisch einschlägige Fortbildungen für Sozialpädagog/innen in Jugendeinrichtungen (I106; I107) sowie auch für nichtpädagogisches Personal durch, also etwa Sozialarbeiter/innen (I94; I99; I100) und für Mitarbeiter/innen von Bezirksämtern und Behörden der Inneren Sicherheit (I101; I107).

Von Behörden der Inneren Sicherheit werden Fortbildungen durchgeführt zur Erhöhung der Qualifikationen des eigenen Personals hinsichtlich fremdsprachlicher Kompetenz und sachlicher Zusammenhänge (I79). Dabei kooperieren die Behörden untereinander und auch mit Expert/innen, die bei zivilgesellschaftlichen Trägern beschäftigt sind (I79). In ähnlicher Weise wird von Bildungs- bzw. Kulturinstitutionen über vor Jahren bereits laufende Maßnahmen zur Fortbildung des eigenen Personals berichtet. Auch hierzu werden externe Expert/innen eingeladen (I103; I101; I107). Als Fortbildungen lassen sich auch die Veranstaltungen von zivilgesellschaftlichen Trägern klassifizieren, die der Kompetenzerhöhung in der Anti-Rechts-Bewegung dienen (I98).

Im Bereich der Bildungsverwaltung werden die Qualifizierungen der in der Fortbildung tätigen Lehrkräfte von einer eigenen Stelle koordiniert. Das Thema Antisemitismus ist dabei integriert in die umfassendere Aufgabe der Entwicklung einer demokratischen Schulkultur (I81). Vor unserem Untersuchungszeitraum wurden überdies Modellprojekte zur Qualifizierung von Fortbildner/innen bzw. unmittelbar von Lehrkräften durchgeführt (I81).

Die Befassung mit Antisemitismus (in Verbindung mit Rechtsextremismus) ist in die Ausbildung von Referendar/innen für die Fächer Geschichte und politische Bildung integriert (I81). Auch dabei wurde vor Beginn des Untersuchungszeitraums und wird innerhalb desselben zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren kooperiert (I96; I92; I101; I102). Eine Kooperation zwischen jüdischen Organisationen und der Aus- bzw. Fortbildung von Lehrkräften ist während der Laufzeit des Untersuchungsprojekts begonnen worden (I82). Fortbildungen für Lehrkräfte werden auch außerhalb von Kooperationsbeziehungen in der alleinigen Verantwortung freier Träger angeboten (I94; I107).

6.3.3 Themenaufgeschlossenheit bei Lehrkräften

Wie stehen Lehrkräfte zum Themenkomplex Antisemitismus, in welcher Weise positionieren sie sich zu der Norm des Anti-Antisemitismus? Aus dem Bereich der Bildungsverwaltung wurde dazu im Interview ad hoc eine Vierer-Typologie angeboten:

Daraus entsteht dann so ein Vakuum, wo die Lehrkraft, wie wir es beobachten, [mehrere] Alternativen hat, erstens, dies Thema rein nach dem Schulbuch und als Gegenstand zu vermitteln, zweitens, dafür bietet der Rahmenplan leider auch die Möglichkeit, den Schülern völlig selbst zu überlassen, ob sie sich mit dem Thema beschäftigen wollen, drittens, wenn dies Thema aufkommt, wegzutauchen, sich selber nicht zu positionieren, und viertens, das ist aber leider nicht die Regel, das Thema zu nutzen, um soziale und moralische Kompetenzen im weitesten Sinne zu vermitteln, wie wir das in unseren Projekten auch machen. (I81)

Diese erfahrungsgestützte Unterscheidung wird von anderen Befragten ergänzt. Im Mittelpunkt unseres Interesses steht dabei der im obigen Zitat als dritter Typ genannte „Wegtaucher“. Warum tauchen Lehrkräfte bei diesem Thema weg? Dafür lassen sich auf Basis der Interviews fünf Varianten identifizieren:

(1) Eine erste Variante kann als Überforderung gekennzeichnet werden. Lehrkräfte sehen die Anforderungen, sehen sich aber zu einem pädagogischen Handeln nicht in der Lage. Als Grund wird von ihnen selbst fehlende Kompetenz genannt (I82; I91; I99; I105).

(2) Risikovermeidung ist charakteristisch für die zweite Variante, der Erfahrungen, Annahmen und Unterstellungen hinsichtlich migrantischer Schüler/innen zugrunde liegen (I81). Was negativ als Angst vor Bedrohungen beschrieben wird, kann positiv zu einem Bündnis mit Schüler/innen führen: Das Thema Antisemitismus wird nicht behandelt, da Lehrkräfte annehmen, Schüler/innen mit arabischem Hintergrund fühlten sich davon behelligt. Ein gutes Einvernehmen will man nicht durch die Behandlung des Themas aufs Spiel setzen. Manche Lehrkraft befürchtet, die Kontrolle über den Thematisierungsrahmen in den Klassen mit einem hohen Anteil arabischstämmiger Schüler/innen zu verlieren (I81). Eine Variante dieses Typs ist in der Sicht von freien Trägern charakterisiert durch eine offen zu Tage tretende Voreingenommenheit gegenüber migrantischen Jugendlichen. In Aufnahme von Motiven des aktuellen öffentlichen Diskurses, der den aktuellen Antisemitismus vornehmlich in muslimischen Milieus mit Migrationshintergrund lokalisiert, begegnet man solchen Schüler/innen mit Unterstellungen. Ein korrespondierendes Provokationsverhalten seitens der Schüler/innen ist für die externen Beobachter dann nicht überraschend (I95).

(3) Eine Nichtbefassung mit dem Thema hat zudem mit politischen Aufladungen des Themenkomplexes zu tun: Zum aktuellen öffentlichen Diskurs gehören Antisemitismus-Vorwürfe gegenüber der DDR (vgl. u.a. Amadeu Antonio Stiftung 2010, kritisch dazu: Joseph 2008, Pätzold 2010). Davon fühlt sich ein Teil der Lehrkräfte angesprochen, die bereits in der DDR tätig gewesen waren. Sie verwahren sich gegen den Vorwurf, ihre damalige Palästina-Solidarität sei antisemitisch begründet gewesen. Vor dem Hintergrund, dass retrospektive Antisemitismusvorwürfe auch politisch-strategische Funktionen haben können, nehmen sie gegenüber dem Themenkomplex Antisemitismus eine reservierte Haltung ein (I81). Die mangelnde Bereitschaft, Antisemitismusphänomene auf der Objekt-Ebene zu thematisieren, geht in solchen Fällen auf Effekte der Diskurs-Dimension des Themenkomplexes zurück.

(4) Eine weitere Variante der Vermeidung einer Thematisierung von Antisemitismus besteht darin, diese unter dem Label Nahostkonflikt thematisch zu verschieben. Ein Teil der Lehrkräfte versteht aktuelle antisemitische Phänomene als Reaktion auf israelische Politik. Auch wenn antisemitische Akte im Einzelnen als illegal oder illegitim bewertet werden, sieht man die eigentlichen Ursachen für aktuellen Antisemitismus im politisch-militärischen Konflikt zwischen Israel und

den Palästinensern. Antisemitismus weist in dieser Perspektive keine Eigenständigkeit auf, sondern ist ein Folgephänomen dieses Konflikts. Dies ist die Begründung dafür, sich selbst gar nicht oder nur sekundär für eine Thematisierung im Rahmen der Schule verantwortlich zu sehen (I95; I102).

(5) Ergänzt werden muss eine fünfte Variante: Man ist an einer Vertiefung des Themas desinteressiert, ohne dass erkennbar wäre, ob dies spezifisch mit dem Inhalt oder einem damit verbundenen – tatsächlichen oder befürchteten – relativen Arbeitsmehraufwand zusammenhängt (I102).

Festgehalten werden muss jedoch ausdrücklich, dass es die Engagierten gibt, die sich intensiv vorbereiten und einen fachlichen Umgang mit dem Thema Antisemitismus in Schule und Sozialraum praktizieren (I107; I82).

Die Frage, warum Lehrkräfte vor dem Thema „wegtauchen“, wurde ausführlich behandelt; die dargestellten Varianten belegen aus der Sicht der Befragten unsere These von der Aufladung des Themenkomplexes. „Antisemitismus“ bezeichnet heute in Deutschland nicht länger mehr nur die Ebene des abwertenden oder diskriminierenden Verhältnisses von Nicht-Juden zu Jüdinnen und Juden, sondern ist zum Code im politischen und kulturellen Leben geworden. Dabei handelt es sich um einen mehrdeutigen Code, der – anders als dies für das deutsche Kaiserreich analysiert worden ist – keine eindeutigen Rückschlüsse auf eine bestimmte Subkultur zulässt (vgl. Volkov 2000). Die heterogenen und teils widersprüchlichen Bewertungen des Themenkomplexes Antisemitismus unter Lehrkräften haben zur Folge, dass ein Teil der von verschiedenen Anbietern geplanten und angekündigten Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte in Berlin – sowohl während wie auch vor unserem Untersuchungszeitraum – aus Mangel an Anmeldungen nicht durchgeführt werden konnten. Dieser Befund findet sich sowohl bei Befragten aus dem staatlichen wie aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich (I81; I96; I103).

6.3.4 Jugendbildungsarbeit: Adressaten, Konzeptionen, Inhalte

Eine Reihe von Bildungsangeboten für junge Leute kooperieren mit Berliner Schulen, andere mit Jugendfreizeiteinrichtungen. Die oben erwähnte Nachfrage seitens der Schulen führt dazu, dass in starkem Maße mit Klassen gearbeitet wird, die eine hohe ethnisch-kulturelle Heterogenität aufweisen. Einzelne Angebote richten sich direkt an Schulen in sozialen Brennpunkten. Erreicht werden mit den verschiedenartigen Angeboten junge Leute unterschiedlichen Bildungsniveaus. Von den Schulstufen her werden die Integrierten Sekundarschulen (ISS), und Gymnasien mit Sekundarstufe II genannt. Klassen an Berufsschulen oder Oberstufenzentren (OSZ) gehören ebenso zu den erreichten Adressaten wie Gruppen von Schulverweigerern. Ausdrücklich genannt als Wohnregionen von Teilnehmenden werden die Ortsteile Neukölln, Moabit, Wedding, Mitte, Kreuzberg und Marzahn. Die Altersspanne reicht von ca. 10 bis ca. 25 Jahren, die meisten sind Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Bei einigen Anbietern gehört die Arbeit mit herkunftsgemischten Klassen und mit Zielgruppen mit niedrigen Bildungsabschlüssen ausdrücklich zum Konzept; andere beschreiben die faktisch erreichte Hauptzielgruppe als muslimisch sozialisierte Jugendliche und junge Erwachsene bzw. als junge Leute mit Migrationshintergrund. Bemerkt wurde in diesem Zusammenhang auch, dass die Kategorie „muslimisch sozialisiert“ oder „Migrationshintergrund“ im Hinblick auf die Bearbeitung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu unpräzise sei: Demnach müsse zwischen türkischstämmigen und arabisch-palästinensischen Teilnehmer/innen deutlich unterschieden werden, da von der letztgenannten Gruppe ein größerer Teil intensiv – direkt oder vermittelt – in diesen Konflikt involviert sei. Festzuhalten bleibt, dass viele Bildungsprojekte mit jungen Leuten arbeiten, die vergleichsweise niedrige formelle Bildungsabschlüsse haben bzw. anstreben. Damit unterscheiden sich die untersuchten Angebote positiv von vielen anderen Bereichen der politischen Bildungsarbeit.

6.3.4.1 Zwei Grundtypen von Bildungsarbeit

Im Sinne einer idealtypischen Unterscheidung lassen sich die untersuchten Bildungsangebote im Spannungsfeld zwischen den beiden Polen der indirekten und der direkten Thematisierung von Antisemitismus einordnen. Für den ersten Ansatztyp ist es charakteristisch, antisemitische Phänomene primär im Kontext konkreter historischer und aktueller Ereignisse bzw. im Zusammenhang mit den biographischen Prozessen der Bildungsteilnehmer zu betrachten und pädagogisch aufzugreifen. Er kann insofern auch als konkretisierender und erfahrungsbezogener Typ bezeichnet werden. Der zweite Typ geht von jeweils explizierten Konzepten von Antisemitismus aus. Im Zentrum dieser Ansätze steht die Kategorie Antisemitismus als solche; sie wird als begrifflicher Filter verwendet, um aktuelle und historische Phänomene zu identifizieren und damit zu behandlungsbedürftigen und behandlungswürdigen Themen innerhalb der eigenen pädagogischen Arbeit zu machen. Dieser Typ kann auch abstrahierender oder kognitiver Typ genannt werden.

Als „idealtypisch“ wird die Unterscheidung bezeichnet, da ihr analytisch gewonnene Kriterien zugrunde liegen; es handelt sich um eine externe Unterscheidung aus der Außensicht, nicht um eine Unterscheidung, die sich als solche in den Quellen (Dokumente und Interviews) findet. Vorab muss auch darauf hingewiesen werden, dass es sich um eine Unterscheidung hinsichtlich der konzeptionellen Ausrichtung auf der Ebene einzelner Bildungsangebote und nicht der untersuchten Träger handelt. Die Art der Angebote eines Trägers kann sich im Zeitverlauf aufgrund der praktischen Erfahrungen verändern.

6.3.4.1.1 Indirekte Behandlung von Antisemitismus

Für den ersten Typ ist es charakteristisch, die Bearbeitung des Themenkomplexes Antisemitismus als Element oder Teilaspekt eines übergeordneten Themas, einer Problem- oder Aufgabenstellung zu konzipieren. Eine solche Einbettung liegt vor, wenn das Thema im Rahmen der Entwicklung einer demokratischen Schulkultur eingeführt wird, oder wenn es in einen Zusammenhang mit anderen Vorurteilen (etwa gemäß dem GMF-Modell) eingeordnet wird. Von zentraler Bedeutung ist daneben natürlich die Integration des Themas in Prozesse personenbezogener Bildung. Ansätze, die thematisch und funktional kontextualisieren, sind in verschiedener Hinsicht stärker teilnehmerorientiert als auf das Antisemitismusproblem orientiert. Das hängt damit zusammen, dass sie – sei es reflektiert-strategisch, sei es institutionell durch ihre jeweiligen Hauptthemen oder sei es pädagogisch-intuitiv – nicht vor dem Problem stehen, die Teilnehmer/innen als Problemträger betrachten und ansprechen zu müssen. Ihr Hauptaugenmerk liegt auf der methodischen Frage einer Vermittlung ihrer eigentlichen Themen, also etwa Geschichte/Zeitgeschichte, Religion oder aktuelle Politik bzw. der Veränderung von Organisationskulturen durch die Einführung von Aktivierungs- und Partizipationsverfahren („Demokratische Schulkultur“, „Förderung von Zivilcourage“ etc.; 197) oder der Ausrichtung von individuellen Lernprozessen innerhalb von Subjektbildungsprozessen. Gerade letzteres impliziert spezifische Prioritätssetzungen. Man wählt den Zugang nicht über einzelne diskursiv-explizite Problemthemen, sondern über die Erfahrungen der jungen Leute.

Da bewegen wir uns in dieser Grauzone oder in diesem gefährlichen Wasser, dass dann Antisemitismus wie eine Diskriminierungsform wie andere gesehen wird. Wir sind uns schon dessen bewusst, dass Antisemitismus nochmal was ganz besonderes ist, zum Beispiel in Abgrenzung zu Rassismus. Aber wenn man jetzt von der Lebenswelt der Jugendlichen ausgeht, und an die wollen wir mit unserer pädagogischen Arbeit ja anknüpfen, dann glaube ich, ist es wichtig, sich dieser theoretischen Diskurse bewusst zu sein. Aber in der Auseinandersetzung mit den Jugendlichen sind sie, glaube ich, führen sie nicht so viel weiter. Weil die Jugendlichen nehmen dann in ihrer Umgebung eben auch Homophobie und Islamfeindschaft und Sexismus und andere Ausgrenzungsformen wahr. Und dann aus einer pädagogischen Perspektive zu sagen, das interessiert uns nicht, weil wir reden hier jetzt nur über Antisemitismus, ist glaube ich ein pädagogischer Ansatz, den wir als sehr schwierig und auch nicht als zielführend sehen würden. Sondern uns geht es eben immer darum, auch bei den Erfahrungen der Jugendlichen anzuknüpfen, ihnen eine Stimme zu geben, ihnen auch Räume zu geben, dass sie über ihre eigenen Erfahrungen auch sprechen können. Und dann, vielleicht in einem zweiten Schritt, stärker auch analytisch heranzugehen im Sinne dessen, was ist überhaupt Diskriminierung und was ist Mobbing oder was sind Vorurteile, also wo gibt es da auch strukturell Unterschiede, und was ist sozusagen nochmal die Besonderheit des Antisemitismus. (I96)

Ein wichtiger Unterschied betrifft auch die explizite Verwendung des Wortes Antisemitismus. In der Folge dieser indirekten Bearbeitung des Themas wird differenzierten Antisemitismus-Definitionen häufig keine hohe Bedeutung beigemessen (I107).

Aber es hat uns auch gezeigt, dass es gar nicht hilfreich ist, mit so einem konfrontativen Thema //oder den konfrontativen Zugang zu wählen, sondern eher über Identität, über Religion, religiöses Erleben, über Diskriminierung, über viele Themen, um die es im Kern geht, aber ohne über die Schablone Antisemitismus zu reden, um dann zum Beispiel auch empathische Reaktionen zu ermöglichen. (I91; vgl. auch I106)

Das Thema Antisemitismus wird von den untersuchten Bildungsakteuren innerhalb von drei weit gespannten inhaltlichen Kontexten behandelt. Sie variieren je nach den originären Aufgaben und den Tätigkeitsschwerpunkten der Bildungs-

träger. Die drei Kontexte sind: (1) Historische und zeitgeschichtliche Themen, (2) kulturelle und religiöse Themen, (3) politische und gesellschaftlich aktuelle Themen. Die jeweilige Einbettung bezeichnet einen Rahmen und die Akzentsetzung des jeweiligen Trägers, schließt jedoch die Behandlung von anderen Aspekten nicht aus: In Bildungsveranstaltungen eines Trägers mit dem Hauptakzent historischer Bildung werden auch aktuelle gesellschaftliche Phänomene, etwa Integrationsprozesse von Migrant/innen thematisiert. Zu den historischen Themen gehören vor allem das NS-Regime und der Genozid an den europäischen Juden. Als Vorgeschichte werden Antijudaismus im Mittelalter und der moderne Antisemitismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts sowie dessen Bedeutung für die NS-Ideologie und -Praxis behandelt. Kulturelle und religiöse Themen sind etwa traditionelle Rollenmuster (etwa im Bereich der Geschlechterrollen) und die drei Religionen Judentum, Christentum und Islam. Als „politische und gesellschaftliche“ werden die Themen zusammengefasst, die das zivile und demokratisch geregelte Zusammenleben in einer heterogen zusammengesetzten Bevölkerung betreffen. Häufig wird es unter dem Aspekt seiner Problematik (Stichworte Vorurteile, Gruppenfeindschaften, Diskriminierung) und nicht unter der Aufmerksamkeit für sein Gelingen angesprochen. Zu dieser Themengruppe gehört auch die Befassung mit den Konflikten zwischen Israel und den Palästinenser/innen.

6.3.4.1.2 Direkte Thematisierung von Antisemitismus

Der direkte oder abstrahierende Ansatz macht Antisemitismus innerhalb des pädagogischen Feldes ausdrücklich zum Thema und damit für alle Beteiligten identifizierbar als zentralen Gegenstand des Lernens. Flyer, mit denen Projekte beworben werden, enthalten also etwa ausdrücklich das Wort Antisemitismus (D40; D50). Antisemitismus kann in dieser gegenständlichen Perspektive als Sammelbegriff für historische Sachverhalte oder aktuelle Phänomene in unterschiedlicher Weise behandelt werden. Diese Richtung geht von einem jeweils bestimmten Konzept oder Begriff von Antisemitismus aus. Die behandelten antisemitischen Vorstellungen und jüdenfeindlichen Praktiken werden nach Maßgabe des jeweils vorausgesetzten Begriffs von Antisemitismus ausgewählt. Insofern kann von einer deduktiv verfahrenen Bildungsarbeit gesprochen werden. Antisemitismus wird damit als eigenständiges Thema definiert, das als solches das begrifflich explizite konzeptionelle Zentrum der Bildungsangebote ausmacht.

Der direkte Ansatz hat eine starke Nähe zu abstrakt begrifflichen angelegten Differenzierungen, insbesondere zu den Diskussionen um angemessene Antisemitismus-Definitionen. Dies hängt mit seiner kategorialen Ausrichtung auf Antisemitismus als Zentralthema der pädagogischen Arbeit zusammen: Für diese Ansätze ist der Bezug auf abstrakte Definitionen von Antisemitismus wichtig, da erst mittels einer solchen Definition die Phänomene identifizierbar werden, die in den Bildungsangeboten behandelt werden. Über die jeweils zugrunde gelegte Definition werden Phänomene ausgewählt, die im Lichte des Themas Antisemitismus relevant werden, die Definitionen schaffen die Einheit und den Zusammenhang und spielen insofern bei den abstrahierend ansetzenden Projekten eine große Rolle (I106). Die kategorial-abstrahierende Perspektive ist eng verbunden mit der Durchsetzung des Anti-Antisemitismus als einer zentralen Legitimitätsnorm im öffentlichen Diskurs (vgl. oben Abschnitt 2.2). Der Kognitionsansatz übersetzt diese Anti-Antisemitismus-Norm weitgehend ungebrochen in das Feld der Bildungsarbeit.

Diese Ansätze sind oft verbunden mit einem Engagement des Trägers in der Kampagnenarbeit, d.h. einem Skandalisieren von Antisemitismus in der Öffentlichkeit und Handlungsappellen (I99). Sowohl der öffentlichen Skandalisierung antisemitischer Ereignisse als „Antisemitismus“ („Aktionswochen gegen Antisemitismus“) wie der konzeptionellen Orientierung der Bildungsarbeit an der Kategorie Antisemitismus liegt eine entkonkretisierende Perspektive zugrunde. Man denkt in hohem Maße von der Aufgabe her, Antisemitismus als eigenständiges Problem zu thematisieren. Dies schlägt sich in Konzepten nieder, die ausdrücklich als eine „Pädagogik gegen Antisemitismus“ formuliert werden.

Wir entwickeln neue pädagogische Ansätze im Themenfeld Antisemitismus, die sich den aktuellen Herausforderungen stellen. Klassisch nicht-rassistische Ansätze und Ansätze der sogenannten Holocaust-Education werden den inhaltlichen Besonderheiten, Referenzpunkten und Funktionen antisemitischer Positionierungen aktueller Prägungen nicht vollumfänglich gerecht. Daher erachten wir eine eigenständige Pädagogik gegen Antisemitismus für notwendig, die die Themenfelder, Wahrnehmungsbezüge sowie die Anknüpfungspunkte für antisemitisches Denken und Handeln in einer spezifischen Weise bearbeitet. (D34)

Nur für Fälle des abstrahierenden Typs wird über Formate berichtet, die für kognitive Bearbeitungen charakteristisch sind, also etwa externe Fachreferent/innen oder Podiumsdiskussionen (I106). Ansätze dieses Typs stellen die Vermittlung

kognitiven Wissens über Antisemitismus in den Vordergrund (etwa Unterscheidungen zwischen „klassischem Antisemitismus“, „rassistischem Antisemitismus“, „sekundärem Antisemitismus“).

6.3.4.1.3 Typenvergleich

Die beiden konzeptionellen Grundtypen weisen in mehreren Hinsichten markante Unterschiede auf. Im Folgenden wird dies dargestellt für die Behandlung antisemitischer Kommunikation im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts. Die Ansätze des indirekten Typs sind – wie die folgende Passage zeigt – hier recht zurückhaltend: Inwieweit die antisemitische Propaganda auf ein antisemitisches Weltbild zurückgeht, inwieweit sie relativ oberflächliches Gerede ist, ob sie eine Folge des Konflikts ist oder bereits unabhängig davon existiert hat, lässt sich nicht anhand der Propaganda allein entscheiden.

Also wissenschaftlich würde ich das unterscheiden, in der Praxis ist Hasspropaganda Hasspropaganda. Und insofern etwas problematisches, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben. So. Und das kann, muss aber nicht, im Kontext einer antisemitischen Weltanschauung stehen. Wenn ich sage, die Israelis sind Schweine, weil sie die Kinder im Libanon morden und ich habe diese und jene Geschichte gehört, dann ist das – und das sind haarsträubende Geschichten – dann ist das Hasspropaganda. Erfüllt für mich aber nicht gleich den Umstand eines antisemitischen Weltbildes. So. Und die Grenzen sind aber total fließend. So. Und das kann natürlich auch sein, dass da auch mehr dahinter steckt. (I107)

Der Typ direkter Thematisierung fokussiert bei der Behandlung dieses Themas auf die antisemitische Kommunikation, die verwendeten sprachlichen Bilder und die Ikonographie der antiisraelischen Propaganda.

Dann natürlich den ja Nahostkonflikt würde ich gar nicht extra beschreiben, weil ich denke, dass eben sehr viele Formen des modernen Antisemitismus eben einfach auch nach Nahost sozusagen gebracht wurden und jetzt eben sozusagen eine neue Renaissance haben, aufgrund des Konfliktes dort. Aber wenn man sich sozusagen Bilder anschaut, die eben innerhalb des Nahostkonflikts kursieren, kann man die teilweise eins zu eins gegen Bilder aus dem 19. Jahrhundert, Anfang 20. Jahrhunderts legen und da wirklich fast deckungsgleich. (I101)

Der reale Konflikt tritt in den Hintergrund; im Vordergrund steht stattdessen die hohe Ähnlichkeit zwischen historischen und zeitgenössischen antisemitischen Judenbildern. Dieses Zitat veranschaulicht sehr deutlich den deduktiv-abstrakten Zugang in diesem Falle zum Nahostkonflikt. Die im Kontext dieser als Territorial-, Legitimitäts- und Identitätskonflikt (Diner 2004) beschriebenen Auseinandersetzung auftretende antisemitische Propaganda wird primär als Manifestation von Antisemitismus verstanden.

Auch in anderer Hinsicht werden die Unterschiede zwischen den beiden Grundtypen deutlich. Bewusst kontextualisierende Bildungsangebote sehen den Zusammenhang zwischen antisemitischen Äußerungen und den Identitätsgefühlen und Selbstzuordnungspraktiken nicht deduktiv von der Kategorie Antisemitismus her, sondern auch von der alters- und entwicklungspsychologischen Aufgabe der Identitätsbildung und -darstellung. Wenn – wie es ein Interviewter formuliert hatte – *„das Angebot an Identitäten in Deutschland für Jugendliche mit Migrationshintergrund mangelhaft ist“*, ist oft *„eine pauschale Identifikation“* mit einem lediglich abstrakt benannten Kollektiv (*„die Palästinenser“*, *„die Araber“* etc.) eine Folge (I104). Für den direkten Ansatz sind antisemitische Redeweisen von Teilnehmenden primär ein Skandal, mindestens aber ein unmittelbar lösungsbedürftiges Problem, während für den indirekten Ansatz die Fragen nach der subjektiven Funktionalität im Vordergrund steht.

Schließlich verbinden sich mit den beiden Grundtypen unterschiedliche Zielsetzungen der jeweils eigenen Arbeit. Unterscheiden lassen sich drei Ziele: (1) Eine Horizonterweiterung und Neuorientierung der Bildungsteilnehmer, (2) die ausdrückliche Thematisierung von Antisemitismus und (3) das Engagement gegen Antisemitismus (vgl. Kohlstruck 2011b). (1) Neuorientierung bedeutet, dass die bei den Bildungsteilnehmern existierenden Vorurteile und ihre Redeweise irritiert werden und dass sie durch geeignete Impulse veranlasst und unterstützt werden, die ihnen zunächst selbstverständlich erscheinenden Annahmen, Projektionen etc. zu bedenken und zu verändern. Es geht dabei um ihr implizites Wissen,

ihre Meinungen und Einstellungen sowie um die Praxis ihres alltäglichen Redens. Irritationen, konstruktive Fragen und alternative Deutungen können angeboten werden, ohne dass die Vokabel Antisemitismus verwendet wird. Selbst ausdrücklich normative Interventionen sind ausreichend begründbar über den generellen Grundsatz, dass über soziale Gruppen nicht pauschal und nicht herabsetzend gesprochen werden soll. (2) Mit der ausdrücklichen Thematisierung antisemitischer Phänomene als solcher steht die kognitive Erarbeitung von explizitem Wissen im Zentrum. Damit ist sowohl die sachlich-analytische Behandlung tradierter negativer Judenbilder, also die diskursiven Kontinuitäten im Verhältnis von Nicht-Juden zu Juden einbezogen, wie einzelne Ereignisse in der Geschichte von Feindschaften gegen Juden. (3) Schließlich wird von einigen Trägern ausdrücklich das Ziel verfolgt, die Bildungsteilnehmer/innen zu einem Engagement gegen Antisemitismus (und weitere Gruppenfeindschaften) zu ermuntern und ihnen das dazu erforderliche Selbstvertrauen sowie das nötige fachliche Wissen und das methodische Rüstzeug zu vermitteln.

Diese Ziele lassen sich in der Weise hierarchisieren, dass das letztgenannte Ziel das voraussetzungsreichste und in verschiedener Hinsicht das anspruchsvollste darstellt: Es verbindet emotionale, soziale und kognitive Fähigkeiten mit öffentlichem Handeln. Erforderlich sind dazu selbstbezogene, soziale und gesellschaftlich-historische Kompetenzen. Die Zielebene eins ist demgegenüber einfacher strukturiert und hebt vor allem auf Kompetenzen im Verhältnis der Teilnehmenden zu sich selbst ab. Die Thematisierung von Antisemitismus, von antisemitischen Diskursen und Praktiken als Wissensgegenstand nimmt eine mittlere Stellung ein. Hier sind neben den selbstbezogenen Kompetenzen vor allem kognitiv-intellektuelle Fähigkeiten gefragt.

Die erste Zielsetzung lässt sich dem Typ indirekter Behandlung zuordnen, während die beiden weitergehenden Ziele dem zweiten Typ zuzurechnen sind. Bezogen auf aktuelle Debatten um politische Bildungsarbeit, bewegen sich die basalen Ziele im Bereich des „sozialen Lernens“ zum Antisemitismus, während die beiden anderen stärker zu einer kognitiv und handlungsbezogenen Dimension, einem „politischen Lernen“, gehören (vgl. Bremer/Kleemann-Göhring 2010).

6.3.5 Methoden in der Jugendbildungsarbeit

Welche Methoden werden in der Jugendbildungsarbeit verwendet? Inwieweit handelt es sich dabei um Methoden, die für das Themenfeld spezifisch sind? Wird in den Interviews über methodische Ansätze berichtet, die im Themenfeld Antisemitismus problematisch sind? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen. In den Interviews wurde auch über die Medien berichtet, die zur Vorbereitung oder in der pädagogischen Arbeit selbst verwendet werden. Eine Übersicht zu diesen Materialien findet sich im Anhang.

Die untersuchten Bildungsangebote verwenden das Spektrum von Methoden und Techniken in der heute existierenden Breite. Dazu gehören unter anderem: Der Besuch von Ausstellungen mit Führungsvortrag, die Erarbeitung von Teilen einer zeitgeschichtlichen Ausstellung in Teilnehmer/innen-Kleingruppen mit anschließender Präsentation für alle Anwesenden, Rollenspiele, Kleingruppenarbeit, der gemeinsame Besuch von Podiumsdiskussionen oder das aktive Produzieren von Filmclips in Arbeitsgruppen mit anschließender Präsentation im eigenen OSZ. Berichtet wird weiter über Gesprächsrunden mit nichthierarchischer Sitzordnung (I83), theaterpädagogische Methoden (etwa die Erarbeitung einer szenischen Collage), Themenerarbeitung in Quiz-Form durch konkurrierende Gruppen, Rollenspiele, Inszenierungen simulierter rassistischer Übergriffe in der Öffentlichkeit, „Peer Education“-Ansatz. Filme werden in der Weise genutzt, dass die Teilnehmenden vorab gestellte Fragen beantworten oder dass nach dem gemeinsamen Filmkonsum ein offener Austausch stattfindet. An Filmen, die in der Praxis verwendet werden oder unter Multiplikatoren diskutiert werden, wurden genannt: Der Interviewfilm „Leben und Leben lassen. Sechs Fragen an Berliner Köpfe“ von Sharon Brauner⁵¹ (2002), der Beitrag zur Sendung „Kontraste“ mit dem Titel „Bespuckt, Beleidigt, Boykottiert – Ein deutscher Jude gibt auf“ von Anja Dehne (2003), „To Die in Jerusalem“ von Hilla Medalia (2007), „Wir weigern uns Feinde zu sein. Den Nahost-Konflikt verstehen lernen - Deutsche Jugendliche begegnen Israelis und Palästinensern“ von Stefanie Landgraf und Johannes Gulde (2011).

Die Breite des eingesetzten methodischen Repertoires macht deutlich, dass für die verschiedenen Arten der Auseinandersetzung mit Antisemitismus die gleichen Ansätze verwendet werden und werden können wie in anderen Bereichen der Jugendbildungsarbeit. Wie in der außerschulischen Jugendbildung generell, dominieren handlungsorientierte Methoden, die das tätige Mitwirken der Teilnehmer initiieren (vgl. Schröder 2011). Nur wenige Methoden, etwa das Gespräch mit

51 Quelle: <http://www.leben-und-leben-lassen.com/> [28.6.2014]

jüdischen Zeitzeugen der NS-Zeit, die den Genozid überlebt haben, oder der auf ausdrücklichen Wunsch der Teilnehmenden durchgeführte Besuch in einer KZ-Gedenkstätte weisen einen spezifischen Themenbezug auf.

Neben dem breiten Methodenspektrum spielt das Prinzip der Teilnehmer/innenorientierung eine große Rolle in den untersuchten Arbeitsansätzen. Teilnehmer/innenorientierung wird hier als ein allgemeiner elementarer Grundsatz der außerschulischen Jugendbildungsarbeit verstanden; zusammen mit den Gegenbegriffen wie Lehrer/innenorientierung oder Curriculumorientierung konstituiert dieses Prinzip ein Spannungsfeld zwischen Fremd- und Selbstbestimmung bezogen auf Lernziele, Lernwege und Lerninhalte (vgl. Henze 2007). Die Teilnehmerorientierung kann sich manifestieren in Freiwilligkeit, Partizipation, Lebensweltbezug und Orientierung an den Stärken der Teilnehmenden (vgl. Bielenberg 2012).

Die allermeisten Bildungsträger praktizieren eine Teilnehmerorientierung als didaktisches Prinzip, d.h. sie konzipieren Phasen, in denen die Teilnehmenden von ihren eigenen lebensweltlichen Erfahrungen berichten oder angeregt werden, in eine „reflexive Identitätskommunikation“ einzutreten (I 104). Dies bedeutet, dass in einzelnen didaktischen Einheiten die Teilnehmererfahrungen ausdrücklich zur Geltung kommen; es bedeutet nicht, dass der konzeptionelle Grundtyp oder das Thema der Veranstaltung von den Teilnehmenden definiert werden. Teilnehmerorientierung i.S. einer Wertschätzung der individuellen Personen spielt eine große Rolle. Ein Bildungsanbieter hat die Erfahrung gemacht, dass speziell die auch in türkischer und arabischer Sprache gedruckten Ankündigungsflyer bei Teilnehmenden mit einem Migrationshintergrund auf positive Resonanz stoßen. Die Angebote selbst wurden alle in deutscher Sprache durchgeführt. Teilnehmerorientierung bezieht sich auch auf die Gestaltung der Räumlichkeiten, in denen sich die jungen Leute bewegen. Lernorte außerhalb der Schule stellen oft einen erfrischenden Kontrast zu den Schulbaulichkeiten dar. Eine freundliche Umgebung ist Teil einer „Willkommenskultur“ und stellt ein Lernarrangement dar, das emotionale und kognitive Prozesse begünstigt (I100).

Freie Bildungsträger können dem Prinzip der freiwilligen Teilnahme an schulexternen Bildungsangeboten einen höheren Rang einräumen als dies die Schule selbst kann. Diese Variante einer Teilnehmerorientierung spricht die potentiellen Teilnehmer/innen als mündige Subjekte an, auf deren Entscheidung es ankommt und die gefragt werden, ob sie bestimmte religiös oder historisch definierte Orte aufsuchen möchten. Eine konsequente Befolgung des Freiwilligkeitsprinzips sollte insbesondere im Zusammenhang mit interreligiösen Arbeitsansätzen genau bedacht werden: Informationen zu und Diskussionen über Religionsgemeinschaften können an neutralen Orten oder aber auch in den jeweiligen Gotteshäusern stattfinden. Im ersten Fall muss niemand zum Betreten von sakralen Räumen (mit ihren jeweiligen Verhaltensvorschriften) veranlasst werden, der dies nicht freiwillig möchte. Gerade bei der Arbeit mit minderjährigen Personen können aus deren Ablehnung, Gebets- und Gottesdiensträume zu betreten, Probleme bei der Wahrnehmung der Aufsichtspflicht resultieren.

Was das Fehlen einer Teilnehmer/innenorientierung bedeuten kann, wird aus einem weiteren Interview deutlich: Ein freier Träger hatte es der Schule überlassen, über ein geplantes Projekt zu informieren. Die Schule hatte dann zwar den Workshop als solchen angekündigt und auch die vorgesehenen Medien und Technik erwähnt. Das Thema Antisemitismus aber wurde den Schüler/innen nicht mitgeteilt. Als dann die Teamer/innen an die Schule kamen, protestierte ein Teil der Schüler/innen gegen das Thema und das Verfahren der Ankündigung (I102).

Unabhängig von der oben dargestellten Unterscheidung zwischen zwei Grundtypen werden im Folgenden ausgewählte methodische Aspekte behandelt. Thematisiert werden Methoden insoweit mit ihnen inhaltliche Implikationen verbunden sind.

6.3.5.1 Verschränkung von Vergangenheit und Gegenwart

Die Bildungsanbieter mit einem originären Schwerpunkt in der historisch-politischen Bildung sehen sich mit zwei Aufgaben konfrontiert: Einmal möchten sie junge Menschen für die Zeit des Nationalsozialismus interessieren. Dem steht ein relativ großer zeitlicher Abstand gegenüber (generationelle Distanz). Ein Teil der Teilnehmerschaft kommt aus Familien mit einer Migrationsgeschichte. Daraus folgt in der Sicht eines Teils der Adressaten wie für einige Bildungsanbieter ein zusätzliches Problem. Es besteht darin, dass ein Interesse für die deutsche Geschichte nicht primär über eine nationale Selbstidentifikation geweckt werden kann (migrantische Distanz). Die migrantische Distanz wird dadurch bearbeitet, dass man zeitgeschichtliche Quellen gesucht hat, die sich auf die Herkunftsländer der Teilnehmer/innen bzw. ihrer Eltern oder Großeltern beziehen. Die Einbeziehung von Ländern der Mittelmeerregion erlaubt es den Adressaten, identifikatorische Brücken zu Ländern zu sehen, zu denen sie positiv-emotionale Beziehungen pflegen.

Die generationelle Distanz wird durch eine Verschränkung von zeitgeschichtlichen und aktuellen Ereignissen bearbeitet. Historische Dokumente von Antisemitismus aus der Zeit der Weimarer Republik formulieren Ab- und Ausgrenzungen, in die jugendliche Teilnehmer heutige Erfahrungen hineinlesen können. Der Ausschluss, die Entrechtung und die Verfolgung von Juden nach 1933 werden den jungen Leuten dadurch nahegebracht, dass man sie mit heutigen Erfahrungen von Nichtzugehörigkeit und Diskriminierung parallelisiert. Dabei lassen sich zwei Zeitperspektiven unterscheiden: Die Teilnehmer werden nach ihren Erfahrungen von Ausschluss und Diskriminierung gefragt, die dann thematisch die Brücke zu Diskriminierungen in der NS-Zeit bilden. Bei der anderen Perspektive werden Geschichten von heutigen Jugendlichen erzählt, die im gleichen Alter sind wie die historische Anne Frank während der Verfolgung als Jüdin. Während man in dieser Weise von der Gegenwart zur Vergangenheit übergeht, wird der Übergang von der damaligen zur heutigen Perspektive anhand der Aktualisierungen zeitgeschichtlicher Ereignisse vorgenommen. Folgendes Beispiel dient zur Veranschaulichung: Eine Ausstellung möchte die Folgen einer polizeilichen Hausdurchsuchung in der NS-Zeit veranschaulichen, indem sie ein heutiges realistisch aufgebautes Jugendzimmer nach einer Hausdurchsuchung zeigt: Aufgerissene Schränke, umgeworfene Stühle, ein durchwühltes Bett veranschaulichen anhand einer für die jungen Besucher/innen vertrauten Umgebung die Praktiken des NS-Staates. In ähnlicher Weise wird verfahren, wenn Geschichten von Personen präsentiert werden, die während der NS-Zeit im gleichen jugendlichen Alter waren wie die heutigen Besucher. Ein Interesse für die damaligen Gegebenheiten und ein historisches Verstehen sollen dadurch erleichtert werden, dass hinsichtlich der thematisierten Personen und Settings Identifikationsbrücken für die Teilnehmenden vorbereitet werden. Damit wird ein Typ des historischen Verstehens gepflegt, der stärker auf formale Parallelen und auf strukturelle Ähnlichkeiten – kurz auf verbindende Elemente – setzt, als dass das Fremde, das Unverständliche und „das Andere“ dieser Zeit in den Vordergrund gerückt werden. Die NS-Vergangenheit wird in dieser pädagogischen Perspektive stärker mit der Gegenwart verbunden als dies unter einer analytischen Sichtweise geschehen würde.

Eine Aufgabe, die erst aus dieser auf Identifikation, Ähnlichkeit und Vertrautheit setzenden pädagogischen Annäherung resultiert, ist die Markierung der qualitativen Unterschiedlichkeit zwischen einem Rechtsstaat und einer Diktatur. Inwieweit es einzelnen Ansätzen gelingt, bei den Teilnehmer/innen über das Element der Ähnlichkeit Aufgeschlossenheit zu gewinnen, und zugleich das Bewusstsein für die kategoriale Differenz zwischen Rechtsstaat und Unrechtsstaat zu unterstützen, ließe sich nur über eine direkte Beobachtung der Angebote bzw. eine Untersuchung der Teilnehmenden klären.

6.3.5.2 Begegnungsansatz

Aus den Forschungen zur sogenannten Kontakthypothese (Allport 1954) ist bekannt, dass unter bestimmten Bedingungen der persönliche Kontakt zwischen Angehörigen von Gruppen, die sich als distinkte Gruppen wahrnehmen, Vorbehalte und Ablehnungen reduzieren kann. Unter den folgenden Bedingungen treten diese Effekte mit einer großen Wahrscheinlichkeit ein (vgl. Dollase 2001): Die Gruppen müssen in der Kontaktsituation den gleichen Status haben. Es muss ein kooperatives Arbeiten für ein gemeinsames Ziel geben, und die Mitglieder der Gruppen müssen sich persönlich näher kennenlernen. Der Kontakt sollte durch Autoritäten oder Regelungen auf lokaler Ebene befürwortet werden. Er muss regelmäßig und in einem sozialen Klima stattfinden, das von allen Beteiligten positiv wahrgenommen wird.

Intergruppenkontakte, die dem Konzept der Kontakthypothese folgen, werden von den Befragten unterschiedlich praktiziert und bewertet. Bildungsangebote des direkten Typs akzentuieren sehr stark ein Verständnis von Antisemitismus als Welterklärungsmodell; die Praxis einer konkreten Gruppenfeindschaft gegen tatsächliche oder vermeintliche Juden wird als Folge solcher Verschwörungsvorstellungen verstanden. Die Dimension konkreter Gruppenfeindschaft wird damit in ihrer Eigenständigkeit abgeschwächt. Entsprechend ist die pädagogische Arbeit in der Weise ausgerichtet, dass vor allem die Befassung mit Sinn und Funktionen derartiger Erklärungsmodelle im Vordergrund steht.

I: Gehört zu dem pädagogischen Konzept auch die Begegnung mit jüdischen jungen Leuten hier in Berlin oder in Deutschland?

E: Es ist nicht Teil unseres Konzeptes. Also zum Einen sozusagen findet bei uns auch ein Stück weit ne Begegnung statt, weil wir eben auch jüdische Teamer haben und sozusagen die sich auch in der Regel zu erkennen geben und wo dann eben auch nochmal ganz viele Fragen auf der Ebene gestellt werden können [...]. Ansonsten finden wir das auch nicht unbedingt Teil von Antisemitismus, weil Antisemitismus ja auch hervorragend in Abwesenheit von Juden und ganz in der Regel in der Abwesenheit von Juden funktioniert. Und dass letztlich sozusagen, was da so drinne ist, diese Verschwörungstheorien, also was ich wirklich so als was schwer Bekämpfbares sehe, das

hebt die Begegnung ja nicht auf mit jemandem, der jüdisch ist. Das krieg' ich damit nicht aus'm Kopf raus [...]. Sondern es geht eher darum, sozusagen in der Zeit an die Wurzeln zu gehen. Was macht solche Verschwörungen vielleicht attraktiv? Und was bedeuten sie [...]? Und da sozusagen hilft mir nicht so ne Begegnung. (I101)

Für diesen Arbeitsansatz bleiben Begegnungen außer Betracht, da der vorausgesetzte Begriff von Antisemitismus die Dimension Welterklärung stark betont und die Dimension Diskriminierung abschwächt.

Andere Bildungsakteure nutzen bewusst Intergruppenkontakte und beziehen sich affirmativ auf die Kontaktthese. Dazu gehören Arbeitsansätze, bei denen sich Repräsentanten von Judentum, Christentum und Islam vor einem jugendlichen Publikum austauschen und Fragen der Besucher beantworten. Demonstriert wird damit einmal, dass es zwischen den Religionen neben den Unterschieden auch viele Gemeinsamkeiten gibt – dies sei für einen Teil des Publikums an sich häufig schon eine Überraschung. Darüber hinaus praktizieren die Religionsrepräsentanten untereinander einen zugewandt-freundlichen Kommunikationsstil. Davon soll die Botschaft ausgehen, dass die gemeinsame Basis eines respektvollen und sachlichen Umgangs von den theologischen Differenzen zwischen den Religionen nicht berührt wird. Auch diese Erfahrung sei für viele im Publikum beeindruckend. Das Modell eines „Repräsentantenkontakts mit Zuschauer“ verspricht sich Impulse für die Zuhörer; soweit die Podiumsteilnehmer als Vertreter der je eigenen Religionsgemeinschaft anerkannt würden und Vorbilder darstellten, demonstrierten sie konfliktreduzierende Verhaltensmöglichkeiten. Aus Sicht der Forschungen zur Kontakthypothese hat dieses Modell den Nachteil, dass die jungen Teilnehmer/innen nicht in der Rolle von aktiv Handelnden vorgesehen sind; sie sind lediglich Zuhörer, die Fragen an die Religionsrepräsentanten stellen können. Eine weitere Einschränkung ist implizit schon angesprochen worden: Eine Autorität stellen religiöse Repräsentanten lediglich für jene jungen Leute dar, die sich selbst als religiös verstehen. Insofern kann dieser Arbeitsansatz nur die wirklich Religiösen bzw. diejenigen ansprechen, die sich aus Reputations- und Identitätsgründen als Gläubige darstellen.

Implizit ist die Kontakthypothese auch für weitere Ansätze leitend. Dazu gehören Bildungsangebote, bei denen die Teams bewusst heterogen zusammengesetzt sind und denen neben deutschen Staatsangehörigen auch israelische Staatsbürger/innen jüdischen Glaubens angehören. Dies wird gegenüber den Teilnehmenden offen kommuniziert. Für viele Teilnehmer/innen ist dies der erste wissentliche Kontakt mit Juden; berichtet wird von einer positiven Resonanz auf diese Erfahrung (I102).

Im Rahmen anderer Arbeitsansätze werden Gruppenfahrten nach Israel durchgeführt oder in anderer Weise eine Partnerschaft zwischen deutschen und israelischen Schulen gestaltet. Auch hier steht die Erwartung im Hintergrund, dass über einen direkten Kontakt mit einzelnen Angehörigen einer Fremdgruppe bestehende Stereotypen und Ressentiments als gegenstandslos erfahren werden.

Den Befragten erschien der Begegnungsansatz an sich unproblematisch. Aus einer Außensicht aber stellen sich die folgenden Fragen: So sinnvoll Schul- und andere Partnerschaften zwischen Deutschland und dem Ausland im Allgemeinen sind, so problematisch ist dies im Verhältnis zu Israel – wenigstens soweit damit explizit beansprucht wird, einen Beitrag zur Bearbeitung des Themenkomplexes Antisemitismus zu leisten. Derartige deutsch-israelische Begegnungsprojekte können bei jugendlichen Teilnehmenden ungewollt eine Gleichsetzung der Kategorien „Israelis“ und „Juden“ befördern und damit einer angemessenen Problematisierung von heutigen Antisemitismus-Phänomenen zuwiderlaufen. Für eine kritische Auseinandersetzung mit antisemitischen Phänomenen kommt es darauf an, diese grundsätzlich als negatives Verhältnis gegenüber Juden als Juden (und nicht gegenüber Israel, Israelis oder israelischer Staatspolitik) zu begreifen; weder bekennen sich alle israelischen Staatsangehörigen zur jüdischen Religion; noch verstehen sich alle Israelis als Teil eines jüdischen Volkes. Weder repräsentiert Israel „die Juden“ noch sind die in aller Welt lebenden Juden Vertreter/innen Israels noch stimmen sie alle der jeweiligen israelischen Regierungspolitik zu. Von kritischen Beobachtern antisemitischer Entwicklungen wird zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass die Identifikation von „Jude“, „Israel“ und „Zionismus“ ein zentrales argumentatives Muster in antisemitischen Äußerungen darstellt (Taguieff 2004: 196; Zuckermann 2010: 107, 112, 121). Das Objekt des Antisemitismus ist der Jude als „Jude“ (Klug 2004) – nicht der Israeli; antisemitische Äußerungen gegenüber Israel und Israelis beruhen vielmehr auf der unzutreffenden Annahme, „Israel“ sei so etwas wie die Manifestation des (wiederum fälschlicherweise unterstellten) jüdischen Kollektivcharakters.

Begegnungen zwischen Israelis und Deutschen sind ebenso sinnvoll wie der deutsch-französische oder der deutsch-polnische Jugendaustausch. Soweit damit jedoch der Anspruch eines spezifischen anti-antisemitischen Ansatzes erhoben wird, stellen sich fast unweigerlich Zuordnungs- und Zuschreibungsprobleme ein, die gerade auch jugendliche Teilnehmer/innen intellektuell leicht überfordern können. Der Antisemitismuskomplex ist nicht zuletzt deshalb so stark aufgeladen, da de facto die Praxis illegitimer Zuordnungen und Gleichsetzungen (etwa von „Israel“ und „die Juden“) in den öffentlichen Diskursen dominiert. Arbeitsansätze mit einem dezidiert anti-antisemitischen Anspruch sind hier zu besonderer Klarheit aufgerufen.

6.3.5.3 Erfahrungen

Die befragten Bildungsträger bewerten – wie kaum anders zu erwarten – ihre eigene Praxis grundsätzlich positiv. Sie betonen dabei vor allem die ergänzende Funktion, die die Angebote der freien Träger im Verhältnis zum schulischen Unterricht haben. Über das oben bereits zum Thema Teilnehmerorientierung (Abschnitt 6.3.5) Gesagte hinaus wird besonders auf zwei Umstände abgehoben: Einmal die Abwechslung im pädagogischen Personal durch freie Träger und zum anderen das häufig praktizierte Lernen am anderen Ort. Das veränderte Setting führt aus Sicht der Befragten zu einem anregenden Lernarrangement.

Die offene Auseinandersetzung über Themen, die die Jugendlichen interessieren, darunter teils auch brisante Themen, stoßen bei den meisten Teilnehmenden auf gute Resonanz. Auf eine einfache Formel gebracht: Es interessiert junge Leute in der Regel, wie Ältere über bestimmte Themen denken, und was sie für richtig halten. In der Fachdiskussion ist diese Erfahrung als „Entwicklung am Anderen“ (Lothar Böhnisch) bzw. als „bezogene Urteilsbildung“ (Schröder 2011: 183) bezeichnet worden. „Mit ‚bezogener Urteilsbildung‘ ist [...] gemeint, dass sich Vorstellungen und Werturteile herausbilden in der Auseinandersetzung mit anderen. Dabei haben wir es eher mit einer Reibung an Positionen des Anderen zu tun als mit einer automatischen Übernahme von solchen“ (Schröder 2004: 242). Der Bedarf der Teilnehmenden an solchen Reibungen kommt ins Spiel, wenn sie mit ihren Positionierungen nicht von vornherein abgelehnt werden, und wenn sie nicht den Eindruck gewinnen, sie müssten bestimmten Auffassungen zustimmen. Ein respektvoller Umgang, eine freundliche Umgebung, die Suspendierung der schulischen Leistungsanforderungen und Selektionslogik fördern die Bereitschaft, sich sachbezogen auseinanderzusetzen. Bei vielen Teilnehmer/innen beobachten die Pädagogen/innen einen Zuwachs an Aufgeschlossenheit und eine erhöhte Bereitschaft, den eigenen Horizont zu erweitern. In einzelnen Fällen wird auch davon berichtet, dass Teilnehmer/innen sich für ihre neu gewonnene, differenzierte Sicht der Dinge in den digitalen Kommunikationsnetzen einsetzen und dort Diskussionen mit anderen Schüler/innen führen. Die an den Kooperationen beteiligten Lehrkräfte – so die von uns befragten Bildungsakteure – begrüßten solche Arbeitsansätze, die die herkunftsheterogene Zusammensetzung von Klassen im pädagogischen Konzept berücksichtigen.

In mehreren Interviews wurde auf systemische Aspekte von Schulen hingewiesen, die anlässlich der Teilnahme einzelner Klassen an extern organisierten oder durchgeführten Bildungsveranstaltungen zum Tragen kamen. Schülerreisen nach Israel und in die von Israel besetzten Gebiete finden häufig zum Ende der Sekundarstufe I statt. Die Eindrücke und Einsichten, die die Schüler/innen dabei gewinnen, kommen damit ihnen als Individuen zugute, nicht aber anderen Schüler/innen oder der Institution Schule. Sie verlassen mit Abschluss der zehnten Klasse die Schule; ihre Geschichten, Erfahrungen und Informationen können sie damit nicht an die jüngeren Schüler/innen weitergeben. Ein weiteres Beispiel betrifft die Rolle von Lehrkräften und anderen Schulangehörigen bei der Entscheidung von Klassen über die Teilnahme an angebotenen Maßnahmen. Behandeln Lehrkräfte die externen Angebote eher nebensächlich oder geringschätzend, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass auch die Schüler/innen selbst das Angebot weniger attraktiv finden. Eine angemessene Vorbereitung solcher Entscheidungsprozesse hat folglich neben den Schüler/innen weitere Akteursgruppen an den Schulen einzubeziehen. Die entsprechende flankierende Unterstützung der Schule vorausgesetzt – so ein Gegenbeispiel – kann die Präsentation von Seminarprodukten zum Thema Antisemitismus in einem OSZ auf breite positive Resonanz stoßen. Die Beispiele zeigen, dass wohl jeweils nur einzelne Klassen oder Kurse an externen Maßnahmen teilnehmen. Die Teilnahmebereitschaft und die spätere Ausstrahlung hängen von einer positiven Unterstützung von Lehrkräften und Schulleitung ab oder auch von der Entscheidung, zu welchem Zeitpunkt Reisen durchgeführt werden.

Zugleich herrscht eine realistische Einschätzung über die Möglichkeiten und insbesondere die Grenzen von Bildungsarbeit: Ein einwöchiges Seminar mit OSZ-Schüler/innen kann Irritationen und Ergänzungen zu den Vorstellungen anbieten, die bei den Teilnehmenden vorherrschen. Es wäre – so eine Pädagogin – unrealistisch zu erwarten, dass sich Vorurteile vollständig zerstreuten (I101). In die gleiche Richtung weist die Bilanz im Dokument eines anderen Trägers:

Die Herausforderung für mich: zu erreichen, dass es keinen Sinn mehr macht für die einzelnen, sich antisemitischer Deutungen zu bedienen. Und dabei nicht zu stigmatisieren, sondern zu gucken, warum bedienen sich Leute dieser Muster, und kann man ihnen nicht andere, bessere Instrumente zur Hand geben? Wer dann trotzdem weiterhin antisemitische Argumentationen oder Stereotype reproduziert, entscheidet sich bewusst dafür. Da ist die Grenze der Bildungsarbeit erreicht. (D35)

6.3.5.4 Empfehlungen der Befragten

Von den Befragten selbst wurde eine Reihe von Anregungen formuliert, die sich teils auf die Organisation und die Formate der Bildungsveranstaltungen, teils auf konzeptionelle Aspekte beziehen:

- Kurze Einheiten von lediglich zwei Schulstunden, die von externen Anbietern gestaltet werden, haben sich aus Sicht der freien Bildungsträger auch dann nicht als sinnvoll erwiesen, wenn sie Teil einer Reihe von derartigen Angeboten darstellen. Die Untergrenze wird bei vier Schulstunden angesetzt.
- Gewünscht werden Formate in der Bildungsarbeit, die über einen Projekttag hinausgehen, und dadurch ein intensiveres Arbeiten auf Basis einer neuen Gruppensituation ermöglichen. Gemeinsames Verreisen oder der Aufenthalt in einer Jugendbildungsstätte führen zu Gruppenprozessen, die von den Pädagogen sowohl hinsichtlich der sozialen Kohäsion wie auch der inhaltlichen Themenbearbeitung als förderlich erlebt werden.
- Angeregt wird, dass verschiedene Bildungsanbieter ein kombiniertes Programm für Schulklassen zur Verfügung stellen, so dass die Schulen weniger Planungs- und Organisationsaufwand hätten.
- In die Curricula von Aus- und Fortbildungen sollten der Themenkomplex Vorurteile und Gruppenfeindschaften aufgenommen werden. Darin eingeschlossen ist die Vermittlung von Kenntnissen über Antisemitismus bzw. Kenntnisse über die öffentliche Thematisierung von Antisemitismus, ohne dass dieses Thema einen besonderen Rang einnimmt.
- Im Zusammenhang mit dem Typ der indirekten Bearbeitung wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die Förderung von Medienkompetenz (Internet, digitale Kommunikationsnetze) eine generelle schulische Aufgabe darstelle, die unabhängig vom Thema Antisemitismus besteht. Eine ungenügende Medienkompetenz von Schüler/innen mache sich aber im Zusammenhang mit antisemitischen Gerüchten und Verschwörungsbehauptungen besonders bemerkbar.

7 Arbeitsbedingungen der Akteure

In diesem Kapitel werden ausgewählte Aspekte der institutionellen, politischen und organisatorischen Rahmenbedingungen behandelt, unter denen die Auseinandersetzungen mit Antisemitismus in Berlin erfolgen. Insbesondere werden Charakteristika der verschiedenen Typen von Akteuren, Finanzierungsmodalitäten und Planungshorizonte, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse sowie Weiterbildung und Kooperationen im Feld behandelt. Außerdem wird auf Wünsche der befragten Akteure für die Weiterentwicklung der Arbeit im Themenfeld eingegangen.

7.1 Akteurstypen und Rechtsformen

Untersucht wurde die Befassung mit Antisemitismus bei drei Typen von Akteuren (vgl. Kapitel 3): Zum ersten Typ gehören Senatsverwaltungen und nachgeordnete Behörden, zum zweiten Typ jüdische Organisationen und zum dritten Typ NGOs, freie Träger und andere Einrichtungen. Die staatlichen Akteure sind gesetzlich verankerter Teil des Institutionengefüges des Landes und werden aus dem Landeshaushalt finanziert. Beim zweiten Typ ist das Spektrum der Rechtsformen größer: Diesem Typ wurde eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit verlässlicher Zuweisung finanzieller Mittel durch das Land zugerechnet, ebenso Privatschulen, die als Ersatzschulen anerkannt sind und eine staatliche Refinanzierung erhalten und jüdische Vereine. Ähnlich weit gespannt sind die rechtlichen Verfasstheiten bei den Akteuren des dritten Typs: Bei den NGOs und den freien Bildungsträgern dominiert die Rechtsform des Vereins, zum Teil handelt es sich um gemeinnützige Vereine. Hinzu kommen eine bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts und eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts.

Die Rechtsformen bei den Akteuren des Typs zwei und drei geben für sich genommen noch keine Auskunft über die Art und die Verlässlichkeit der Finanzierung: Vereine können allein auf die Finanzmittel ihrer Mitglieder angewiesen sein, die durch das zeitweise Einwerben von Fördermitteln ergänzt werden, sie können aber auch eine verlässliche Dauerfinanzierung durch das Land erhalten. Überdies spielt natürlich die Größe und das Alter eines juristisch als Verein organisierten Akteurs eine zentrale Rolle: Eine global aufgestellte Lobbyorganisation mit einer hundertjährigen Geschichte ist ebenso ein Verein wie ein auf Berlin begrenzter Träger, der erst auf ein knappes Jahrzehnt seiner Arbeit zurückblicken kann.

Vor diesem Hintergrund wird im Hinblick auf die Akteure des Typs zwei und drei lediglich unterschieden zwischen Akteuren eines geringen und eines hohen Institutionalisierungsgrades. Von einer starken Institutionalisierung wird hier gesprochen, wenn außenwirksame Eigenaktivitäten zum Thema Antisemitismus auch ohne Einwerbung von temporären Fremdmitteln möglich sind. Eine schwache Institutionalisierung bedeutet, dass Aktivitäten nur auf Grundlage von temporären externen Fördermitteln möglich sind. Anders gesagt: Ein niedriger Institutionalisierungsgrad ist dann gegeben, wenn die Aktivitäten des Trägers auf Finanzierungen aus öffentlichen Programmen des Bundes oder des Landes angewiesen sind bzw. auf Mittel aus anderen öffentlichen und privaten Quellen.

7.2 Arbeitsbedingungen schwach institutionalisierter Akteure

Spenden und vor allem Projektförderungen sind die beiden Haupteinnahmequellen der schwach institutionalisierten Akteure. Planungsunsicherheit aufgrund der finanziellen Lage wird bei den meisten Organisationen, vor allem bei den freien Trägern, als ein enormes Problem angesehen. Die Akquise von Geldgebern zur Förderung der eigenen Projekte nimmt relativ viel Zeit in Anspruch. In dieser Zeit wird zwar konzeptionelle Leistung erbracht, diese wird aber nicht finanziert, sondern ist eine Vorleistung im Hinblick auf erwarteten Payout oder sie geht zu Lasten der inhaltlich-pädagogischen Arbeit an den eigentlichen Projekten. Ein Projekt konnte erst drei Monate später mit der Arbeit beginnen, weil zusätzlich zu der bewilligten Teilfinanzierung noch weitere Mittel eingeworben werden mussten (176). Bei vielen Organisationen herrscht eine große Verunsicherung und strukturell verankerte Planungsunsicherheit, was die Weiterexistenz der Projekte angeht.

„Aber das ist jetzt in diesem Programm noch nicht so ganz gesprochen, ob und in welcher Form das weiter geht. Also meine Hoffnung ist, dass es jetzt ab 2014 weiter geht. Das ist natürlich auch für den Verein für uns dann existenziell.“ (I107)

„Weil wir oft nicht so viel Geld haben, also wir stehen fast vor dem Aus, weil wir nicht genug Geld haben.“ (I105)

Viele Organisationen aus der freien Trägerschaft nutzen die Bundes- und Landesprogramme zur Finanzierung ihrer Arbeit. Für den Untersuchungszeitraum waren dies im Wesentlichen das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, das von 2011 bis 2014 lief, sowie das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Das Bundesprogramm förderte in seinem „Schwerpunkt 2“ „Modellprojekte [...], die innovative Ansätze zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus entwickeln und erproben“.⁵² Über das Programm wird jeweils die Hälfte einer Projektfinanzierung bereitgestellt, so dass weitere Finanzquellen gefunden werden müssen. Das erfordert einen Aufwand, der zu Lasten der inhaltlichen Arbeit geht.

„Und jetzt ist es nicht ganz so komfortabel. Also weil es einfach immer sehr viel mehr Aufwand ist, je mehr Geldgeber man hat, die unterschiedliche Sachen wollen und Anforderungen haben.“ (I106)

Eine ähnliche Teilfinanzierung bietet auch das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Auch hier muss ein Teil der Projektfinanzierung außerhalb des Landesprogramms akquiriert werden. Erfreulicherweise ist die Höhe dieses Anteils nicht festgeschrieben, so dass trägerspezifische flexible Lösungen praktiziert werden können. Der Aufwand, der zur ausreichenden Finanzierung geleistet werden muss, wird von vielen Organisationen als hinderlich für die eigene Arbeit empfunden. Es müssen Anträge gestellt und Zwischen- und Abschlussberichte angefertigt werden.

Gerade die zeitliche Begrenzung der Förderung trägt wenig zur Nachhaltigkeit von Projekten bei, da diese oft nicht weitergeführt werden können, sondern neu konzipiert werden müssen. Der Grund dafür besteht in den Förderungsbedingungen, die in vielen Fällen nur Modellprojekte fördern, also innovative Projekte, die nach Ende des Förderungszeitraumes nicht fortgeführt werden können, da entsprechende Anschlussförderungen zur dauerhaften Installation von Programmen fehlen. Viele Organisationen sind dementsprechend einem Innovationszwang ausgesetzt, regelmäßig neue Modellprojekte zu entwickeln, um weiter gefördert zu werden.

Damit geht zugleich der Verlust personengebundenen Wissens, organisatorischer Routine und Kontinuität in der Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern einher. Für Beschäftigte bedeutet es zudem eine prinzipiell irreguläre Beschäftigung. Dazu im Folgenden.

7.2.1 Beschäftigungsverhältnisse

Der Status der Finanzierung schlägt sich auch auf die Beschäftigungsverhältnisse nieder. So sind die Arbeitsverhältnisse bei den freien Trägern vor allem gekennzeichnet durch befristete Verträge, Honorarverträge und Praktikumsstellen. In den meisten Organisationen gibt es lediglich eine halbe Stelle, die aus den befristeten Förderungsmitteln finanziert wird und die zur Koordination und Konzeption der Arbeit genutzt werden kann. Dazu kommt ein Pool an mehreren freien MitarbeiterInnen, die als Teamer in die Schulen, Jugendeinrichtungen, etc. gehen und auf Honorarbasis arbeiten. Die meisten Teamer üben die Honorartätigkeiten neben anderen Erwerbstätigkeiten bzw. neben den Tätigkeiten für andere Bildungsträger aus. Auch ehrenamtliche Tätigkeit und unbezahlte Praktikumsstellen sind keine Seltenheit bei den Organisationen in freier Trägerschaft.

52 Vgl. die Webseite des BMFSFJ http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/tfks_bundesprogramm.html (1.7.2014)

„[...] Das Team setzt sich zusammen aus HistorikerInnen, ich bin selber Politikwissenschaftler, ReligionswissenschaftlerInnen eher weniger und Pädagoginnen und Pädagogen. Alle haben fertig studiert und machen das eben neben anderen Tätigkeiten freiberuflich.“ (I104)

„I: Ah ja. Und das Ganze ist dann für Sie eine hauptamtliche Tätigkeit, oder?

E: Ich bin selbstständig, aber im Grunde läuft das darauf hinaus. Ich habe noch eine halbe Stelle in einem anderen Projekt, wo ich angestellt bin. Und ansonsten läuft die Vereinsarbeit auf selbstständiger, auf Honorarbasis. Ich mach nebenbei noch ein paar andere Sachen.“ (I107)

Akzeptiert werden solche Beschäftigungsverhältnisse im Wesentlichen von zwei Personengruppen: Einmal sind dies Personen im Alter zwischen ca. 20 und 30 Jahren in Übergangsphasen, die entweder parallel zu einem Studium oder in der Zeit zwischen dem Studium bzw. einer Berufsausbildung und einer angestrebten Anstellung Erfahrungen in der politischen Arbeit und der Bildungsarbeit sammeln möchten.

„Und die Teammitglieder das sind zwischen fünf und sechs. Und das ist, wie das so ist, mit einer gewissen Fluktuation, die sind zwischen zwanzig und dreißig, da ist der eine nach Istanbul inzwischen gegangen, der andere nach Bremen zum Studieren und einer hat geheiratet. Das heißt also da ist ein bisschen Fluktuation drin. [...] Aber damit muss man einfach, das ist ganz normal in diesen Teamer-Konzepten, weil so viel Geld gibt's dann auch nicht zu verdienen. Die sind natürlich alle in so einer Übergangsphase und insofern.“ (I107)

Eine zweite Gruppe besteht aus Personen, die dauerhaft nicht in Form einer Vollzeitanstellung erwerbstätig sein können oder wollen. Sie haben sich auf eine Mischung aus (befristeten) Teilzeitanstellungen bei verschiedenen Trägern, Honorartätigkeiten als Autoren, Teamer bei Bildungsmaßnahmen oder als politische Akteure sowie Zeiten von Erwerbslosigkeit eingestellt. Dieser Personenkreis umfasst auch Personen, die älter als die erstgenannte Gruppe sind. Dieser Personenkreis stellt die – teilweise eben auch unbezahlte – Kontinuität hinsichtlich Kompetenz und Organisationswissen sicher. Die prekären Arbeitsbedingungen und die skizzierten persönlichen Voraussetzungen der Teamer führen zu Fluktuationen. Diese wiederum ziehen einen gewissen Zusatzaufwand nach sich, insofern Einarbeitungen und Teamfindungsprozesse parallel zu den Bildungsveranstaltungen und der Aufrechterhaltung bzw. Fortführung der Projektorganisation und -finanzierung anfallen.

7.2.2 Ausstattung

Beklagt wird von den schwach institutionalisierten Akteuren neben der beschriebenen Personalstruktur auch eine häufig ungenügende Ressourcenausstattung. Das bezieht sich auf die zur Verfügung stehenden Honorare, die – folgt man den Vorgaben der Mittelgeber – häufig lediglich für die unmittelbare Bildungsarbeit verwendet werden dürfen, nicht aber für die konzeptionelle Arbeit und den themenbezogenen Fortbildungsbedarf. Es mangelt also vor allem an Grundausstattung.

7.3 Netzwerke, Kompetenz- und Wissenstransfer

Berichtet wird in den Interviews durchweg über eine sehr gut entwickelte Vernetzung mit den thematisch gleich ausgerichteten Akteure in Berlin. Hintergrund dafür ist zum einen das Landesprogramm gegen Rechtstextremismus, Rassismus und Antisemitismus, durch das aktiv die Vernetzung der geförderten Projekte angeregt wird. Viele der Bildungsträger gehören einem festen Netzwerk zu Fragen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit an („Taskforce Education on Antisemitism“). Die Mitglieder dieses Netzwerks kommen überwiegend aus Berlin und Brandenburg; das Netzwerk besteht aus Vertretern der drei von uns untersuchten Akteurstypen. Mehrmals jährlich stattfindende Arbeitstreffen bieten Institutionen, Projekten und Einzelpersonen Gelegenheit zum Austausch zu politischen, methodisch-didaktischen und theoretischen Fragen. Neben der Diskussion eigener Konzepte und Erfahrungen werden regelmäßig externe Expert/innen eingeladen, wodurch eine Verzahnung von Forschung und Praxis angestrebt wird.

„Also na wir sind Mitglied in der Taskforce Education on Antisemitism. Die Sitzung besuche ich regelmäßig, find´ ich für mich ein ganz hervorragendes Gremium. Also wo man sich eben austauscht und wo alle auch immer mal was aus ihren Projekten vorstellen, wo man sich Leute einlädt, die einem nochmal was, was weiß ich, jetzt vor kurzem hatten wir jemand zu dieser Beschneidungsdebatte da [...] und so. Also das finde ich immer sehr interessant und eben auch hilfreich.“ (I101)

Diese ausgeprägten Vernetzungsstrukturen begünstigen einen Austausch über pädagogische Konzepte und inhaltliche Debatten. Gleichzeitig sind sie fruchtbar für Kooperationen untereinander, die sich etwa in der gegenseitigen Unterstützung bei der Erstellung von Arbeitsmaterialien und -medien niederschlägt. Gelegentlich wurden auch gemeinsame Projekte von verschiedenen Netzwerk-Mitgliedern durchgeführt.

Die Träger im Bereich Bildungsarbeit (Typ 3) sind untereinander stärker vernetzt als mit jüdischen Organisationen und staatlichen Behörden und als diese untereinander. Der höhere Vernetzungsgrad innerhalb der Akteurstyp-3-Gruppe ist wohl darauf zurückzuführen, dass sich hier die größte Zahl von schwach institutionalisierten Organisationen findet. Sich gegenseitig zu unterstützen und auszutauschen ist für schwach institutionalisierte Träger nicht nur im Sinne einer effektiveren Arbeit hilfreich, sondern auch notwendig, wenn es um den Informationsaustausch über Fördermittel und somit um die Sicherung oder Fortführung von Projekten geht. Hier stehen die Träger aber teilweise auch in Konkurrenz miteinander. Berichtet wurde, dass einzelne Bildungsträger bestrebt sind, mit Schulen Exklusivverträge abzuschließen, so dass keine anderen Anbieter an den betreffenden Schulen zum Zuge kommen.

Die bestehenden Vernetzungen werden nicht zuletzt für einen Kompetenz- und Wissenstransfer genutzt. Werden Defizite in bestimmten Kompetenzbereichen einer Organisation erkannt, wird meist eine andere Organisation herangezogen, die eine/n Experten/Expertin für bestimmte Themenbereiche bereitstellt. Diese Fortbildungen werden auch oft für mehrere Organisationen geöffnet. Auch aus dem wissenschaftlich-akademischen Sektor werden Expert/innen zu bestimmten Themen konsultiert. Viele Organisationen entwickeln aus ihrer Projektarbeit auch Materialien zu Weiterverwendung. So soll gewährleistet werden, dass erprobte Arbeitsansätze von anderen Organisationen weitergeführt werden können, auch wenn das Ursprungsprojekt bereits abgeschlossen worden ist. Auch die Behörden pflegen einen internen Informationsaustausch. Es finden zudem Kooperationen zwischen Behörden und freien Trägern statt, zum Beispiel stellt die Polizei ihre statistischen Daten anderen Organisationen zur Verfügung oder Behörden lassen sich zu konkreten Themen von Expert/innen aus der freien Trägerschaft beraten.

7.4 Fortbildungen für Bildungsträger

Der Themenbereich Fortbildung ist eng mit dem Thema Vernetzung verknüpft. So verwundert es nicht, dass das Vernetzungstreffen des bereits erwähnten Netzwerkes als wichtige Informationsquelle von vielen Akteuren genannt wird. Auch kleinere Vernetzungstreffen, Arbeitstreffen, interne Fachrunden, etc. finden statt, um sich fachlich miteinander auszutauschen und auf dem Laufenden zu halten. Manche Organisationen verfügen über ein eigenes Beratungsnetzwerk, das bei Bedarf konsultiert werden kann.

„Wo tragen wir das zusammen? Bei unseren Koordinierungstreffen, unseren Fachgesprächen, Fachrunden, Bundesfachtagen oder auch Arbeitstreffen, die wir extra dafür einberufen, wenn wir Konzepte, Ansätze entwickeln. Also, wir haben eine Menge Rücklauf, und wir haben, wie gesagt, das Netzwerk von über 200 Kooperationspartnern, auf die wir zurückgreifen können.“ (I97)

Auch Tagungen werden als Orte der Fortbildung genannt, da dort zum einen Wissen vermittelt wird und Fachdiskussionen stattfinden, aber auch Netzwerkarbeit geleistet wird. Ähnlich geartet sind Workshops bzw. Fortbildungen, die entweder intern für eine Organisation oder für mehrere Organisationen angeboten werden. Diese Workshops konzentrieren sich meist auf bestimmte Themenbereiche, die entweder politisch aktuell sind oder für die Organisation(en) aktuell besondere Relevanz besitzen. Außerdem findet Fortbildung über den Austausch von Materialien statt. So sollen

fachliche Kompetenzen weitergegeben werden, indem das Konzept und die Inhalte der Projektarbeit verschriftlicht werden und so einer größeren Menge von Akteuren im Feld zugänglich gemacht werden. Qualifizierungen erfolgen auch auf autodidaktischem Wege über Bücher, Zeitschriften und, als wichtiges Medium auch zur Vernetzung, das Internet.

7.5 Inhaltliche Akzentsetzungen durch staatliche Förderprogramme

Schwach institutionalisierte Träger sind in ihren Bildungsaktivitäten nahezu vollständig von fremden Finanzgebern abhängig. Wollen sie als Träger überhaupt aktiv bleiben, haben sie folglich die Themen, Zielgruppen und teilweise auch methodischen Konzepte ihrer geplanten Projekte an den jeweils aktuellen Förderrichtlinien zu orientieren. Bei den stark institutionalisierten Trägern stellt sich die Situation in anderer Weise dar: Sie verfügen über eine unterschiedlich hohe Sockelfinanzierung, mit der sie Aufgaben erfüllen, die in ihrer Definition wie ihrer Ausführung zunächst unabhängig von Programmförderungen sind. Nur soweit sie darüber hinaus auch von zusätzlichen Förderungen profitieren möchten, haben sie sich auf aktuelle Förderrichtlinien einzustellen. Je nach ihrem Institutionalisierungsgrad sind Akteure des Typs zwei und drei insofern in unterschiedlichem Maße von den inhaltlichen und den organisatorisch-finanziellen Akzentsetzungen der Förderrichtlinien abhängig. Unabhängig von der Finanzierung verfügen die schwach wie die stark institutionalisierten Träger über spezifische unmittelbare Feldkenntnisse, die in dieser Weise in der Regel weder in der Verwaltung noch der Politik vorhanden sind. Die teilweise über viele Jahre praktizierte Beobachtung, Beratung und Bildungsarbeit, die Kenntnis lokaler und regionaler Problemphänomene, ihrer Veränderungsdynamiken und die Erfahrung mit unterschiedlichen Zielgruppen in der pädagogischen Arbeit stellen ein spezifisches Wissenskapital der Akteure dar. Sie sind in einem besonders hohen Maße mit verschiedenen sozialen Wirklichkeiten vertraut und „haben ihre Hand am Puls der Zeit“.

Die Formulierung der programmatischen Namen von Förderprogrammen und die Ausgestaltung von Förderrichtlinien ist eine Angelegenheit, die in der Verantwortung des jeweiligen Ministeriums bzw. Senatsverwaltung liegt; hierzu werden von den oft langjährigen und erfahrenen Mitarbeiter/innen der Verwaltung externe Expert/innen herangezogen. Außerdem werden Lobbyist/innen vorgestellt, deren erklärtes Ziel die Erhöhung ihres politischen Einflusses in Form von Deutungsmacht ist. In den Interviews haben einige der Befragten über ihre eigene Einflussnahme und die von weiteren Interessenvertreter/innen bei der Ausgestaltung der Bundesprogramme seit dem Jahr 2000 berichtet (vgl. Abschnitt 6.1.3). Wie in anderen Themenbereichen werden jedoch auch hier nicht alle gehört, die sich selbst für Expert/innen halten; naturgemäß können auch nicht alle Lobbyist/innen-Positionen in gleichem Maße bei der endgültigen Entscheidung über Programmschwerpunkte und Richtlinien berücksichtigt werden.

Die konkrete Schwerpunktsetzung von Förderprogrammen und die Expertise einzelner Träger können aufgrund dieser Konstellation von Erfahrungs- und Entscheidungskompetenz in Widerspruch zueinander geraten. Von einigen Bildungsträgern wurde ein Unverständnis über Schwerpunkte der Programmentscheider bekundet. Das betrifft innerhalb des Themenfeldes Antisemitismus vor allem die Akzentsetzung auf muslimische Jugendliche. Von einigen Trägern wird diese Fokussierung sowohl in der öffentlichen Diskussion (vgl. Abschnitt 2.2) wie auch in den politischen Steuerungen von Bildungsprojekten über die Berliner Landeskonzepktion als unangemessen wahrgenommen.

„Weil es ist eher so mein Eindruck, dass da manchmal sehr stark auf die Muslime der Fokus. Also bei den ganzen Studien. Und dass manchmal so man nicht so gern die eigene Wäsche oder die eigene, ich mein, das gehört dazu, aber so, da hat sich der Fokus, aus meinem Eindruck doch zu sehr verschoben. Dafür kriegt man auch die Gelder [...]“ (I103)

In die gleiche Richtung gehen die oben angeführten Einsprüche von Pädagog/innen dagegen, Jugendliche als Problemträger in den Mittelpunkt öffentlicher Debatten um Antisemitismus zu stellen (vgl. Abschnitt 4.3). Die Interviewten verweisen damit auf einen wichtigen Umstand: Programmkonzeptionen und Förderkriterien und die entsprechend ausgerichteten Projekte sind keine neutralen Instrumente, sondern sie wirken aktiv an den öffentlichen Diskursen mit, die die aktuell als relevant geltenden Problemträger und die thematischen Anschlüsse des allgemeinen Problems Antisemitismus konkretisieren. Die ausdrückliche Nennung bestimmter Problemträgergruppen in staatlichen Konzeptionen und Programmen kommt der amtlichen Definition eines besonderen sozialen Problems gleich. In der Berliner Landeskonzepktion findet sich eine derartige Hervorhebung (IntMig 2008: 18; vgl. Roth/Gesemann/Aumüller 2010: 136-144).

7.6 Probleme, Wünsche und Bedarfe

Die von den Befragten geäußerten Wünsche und Bedarfe zu den Rahmenbedingungen sind einerseits Spiegelbilder der in diesem Kapitel beschriebenen Förderpraxen und Arbeitsbedingungen, soweit diese als einschränkend, belastend oder hemmend wahrgenommen werden. Sie lassen sich stichwortartig aufführen, da sie entweder im vorliegenden Bericht oder anderweitig bereits hinreichend dargestellt wurden.

- Verstetigung bei der Finanzierung von Projekten, um Arbeitserfahrungen und personelle Kontinuitäten zu gewährleisten
- Relativierung bzw. Aufhebung der Verpflichtung zur Entwicklung von Modellprojekten im Rahmen der Bundesförderung. Stattdessen: Fortführung von bewährten Ansätzen.
- Angemessene Ausstattung, die Aktivitäten über die unmittelbare pädagogische Arbeit hinaus erlaubt (Fortbildung, Teambildung, Anschlussanträge erarbeiten etc.)
- Reduzierung von Verwaltungsaufwand
- Verringerung des Aufwandes in der Akquise von finanzieller Förderung. Bei vielen Trägern beansprucht dies – gerade in der Vorbereitung neuer Projekte zum Ende bewilligter Förderzeiträume – ca. 10-20 % der Arbeitszeit.

Andere Problemfelder betreffen nicht Entscheidungen der politischen Ebene, sondern beziehen sich auf die gesellschaftliche Anerkennung des von den Trägern bearbeiteten Problems Antisemitismus bzw. auf Unterstützung ihrer jeweiligen Problemdefinitionen seitens der Wissenschaft: Mehrfach wird der Wunsch geäußert, dass es stärker als bisher ein Bewusstsein für die Wichtigkeit des Engagements gegen Antisemitismus geben müsse. Das Engagement gegen Antisemitismus diene der Stärkung und dem Erhalt einer demokratischen Zivilgesellschaft. Es müsse zudem eine gesellschaftliche Kultur vorherrschen, in der eingegriffen und unterstützt und nicht weggeschaut wird.

„Was ich mir für meine Arbeit wünsche, als politischen Erfolg wäre, dass wir möglichst breit, möglichst weit und umfassend in unserer Gesellschaft verankern das Bewusstsein, dass der Kampf gegen Antisemitismus, das ist kein Kampf für mich und kein Kampf für die jüdische Gemeinschaft. Das hilft uns zwar. Aber es ist in erster Linie ein Kampf für die Stärkung und den Erhalt jeder demokratischen Zivilgesellschaft.“ (I82)

Von manchen Befragten wird eine wissenschaftliche Bestätigung für die gesellschaftliche Relevanz der eigenen Arbeitsfelder gewünscht. Es muss offenbleiben, ob damit der eigene Zweifel an den auch durch die Förderrichtlinien bedingten Arbeitsschwerpunkten besänftigt werden soll oder ob in diesem Fall die trägereigene Problemdiagnose mit der Programmsicht kongruent ist:

„Ich habe mitbekommen zum Beispiel, dass es kaum Studien gibt, die zum Beispiel nachweisen, ob unter Muslimen Antisemitismus mehr auftritt, als in der Mehrheitsgesellschaft. Und da gibt es kaum Studien. Und das ist zum Beispiel ein Bedarf, den wir unbedingt brauchen. Wir brauchen eine, auch bei dieser Bundestagsstudie kommt das nicht so rüber. Das heißt, es wird nicht so explizit geforscht. Und das sind Sachen, die wir unbedingt brauchen.“ (I105)

7.7 Resümee

Seit dem Jahr 2000 werden Bundesprogramme aufgelegt, die – ungeachtet ihres konkreten Namens – Bildungsprojekte zur kritischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Vorurteilen und Gruppenfeindschaften, darunter auch Antisemitismus fördern. Ebenso alt sind die Klagen von Projektträgern über Diskontinuitäten in der Förderung, fehlende Nachhaltigkeit, Probleme bei der Kofinanzierung, überhöhten Verwaltungsaufwand und dergleichen mehr. Vermutlich werden auch künftige Felduntersuchungen und Evaluationen derartige Einschätzungen protokollieren. Doch darf dies nicht übersehen lassen, dass die Projektförmigkeit mit all ihren Nachteilen für die teilweise prekär Beschäftigten eine

angemessene Form ist, mittels der Innovationen entwickelt und überhaupt „Neues in die Welt kommt“. Insofern weist diese Form auch Vorzüge für die pädagogische Arbeit auf. Geschätzt wird an den das schulische Angebot ergänzenden Angeboten gerade der nichtschulische Charakter: eine stärkere Teilnehmerorientierung als in der Schule, eine relativ hohe lebensweltlich-kulturelle Nähe und eine geringe Altersdifferenz der Teamer/innen zu den Zielgruppen. Diese Leistungsmerkmale gehen zu einem gewissen Teil auch darauf zurück, dass das pädagogische Personal der freien Bildungsträger zu einem hohen Anteil selbst in einer Lebensaltersphase ist, in der typischerweise mehr biographische Optionen offen sind als in späteren Jahren: Studienfach- und Berufswahl sind häufig noch nicht definitiv bestimmt, ähnlich verhält es sich mit der Frage einer Familiengründung oder auch der Wahl des dauerhaften Wohnortes. Die Vertrautheit mit aktuellen jugendkulturellen Szenen und ihren Stilen (Kleidung, Musik, Medien, Drogen- und Genussmittelkonsum, Treffpunkte) basiert auf konkreten Erfahrungen und partieller Involviertheit und lässt sich nicht allein über abstraktes Wissen erwerben. Neue methodische Ideen und die Entwicklung experimentierender Ansätze gehen auch darauf zurück, dass das junge pädagogische Personal selbst neu im Feld ist und mit einem frischen Blick auf Adressaten und Themen schaut. Als impulsgebendes Verfahren ist die Förderung von Modellprojekten auf junges und flexibles Personal angewiesen, das sich selbst wenig in Routinen und Festlegungen bewegt. Kurz: Es spricht einiges dafür, dass das spezifische Alternativpotential, das an den Angeboten der freien Bildungsträger im Vergleich zu der schulischen Themenbehandlung geschätzt wird, nicht trotz, sondern wegen der Projektförmigkeit der Förderung entsteht.

Derartigen zielgruppen- und methodenspezifischen Vorzüge einzelner, projektförmig organisierter Bildungsangebote stehen die deutlich schwerer wiegende Nachteile gegenüber, die in der Struktur des Angebots als solcher begründet sind. Zum wiederholten Mal ist also zu konstatieren (vgl. Kohlstruck 2003): Projektcharakter auf Strukturebene bedeutet, dass die Sicherstellung von Wissens- und Tätigkeitskompetenzen und damit die Kontinuität einer verlässlichen Infrastruktur der politischen Bildungsarbeit systematisch ausgeblendet bleibt. Dadurch kann das bereits erreichte Qualitätsniveau bei künftigen Angeboten nicht garantiert werden. Das Unterlaufen der Standards „Guter Arbeit“ bedeutet für die in diesem Bereich Tätigen ungesicherte Beschäftigungs- und Aufstiegsperspektiven sowie erhebliche Einschränkungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Insgesamt kann von einem fragwürdigen Umgang mit gesellschaftlich akkumuliertem (und finanziertem) Wissen und Können gesprochen werden.

8 Zusammenfassung und Diskussion

Bei aller Eindeutigkeit in der Ablehnung und Bekämpfung von Antisemitismus durch zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure, trotz aller Versuche diskursiv-symbolischen Gegensteuerns von Seiten der Politik, trotz polizeilicher Repression und pädagogischer Intervention ist man nach wie vor mit antisemitischen Phänomenen konfrontiert. Jedoch besteht weder Einigkeit in der Einschätzung ihrer Bedeutung und ihres Ausmaßes, noch hinsichtlich des Verständnisses, was mit „Antisemitismus“ eigentlich überhaupt thematisiert wird. In diesen Fragen gibt es differierende Ansichten, die halbwegs friedlich koexistieren ebenso wie emotional hoch aufgeladene Deutungskämpfe. Diesem Zustand entspringt der Titel der Studie: „Antisemitismus als Problem und Symbol“. Beide Ebenen von Antisemitismus und die Begrifflichkeiten zu ihrer Analyse sollen hier noch einmal kurz in Erinnerung gerufen werden, um mit diesem Analyserahmen die Ergebnisse der Studie zusammenzufassen und zu reflektieren.

Die in Berlin beobachtbaren **antisemitischen Phänomene** bedrohen in unterschiedlichem Maße die praktische Geltung universeller Menschenrechte und demokratischer Werte und stellen eine Gefahr für Jüdinnen und Juden dar. Zum Antisemitismus gehören verschwörungsideologische irrationale Weltbilder sowie abwertende und diskriminierende Praxen. Dazu kommen verschiedene antisemitische Phänomene minder starken beziehungsweise weniger stabil ausgeformten Charakters.

„**Exzeptionalismus**“ des Antisemitismus bedeutet, dass antisemitische Positionen im Vergleich mit anderen Gruppenfeindschaftsphänomenen in der politischen Öffentlichkeit mit einer besonderen moralischen Wertigkeit versehen und daher stark tabuisiert sind. Das Tabu wird gesichert durch einen besonderen Typ von Kommunikation, sogenannte moralische Kommunikation. Als moralische Kommunikation werden Kommunikationen bezeichnet, die über Achtung und Missachtung von Kommunikationsteilnehmer/innen entscheidet. Wer gegen das Tabu verstößt, äußert nicht lediglich eine partiell oder vollständige falsche Auffassung, die zu kritisieren ist, sondern er verfällt der persönlichen Diskreditierung, d.h. der Betreffende wird aus dem Kommunikationszusammenhang der seriösen Demokraten ausgeschlossen. Auch das Reden über Antisemitismus steht unter dem Zwang einer lediglich binären Option: anti-antisemitische oder antisemitisch – ein Drittes ist in der Struktur dieser moralisch hoch aufgeladenen Kommunikation nicht vorgesehen. Dies steht jedoch im Widerspruch zur Vielfalt und Divergenz antisemitischer und verwandter Phänomene.

Die Ursachen dafür liegen in einer weiteren Bedeutungsebene der Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Das Verhältnis zum Themenkomplex Antisemitismus hat in der heutigen öffentlichen Kommunikation eine hohe legitimatorische Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland – Berlin stellt in dieser Hinsicht keine Ausnahme dar. Anders gesagt: Das Verhältnis zum Antisemitismus ist ein zentrales staatliches und gesellschaftliches **Legitimationssymbol**. Eine als unzureichend bewertete Entschiedenheit im Kampf gegen Antisemitismus stellt die Qualität der Bundesrepublik als demokratisches Staatswesen und Gesellschaft in Frage. Zugleich ist der Anti-Antisemitismus ein Gradmesser für das „Lernen aus der Geschichte“ Inwieweit die Bundesrepublik sich tatsächlich hinreichend von ihrem Vorgängerstaat distanziert und inwiefern sie aus „dieser Geschichte gelernt“ hat, wird am Verhältnis zum Antisemitismus abgelesen.

Das Reden über antisemitische Phänomene erfolgt aufgrund dieser vorrangig moralischen und nicht analytischen Kommunikation häufig in einer unifizierenden Redeweise. Damit ist eine entdifferenzierende Sicht auf antisemitische Phänomene gemeint, die unabhängig von den beobachteten Wirklichkeitsebenen vereinheitlichend von „dem Antisemitismus“ spricht (**Unifizierung**). Diese Art des öffentlichen Redens übersieht die großen Unterschiede, die zwischen bloßen Meinungen, gelegentlichen klischeehaften Äußerungen über „die Juden“, strafbarem Verhalten und einem ideologischen oder einem politisch-programmatischen Antisemitismus bestehen. Unterschiede bestehen sowohl hinsichtlich des Zustandekommens der verschiedenartigen Phänomene wie natürlich auch in Bezug auf die Folgen – sei es für Juden/Jüdinnen als primär Betroffene, sei es für das Selbstverständnis einer pluralen Gesellschaft in einem demokratischen Rechtsstaat.

Die mittels dieser Konzepte charakterisierte öffentliche Kommunikation über Antisemitismus stellt den kulturellen und, wie gezeigt, auch rechtlich stabilisierten Rahmen dar, innerhalb dessen die untersuchten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure agieren. Die folgenden Überlegungen sollen unter teilweisem Rückgriff auf diese Konzepte zusammenfassen, wie die im Feld offensichtlichen Differenzen der Problemeinschätzungen zustande kommen (wozu weitere

organisationsoziologische Faktoren einbezogen werden) und welche Folgen dies für Interventionsstrategien hat. Dabei sollen Desiderate der Forschung und Empfehlungen zum weiteren Umgang mit Antisemitismus formuliert werden.

8.1 Einschätzung zum Antisemitismus in Berlin – Wissensstand und Bedingungsfaktoren

Nimmt man das fragmentarische Wissen zur Grundlage einer synoptischen Einschätzung, lassen sich – mit aller gebotenen Vorsicht – einige sehr allgemeine Tendenzen zum Vorkommen von Antisemitismus in Berlin ausmachen: Antisemitische Phänomene weisen eine große Heterogenität hinsichtlich ihrer Art und Schwere sowie der Auftretensbedingungen und zugrundeliegenden Motive auf. Im Untersuchungszeitraum finden sich keine Hinweise auf eine klare Entwicklungstendenz, wenngleich ein besonders schwerer Vorfall (der Überfall auf den Rabbiner Daniel Alter) möglicherweise zu einer breiteren Thematisierung geführt hat. Antisemitische Vorfälle verteilen sich über das gesamte Stadtgebiet. Vereinzelt ausgemachte lokale Schwerpunkte wie der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg könnten unter Umständen auch das Resultat einer selektiven Beobachtung sein. Antisemitismus kommt sowohl bei herkunftsdeutschen wie auch bei migrantischen Bevölkerungsteilen vor. Letztere, insbesondere arabische, türkische oder genereller muslimische Menschen (hier wiederum besonders Männer und Jugendliche) geraten als Trägergruppen immer mehr in den Fokus der Debatte (allerdings auch begleitet von der Wahrnehmung eines vorgeblich neuen Antisemitismus der „Mitte“), während organisierter Antisemitismus, beispielsweise im Rechtsextremismus weniger prominent behandelt wird, insbesondere, was die Interventionsstrategien angeht. Trotz dieser Bedeutungsverschiebungen bleibt der historische Nationalsozialismus als Bezugsrahmen der Relevanzsetzung und moralischen Bewertung omnipräsent.

Die Wahrnehmung der Existenz und der Bedeutung von Antisemitismus unterliegt einer Vielzahl von Einflüssen. In der folgenden Darstellung sollen generelle Faktoren von akteursspezifischen unterschieden werden. Der Schwerpunkt wird auf der zweiten Ebene liegen, um so die Ergebnisse zu den untersuchten Berliner Akteuren konkret deuten und bewerten zu können.

Zunächst also zu den allgemeinen Faktoren: Grundsätzliche Bedeutung kommt der tatsächlichen Existenz antisemitischer Phänomene zu. Dies hängt von verschiedenen Bedingungen ab: dem Vorliegen judenfeindlicher Weltbilder oder Einstellungen, der Neigung und Bereitschaft, diese in Handlungen umzusetzen, der gesellschaftlichen (Nicht-)Akzeptanz (Legitimität) und den entsprechenden Reaktionen (insbesondere Strafandrohung). Für den Vergleich mit anderen Phänomenen von Gruppenfeindschaft, vor allem hinsichtlich ihrer Interaktionskomponenten (Beleidigungen, Angriffe usw.) ist noch die Größe und Wahrnehmbarkeit der Opfergruppe entscheidend (Differenz zwischen relativer und absoluter Bedeutung). Der Teil des objektiven Auftretens, der bekannt wird, ist wiederum abhängig vom Meldeverhalten (Modus passiven Verzeichnens) und von Anstrengungen zur Erfassung des Vorkommens (aktiver Modus, bspw. durch Recherche). Die Aufmerksamkeit kann wiederum mit bestimmten besonders medienträchtigen Ereignissen wachsen. Auch die Bereitschaft der Opfer, Vorfälle zu melden ist wichtig.

Jüdinnen und Juden sowie Antisemitismus haben eine sehr große Repräsentanz in der Berliner politischen und medialen Öffentlichkeit. Die hohe Aufmerksamkeit, die aufs Ganze gesehen dem Antisemitismuskomplex entgegengebracht wird, darf aber nicht so verstanden werden, als wenn damit in allen gesellschaftlichen Bereichen antisemitische Äußerungen gleichermaßen verpönt wären und sanktioniert würden. Man hat vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus (nichtöffentlicher) Alltagskommunikation und Alltagsverhalten, insbesondere aus dem Sportbereich „weiße Flecken“ in der Durchsetzung des Antisemitismus-Tabus zu konstatieren. Auch die jüngsten antisemitischen Ausschreitungen im Zuge der Proteste gegen den Gaza-Krieg im Sommer 2014 stehen dafür.⁵³ Für die direkt Geschädigten ist dies umso enttäuschender, als das über die dominanten Medien und von den politischen Eliten vermittelte Bild die stete Bekräftigung eines anti-antisemitischen Konsenses vermittelt.

Auf das objektive Ausmaß der Phänomene und die Möglichkeiten ihrer Dokumentation gehen indes die konkreten Lageeinschätzungen nur zu einem Teil zurück. Ebenso relevant sind auch die vorliegenden Interpretationsschemata. Beim Thema Antisemitismus haben wir das Vorliegen einer dominanten Hochrelevanzeinschätzung konstatiert, die aber nicht von allen geteilt wird. Wichtig zu vermerken ist, dass ansonsten hoch relevante politische Konfliktlinien hier keine ausreichende Erklärungskraft besitzen. Zwar ist Antisemitismus ein besonderes Problem innerhalb der extremen Rechten. Die *Einschätzungen von Antisemitismus* differieren jedoch in allen Lagern des demokratischen Spektrums.

⁵³ In diesem Zusammenhang von Ereignissen, die nicht den Untersuchungszeitraum der Studie umfassen, ist auch deutlich geworden, dass die Anstrengungen zur Verbesserung der polizeilichen Souveränität im Umgang mit Antisemitismus aus Sicht mancher Akteure im Themenfeld noch lange nicht ausreichend sind. So kam es trotz Präsenz von Symbolen verbotener Organisationen, Angriffen auf Passant/innen und judenfeindlichen Beschimpfungen zu keinem Einschreiten der Polizei.

Um zu verdeutlichen, welche verschiedenen organisationalen Logiken, kontextuellen Einbettungen und äußeren Restriktionen die konkreten Lageeinschätzungen der Akteure im Feld beeinflussen, soll im Folgenden kontrastiv, anhand zweier Akteure dargestellt werden, wie unterschiedliche Ausprägungen der genannten Dimensionen in sehr unterschiedliche Problemeinschätzungen einmünden. Dabei wird die Berliner Polizei einer idealtypisierten zivilgesellschaftlichen Organisation gegenübergestellt, die Bildungsprojekte im Bereich Antisemitismus durchführt und dafür auch die Entwicklungen im Themenfeld durch ein Vorfallsregister verfolgt. Wir nennen diese fiktive Organisation „Initiative Aufklärung und Bildung gegen Antisemitismus – IABA e.V.“. Mit dieser Gegenüberstellung soll ein Problem entschlüsselt werden, welches unter anderem den Anstoß für die vorliegende Forschungsarbeit gab. Es handelt sich um die Frage, warum die Einschätzungen zu Antisemitismus so extrem auseinandergehen, am Zugespitztesten sichtbar in den niedrigen Deliktziffern der Polizeistatistik einer- und den Globaleinschätzungen eines omnipräsenten Antisemitismus politischer Akteure andererseits.

Zunächst unterscheidet sich beider Akteure *Logik der Problemwahrnehmung*. Während die polizeiliche Statistik einer passiven Logik des Verzeichnens folgt, die von an sie herangetragenen Anzeigen abhängig ist, folgt IABA e.V. in ihrer Arbeit einer Logik des Aufspürens. Informationen verschiedenster Quellen (wobei die der Polizei nur einen Teil darstellen) werden mit eigenen aktiven Recherchen kombiniert und so ein größerer Bereich in den Blick genommen.

Zum zweiten unterscheidet sich auf der Ebene der Konzepte die *Wahrnehmungsoffenheit*. Im Fall der Polizei gibt es eine gesetzliche geregelte und institutionell-bürokratisch abgesicherte Fokussierung auf strafrechtlich relevante Vorkommen, bei denen wiederum ein antisemitisches Motiv konstruiert werden kann. Während dies eine starke Engführung mit sich bringt, verzeichnet IABA neben strafrechtlich Relevantem auch eine Vielzahl von Phänomenen, die entweder nicht strafbeweht sind (inklusive weniger schwerer Formen von Alltagsantisemitismus und verschwörungslogischen Diskursen) oder nicht zur Anzeige gelangt sind. Ferner thematisiert IABA (potenziell) strafrechtlich relevante Sachverhalte, die sie anders bewertet als die Polizei. Zu unterscheiden sind also eine inhaltliche Ebene mit engeren und weiteren Aufnahmefoki und eine institutionelle, da sich der Grad der Bindung beider Organisationstypen an formalisierte Prozeduren stark unterscheidet. Allerdings sind der Formalisierung auch bei der Polizei Grenzen gesetzt. Die Motivkonstruktion ist unweigerlich auch durch ein Moment der Unbestimmtheit geprägt. Doch ist es insgesamt für die IABA leichter, in eine Schätzlogik zu verfallen. Dies wird dadurch unterstützt, dass sie mit der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ des EUMC auf einer begrifflich sehr weit gefassten Grundlage operiert und es somit naheliegt, auch im Zweifelsfall lieber mehr als weniger Phänomene als tätigkeitsrelevant zu erfassen.

Daher unterscheidet sich zum dritten die *Logik der Themenbefassung*. Die Polizei hat eine gesetzlich definierte Zuständigkeit. Obwohl auch in der Polizei bestimmt organisationentypische Prozesse ablaufen (Differenzierung, Spezialisierung, Selbstlegitimierung und Organisationserhaltungstreiben), bleibt Antisemitismus ein Themenfeld unter vielen anderen, das im Grunde für die Bearbeitung zugewiesen wurde. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass innerinstitutionelle Logiken zu einer herausragenden Bedeutung dieses Themas beitragen, die mit der Situation der zivilgesellschaftlichen Organisation vergleichbar wäre.⁵⁴ Anders bei IABA. Es handelt sich um eine zivilgesellschaftliche Organisation, die mit einem politischen und pädagogischen Anspruch gegründet wurde. Antisemitismus ist für sie ein Hauptthema und für einen Teil der Involvierten das zentrale Arbeitsfeld. Die Beteiligten sind zudem zu großen Teilen in politisch-moralischen Milieus verwurzelt, in denen ein „Kampf gegen Antisemitismus“ eine große identitätsstiftende Bedeutung hat.⁵⁵ Auch sie folgen zwar zu gewissen Teilen einer äußeren Angebotsstruktur (Förderprogramme), haben sich aber zunächst selbst explizit für dieses Thema als ihr besonderes Anliegen entschieden und damit schon selbst eine Vorentscheidung für die Heraushebung dieses Themas aus dem Kontext vergleichbarer oder verwandter Phänomene getroffen. Dies sorgt einerseits für ein hohes Maß an Expertise und Spezialwissen im Themenfeld bei IABA, kann aber andererseits auch zu einer Art von „Betriebsblindheit“ führen, wenn die Fokussierung auf ein Problem sämtliche Relationen in den Hintergrund treten lässt.⁵⁶

⁵⁴ Der staatspolitische Symbolcharakter von Anti-Antisemitismus sorgt hier jedoch auch für einen Handlungsdruck.

⁵⁵ Es gibt eine starke Bedeutung der Mitgliedschaftslogik im Vergleich zur (auf Eliten und Entscheider gerichteten) Einflusslogik (Schmitter und Streeck 1981; Streeck 1994; Roose 2003).

⁵⁶ In der Antisemitismusforschung wird dieses Phänomen als „cherry picking“ thematisiert. Auf der Suche nach Antisemitismus wird man an vielen Stellen fündig. Es ist jedoch nicht befriedigend, solche Fundstellen aneinanderzureihen, wenn man nicht zugleich auch deutlich machen kann, welche Relevanz diese Funde für das untersuchte Feld (bspw. eine Organisation) haben und in welchem Verhältnis diese zu anderen drängenden Problemen stehen, also kurz: wie charakteristisch und prägend der jeweilige Antisemitismus ist. Unter anderem über die Notwendigkeit solcher begrifflichen Differenzierungen gibt es auch in der Forschung eine gewisse Lagerpolarisierung zwischen pessimistischen und eher abwägenden Einschätzungen zum Antisemitismus.

Diese Differenz wird noch verstärkt durch die *Logik der Legitimation*. Die Polizei ist zwar gefordert, ihre Arbeit zu begründen und zu rechtfertigen, aber weder die Organisation als Ganzes noch die Befassung mit dem Themenbereich stehen grundsätzlich zur Disposition. Die Polizei ist daher (zumindest im direkten Vergleich mit IABA) bestenfalls durch aktuelle Entwicklungen und politischen Druck in der Zwangslage, sich durch dramatisierende Problemsichten in einem Themenfeld selbst zu legitimieren. IABA hingegen steht unter dauerhaftem Legitimationsdruck. Die Öffentlichkeit, die Politik und insbesondere die Fördermittelgeber müssen kontinuierlich von der Notwendigkeit der eigenen Arbeit überzeugt werden. Hier vermischen sich, angeregt durch programmgeförderte Modellprojekte und Kettenfinanzierungen, inhaltliche mit Selbsterhaltungsmotiven, da Bildungsprogramme, Dokumentationssysteme, aber auch Arbeitsplätze und die Organisation selbst bei den weniger institutionalisierten Akteuren immer zur Disposition stehen. Diese Struktur fördert die für IABA typischen irregulären und prekären Beschäftigungsverhältnisse mit hohen Anreizen zur Selbstausbeutung, weil politische Mission und materielle Abhängigkeit (Beschäftigungsinteresse) beziehungsweise Organisationserhalt sich gegenseitig immens verstärken.

Aus der Summe der genannten Gründe ergeben sich die tendenziell niedrigen Einschätzungen des Ausmaßes von Antisemitismus durch die Polizei, die durch manifeste Restriktionen und weichere Anreize zu einer Begrenzung auf ein enges Themen- und Phänomenfeld führen. Die gleichen Aspekte, sorgen durch ihre meist gegenteilige Ausprägung im Fall der zivilgesellschaftlichen Organisation zu einer tendenziell hohen Sicht auf Ausmaß und Vorkommen von sowie Bedrohung durch Antisemitismus. Im extremen Fall führt dies zur Polarisierung in nivellierende oder bagatellisierend lesbare Einschätzungen auf der einen Seite und dramatisierende Einschätzungen ubiquitären Alltagsantisemitismus mit dauerhafter gewalttätiger Realisierungsoption auf der anderen. Erst das Wissen um die hier aufgeführten Faktoren und die vorn (Kapitel 2) explizierten jeweiligen organisationsspezifischen Prozesse der Konstruktion von Lageeinschätzungen erlauben eine kritische Bewertung und Einordnung der verschiedenen Problemsichten, ihrer Möglichkeiten und Begrenzungen.

8.2 Auseinandersetzungen mit Antisemitismus

In Berlin existiert ein breites Spektrum an Akteuren, die in unterschiedlichen Formaten und in unterschiedlichen Arbeitsansätzen den Themenkomplex Antisemitismus bearbeiten. Unterschieden wurde zwischen systematischen Beobachtungen und Dokumentationen von antisemitischen Ereignissen, der Strafverfolgung, dem anti-antisemitischen Diskurs, einer vielfältig ausgerichteten Beratungsarbeit sowie Bildungsangeboten. Im Rahmen der Untersuchung wurde der Akzent auf die öffentlich geförderten Bildungsangebote gelegt. Dazu gehören Fortbildungen für Multiplikator/innen (vgl. Abschnitt 6.3.2) und pädagogische Angebote für junge Leute. Die folgenden Überlegungen beziehen sich auf die letztgenannten Angebote.

Die Arbeit von freien Bildungsträgern wird zum ganz überwiegenden Teil in Kooperation mit Schulen vollzogen. Es gehört zu den ausgesprochenen Vorzügen der in Berlin praktizierten Auseinandersetzung mit Antisemitismus, dass die Bildungsangebote in hohem Maße konzeptionell auch auf die Arbeit mit jungen Leuten mit niedrigem Bildungsniveau eingestellt sind und dass sie diese Zielgruppen tatsächlich auch in erheblichem Maße erreichen. Die ansonsten häufig zu beobachtende Fokussierung auf bildungsprivilegierte junge Leute wiederholt sich in diesem Feld nicht.

Der Forschungsbericht stützt sich – wie gesagt – lediglich auf Interviews mit Akteuren, die Bildungsangebote konzipieren oder durchführen; weder wurden Bildungsveranstaltungen durchgeführt noch wurden Teilnehmer/innen befragt. Unter diesem methodischen Vorbehalt steht die Einschätzung, dass die Praxis der Bildungsarbeit eine eigene Realität entfaltet, die wohl teilweise auch unabhängig von dem steuernden Thema Antisemitismus ist. Dies ist in den themenunabhängigen Elementen des Settings begründet: Einmal erweist sich die Ergänzung von schulischen Angeboten durch Angebote von externen Trägern als sinnvoll. Dies hängt zusammen mit Rahmenbedingungen, die insgesamt die mit der Schule verbundenen Leistungsanforderungen und ihre gesellschaftlichen Selektionsaufgabe suspendieren. Zweitens arbeiten die untersuchten pädagogischen Projekte stark nach den Prinzipien einer Teilnehmer/innenorientierung. Methodisch wird dadurch das Ziel einer Subjektbildung unterstrichen. In der Folge scheint häufig eine Bildungskultur zu entstehen, deren Differenz zum schulischen Lernen von den Teilnehmenden positiv erlebt wird; sie scheinen eine wichtige Ergänzung zu rein schulischen Angeboten darzustellen. Ihre Existenz und ihre Qualität sind nicht vom Typ der Behandlung des Themas Antisemitismus abhängig.

8.2.1 Analytische Rekonstruktion der Bildungspraxis

Unterscheiden lassen sich die untersuchten Bildungsangebote nach der Art ihrer Befassung mit dem Antisemitismus-Komplex (Abschnitt 6.3.4). Der Typ der indirekten Befassung ist gekennzeichnet durch eine kontextualisierte Herangehensweise an das Thema Antisemitismus. Zu den Kontexten können historische und zeitgeschichtliche, kulturelle sowie aktuelle Themen der Gesellschaftspolitik und der internationalen Politik gehören sowie Fragen der individuellen und kollektiven Identitäten der Bildungsteilnehmer/innen. Dieser Typ kann insofern auch als erfahrungsbezogener oder konkretisierender Ansatz bezeichnet werden. Der zweite Grundtyp (direkte Bearbeitung) hingegen verfährt abstrahierend und setzt deduktiv bei jeweils bestimmten Antisemitismus-Definitionen ein. Ausgehend von den kategorialen Bestimmungen werden historische und aktuelle antisemitische Phänomene vorgestellt, problematisiert und in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Funktionsweisen analysiert. Dieser Typ ist durch eine kognitive oder abstrahierende Herangehensweise charakterisiert.

Der Sache nach werden von den Bildungsträgern verschiedenartige Aufgaben der eigenen Bildungsarbeit angesprochen. Es lassen sich dabei drei Komplexe unterscheiden: (1) Thematisierung von Meinungen, Einstellungen, Haltungen, Gefühlen und alltäglichen Redeweisen bei Schüler/innen, (2) die Ebene einer gegenständlichen Befassung mit Antisemitismus als explizitem Thema, also seiner Struktur und Geschichte und (3) die Motivierung und Mobilisierung, sich aktiv gegen Antisemitismus in ihrem schulischen und lokalräumlichen Umfeld zu positionieren. Aus unserer Außensicht lassen sich diese Ziele in einer aufstufenden Logik anordnen: Einer aktiven Beteiligung an anti-antisemitischen Aktivitäten im eigenen Umfeld oder einer weiteren Öffentlichkeit geht sinnvollerweise eine kognitive Befassung mit Antisemitismus voraus, um Kenntnisse zu diesem Thema zu erwerben. Dies wiederum basiert auf einer „Eingangsstufe“. Hier wird überhaupt erst die Bereitschaft zum Nachdenken und zur Selbstbesinnung geweckt; auf diesem Wege können die eigenen Vorstellungen, Gefühle und Meinungen, die man als Angehörige/r verschiedener Milieus und sozialer Gruppen in der Regel unbesehen übernimmt, Gegenstand einer Selbstreflexion werden. Unser analytisches Modell verbindet damit eine üblicherweise als „soziales Lernen“ bezeichnete Basisstufe mit dem „Dreischritt der politischen Bildung“, das heißt also der Trias von „Wissen vermitteln, Urteilsbildung ermöglichen und zur Mitwirkung anregen“ (Schröder 2011:176). Im Ergebnis würde man „Wissen vermitteln“ auf einer zweiten Stufe ansiedeln und „Urteilsbildung ermöglichen“ als umgreifende Aufgabe verstehen. Urteilsbildung fördern heißt demnach: (1) Alltagsbewusstsein reflektieren, (2) Gegenstandswissen vermitteln, (3) Zur Mitwirkung anregen.

Die Unterscheidung von zwei Grundtypen in der Bearbeitung des Themas und drei Aufgabenniveaus ist Teil der Ergebnisse der empirischen Untersuchung. Zugleich kann die analytische Rekonstruktion des Feldes auch für die künftige Bildungspraxis genutzt werden: Die dargestellten Grundtypen und die rekonstruierten Aufgaben der Bildungsarbeit stellen Instrumente dar, deren praktischer Wert nur im Hinblick auf bestimmte konkrete Zielgruppen und Problemlagen bestimmt werden kann. Weder ist der Typ einer indirekt verfahrenen Thematisierung noch der Typ einer direkten Auseinandersetzung mit Antisemitismus an sich „der richtige“. Das gleiche gilt für die drei Aufgabenkomplexe: Ob es mit einer konkreten Bildungsmaßnahme um erste Impulse zu einem Nachdenken über eigene Vorurteile geht, ob Wissen über Geschichte und Gegenwart antisemitischer Phänomene vermittelt werden soll oder ob überdies zu einem zivilgesellschaftlichen Engagement motiviert werden soll, lässt sich nicht abstrakt klären. Die Antworten bestimmen sich im Hinblick auf die jeweiligen Voraussetzungen, Wünsche und Interessen der Zielgruppen und auf die konkreten Situationen, in denen Bildungsmaßnahmen stattfinden. Die Unterscheidung von drei Aufgabenniveaus lässt sich überdies auch im Sinne der Abfolge und Aufstufung von Bildungsangeboten nutzen.

8.2.2 Situations- und Zielgruppenrelevanz

Letztlich können nur solche Themen und Fragen sinnvoll behandelt werden, für die sich Teilnehmer/innen interessieren, das heißt zu denen sie bereits eine eigene Verbindung aufgebaut haben oder aufbauen können. Dieses Eigeninteresse wiederum kann sich mit unmittelbar lebensrelevanten Themen verbinden, aber natürlich auch auf abstrakte Gegenstände beziehen. Das Thema Antisemitismus kann auch als abstrakter Gegenstand und insofern wissenschaftsanalog behandelt werden. Das wird vor allem dann sinnvoll sein, wenn man die Teilnehmer/innen nicht als Problemträger betrachtet. Ein großer Teil der Bildungsmaßnahmen, über die in den Interviews berichtet wurde, basiert allerdings auf anderen Voraussetzungen: Lehrkräfte oder andere Multiplikator/innen diagnostizieren ein Problem „mit Antisemitismus“ in ihren Einrichtungen und setzen sich daraufhin mit Expert/innen in Verbindung, um das Problem zu bearbeiten. In derartigen Fällen ist Antisemitismus nicht mehr ein bloßes Thema, sondern ein aktuelles Problem und die Bildungsteilnehmer/innen werden de facto als Problemträger wahrgenommen. Mit einer solchen Problemlage verändert sich

die ganze Konstellation: Die Teilnehmer/innen stehen unter dem moralisch schwerwiegenden Antisemitismus-Verdacht, die Pädagog/innen stehen unter einem gleichfalls moralisch hoch besetzten Handlungsdruck: Sie müssen Meinungs- oder Haltungsänderungen bei ihren Adressaten „bewirken“. Das ganze Setting hat mehr Ähnlichkeit mit einer unter Aufklärungsdruck stehenden kriminalistischen Ermittlergruppe als mit einer sinnvollen Lernsituation. In derartigen Konstellationen wird man eine direkte Bearbeitung von Antisemitismus als bloßes Thema nicht durchführen können, da nun im Begriff Antisemitismus Thema und Vorwurf amalgamiert sind. Die Adressaten werden sich wie kluge Angeklagte in einem rechtsstaatlichen Verfahren verhalten: Ihr Verhalten wird von der Existenz einer Anklage und dem Versuch deren Neutralisierung dominiert und nicht von Neugier, Interesse, Reflexionsbereitschaft und Meinungsänderung. Der Psychologe Klaus Holzkamp hat für die Schule diese Konsequenz als eine „Normalisierung auf defensives Lernen“ hin bezeichnet: „Weitgehende Zurückdrängung jedes eigenen Lerninteresses unter dem Druck des Zwanges zur Bedrohungsabwehr (...), damit Orientierung des Lernens nicht an inhaltlichen Kriterien, sondern vorwiegend an den Erwartungen des über Sanktions- und Disziplinarmacht verfügenden Lehrers“ (Holzkamp 1994:46).

Aussichtsreich sind deshalb die vielen untersuchten Ansätze, bei denen die Adressaten nicht als zu erziehende Objekte betrachtet werden, sondern als Subjekte, die in ihren Kompetenzen und ihren Orientierungsfähigkeiten gefördert werden. Dazu müssen Gegenstände gefunden werden, die sie in ihre subjektive Lernagenda aufnehmen können und wollen. Es empfehlen sich kontextualisierte und an den Interessen der Teilnehmenden ausgerichtete Themen. Die pädagogischen Impulse sind darauf gerichtet, die kulturellen und gesellschaftlichen Wissensvorräte, Diskurse und politischen Entscheidungen zum Lerngegenstand zu machen, die generell zu Vorurteilen, Diskriminierung und Verfolgung und damit zu Beeinträchtigungen eines selbstbestimmten Lebens führen (vgl. Holzkamp 1994).

8.3 Antisemitismuskurs und Bildungsarbeit

Die anhand der Trias von Exzeptionalismus, Legitimationssymbol und Unifizierung charakterisierte herrschende Kommunikationskultur zu Antisemitismus weist Tendenzen einer systematischen Entkonkretisierung und abstrakten Überformung bei der Beschreibung von Phänomenen der Alltagskommunikation und des Alltagsbewusstseins auf. Die axiomatisch vorausgesetzte Hochrelevanz des Themas Antisemitismus bei den meisten untersuchten Akteuren⁵⁷ fördert Wahrnehmungen und Bewertungen, die das Vorhandensein antisemitischer Phänomene oder eines ideologisiert-politischen Antisemitismus konstatieren, ohne dass dafür die üblichen Überprüfungskriterien gelten würden.

Als mediale Entsprechung dessen sei hier auf die Berichterstattung zu einem Überfall auf einen Israeli verwiesen: „Der Tagesspiegel“ meldete am 27.4.2014, dass ein 31-Jähriger von mehreren palästinensischen Jugendlichen beleidigt und geschlagen worden ist. Die Täter hatten ihr Opfer zunächst nach seiner Nationalität gefragt; als er sich als Israeli bezeichnete, stellten sie sich als Palästinenser vor, äußerten sich abfällig über Israel und verletzten ihr Opfer durch Fausthiebe. Mit der Überschrift „Antisemitischer Überfall: Mann aus Israel geschlagen“ dokumentiert die Zeitung, dass sie ihrer journalistischen Sorgfaltspflicht nur mit Einschränkungen nachgekommen ist. In dieser Weise wurde sie auch in entsprechenden Foren und Verteilern kolportiert. Die erwähnte Meldung und eine zweite vom 15.5.2014 zum gleichen Vorfall enthalten keine hinreichenden Informationen, die es rechtfertigen würden, hier von einem antisemitischen Phänomen auszugehen. Gleichwohl wird dieses Attribut in beiden Meldungen vergeben.⁵⁸ Die eventuell vorhandenen antisemitischen Motive werden als evident betrachtet, so dass die Möglichkeit eines (nahost-)politischen Konflikts nicht in Betracht gezogen wird.

In gewissem Sinne operiert man auf der Basis einer Voraussetzung, die mit der besonderen Bedeutung des Antisemitismus-Komplexes in der politischen Kultur korrespondiert und die darin besteht, dass Antisemitismus mindestens als weit verbreitetes diffuses Phänomen in der Bevölkerung angenommen wird. Unter dieser Voraussetzung werden die Begründungsverpflichtungen verringert. Dies steht allerdings im Kontrast zu den Folgen, die man bei einem erhärteten Antisemitismus zu gewärtigen hat und die als Kommunikationsausschluss beschrieben wurden. Mit einer gewissen beweispflichtentlasteten Unbekümmertheit scheint das Urteil „Antisemitismus“ vergeben werden zu können.

Dieses Phänomen zeigte sich in vielen Interviews dergestalt, dass von den Befragten über Antisemitismus oder antisemitische Tendenzen berichtet wurde, ohne dass dabei ein explizierbares Konzept von Antisemitismus verfügbar war. Fragen

⁵⁷ Dies ist bei Organisationen, deren Arbeit im Themenfeld Antisemitismus angesiedelt ist, nicht sehr überraschend. Gesamtgesellschaftlich gibt es, wie erwähnt, auch das Gegenstück, die per se vorgenommene Unterstellung, Antisemitismus sei kaum existent oder werde übertrieben (bspw. bei radikal pro-palästinensischen Gruppierungen oder im rechtsextremen Spektrum).

⁵⁸ „Der Tagesspiegel“, 24.4.2014, S. 10 und 15.5.2014, S. 10. Die „Jüdische Allgemeine“ (28.4.2014) hingegen formuliert sachlicher, was vorgefallen ist. Ihre Überschrift lautet „Arabische Jugendliche attackieren Israeli“.

nach dem zugrundeliegenden Konzept von Antisemitismus wurden häufig falladditiv und in suchenden Formulierungen beantwortet. Die empirischen Referenzen bestanden meist aus den sog. GMF- oder Mitte-Studien, auf die pauschal verwiesen wurde bzw. aus Verweisen auf Einzelfälle wie der Attacke auf eine Tanzgruppe der Jüdischen Gemeinde in Hannover im Juni 2010 oder dem Überfall auf Rabbi Alter im Sommer 2012 in Berlin.

Wie oben bereits angemerkt, ist es für die pädagogische Praxis nicht per se ein Defizit, wenn sie nicht über begrifflich feindifferenzierte Konzepte von Antisemitismus verfügt. Pädagogische Arbeit folgt schließlich einer anderen Logik als die Forschung. Problematisch scheint es indes zu sein, wenn nicht mehr über konkrete Phänomene gesprochen wird, die darstellbar sind und bei denen den Handlungsmotiven konkreter Personen und Gruppen nachgegangen werden kann. Stattdessen scheinen Besorgnis- und Alarmtendenzen in der öffentlichen Debatte anerkannt zu werden, deren Beweiskraft überwiegend darin liegt, dass sie mit einem zentralen politischen Legitimitäts-Symbolismus kompatibel sind. Soweit Bildungsarbeit (miss-)verstanden wird als Präventionsmaßnahme pädagogischer Art gegen Antisemitismus, kommt ein weiteres Problem hinzu: Eine transthematisch angelegte Bildungsarbeit ist der Förderung der Subjekthaftigkeit ihrer Adressaten verpflichtet (vgl. Scherr 2010). Im Unterschied hierzu unterstellt sich eine „Präventivpädagogik“ dem sehr viel enger gefassten Auftrag, sozial missliebige und gefährliche Vorstellungen, Denkweisen oder Haltungen zu reduzieren. Diese eingeschränkte technokratische Perspektive erst macht es erforderlich, über einen Begriff von Antisemitismus und Wirkungsmodelle zu verfügen, mit denen Art und Umfang der Ausgangsprobleme, die Qualität der Maßnahme selbst sowie die durch die eigene Arbeit hervorgerufenen Effekte bei den Adressaten als messbare Größen überprüft werden können.

Die mit der Praxis verzahnten konzeptionellen Weiterentwicklungen bei einigen der untersuchten Bildungsanbieter haben zu einem explizierten Verständnis der spezifischen Möglichkeiten der eigenen Arbeit geführt. Dazu gehört insbesondere auch, Ziele und Grenzen von Bildungsarbeit als solcher zu benennen:

Zu erreichen, dass es keinen Sinn mehr macht für die einzelnen, sich antisemitischer Deutungen zu bedienen. Und dabei nicht zu stigmatisieren, sondern zu gucken, warum bedienen sich Leute dieser Muster, und kann man ihnen nicht andere, bessere Instrumente zur Hand geben? Wer dann trotzdem weiterhin antisemitische Argumentationen oder Stereotype reproduziert, entscheidet sich bewusst dafür. Da ist die Grenze der Bildungsarbeit erreicht. (D35)

Das in Berlin existierende breite Bildungsangebot zum Thema Antisemitismus hat einerseits sicher Einflüsse auf die Bildungsteilnehmer/innen. Zum anderen lässt sich eine wohl unbeabsichtigte Wirkung der Bildungsarbeit auf den öffentlichen Diskurs über Antisemitismus feststellen: Bildungsarbeit wendet sich in der Hauptsache an diejenigen, bei denen man – ganz im Sinne des obigen Zitats – aufgrund ihres Alters und ihrer Entwicklungsphase eine gewisse Offenheit und Orientierungssuche annimmt. Überzeugte Antisemiten scheinen in der Regel nicht anti-antisemitisch überzeugbar zu sein und bewegen sich insofern außerhalb des Handlungshorizonts von Bildungsanbietern. Dies führt dies bei vielen Befragten dazu, dass sie antisemitische Phänomene vornehmlich unter der Perspektive von potentiellen Bildungsaufgaben wahrnehmen und beschreiben. Damit verschiebt sich der Fokus der öffentlichen Diskurse teilweise weg vom politischen und ideologischen Antisemitismus (vgl. Erb 2007; Farschid 2007) hin zu weicheeren antisemitischen Phänomenen unter jungen Leuten. Festgehalten aber werden muss, dass es nach wie vor einen dogmatischen Antisemitismus gibt, dem als Überzeugungssystem schwer beizukommen zu sein scheint.

8.4 Exkurs: Antisemitische Phänomene unter jungen Muslimen

Es gibt in der öffentlichen Debatte über Antisemitismus eine hohe Aufmerksamkeit für antisemitische Phänomene, die von jungen Muslimen ausgehen oder ihnen zugeschrieben werden. Auch in der bisherigen Auswertung der Interviews und Materialien wurde das Thema „muslimischer Antisemitismus“ bereits mehrfach angeschnitten. Aufgrund dieser herausgehobenen Bedeutung wird es hier in einem Exkurs gesondert behandelt, der systematisch Ergebnisse von neueren bundesweit angelegten – und insofern berlinunspezifischen – Studien zusammenfasst. Sie werden durch Befunde aus hermeneutisch-interpretierenden Forschungen, zum Teil auch aus Berlin, ergänzt. Sie bieten eine Basis zur Bewertung der Debatte und für Empfehlungen zur Ausrichtung von Programmen an.

In Berlin leben rund 2,08 Mio. Personen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, rd. 941.000 Personen sind Mitglieder der beiden großen christlichen Konfessionen und rund 249.000 Personen sind Muslime (Amt für Statistik 2013: 33, 162f.).⁵⁹ Bereits diese Angaben zeigen, dass es sich bei den religiösen Gruppen um rein statistische Zusammenfassungen handelt, nicht um lebenswirkliche soziale Einheiten: Es liegt auf der Hand, dass das statistische Merkmal einer Religionszuordnung für sich genommen nur zu unzureichenden Schlussfolgerungen über die Lebensverhältnisse, das Handeln und Denken der betreffenden individuellen Personen führen kann. Gleichwohl wird eine Debatte um die Frage geführt, ob es einen spezifischen muslimischen Antisemitismus gibt, wie er sich möglicherweise von anderen antisemitischen Phänomenen unterscheidet, welches Ausmaß er hat und wie mit ihm umzugehen ist. Diese Debatte steht in enger Verbindung mit politischen und militärischen Ereignissen. Die einschlägigen Diskussionen haben im Jahr 2000 mit der zweiten Intifada begonnen und sind durch die Anschläge in den USA vom 11.9.2001 verstärkt worden. Seitdem wird zu diesem Thema intensiver geforscht und lebhafter diskutiert.

8.4.1 Umfrageforschung

Untersuchungen zu antisemitischen Phänomenen unter jungen Leuten, die muslimisch sozialisiert sind, wurden sowohl als breit angelegte Umfrageforschungen wie auch als qualitative Forschungen angelegt. Beide Typen von Forschungen differenzieren den Antisemitismusbegriff. Bei den Survey-Untersuchungen ist dies erforderlich, um geeignete Items für die Erhebung zu formulieren, bei den qualitativen Forschungen gehört eine Ausfächerung des Antisemitismus-Begriffs auf Basis der Bedeutungsbeimessung der Befragten zu den Ergebnissen (vgl. Glaser/Hohnstein 2012).

Die Untersuchung von türkischen Jugendlichen aus der zweiten Hälfte der 1990er Jahre fragt unter anderem im Zusammenhang von subjektiven Bedrohungsgefühlen nach ihrer Bewertung des Zionismus. Rund ein Drittel der rund 1.200 befragten 15- bis 21-Jährigen Schülern und Auszubildenden aus Nordrhein-Westfalen stimmt dem Item zu „Der Zionismus bedroht den Islam“, knapp 40 % sind der Auffassung „Der Zionismus, die EG und die USA bedrohen den Islam“ (Heitmeyer/Müller/Schröder 1997: 267, 271). Die Studie versteht diesen Befund als „verdeckten Antisemitismus“ (181). Diese Untersuchung bezieht sich nur auf junge Leute türkischer Herkunft. Spätere Forschungen beziehen auch Vergleichsgruppen ein.

Dazu gehört die Studie von Brettfeld/Wetzels aus dem Jahr 2007. Sie untersucht Integration und Integrationsbarrieren und Religion von Muslimen sowie deren Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Verglichen wurden drei Gruppen: Junge Muslime, Nichtmuslime mit Migrationshintergrund und einheimische junge Leute in den Stadtregionen Berlin (West), Hamburg, Köln und Nürnberg (275). In gesonderten Untersuchungen wurden SchülerInnen und Studierende aus diesen drei Gruppen befragt. Antisemitismus wurde hier als religiöses Vorurteil untersucht. Die drei Gruppen wurden mittels des Items „Menschen jüdischen Glaubens sind überheblich und geldgierig“ befragt, den nichtmuslimischen Befragten wurde das Item vorgelegt „Muslime sind intolerant und gewalttätig“, während das entsprechende Item für die Muslime lautete: „Christen sind intolerant und gewalttätig“. Bezogen auf die rund 2.600 befragten Schüler und Schülerinnen der 9. und 10. Jahrgangsstufe lautet ein Ergebnis: „Zwischen den drei Gruppen finden sich zudem auffällige Unterschiede: Bezogen auf antisemitische Vorurteilsbekundungen äußern junge Muslime mit 15,7% die höchste Zustimmung. Bei den Nichtmuslimen mit Migrationshintergrund liegt diese Quote bei 7,4 % und bei den einheimischen Jugendlichen bei 5,4%.“ (275).

Dieser Befund, der für die Studierenden ähnlich ausfällt, scheint zu bestätigen, dass religiöse antisemitische Vorurteile bei jungen Muslimen in höherem Maße vorhanden sind als bei Nichtmuslimen. Die weitere Analyse zeigt jedoch, inwiefern dieser Eindruck oberflächlich bleibt: Stellt man nämlich das Bildungsniveau der Eltern der Befragten und ihr eigenes Bildungsniveau in Rechnung, vergleicht man also die befragten Muslime mit Nichtmuslimen des gleichen Bildungshintergrundes, so verschwinden die Unterschiede. Nichtmuslimische Befragte mit ähnlichem formellem Bildungsniveau weisen die gleichen Anteile an religiösen Vorurteilen gegenüber Juden auf.⁶⁰ Dies gilt auch gegenüber den Christ/innen als dritter Glaubensgruppe. Auf Seiten der Muslime ist die religiöse Intoleranz in der Tendenz niedriger als bei den einheimischen Nichtmuslimen (Brettfeld/Wetzels 2007:338).

Diese Studie macht also deutlich, was auch in Forschungen zur Kriminalität von Personen mit Migrationshintergrund bekannt ist (Ohder 2012): Nicht das Merkmal „muslimischer Glaube“ oder „Migrationshintergrund“, sondern sozialstrukturelle Merkmale (Bildungsniveau, Einkommen etc.) sind für eine höhere Belastung ursächlich. Da der Anteil der

⁵⁹ Stand: 31.12.2011/ 31.12.2012.

⁶⁰ Für die untersuchten Studierenden macht die Studie in dieser Hinsicht keine Aussagen.

Bildungsbenachteiligten unter den in Deutschland lebenden Muslimen höher ist als bei den Nichtmuslimen, kann der Eindruck entstehen, die Glaubenszugehörigkeit als solche sei ausschlaggebend.

Mansel und Spaier haben 2008/09 gruppenabwertende Vorurteile (GMF) bei vier Gruppen im Vergleich untersucht: Deutsche ohne Migrationshintergrund, Aussiedler, Jugendliche aus muslimischen Sozialisationskontexten, Jugendliche mit sonstigem Migrationshintergrund (Mansel/Spaier 2010:16; Mansel/Spaier 2012). Insgesamt wurden rund 2.400 Jugendliche der 10. und 11. Jahrgangsstufe (15, 17) aus vier westdeutschen Regionen befragt. Innerhalb des Spektrums antisemitischer Einstellungen wurden vier Aspekte bei den vier Gruppen vergleichend untersucht: israelbezogener Antisemitismus, religiöser Antisemitismus, Sympathie für palästinensischen Widerstand und Verständnis für israelische Politik (Mansel/Spaier 2010:23).

Festgestellt werden markante Unterschiede zwischen den vier Gruppen, die teilweise intern weiter unterschieden wurden. Auf einer vierstufigen Antwortskala stimmten 41,5 % der arabischstämmigen Jugendlichen dem Statement „Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer“ völlig zu. Bei den türkischstämmigen Jugendlichen waren es 25,6%. Bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund betrug der Prozentsatz 2,9 und bei den Jugendlichen mit sonstigem Migrationshintergrund 3,1 (24). Auch dem Item „Bei der Politik, die Israel betreibt, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ stimmen mehr als zehnmal so viele Jugendliche aus muslimischen Sozialisationskontexten völlig zu wie Deutsche ohne Migrationshintergrund (24). Die Unterschiede zwischen den Gruppen fallen beim religiösen Antisemitismus etwas geringer aus: Rund Jeder fünfte der arabischstämmigen Jugendlichen stimmt dem Item „In meiner Religion sind es die Juden, die die Welt ins Unheil treiben“ völlig zu; das sind zehnmal so viele wie etwa bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund (Mansel/Spaier 2010: 25).

Ein komplexes Erklärungsmodell für antisemitische Einstellungen wurde lediglich für den „israelbezogenen Antisemitismus“ bei muslimisch sozialisierten Jugendlichen erstellt. Mansel/Spaier legen ihrer Untersuchung die Theorie der sozialen Identität zugrunde. Demnach sind Individuen bestrebt, eine negative Bewertung ihrer Eigengruppe auf verschiedenen Wegen zu kompensieren. Eine Möglichkeit besteht darin, eine Vergleichsgruppe heranzuziehen, über deren Herabsetzung man sich selbst aufwertet (51). Dieses Modell wird für die Erklärung des israelbezogenen Antisemitismus verwendet. Zur negativen Bewertung der Eigengruppe tragen Diskriminierungserfahrungen in der Schule und die negative gesellschaftliche Kommunikation über Muslime bei. Einfluss auf die Aufwertung der Eigengruppe über eine Abwertung Israels oder der Juden haben auch die transnationale Mediennutzung und politische Sozialisation durch Moscheebesuche (Mansel/Spaier 2010: 51).

Ebenfalls mit Vergleichsgruppen arbeitet die Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“, die mit der Zielstellung erarbeitet wurde, ein Instrumentarium zur Prävention islamistischer Radikalisierungsprozessen bereitzustellen (Frindte et al. 2011). Untersucht werden deutsche Nichtmuslime, deutsche Muslime und nichtdeutsche Muslime im Alter zwischen 14 und 32 Jahren (122). Die Untersuchung erfolgte als Panelbefragung in zwei Wellen. Die folgenden Ergebnisse beziehen sich auf die erste Untersuchungswelle Ende 2009, bei der 923 Personen befragt wurden (138, 243).

Diese Studie geht von insgesamt fünf Facetten antisemitischer Einstellungen aus; tatsächlich untersucht werden davon zwei Facetten. Antisemitismus wird operationalisiert einmal als „antizionistische Einstellungen“ und zweitens als „israelkritische Einstellungen“ (157f., 222). Antizionistische Einstellungen werden über das Item erhoben „Es wäre besser, wenn die Juden den Nahen Osten verlassen würden“. Israelkritische Einstellungen werden abgefragt mit „Israel ist allein schuldig an der Entstehung und Aufrechterhaltung der Konflikte im Nahen Osten.“ (157). Untersucht wurden in drei Teilstichproben deutsche Nichtmuslime, deutsche Muslime und nichtdeutsche Muslime (159). Es zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den drei Gruppen: Die deutsche Nichtmuslime geben weniger Vorurteile gegenüber den Juden bzw. Israel an als die beiden Muslimgruppen (218f.). „Keine der muslimischen Gruppierungen (...) weist so niedrig ausgeprägte ‚Vorurteile gegen Juden‘ auf wie die deutschen Nichtmuslime.“ (249)

Es bestehen deutliche Unterschiede im Ausmaß der gemessenen Vorurteile der Muslime nach ihrer ethnisch-kulturellen Herkunft. Unterschieden wird zwischen sieben Herkunftsregionen. Die höchsten Werte werden bei den Muslimen festgestellt, die im Nahen Osten und der arabischen Halbinsel geboren wurden, die niedrigsten Werte bei den vom Balkan stammenden (230). Innerhalb der Gruppe der Muslime spielen die Variablen Alter und beruflicher Status eine Rolle: Die Älteren und die Schüler bzw. Studierenden weisen niedrigere Vorurteilsraten auf als die Jüngeren und die Hausfrauen/-männer sowie die Auszubildenden (247).

Eine Gemeinsamkeit der ausgewählten Studien besteht in ihrer Differenzierung des Antisemitismus-Begriffs. Als standardisierte Befragungen müssen sie gemäß der Methodologie der empirischen Sozialforschung den abstrakten Allgemeinbegriff Antisemitismus in transparenter Weise operationalisieren, um präzise Items formulieren zu können und letztlich valide Ergebnisse zu erzielen. Diese Konkretisierungen dokumentieren sich in der Identifikation von inhaltlichen Facetten des Antisemitismus-Begriffs. In der aktuellen empirischen Forschung arbeitet man hierbei mit unterschiedlichen Modellen. Frindte et al. unterscheiden zwischen manifesten antisemitischen Einstellungen, latentem Antisemitismus, sekundärem Antisemitismus, antizionistischen Einstellungen und israelkritischen Einstellungen. Ebenfalls fünf Facetten werden in den GMF-Forschungen verwendet (vgl. oben Abschnitt 5.2.1). Mansel/Spaiser fügen diesen fünf Facetten die sechste des religiös legitimierte Antisemitismus hinzu (2010: 22f.; vgl. Möller 2012).

Die von der Umfrageforschung identifizierten verschiedenen antisemitischen Phänomene („Facetten“) gehen teilweise auf unterschiedliche Ursachen zurück und lassen sich deshalb nicht bei allen Untersuchungsgruppen gleichermaßen beobachten (Mansel/Spaiser 2010:23). Festzuhalten bleibt: Diese unterschiedlich angesetzten Operationalisierungen erfassen eine theoretische und empirische Komplexität, die mit der problematischen unifizierenden Verwendungsweise des Antisemitismusbegriffs im öffentlichen Diskurs in Widerspruch steht (vgl. Abschnitt 2.2).

8.4.2 Qualitative Forschungen

Neben den Umfrageforschungen liegen verschiedene qualitativ ausgerichtete Untersuchungen vor, die nach den inneren und äußeren Kontexten und dem subjektiven Sinn fragen, den die Untersuchten mit dem Einnehmen von antisemitischen Positionen oder dem Gebrauch antisemitischer Stereotypen verbinden. Die spezifische Leistung der hermeneutisch-interpretierenden Forschungen besteht in der detaillierten Analyse von einzelnen Deutungsmustern zum Themenkomplex Antisemitismus; ihre Aufgabe ist die Rekonstruktion der jeweiligen Strukturlogik, die der Darstellung von interviewten Personen oder Gruppen zugrunde liegen. Derartige Forschungen können keine Aussagen zum Verbreitungsgrad bestimmter Deutungsmuster machen.

Eine differenzierte Typologie antisemitischen Redens findet sich in der Studie von Albert Scherr und Barbara Schäuble, die in verschiedenen Jugendkulturen Gruppendiskussionen durchgeführt haben. Sie haben mit engagierten Anti-Antisemit/innen gesprochen, mit durchschnittlichen jungen Leuten homogen deutscher Herkunft, mit multinational zusammengesetzten Jugendgruppen und mit rechtsextrem Orientierten sowie Organisierten. Aussagen mit einem manifest antisemitischen Inhalt lassen sich in vier verschiedenen Kontexten identifizieren: (1) Antisemitische Fragmente in widersprüchlichen Argumentationen von jungen Leuten, die sich gerade als anti-antisemitisch verstehen. (2) Als Argumentationen im Kontext eines identitätsrelevanten rechtsextremen, aber deshalb nicht notwendig auch offen antisemitischen Selbstverständnisses. (3) Im Zusammenhang mit politisch-religiösen Selbstdefinitionen als Moslem in einem nichtmuslimischen Land, die einen offenen Antisemitismus einschließen können. (4) Schließlich werden antisemitische Aussagen auch von jungen Leuten formuliert, die sich in historisch-generationeller Distanz zum Nationalsozialismus sehen und eine positiv bewertete nationale Identität beanspruchen (Scherr/Schäuble 2007: 46). Typ 3 wird als eine Verarbeitung von Benachteiligungserfahrungen verstanden, bei der man sich der Interpretationsangebote islamistischer Fundamentalisten bedient. Ganz ähnlich wie die Erklärungen in der Studie von Mansel/Spaiser (2010) liegt den antisemitischen Äußerungen dieses Typs „eine Sichtweise der Muslime als Opfer ungerechter Verhältnisse und von Diskriminierung (zugrunde), während Juden als Täter und Privilegierte dargestellt werden.“ (Scherr/Schäuble 2007: 40).

Günter Jikeli (2012) hat ebenfalls auf die Existenz unterschiedlicher inhaltlicher Akzentsetzungen in antisemitischen Aussagen hingewiesen. Quelle seiner Analysen von Antisemitismus bei muslimischen Jugendlichen dreier europäischer Metropolen, darunter Berlin, sind 100 narrative Interviews. In ihnen fand er klassischen Antisemitismus, israelbezogenen Antisemitismus, mit dem Islam begründeten Antisemitismus und antisemitische Argumentationsmuster ohne argumentative Begründungen. Diese Phänomene seien jedoch meist von fragmentarischem oder nicht weltbildhaft gefestigtem Charakter. Andere Untersuchungen mit Berlinbezug legen dies ebenfalls nahe (Jikeli 2012: 308; Fréville/Harms/Karakayali 2010: 189). Eine jüngere Studie geht den Umgangsweisen arabisch- und türkischstämmiger Jugendlicher aus Berlin mit dem Holocaust nach. Auch sie kommt zu dem Ergebnis, dass antisemitischen Äußerungen und Einstellungen nur vollständig verstanden werden können, wenn man das höhere Ausmaß an Diskriminierungserfahrungen dieser Gruppe in der Mehrheitsgesellschaft (Gryglewski 2013; vgl. Mansel/Spaiser 2010: 4, 32 ff.) mit in die Analyse einbezieht. Die Beiträge von Follert/Stender (2010) und Schu (2012) weisen in die gleiche Richtung. Damit kommen auch die strategischen Momente ins Blickfeld: Antisemitische Äußerungen können als trotziger Bruch eines Konsenses der nicht inklusiven Mehrheitsgesellschaft fungieren, mit denen oppositionelle soziale Identitäten markiert werden. Diese Phänomene

müssen also im Kontext intersektioneller Diskriminierungspraxen und -erfahrungen sowie Opferkonkurrenz (Fréville/Harms/Karakayali 2010: 197) verstanden werden.

8.4.3 Hauptbefunde

Die Untersuchungen haben nicht reales Verhalten erforscht und nur in einzelnen Fällen wurden Handlungsbereitschaften bekundet. Für die Einschätzung möglicher Gefahrenpotentiale ist dies ein wichtiger Gesichtspunkt: Untersucht wurden Einstellungen und Argumentationen, nicht Verhaltensweisen und Handlungen. Einstellungen, Meinungen und Deutungsschemata führen nicht unmittelbar zu Handlungen. Ein Gefährdungspotential besteht mittelbar, insofern sie mögliche Grundlagen problematischer Verhaltensweisen darstellen.

Die Bezugsobjekte der Einstellungen werden unterschiedlich definiert: Judentum als Religion, Israel als Staat, Zionismus als politische Bewegung. Inwieweit Kritik an israelischer Regierungspolitik oder Antizionismus zu Recht als Aspekt von Antisemitismus gilt, wäre jeweils eigens zu prüfen (vgl. Ullrich 2013: 51ff.). Es ist oben bereits darauf hingewiesen worden, inwieweit die umstandslose Gleichsetzung von Israel und Juden sowie die Identifikation von Zionismus und Juden problematisch sind (Abschnitt 6.3.5). Unabhängig von der erforderlichen Klarheit und Präzision bei Problembeschreibungen, steht außer Frage, dass die erhobenen negativen Einstellungen ihren potentiell sozialschädlichen Charakter nicht verlieren, wenn sie nicht im engeren Sinne als antisemitisch, sondern als israelfeindlich oder als antizionistisch kategorisiert werden. Sie können, falls weitere spezifische Voraussetzungen erfüllt sind, mit dazu beitragen, dass es zu Bedrohungen und Angriffen auf jüdische bzw. als jüdisch geltende Personen und Einrichtungen kommen kann (vgl. Lapeyronnie 2005).⁶¹

Das Ausmaß von antisemitischen, antiisraelischen und antizionistischen Einstellungen und Meinungen ist – aufs Ganze gesehen – unter muslimischen jungen Leuten höher als in nichtmuslimischen Bevölkerungsteilen. Diese auf Basis der oben genannten Studien getroffene Feststellung ist allerdings insofern problematisch als die Kategorisierung „Junge Muslime“ selbst lediglich die Merkmale „Alter“ und „Religion“ berücksichtigt und andere wichtige soziale Merkmale (unter anderem formelles Bildungsniveau, Einkommen) ausklammert. Der Befund einer erhöhten Belastung muslimischer Bevölkerungsteile mit antisemitischen, antizionistischen und israelkritischen Einstellungen und Deutungen geht insofern auf eine selektive Perspektive zurück.

Antisemitische, antiisraelische und antizionistische Positionierungen stehen in empirisch nachweisbaren Zusammenhängen mit sozialen Benachteiligungen, erfahrener Diskriminierung und Abwertung der sozialen Identität.

Es scheinen derzeit keine Studien vorzuliegen, die sich mit den Urhebern und Umständen von antisemitischen Gewaltdelikten befassen. Die für Berlin vorliegenden Statistiken weisen bei der Beteiligung an antisemitischen Gewaltdelikten eine vergleichsweise stärkere Beteiligung von Personen muslimischen Glaubens auf. Hier besteht also derzeit weiterer Forschungsbedarf.

Festzuhalten bleibt, dass eine pauschalisierende Rezeption von vorliegenden Studien zu antisemitischen Phänomenen unter jungen Muslimen unangemessen ist. „Den Antisemitismus“ von jungen Muslimen haben die Forschungen nicht untersucht, sie haben sich vielmehr mit antisemitischen Einstellungen und Äußerungen in unterschiedlichen inhaltlichen und sozialen Kontexten befasst. Die Standards sowohl der quantitativen wie die der qualitativen Forschung sind dabei auf Differenzierung und damit auf nicht-unifizierende Verwendungen des Antisemitismusbegriffs ausgerichtet.

8.4.4 Praktische Empfehlung

Erhebliche Unterschiede zwischen muslimischen und nichtmuslimischen jungen Leuten bestehen im Verhältnis zu Israel, zum Zionismus oder den Juden im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts. Dieser erweist sich als der zentrale Kristallisationskern von israelkritischen, antizionistischen und antisemitischen Haltungen bei muslimischen Jugendlichen. Für den (mutmaßlich) kleineren Teil gehen die Parteinahmen für Palästinenser/innen und eine generalisierte Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden auf unmittelbare eigene leidvolle Erfahrungen bzw. auf Erfahrungen der Eltern- und Großelterngeneration im nahöstlichen Konfliktgeschehen zurück. Für die vermutlich größere Zahl muslimischer junger Leute sind radikal propalästinensische Identifikationsbekundungen sowie die Feindbilder „Israel“ oder „die Juden“ nicht in dieser Weise erfahrungsbasiert. Sie sind Elemente in Großnarrativen, in denen eine generelle Unterdrückung

61 Vgl. zu diesen Aspekten auch die differenzierten Ausführungen im Antisemitismus-Bericht des EUMC 2002/2003 (EUMC 2004:11-14).

der muslimischen Welt durch „den Westen“ beklagt wird oder die Erfahrungen von tatsächlicher wie vermeintlicher Unterprivilegierung, Diskriminierung und Rassismus von Migrant/innen in Einwanderungsländern verarbeitet werden (vgl. Mansel/Spaiser 2012). Antisraelische, antizionistische und antisemitische Deutungsmuster und Einstellungen sind insofern bezogen auf die aktuellen Erfahrungen, auf heutige individuelle Selbstbilder und die Konstruktion sozialer Identitäten in der Bundesrepublik funktional, d.h. ihre Verwendung hat einen Nutzen für die jeweilige soziale Selbstdarstellung und die politisch-weltanschauliche Orientierung ihrer Anwender/innen. Dieser subjektive Sinn kann – auf der Ebene des Verhältnisses zwischen Juden und Nichtjuden – in der Aufwertung der Eigengruppe durch Abwertung der als Bedrohung konstruierten „Juden“ liegen, er kann – auf der Ebene der Diskurse über Antisemitismus – auch in der Konstitution einer religiös-kulturell verstandenen Eigengruppe als Opposition gegenüber dem offiziellen Antisemitismustabu liegen. Die funktionale Perspektive auf die Verwendung von Feindbildern speziell bei Angehörigen von ethnisch, kulturell oder religiös (selbst-)definierten Minderheiten führt zu einer gleichfalls funktionalen und grundsätzlichen Perspektive bei der Veränderung von Vorurteilen und problematischen Deutungsmustern (vgl. dazu Möller 2007, 2012). Allgemein lässt sich die Aufgabe als die einer Reduzierung von kollektiven Abwertungen und Diskriminierungen entlang religiöser Unterscheidungen in der öffentlichen Kommunikation bezeichnen. In Verbindung mit einem Abbau von Unterprivilegierung, Diskriminierung und Rassismus gegenüber migrantischen Gruppen soll damit die subjektive Notwendigkeit verringert werden, problematische Selbstzuordnungen und Feindbilder zu verwenden. Daraus folgt hier die konkrete Empfehlung, Förderprogramme für pädagogische Maßnahmen nicht auf einzelne Minderheiten auszurichten, die als Problemträger konstruiert werden.

Prinzipiell stehen in dieser Frage zwei Optionen offen: Einmal können gesellschaftliche Teilgruppen als besonders belastete Antisemitismusträger explizit benannt werden. Mit einer solchen Hervorhebung wird den betreffenden Gruppen ein besonderer Bildungs- und Förderungsbedarf attestiert. Zum anderen aber werden sie als Normverletzter markiert, die den Anti-Antisemitismus, nicht zuletzt ein zentrales staatliches Legitimitätssymbol negieren. Eine solche Stigmatisierung anstelle einer Analyse komplexer Bedingungsgefüge (vgl. Abschnitt 8.5.1) kann nicht sinnvoll sein, wenn gleichzeitig Integration und Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund propagiert werden. Die zweite Option besteht darin, für das staatliche Bildungssystem und zusätzlich geförderte Maßnahmen von einem generalisiert formulierten Bildungsbedarf auszugehen, der die Etablierung von Werten wie Demokratie, Respekt und Anerkennung zum Ziel hat. Die zweite Option vermeidet ungewollte sekundäre Stigmatisierungen und entkoppelt die Aufgabe, im Bildungssystem zivildemokratische Organisationskulturen, Praktiken und individuelle Orientierungen zu etablieren vom allgemeinen Antisemitismus-Diskurs und seinen politisch-symbolischen Aufladungen.

Damit entgeht man auch der Gefahr, mittels der Formulierung von Programmkonzepten an zirkulären Selbstbestätigungen von möglicherweise verzerrten Problem-Diagnosen mitzuwirken: Öffentlich wird, wie erwähnt, in der Regel über antisemitische Phänomene in der Weise diskutiert als habe man es dabei mit einem konsistenten politischen oder weltanschaulichen Antisemitismus zu tun. Einstellungsbefunde, einzelne Übergriffe, bewusst provokante Positionierungen zur deutschen Erinnerungskultur oder schlicht einseitige Parteinahmen im israelisch-palästinensischen Konflikt werden als Erscheinungen „des Antisemitismus“ behandelt. Dabei geht die Aufmerksamkeit für einen wirklich ideologisch konsistenten und politisch-programmatischen Antisemitismus (etwa im Rechtsextremismus oder im Islamismus (Erb 2007; Farschid 2007) zurück und man konzentriert sich auf leicht zugängliche, sichtbare und schein evidente Phänomene. Dazu gehört auch die These, „der Antisemitismus“ sei unter muslimischen Jugendlichen relativ stark ausgeprägt. Folgt man in der Formulierung von Förderrichtlinien solchen öffentlichen Akzentsetzungen und markiert Schwerpunkte im Bereich eines „Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft“, so wird damit offiziös die Existenz eines besonderen sozialen Problems attestiert.

8.5 Handlungsempfehlungen

An verschiedenen Stellen der vorliegenden Studie ist deutlich geworden, in welchem hohen Maße die Thematisierung von Antisemitismus in Berlin von den Eigenarten geprägt wird, die generell den öffentlichen Diskurs in Deutschland zu diesem Thema bestimmen. Mit der Hochvalenz des Themas als politisches Legitimitätssymbol, den Bedingungen der Moralkommunikation, der entdifferenzierenden und sich tendenziell verselbständigenden Sprechweisen über „den Antisemitismus“, der politischen Steuerung einer Förderung der Themenbehandlung als solcher sowie der offiziellen Fokussierung auf bestimmte Themenaspekte und Trägergruppen ragen allgemeine Diskurs- und Politikbedingungen in den Bereich von Schulpädagogik und externer Bildungsarbeit. Diese starke Verschränkung macht es erforderlich, Empfehlungen getrennt für den Antisemitismus-Diskurs und für die Bildungsarbeit zu formulieren.

8.5.1 Empfehlungen zur Kommunikation über Antisemitismus

Es mag etwas Illusorisches haben, Empfehlungen für den Diskurs zu geben, wissen wir doch zu gut, dass gesellschaftliche Diskurse als regelgeleitete Praxen der Konstitution sozialer Wirklichkeit (Foucault 2008; Foucault 1997) entsprechenden Steuerungsversuchen gegenüber zumindest eine gewisse Resistenz zeigen – ohne dass Wandel deswegen ausgeschlossen wäre (Keller 2008). Wir versuchen uns trotzdem in Empfehlungen – aus dem aufklärerischen Impuls heraus, dass auch bei komplizierten Themen kommunikative Verständigung möglich sein muss.

Genauer Sprachgebrauch

Der Begriff „antisemitische Phänomene“ (adjektivischer Gebrauch) ist in der Studie weit gefasst. Er ist geeignet, auch alltägliche, nicht strafrechtlich relevante Phänomene zu bezeichnen, die in anderen Studien als „Antisemitismen“, „fragmentierter Antisemitismus“ oder schlicht als widersprüchliche Elemente von Alltagsbewusstsein beschrieben werden. Der engere Begriff Antisemitismus (substantivischer Gebrauch) ist demgegenüber für solche Phänomene zu reservieren, bei denen die Ablehnung von Juden als Juden ideologisch oder in anderer Weise weltanschaulich verankert ist bzw. als Teil eines politischen Programms formuliert wird.

Abzuraten ist von der Annahme, man habe es in der historischen Wirklichkeit mit einem in sich identischen Antisemitismus zu tun, der im Laufe der Geschichte lediglich sein Gesicht gewechselt habe oder verschiedene Formveränderungen durchlaufen habe; eine solche Identität ist allenfalls für Antisemitismus als Weltanschauung auf der Ebene der Semantik feststellbar (und auch das nur für gewisse Zeiten). Nur ein Teil der heutigen antisemitischen Phänomene aber kann als Weltanschauung oder als weltanschauungsbasiert beschrieben werden. Gegen die Annahme einer substantiellen historischen Kontinuität spricht der Wandel der konstitutiven Kontextbedingungen. Die sachlich-qualitativen Unterschiede der historischen Kontexte zwischen dem sog. „klassischen Antisemitismus“ im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, der Praxis des nationalsozialistischen „Vernichtungsantisemitismus“, einem „sekundären Antisemitismus“ seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und einem auf den Staat Israel ausgerichteten vermeintlich „neuen Antisemitismus“ sind derart weitreichend, dass demgegenüber das negative Verhältnis zu Juden und Judentum als formelle Gemeinsamkeit der genannten Phänomenkomplexe wenig Erklärungskraft aufweist.

Mögliche Gefahren konkret, nicht abstrakt einschätzen

Hinsichtlich der sozialen Relevanz (Gefahrengrad, Bedrohung etc.) von aktuellen antisemitischen Phänomenen sollten zunächst die gemeinten Phänomene konkret benannt und möglichst ausführlich beschrieben werden. Dies erlaubt es auch Unbeteiligten, sich ein eigenes Urteil zu bilden und sich möglicherweise zu solidarischem Handeln zu entschließen. Diese Möglichkeiten werden eingeschränkt, wenn nur abkürzend-kategorial von „antisemitischen Vorfällen“ die Rede ist. Eine soziale oder politische Relevanz antisemitischer Phänomene ist zunächst in Abhängigkeit von der Handlungsebene als solcher (Meinung, Einstellung, Mentalität, individuelle Praxis, Ideologie/Diskurs, Rechtsnormen, Rechtspraxis, Politische Entscheidungen, Praxis von Politik etc.) zu bestimmen. Eine soziale oder politische Gefahr antisemitischer Phänomene hängt im weiteren von den jeweiligen Kontexten, d.h. den politischen Kräfteverhältnissen, konkreten sozialen Praktiken in geschichtlich-konkreten Zeiten und Räumen, den beteiligten Akteuren und den Situationen ab. Damit kann auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, dass nicht alle antisemitischen Phänomene die gleiche Bedrohungsqualität für Juden/Jüdinnen als potentiell unmittelbare Opfer bzw. für die Ordnung einer pluralen Gesellschaft aufweisen.⁶² Die Solidarität mit von Antisemitismus Betroffenen darf durch solche Differenzierungen jedoch nicht geschmälert werden.

Involviertheiten selbstreflexiv bedenken

Die öffentlichen Debatten und privates Reden über Antisemitismus sind häufig geprägt durch Skandalisierung, Kampfrhetorik, Parteinahmen und tiefe Abgrenzungen, bekenntnishaften Positionierungen und Grundsätzlichkeiten. Das dominante moralische Gefühl ist die Empörung. Das Thema ist auf eine unheilvolle Weise mit Externalisierungstendenzen verbunden: Antisemiten sind ohnehin immer die Anderen, doch auch die These der Instrumentalisierung von Antisemitismusvorwürfen zu machtpolitischen Zwecken gehört mittlerweile zum Altbestand routinisierter Politrhetorik. Das

⁶² Diese Differenzierungsforderung stellt sich insbesondere aus dem Kontext nahostbezogener Diskussionen, wo verschiedene legitime Deutungsmuster miteinander konkurrieren und oft gegeneinander ausgespielt werden (bspw. antirassistische, menschenrechtliche und völkerrechtliche gegen anti-antisemitische).

Thema scheint in einen Belagerungsring aus festgefügt gedanklichen und sprachlichen Wendungen und Reflexen eingeschlossen zu sein. Der individuellen Beteiligung an der Thematisierung von Antisemitismus täte ein Zurücktreten von den bisherigen Selbstverständlichkeiten und eingespielten Konfliktkonstellationen gut. Einige Fragen können helfen, ausgetretene Weg zu verlassen: Was lässt das Thema für mich emotional wichtig werden? Welchen Sinn haben für mich persönlich Abgrenzungen und Ausgrenzungen? Welche Art von Wir-Ihr-Gruppenverhältnis konstruiere ich mit meiner Stellungnahme für mich und die Gegenseite? Welche Bedeutung messe ich historischen Ereignissen bei, welches Gewicht möglichen künftigen Entwicklungen? Welche Konfrontationswirkung geht von meinen „mächtigen Hauptwörtern“ aus? In welchem Verhältnis stehen „Bekämpfung“ und „Gestalten“? Welchen Raum lasse ich in meinen Positionierungen denjenigen, die sich antisemitisch angegriffen fühlen? Inwieweit bin ich bereit, mit ihnen direkt über diese Erfahrungen zu sprechen? Wie stehen meine Kategorien von Antisemitismus zu den Perspektiven Betroffener? Vielleicht sind diese Fragen hilfreich für das Erreichen einer Perspektive, die selbstreflexiv ist, ohne egozentrisch zu sein und sensibel ohne irrational zu werden.

8.5.2 Empfehlungen zur Bildungsarbeit zum Thema Antisemitismus

Die folgenden Gesichtspunkte sollten bei der Konzipierung von Förderprogrammen und in der unmittelbaren Praxis der Jugendbildungsarbeit berücksichtigt werden.

Die Rahmenbedingungen sollten es ermöglichen, sowohl Bewährtes weiterzuführen wie die Entwicklung von Neuem zu fördern: An erster Stelle geht es darum, das Moment der personellen Kontinuität in der pädagogischen Arbeit und der Verlässlichkeit, der professionellen methodischen Fachlichkeit und einer Souveränität in der Themenbearbeitung zu sichern. Schule und Jugendhilfe sollten in Kooperation mit NGOs und freien Bildungsträgern alle Arten von Hemmnissen bearbeiten, die den zivildemokratischen Organisationskulturen und der Anerkennung von individuellen Personen entgegenwirken. Das schließt die Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Gruppenfeindschaften, mit praktischen Diskriminierungen und mit strafbarem Verhalten ein. Die schulische Bearbeitung von Phänomenen, die die Normen von Zivilität, Demokratie und Anerkennung verletzen, kann – soweit man dies auf Basis der Selbstauskünfte der befragten Bildungsakteure überhaupt beurteilen kann – durch die Mitwirkung freier Bildungsträger sinnvoll unterstützt werden.

Neben dem Moment der Kontinuität muss die Ermöglichung von Innovation und Kreativität strukturell berücksichtigt werden. Dies ist die Domäne von Programmen, die zeitlich befristete Projekte anregen. Das Verhältnis zwischen dem Kontinuitäts- und dem Innovationsmoment sollte nach dem jeweiligen Bedarf bestimmt werden. Derzeit besteht bei vielen Beobachtern der Eindruck, dass in den letzten Jahren im Rahmen von Bundes- und Landesprogrammen in ausreichendem Maße innovative pädagogische Modelle entwickelt worden sind und der Akzent nun stärker auf die Überführung gelungener Projektideen in die Praxis der Regelangebote gelegt werden sollte.

Jugendbildungsmaßnahmen zum Antisemitismus-Komplex werden in einem doppelten Referenzsystem gefördert, konzipiert und durchgeführt. Neben dem im weiteren Sinne pädagogischen Bezugssystem (Jugendbildung, Jugendarbeit, Jugendhilfe und Schule) spielt das politische Bezugssystem des Antisemitismus-Diskurses eine große Rolle (vgl. Abschnitt 2.2). Innerhalb dieses Diskurses wird „Antisemitismus“ in der Regel nicht lediglich als ein bloßer Sammelbegriff verwendet. Es dominiert die Verwendung als eine verselbständigte abstrakte Kategorie. Damit wird suggeriert, es gebe Antisemitismus als eine eigenständige Kraft, deren immer gleiche Substanz in verschiedenen „Erscheinungsformen“ (wie: klassisch-moderner Antisemitismus, sekundärer Antisemitismus, „neuer“ Antisemitismus etc.) sichtbar werde. Begleitet wird dies von der meist stillschweigenden Annahme, dieser abstrakt kategorial gedachte Antisemitismus sei mit konstant hohen Bedrohungen von Juden oder der zivilen Ordnung als Ganzer verbunden. Insofern wird „Antisemitismus“ im politischen Diskurs nicht lediglich als eine verselbständigte abstrakte, sondern überdies als eine dämonisierte Kategorie verwendet.

Vor diesem Hintergrund besteht die wichtigste und grundsätzlichste Anregung darin, die pädagogischen Bearbeitungen des Themas Antisemitismus in Zukunft noch stärker innerhalb des Referenzrahmens pädagogischer Professionen als im politischen Referenzrahmen zu betreiben. So trivial diese Anregung klingen mag, so weitreichend sind ihre Folgen. Die Frage, ob und in welcher Weise Antisemitismus in pädagogischen Kontexten bearbeitet werden soll, ist damit keine Frage politischer Steuerung und Programmausrichtung, sondern wird zu einer Frage, die in angestammten schulpädagogischen, sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Handlungsfeldern zu entscheiden sein wird. Mit anderen Worten: Die pädagogischen Professionen sollten sich auf ihre fachliche Autonomie, ihre Erfahrungen und ihr Wissen besinnen und nach ihren genuin pädagogischen Standards verfahren und diese sicherstellen.

Zu solchen fachlichen Standards gehört es, dass mindestens in Fortbildungen für pädagogisches Personal das Antisemitismus-Thema auch als das umkämpfte diskursive Feld behandelt wird, das es heute in Deutschland ist: Antisemitismus als (verschwörungslogische) Welterklärung und als Phänomen im Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden mit verschiedenen Ausprägungen von Vorurteil, Feindschaft oder Diskriminierungspraxis; Anti-Antisemitismus als Norm der politischen Kultur im Verhältnis zur deutschen Geschichte und als staatliches Legitimationssymbol, Anti-Antisemitismus in Kombination mit Israelsolidarität als Regierungsposition und schließlich instrumentalisierte Antisemitismusvorwürfe als politische Macht- und Delegitimierungsstrategien. Gerade die Reduzierung von Fortbildungen auf die beiden erstgenannten Aspekte führt zu Verunsicherung im Umgang und Ablehnungen des Themas und zu den berichteten Reaktanzen.

Orientierung an Fachlichkeit bedeutet ebenso die Entscheidung über eine indirekte oder direkt explizite Bearbeitung von Antisemitismus konkret, also im Hinblick auf die jeweilige Zielgruppe und ihre Situation zu treffen. Dazu gehört auch, sich als Bildungsträger über die Existenz verschiedener Aufgabenniveaus im Klaren zu sein und auch diese nicht abstrakt, sondern für konkretes pädagogisches Handeln mit jeweils bestimmten Gruppen zu definieren. Diese Anregung wird hier expliziert formuliert, da sich in einigen Interviews weder ein geklärtes Verhältnis zum eigenen pädagogischen Grundansatz dokumentiert hat noch zu der Tatsache, dass die politische Jugendbildungsarbeit verschiedene Aufgaben erfüllen kann. Es ist wünschenswert, dass der de facto jeweils verfolgte Ansatz bei den Bildungsträgern reflektiert und nach außen expliziert wird. Das oben entwickelte Stufenschema der pädagogischen Ziele und die Unterscheidung von zwei Typen der Themenbearbeitung (Abschnitt 6.3.4) können dabei eine Orientierung bieten:

Tabelle 4: Ansätze und Lernziele der Bildungsarbeit

Indirekte Themenbearbeitung	Direkte Themenbearbeitung	
	Lernziele:	
		Engagement gegen Antisemitismus
	Ausdrückliche Informationen zu Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart	
Horizontenerweiterung/Neuorientierung		

Schließlich kann sich eine stärkere Verlagerung der pädagogischen Behandlung von Antisemitismus in den pädagogischen Referenzrahmen auf Fachdiskussionen stützen, die seit Jahren um das verwandte Thema einer Arbeit mit rechts-extrem Orientierten geführt werden (vgl. zuletzt: Becker/Palloks 2013; Baer/Möller/Wiechmann 2014). Auch die Diskussionen um das Verhältnis von Prävention und Pädagogik enthalten für strukturanaloge Problemstellungen in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus ein hohes Anregungspotential (vgl. Papenkort 2009; Lüders 2011; Krafeld 2012).

8.6 Forschungsbedarfe

Forschungsbedarf lässt sich im Anschluss an diese Studie in verschiedene Richtungen formulieren. Im Verlauf der Erarbeitung der Studie sind interessante Hinweise oder Anfangserkenntnisse aufgetaucht, die eine Vertiefung nahelegen.

Zunächst einmal sind einige Wissenslücken über Ausmaß und Verbreitung von Antisemitismus in Berlin deutlich geworden. Im Gegensatz zu omnipräsenten Mutmaßungen liegen keine umfassenden Studien vor, die verlässliche Aussagen dazu zuließen. Dies gilt für antisemitische Delikte, für die nur die oben problematisierten Zahlen des LKA vorliegen (Abs. 4.1). Dies gilt ebenso für Einstellungen in der Bevölkerung – vorliegende Studien nehmen keine Differenzierung nach Bundesländern oder Städten vor. Und dies gilt für die Vielzahl antisemitischer Vorfälle, die bisher nur durch das unsystematische Monitoring erfasst werden. Zukünftige Forschung über Antisemitismus in Berlin, die es erlauben würde, manchen Eindruck mit wirklichem Wissen zu unterlegen, müsste nicht nur diese verschiedenen Phänomenbereiche erfassen, sondern auch hochgradig nach verschiedenen sozialen Gruppen und Räumen differenzieren. Denn auch konstatierte Binnendifferenzen zwischen Bezirken beruhen oft auf anekdotischer Evidenz und Unterschiede zwischen religiösen und ethnischen Gruppen sind nicht ausreichend erforscht. Zwar existiert thematische Forschung zu muslimischen Jugendlichen, nicht jedoch mit gleicher Fokussierung zu ihren Pendanten christlicher, atheistischer und sonstiger Provenienz. Unsere Studie hat Hinweise dafür erbracht, dass es hinsichtlich Deliktaufkommen und Deliktarten Unterschiede

beispielsweise zwischen deutschstämmigen Rechtsradikalen und Tatverdächtigen mit Migrationsgeschichte gibt. Doch es sind bisher nur Hinweise. Auch verdienen die divergenten Deliktziffern in Hamburg und Berlin Aufklärung – mit der grundlegenden Frage nach den Auswirkungen von städtischer Sozialstruktur und jeweiligem Sicherheitsregime. Viel für eine zu verbessernde Praxis könnte man wahrscheinlich aus ethnographischen Studien über Aufzeichnungspraxen und Umgangsweisen mit Opfern bei den Sicherheitsbehörden lernen.

Hinsichtlich Art und Umfang antisemitischer Phänomene existiert insbesondere keine Untersuchung, die sich mit Bedeutung und Wirkung organisierten, dezidiert ideologischem und politischem Antisemitismus in der Bundeshauptstadt befasst. Einer solchen Fragestellung wäre sinnvoll sicher nicht in der Beschränkung auf einzelne Bundesländer nachzugehen, sondern in einer begründeten Auswahl von Stadtstaaten und Flächenländern. Ein Ausbau der bestehenden Monitoringsysteme, der mehr methodische Stringenz erlauben würde, wäre hier ein erster Schritt. Dabei sollten auch Erscheinungen in den Blick genommen werden, die sich teilweise aus antisemitischen Diskursen speisen, aber in sich widersprüchliche Phänomene darstellen. Dazu zählen insbesondere verschwörungsideologische Zusammenschlüsse, die sich regelmäßig in Berlin treffen (Reichsbürgerbewegung, Neuschwabenlandtreffen, Thruther-Szene, Chemtrails-Verschwörungsideologen). Diese obskuren Gruppierungen wurden in den Interviews nicht angesprochen, wohl da sie bisher sehr randständig waren. Mit den „Montagsmahnwachen gegen den Frieden“ gab es jedoch erstmals auch größere nichtvirtuelle Foren und mediale Aufmerksamkeit für diese Szene – und auf den Mahnwachen hohe Zustimmung zumindest zu antizionistischem Antisemitismus (Daphi et al. 2014).

Darüber hinaus wurde auf eine unangemessene Fokussierung der öffentlichen Diskussion auf junge Leute hingewiesen. Antisemitische Phänomene in der Erwachsenenbevölkerung sind – sieht man von den Umfrageuntersuchungen mit ihren standardisierten Erhebungsinstrumenten ab – bislang weit weniger untersucht. Denkbar ist die Übernahme von Ansätzen, die sich in den Untersuchungen zu jungen Leuten bewährt haben. Hier wäre in erster Linie auf Gruppendiskussionen zu verweisen (vgl. Decker und Göpner 2008). Auch zu den Sichtweisen von Antisemitismus Betroffener gibt es Klärungsbedarf. Die für Europa vorliegende Globalstudie (European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) 2013) ist in ihrer Analysekraft, insbesondere für spezifische Kontexte sehr begrenzt (Klug 2013b). Die Hinweise, dass konkrete jüdische Viktimisierungserfahrungen durch staatliche Stellen und Vereine (zum Beispiel im Sport) nicht ausreichend gewürdigt werden⁶³ und dass existente Hilfesysteme von Jüdinnen und Juden wenig genutzt werden, müsste durch dezidierte Befragungen untersucht werden.

Auskunft über die Bildungsmaßnahmen erhielten wir im Rahmen der vorliegenden Studie lediglich von denjenigen, die als Repräsentanten von Trägern oder als Angehörige der pädagogischen Teams befragt wurden. In Ergänzung hierzu wären Beobachtungen von praktisch durchgeführten Bildungsmaßnahmen sinnvoll, die durch Befragungen von Teilnehmer/innen ergänzt werden können. Mit diesem methodischen Instrumentarium könnte man Aufschluss über die Rezeption von pädagogischen Einheiten gewinnen.

Ein weiterer, hier nur knapp angesprochener Aspekt betrifft das Verhältnis von Lehrkräften zum Themenkomplex Antisemitismus (vgl. Abschnitt 6.3.3). Auch zu dieser Frage wäre eine eigenständige empirische Untersuchung sinnvoll: Wie gehen Lehrkräfte mit der Herausforderung antisemitischer Phänomene um? Unterscheiden sich mögliche Strategien nach generationeller Zugehörigkeit oder der Sozialisation in der alten Bundesrepublik bzw. der DDR? Wie wird das Thema Antisemitismus in der praktischen Ausbildung behandelt? Welche Bedarfe formulieren die Lehrkräfte selbst?

63 Dies ist wohl kein Widerspruch zur hohen symbolischen Bedeutung von Antisemitismus, sondern geradezu dessen Ausdruck.

9 Anhang

9.1 Abkürzungsverzeichnis

AgAG	Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt
AH-Drs.	Drucksache des Abgeordnetenhauses von Berlin
AJC	American Jewish Committee
Apabiz	Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.
APuZ	„Aus Politik und Zeitgeschichte“, Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung
BDS	Boycott, Desinvestitions- und Sanktionsaktivitäten
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
DeGeDe	Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik
EUMC	European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia
FR-LF	Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form
FRA	European Union Agency for Fundamental Rights
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
IABA e.V.	Initiative Aufklärung und Bildung gegen Antisemitismus – Bezeichnung für eine fiktive Organisation im Rahmen der idealtypischen Modellierung
IntMig	Beauftragte/r für Integration und Migration des Berliner Senats
JVA	Justizvollzugsanstalt
KIgA	Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus
KPMD-PMK	Kriminalpolizeilicher Meldedienst – Politisch motivierte Kriminalität
LADS	Landesantidiskriminierungsstelle Berlin
LaG	Lernen aus der Geschichte
LAP	Lokale Aktionspläne
LISUM	Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg
LKA	Landeskriminalamt
lbgtiq	lesbians, bisexuals, gay men, transgender, intersexuals and queer
LSBTI	Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle
MBR	Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

NGO	Non-Governmental Organization (deutsch: Nichtregierungsorganisation)
OSZ	Oberstufenzentrum
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
PMK	Politisch motivierte Kriminalität (Polizeiliche Statistik)
RAA	Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Berlin
Rdnr.	Randnummer
SenInnSport	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
SGB	Sozialgesetzbuch
StGB	Strafgesetzbuch
VDK	Verein für demokratische Kultur in Berlin
VSG	Verfassungsschutzgesetz Berlin
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
ZTG	Zentrum Technik und Gesellschaft

9.2 Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) (2010): „Das hat's bei uns nicht gegeben!": Antisemitismus in der DDR. Das Buch zur Ausstellung der Amadeu Antonio Stiftung. Berlin.
- Amt für Statistik Berlin Brandenburg (Hg.) (2013): Statistisches Jahrbuch Berlin 2013. Potsdam.
- Amt für Statistik Berlin Brandenburg (Hg.) (2014): Abgestimmter Datenpool Berlin. Einwohnerregisterstatistik.
- Anchuelo, André (2012): Hass im Spiel. jungle world, Nr. 21, Abschn. inland. <http://jungle-world.com/artikel/2012/25/45684.html> [2014-09-18].
- Baer, Silke; Möller, Kurt; Wiechmann, Peer (Hg.) 2014: Verantwortlich Handeln. Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen. Opladen.
- Barskanmaz, Cengiz (2011): Rasse - Unwort des Antidiskriminierungsrechts? In: Kritische Justiz, Jg. 44, Nr. 4, 382–389.
- Bauman, Zygmunt (1995): Große Gärten, kleine Gärten. Allosemismus. Vormodern, Modern, Postmodern. In: Werz, Michael (Hg.): Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt, 44–61. Frankfurt a.M.
- Becker, Reiner; Palloks, Kerstin (Hg.) (2013): Jugend an der roten Linie. Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention. Schwalbach.
- Behr, Rafael (2000): Cop culture - der Alltag des Gewaltmonopols. Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur in der Polizei. Wiesbaden.
- Behr, Rafael (2003): Polizeikultur als institutioneller Konflikt des Gewaltmonopols. In: Lange, Hans-Jürgen (Hg.): Die Polizei der Gesellschaft. Zur Soziologie der Inneren Sicherheit, 177–194. Opladen.
- Benz, Wolfgang (2004): Was ist Antisemitismus? München.
- Bergmann, Werner (1986): Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung - Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38, 209–222.
- Bergmann, Werner (1994): Effekte öffentlicher Meinung auf die Bevölkerungsmeinung. Der Rückgang der antisemitischen Einstellungen als kollektiver Lernprozess. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, 296–319. Wiesbaden.
- Bergmann, Werner (1997): Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989. Frankfurt a.M.
- Bergmann, Werner (2002): Die Beobachter beobachten. Zur Einschätzung des Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Benz, Wolfgang; Königseder, Angelika (Hg.): Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung, 31–39. Berlin.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer (1986): Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 38, 223–246.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer (1991): ‚Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm‘. Kommunikationslatenz und Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 43, Nr. 3, 502–519.
- Bergmann, Werner; Heitmeyer, Wilhelm (2005): Antisemitismus. Verliert die Vorurteilsrepression ihre Wirkung? In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 3, 224–238. Frankfurt a.M.
- Bergmann, Werner; Münch, Anna Verena (2012): Antisemitismus in Deutschland 1996 und 2006: Ein Vergleich. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 21, 325–369.

- Bergmann, Werner; Wetzel, Juliane (2005): Prüfstein der Demokratie. Antisemitismus und Antizionismus in Deutschland von 1945-2004. In: Tribüne, Jg. 44, Heft 173, 156-166.
- Bergmann, Werner; Wyrwa, Ulrich (2011): Antisemitismus in Zentraleuropa. Deutschland, Österreich und die Schweiz vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Darmstadt.
- Beyer, Heiko; Liebe, Ulf (2013): Antisemitismus heute. Zur Messung aktueller Erscheinungsformen von Judenfeindlichkeit mithilfe des faktoriellen Surveys. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 42, Heft 3, 186-200.
- Bielenberg, Ina (2012): Politische Bildung kreativ. Über die gelingende Verbindung von Kultureller und Politischer Bildung. In: Bockhorst, Hildegard; Reinwand, Vanessa-Isabelle; Zacharias, Wolfgang (Hg.): Handbuch Kulturelle Bildung, 676-772. München.
- Bleeker-Dohmen, Roelf; Strasser, Hermann (2005): Denkverbot oder kritische Reflexion? Von Tätern und Opfern der Antisemitismusdebatten. In: Klein, Birgit E.; Müller, Christiane E. (Hg.): Memoria. Wege jüdischen Erinnerns, 807-821. Berlin.
- Bohn, Irina (1998): Jugend - Gewalt - jugendpolitischer Umgang. Eine Bilanz des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 31, 37-45.
- Bremer, Helmut; Kleemann-Göhring, Mark (2010): Demokratiepädagogik oder politische Bildung: Gegensatz oder falsche Alternative? In: Außerschulische Bildung. Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Ausgabe 3/2010, 226-233.
- Bröckling, Ulrich (2005): Projektwelten. Anatomie einer Vergesellschaftungsform. In: Leviathan, Nr. 33, 3, 364-383.
- Bundeskriminalamt, Kommission Staatsschutz (2010): Informationen zum polizeilichen Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität (PMK).
- Çetin, Zülfukar; Voss, Heinz-Jürgen; Wolter, Salih Alexander (2012): Interventionen gegen die deutsche „Beschneidungsdebatte“. Münster.
- Claussen, Detlev (2005): Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Frankfurt a.M.
- Crenshaw, Kimberlé Williams (1989): Demarginalizing the Intersection of Race and Sex. A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. In: The University of Chicago Legal Forum, 139-167.
- Crenshaw, Kimberlé Williams (1991): Mapping the Margins. Intersectionality, Identity Politics and Violence against Women of Color. In: Stanford Law Review, Jg. 43, Nr. 6, 1241-1299.
- Daphi, Priska; Rucht, Dieter; Stuppert, Wolfgang; Teune, Simon; Ullrich, Peter (2014): Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der „Montagsmahnwachen für den Frieden“. Forschungsbericht. Berlin. https://protestinstitut.files.wordpress.com/2014/06/occupy-frieden_befragung-montagsmahnwachen_protestinstitut-eu_rev.pdf [2014-09-18].
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar; Kiess, Johannes (Hg.) (2013): Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Forschung psychosozial. Gießen.
- Decker, Oliver; Göpner, Franziska (2008): Ein Blick in die Mitte zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Berlin. <http://library.fes.de/pdf-files/do/05433.pdf> [2014-09-18].
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn. http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_12/mitte-im-umbruch_www.pdf [2014-09-18].
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Herausgegeben von Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig. Leipzig. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/mitte_leipzig_internet.pdf [2014-09-18].
- Decker, Oliver; Schilling, Benjamin; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2012): Islamfeindschaft und Islamkritik. In: Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, herausgegeben von Ralf Melzer, 86-100. Bonn.

- Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin.
- Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration (IntMig) (Hg.) (2008): Demokratie. Vielfalt. Respekt. Die Berliner Landeskonzepktion gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus (06.05.2008). Berlin. http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb_ads/demokratie/landeskonzepktion_g_rechtsextremismus_bf.pdf?start&ts=1376660443&file=landeskonzepktion_g_rechtsextremismus_bf.pdf [4.9.2014]
- Der Polizeipräsident in Berlin (Hg.) (2013): Lagedarstellung Politisch motivierte Kriminalität in Berlin 2012. Berlin. www.berlin.de/imperia/md/content/polizei/kriminalitaet/pks/jahresbericht_pmk_2012.pdf?start&ts=1366014606&file=jahresbericht_pmk_2012.pdf
- Diner, Dan (1987): Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus. In: ders. (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, 62-73. Frankfurt a.M.
- Diner, Dan (2004): Der Sarkophag zeigt Risse. Über Israel, Palästina und die Frage eines „neuen Antisemitismus“. In: Rabinovici et al., 310-329.
- Dollase, Rainer (2001): Fremdenfeindlichkeit verschwindet im Kontakt von Mensch zu Mensch. Zur Reichweite der Kontakthypothese. In: Diskurs, H. 2, S. 16-21.
- Dörmann, Uwe (2004): Zahlen sprechen nicht für sich. Aufsätze zu Kriminalstatistik, Dunkelfeld und Sicherheitsgefühl aus drei Jahrzehnten. München.
- Engel, David (2009): Away from a Definition of Antisemitism. An Essay in the Semantics of Historical Description. In: Cohen, Jeremy; Rosman, Murray Jay: Rethinking European Jewish history, 30-53. Oxford/Portland.
- Erb, Rainer (2007): Organisierte Antisemiten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 31, 19-26. www.bpb.de/apuz/30332/organisierte-antisemiten
- Erb, Rainer; Kohlstruck, Michael (2015): Die Funktion von Antisemitismus und Fremdenfeindschaft für die rechtsextreme Bewegung. In: Braun, Stephan; Geisler, Alexander; Gerster, Martin (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Wiesbaden.
- European Forum on Antisemitism (2005): Arbeitsdefinition Antisemitismus. <http://www.european-forum-on-antisemitism.org/working-definition-of-antisemitism/deutsch-german/> [2014-09-18].
- European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) (Hg.): Manifestations of antisemitism in the EU 2002-2003. Wien.
- European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) (2013): Discrimination and hate crime against Jews in EU Member States. Experiences and Perceptions of Antisemitism. Luxembourg. http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-discrimination-hate-crime-against-jews-eu-member-states_en.pdf [2014-09-18].
- Expertenkreis Antisemitismus (2011): Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Berlin. http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/Expertenkreis_Antisemitismus/bericht.pdf [2014-09-18].
- Farschid, Olaf (2007): Antisemitismus bei islamistischen Gruppen. In: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Referat V/ 2. (Hg.): Antisemitismus. Gleichklang zwischen den Extremen. Eine Veranstaltung des Verfassungsschutzes am 22. November 2007 in Potsdam, 14-23.
- Feustel, Susanne; Stange, Jenny; Strohschneider, Tom (2012): Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit „Linksextremismus“ umgehen. Hamburg.
- Follert, Guido; Stender, Wolfram (2010): „Das kommt jetzt wirklich nur aus der muslimischen Welt“. Antisemitismus bei Schülern in der Wahrnehmung von Lehrern und Sozialarbeitern - Zwischenergebnisse aus einem Forschungsprojekt. In: Stender et al., 199-223.
- Foucault, Michel (1997): Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften. Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (2008): Archäologie des Wissens. Frankfurt a.M.

- Fréville, Gabriel; Harms, Susanna; Karakayali, Serhat (2010): ‚Antisemitismus - ein Problem unter vielen‘. Ergebnisse einer Befragung in Jugendclubs und Migrant/innen-Organisationen. In: Stender, Wolfram; Follert, Guido; Mihri, Özdoğan (Hg.): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Nr. 8, 185-198. Wiesbaden.
- Frindte, Wolfgang; Boehnke, Klaus; Kreikenbom, Henry; Wagner, Wolfgang (2011): Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland. Berlin.
- Glaser, Michaela; Hohnstein, Sally (2012): Ethnozentrismus und Antisemitismus in Migrationskontexten - ein Überblick über den Forschungsstand. In: Greuel/Glaser, Michaela (Hg.), 10-25.
- Globisch, Claudia (2011): „Deutschland uns Deutschen, Türkei den Türken, Israelis raus aus Palästina“. Einige klärende Bemerkungen. Zum Verhältnis von Ethnopluralismus und Antisemitismus. In: Globisch, Claudia; Pufelska, Agnieszka; Weiß, Volker (Hg.): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuität und Wandel, 203-225. Wiesbaden.
- Globisch, Claudia (2013): Radikaler Antisemitismus. Inklusions- und Exklusionssemantiken von links und rechts in Deutschland. Wiesbaden.
- Gössner, Rolf (2011): Rechtsstaatswidrige Dauerüberwachung. Vier Jahrzehnte unter geheimdienstlicher Beobachtung des Verfassungsschutzes. In: Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF-Kommunikation), Heft 1/2011, 21-25.
- Greuel, Frank; Glaser, Michaela (Hg.) (2012): Ethnozentrismus und Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Erscheinungsformen und pädagogische Praxis in der Einwanderungsgesellschaft, Halle.
- Gryglewski, Elke (2013): Anerkennung und Erinnerung. Zugänge arabisch-palästinensischer und türkischer Berliner Jugendlicher zum Holocaust. Berlin.
- Gysi, Gregor (2008): Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel (rls Standpunkte 9/2008). Rosa Luxemburg Stiftung. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0809.pdf [2014-09-18].
- Hafeneger, Benno (2012): Neue förderungspolitische Direktiven: Extremismusklausel und Extremismusbekämpfungsprogramme. In: Ahlheim, Klaus; Schillo, Johannes (Hg.): Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung, 144-155. Hannover.
- Haubrich, Karin; Lüders, Christian; Struhkamp, Gerlinde (2007): Wirksamkeit, Nützlichkeit, Nachhaltigkeit. Was Evaluationen von Modellprogrammen realistischer Weise leisten können. In: Schröder, Ute B.; Streblow, Claudia (Hg.): Evaluation konkret. Fremd- und Selbstevaluationsansätze anhand von Beispielen aus Jugendarbeit und Schule, 183-201. Opladen.
- Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg.
- Haury, Thomas (2004): Der neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken. In: Rabinovici, Doron; Speck, Ulrich; Sznajder, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, 144-167. Frankfurt a.M.
- Hecht-Galinski, Evelyn (2012): Das elfte Gebot: Israel darf alles. Klartexte über Antisemitismus und Israel-Kritik. Heidelberg.
- Heinz, Wolfgang (2004): „Alle 5 Sekunden geschieht hier eine Straftat“ - „Wer hier wohnt, lebt auf Nummer sicher“. Von Schwierigkeiten und Fehlern der Berichterstattung über Kriminalität. In: Dörmann, Uwe (Hg.): Zahlen sprechen nicht für sich. Aufsätze zu Kriminalstatistik, Dunkelfeld und Sicherheitsgefühl aus drei Jahrzehnten, 359-412. München.
- Heitmeyer, Wilhelm (2011): Erfahrungen mit der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft. Eine Bilanz nach zehn Jahren. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 10, 321-329. Berlin.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt a.M.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2011): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin.

- Heitmeyer, Wilhelm; Grau, Andreas (2013): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum und bürgerschaftliches Engagement. In: Grau, Andreas; Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, 11-33. Weinheim, Basel.
- Heitmeyer, Wilhelm; Müller, Joachim; Schröder, Helmut (1997): Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt a.M.
- Henze, Christa (2007): Orientierungen. In: Weißeno, Georg; Hufer, Klaus-Peter; Kuhn, Hans-Werner; Massing, Peter; Richter, Dagmar (Hg.): Wörterbuch Politische Bildung, 255-263. Schwalbach/Ts.
- Heyder, Aribert; Iser, Julia; Schmidt, Peter (2005): Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 3, 144-165. Frankfurt a.M.
- Hoffmann, Christhard; Bergmann, Werner; Smith, Helmut Walser (Hg.) (2002): Exclusionary Violence. Antisemitic Riots in Modern German History. Ann Arbor.
- Holz, Klaus (2001): Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung. Hamburg.
- Holz, Klaus (2005a): Neuer Antisemitismus? Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft. In: Mittelweg, Jg. 36, Nr. 2, 1-17.
- Holz, Klaus (2005b): Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft. Hamburg.
- Holzkamp, Klaus (1994): Antirassistische Erziehung als Änderung rassistischer „Einstellungen“? In: Das Argument, H. 203, 41-58.
- Hopf, Christel (2000): Qualitative Interviews - ein Überblick. In: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst v.; Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, 349-360. Reinbek.
- Ionescu, Dana; Salzborn, Samuel (Hg.) (2014): Antisemitismus in deutschen Parteien. Baden-Baden.
- Jäger, Siegfried (2005): Zur diskursiven Dynamik des Redens über Antisemitismus - Überlegungen zu den EUMC-Berichten 2003 und 2004 zum Thema ‚Antisemitismus‘. In: Zuckermann 2005, 110-139.
- Jäger, Siegfried; Jäger, Margarethe (2003): Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus. Münster.
- Jikeli, Günther (2012): Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa. Essen.
- Joseph, Detlef (2007): Vom angeblichen Antisemitismus der DDR. Berlin.
- Kalinowsky, Harry H. (1995): Antisemitismus und Strafrecht. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut (Hg.): Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Herausforderung für die Demokratie, 91-109. Bonn.
- Keller, Reiner (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden.
- Kloke, Martin (1994): Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses. Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten. Frankfurt a.M.
- Klug, Brian (2013a): Interrogating ‘new anti-Semitism’. In: Ethnic and Racial Studies, Jg. 36, Nr. 3, 468-82.
- Klug, Brian (2013b): Anti-Semitism and the Jewish Future in Europe. In: Council for European Studies - Review & Critical Commentary.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2007): Intersectionality – ein neues Paradigma der Geschlechterforschung? In: Casale, Rita; Rendtorff, Barbara (Hg.): Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung. Bielefeld.
- Kohlstruck, Michael (2003): Der Doppelcharakter der rechtsradikalen Jugendkultur und das Kontinuitätsproblem in der Jugendarbeit. In: Benz, Wolfgang; Benz, Ute (Hg.): Jugend in Deutschland. Opposition, Krisen und Radikalismus zwischen den Generationen, 189-210. München.

- Kohlstruck, Michael (2010): Zur aktuellen Debatte um politische Gewalt in der Metropole Berlin. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hg.): Expertisen für Demokratie, Heft 2, 1-20. <http://library.fes.de/pdf-files/do/07342.pdf> [2014-09-18].
- Kohlstruck, Michael (2011a): Der Rechtsextremismus und die Mitte. In: Otten, Henrique Ricardo; Sicking, Manfred (Hg.): Kritik und Leidenschaft. Vom Umgang mit politischen Ideen, 85-94. Bielefeld.
- Kohlstruck, Michael (2011b): Bildung „gegen rechts“. In: Hafeneger, Benno (Hg.): Handbuch Außerschulische Jugendbildung. Grundlagen - Handlungsfelder - Akteure, 307-323. Schwalbach.
- Kohlstruck, Michael; Glock, Birgit; Linsler, Carl-Eric; Dobberke, Konstanze (2012): Die Praxis von Vorurteils- und Gewaltprävention in zwei Berliner Quartieren. In: Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 47, 11-126.
- Köllisch, Tilman (2004): Vom Dunkelfeld ins Hellfeld. Anzeigeverhalten und Polizeikontakte bei Jugenddelinquenz. Freiburg im Breisgau. http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/1686/pdf/Koellisch_Dissertation.pdf [2014-09-18].
- Koordinierungsstelle Berliner Register; ReachOut (2014): Pressemappe. Gemeinsame Pressekonferenz von ReachOut und den Berliner Registern zu Vorfällen und Angriffen mit rassistischem, antisemitischem, lgbtiq*feindlichem und rechtsextremem Hintergrund.
- Krafeld, Franz Josef (2012): Bedarf es einer speziellen Pädagogik gegen Rechts? Nein, aber! In: Bundschuh, Stephan; Drücker, Ansgar; Scholle, Thilo (Hg.): Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Motive, Praxisbeispiele und Handlungsperspektiven, 49-60. Schwalbach.
- Kulturbüro Sachsen; Weiterdenken, Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen; Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung; Studierendenrat der TU Dresden, Ref. Politische Bildung (Hg.) (2010): Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti)demokratischen Einstellungen. Dresden.
- Lapeyronnie, Didier (2005): Antisemitismus im Alltag Frankreichs. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, Jg. 7, Nr. 1, 28-49.
- Lüders, Christian (2011): Von der scheinbaren Selbstverständlichkeit präventiven Denkens. In: DJI Impulse, Nr. 94, 4-6.
- Luhmann, Niklas (1978): Soziologie der Moral. In: Luhmann, Niklas; Pfürtnner, Stephan H.: Theorietechnik und Moral, 8-116. Frankfurt a.M.
- Lynen von Berg, Heinz; Palloks, Kerstin; Steil, Armin (2007): Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim, München.
- Mansel, Jürgen; Spaiser, Victoria (2010): Soziale Beziehungen, Konfliktpotentiale und Vorurteile im Kontext von Erfahrungen verweigerter Teilhabe und Anerkennung bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Abschlussbericht. Bielefeld. http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4458/e8260/Uni_Bielefeld_Abschlussbericht_Forschungsprojekt.pdf [2014-09-18].
- Mansel, Jürgen/ Spaiser, Victoria (2012): Antisemitische Einstellungen bei Jugendlichen aus muslimisch geprägten Sozialisationskontexten. Eigene Diskriminierungserfahrungen und transnationale Einflüsse als Hintergrundfaktoren. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2011), 220-241.
- Manthe, Barbara (2013): Das Thema Antisemitismus in den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus. In: Detzner, Milena; Drücker, Ansgar (Hg.): Antisemitismus - ein gefährliches Erbe mit vielen Gesichtern. Handreichung zu Theorie und Praxis, 77-79. Düsseldorf.
- Marin, Bernd (1979): Ein historisch neuartiger ‚Antisemitismus ohne Antisemiten‘? Beobachtungen und Thesen am Beispiel Österreichs nach 1945. In: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 5, Nr. 4, 545-69.
- Mendelsohn, Ben (2013): Über ‚Normalrassisten‘ reden. Initiativen gegen Rechts halten Statistik zu politisch motivierten Straftaten für ungenügend. In: Neues Deutschland, Oktober 21, Abschn. Berlin.
- Merkel, Angela (2008): Verantwortung, Vertrauen, Solidarität. Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 18. März 2008 vor der Knesset in Jerusalem, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin.

- Meseth, Wolfgang; Proske, Matthias; Radtke, Frank-Olaf (2004): Nationalsozialismus und Holocaust im Geschichtsunterricht. Erste empirische Befunde und theoretische Schlussfolgerungen. In: Meseth, Wolfgang; Proske, Matthias; Radtke, Frank-Olaf (Hg.): Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts, 95-146. Frankfurt a.M.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (2009): Experteninterview und der Wandel der Wissensproduktion. In: Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendungsfelder, 35-60. Wiesbaden.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (2011): Experteninterview. In: Bohnsack, Ralf; Marotzki, Winfried; Meuser, Michael (Hg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung, 57f. Opladen.
- Möller, Kurt (2012): Antisemitismus bei Jugendlichen in Deutschland. Formen, Ausmaße, spezifische Ausprägungen und Begünstigungsfaktoren. In: Deutsche Jugend, Nr. 60, 12/2012.
- Ohder, Claudius (2012): Ausmaß und Ursachen für Delinquenz und Jugendkriminalität bei Migranten. Vortrag am Deutschen Institut für Urbanistik am 5.11.2012. (Präsentation).
- Papenkort, Ulrich (2009): Ist Pädagogik Prävention? Eine kritische Anfrage. In: Unsere Jugend, Nr. 61, Heft 02/2009, 83-89.
- Pätzold, Kurt (2010): Die Mär vom Antisemitismus. Mit dem Begleitbuch zur Wanderausstellung „‘Das hat es bei uns nicht gegeben!’ - Antisemitismus in der DDR“ beginnt ein neues Kapitel der Anti-DDR-Propaganda. Berlin.
- Pfahl-Traughber, Armin (2011): Antisemitisch motivierte Straftaten von Beleidigungen bis zu Gewalttaten. Eine Analyse zu Ausmaß, Deliktarten, Entwicklung und Tätern. In: Fünfsinn, Helmut; Pfahl-Traughber, Armin (Hg.): Extremismus und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz. Antisemitismus im Extremismus, 170-185. Brühl.
- Rabinovici, Doron; Speck, Ulrich; Sznaider, Natan (Hg.) (2004): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Frankfurt a.M.
- Radvan, Heike (2010): Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit. Bad Heilbrunn.
- Register Berlin (2013): Die Berliner Register zur Erfassung rassistisch, antisemitisch, homophob und rechtsextrem geprägter Vorfälle in Berlin. Berlin.
- Roose, Jochen (2003): Umweltorganisationen zwischen Mitgliedschaftslogik und Einflusslogik in der europäischen Politik. In: Klein, Ansgar; Koopmans, Ruud; Trenz, Hans-Jörg; Klein, Ludger; Lahusen, Christian; Rucht, Dieter (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, 141-58. Opladen.
- Roth, Roland-; Gesemann, Frank; Aumüller, Jutta (2010): Abschlussbericht zur Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Berlin. http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb_ads/demokratie/evaluationsbericht_landesprogramm_bf.pdf?start&ts=1376660402&file=evaluationsbericht_landesprogramm_bf.pdf [2014-09-18].
- Rürup, Reinhard (1975): Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft. Göttingen.
- Salzborn, Samuel; Voigt, Sebastian (2011): Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit. In: Zeitschrift für Politik, Jg. 58, Nr. 3, 290-309.
- Schäuble, Barbara (2012): „Anders als wir“. Differenzkonstruktionen und Alltagsantisemitismus unter Jugendlichen. Berlin.
- Scherr, Albert (2010): Subjektivität als Schlüsselbegriff kritischer Bildung. In: Kritische politische Bildung. Ein Handbuch, 303-314. Schwalbach.
- Scherr, Albert; Schäuble, Barbara (2007): „Ich habe nichts gegen Juden, aber ...“. Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, Berlin (http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/ich_habe_nichts_2.pdf) [2014-09-24].

- Scherr, Albert; Schäuble, Barbara (2008): ‚Wir‘ und ‚die Juden‘. Gegenwärtiger Antisemitismus als Differenzkonstruktion. In: Berliner Debatte Initial, Jg. 19, Nr. 1/2, 3–14.
- Schmitt, Maximilian; Müttel, Kea (2013): Die Berlin-Liga. Eine widersprüchliche Klasse. In: Transparent Magazin, Nr. 5. <http://transparent-magazin.de/blog/die-berlin-liga-eine-widerspruchliche-spielklasse/> [2014-09-18].
- Schmitter, Philippe C.; Streeck, Wolfgang (1981): The Organization of Business Interests. A Research Design to Study the Associative Action of Business in Advanced Industrial Societies of Western Europe, 81-83. Berlin.
- Schönbach, Peter (1961): Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960. Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Sonderheft 3. Frankfurt a.M.
- Schröder, Achim (2004): Sich bilden am anderen. Professionelle Beziehungen in der Jugendarbeit. In: Hörster, Reinhard; Küster, Ernst-Uwe; Wolff, Stephan (Hg.): Orte der Verständigung. Beiträge zum sozialpädagogischen Argumentieren. Burkhard Müller zum 65. Geburtstag gewidmet, 231-243. Freiburg.
- Schröder, Achim (2011): Politische Jugendbildung. In: Hafeneger, Benno (Hg.): Handbuch außerschulische Jugendbildung. Grundlagen - Handlungsfelder - Akteure, 173-186. Schwalbach/Ts.
- Schwarz-Friesel, Monika; Reinharz, Jehuda (2013): Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin/Boston.
- Schu, Anke (2012): Biografie und Antisemitismus. Zum Zusammenhang von biografischer Erfahrung und dem Gebrauch antisemitischer Konstruktionen. In: Greuel/Glaser (Hg.), 26-53.
- Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen (Hg.) (2013): Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. <http://www.berlin.de/lb/ads/sub/demokratie/konzept/progr/index.html> [2014-09-18].
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abt. Verfassungsschutz (Hg.) (2006): Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins. (2. Aufl.). Berlin
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abt. Verfassungsschutz (Hg.) (2012): Verfassungsschutzbericht 2011. Berlin.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abt. Verfassungsschutz (Hg.) (2013): Verfassungsschutzbericht 2012. Berlin.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abt. Verfassungsschutz (Hg.) (2014): Verfassungsschutzbericht 2013. Berlin (Internetversion).
- Singer, Jens Peter (2004): Erfassung der politisch motivierten Kriminalität. In einem neuen Definitionssystem mit mehrdimensionalen Analysemöglichkeiten. In: Kriminalistik, Jg. 58, Nr. 1, 32-37.
- Späti, Christina (2005): Die schweizerische Linke und Israel. Israelbegeisterung, Antizionismus und Antisemitismus zwischen 1967 und 1991. Essen.
- Steinitz, Benjamin (2014): Antisemitismus in Berlin - Herausforderungen bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle. In: Apabiz, MBR (Hg.): Berliner Zustände. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Jahr 2013, 92-96. Berlin.
- Stender, Wolfram; Follert, Guido; Özdoğan, Mihri (Hg.) (2010): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis. Wiesbaden.
- Streeck, Wolfgang (1994): Staat und Verbände: Neue Fragen. Neue Antworten? In: Streeck, Wolfgang (Hg.): Staat und Verbände, Nr. 25, 7–34. Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift. Wiesbaden.
- Taguieff, Pierre-André (2004): Angesichts einer neuen Judeophobie. Eine Herausforderung für Frankreich. In: Braun, Christina v.; Ziege, Eva-Maria (Hg.): Das ‚bewegliche Vorurteil‘. Aspekte des internationalen Antisemitismus, 193-199. Würzburg.
- Ullrich, Peter (2008): Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland. Berlin.
- Ullrich, Peter (2010): Der Nahostkonflikt – Spielfeld für einen neuen Antisemitismus von links? Ein internationaler Diskursvergleich. In: Hawel, Marcus; Blanke, Moritz (Hg.): Der Nahostkonflikt. Befindlichkeiten der deutschen Linken, 67–80. Berlin.

- Ullrich, Peter (2011): Antisemitismus, Shoa und deutsche Verantwortung. Die (Nach-)Wirkungen des Nationalsozialismus im Nahostdiskurs. In: Königsweg der Befreiung oder Sackgasse der Geschichte? BDS - Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Annäherungen an eine aktuelle Nahostdebatte, 23-38, 41-42. Berlin.
- Ullrich, Peter (2012): Kulturvergleich, diskursive Gelegenheitsstrukturen und linke Nahostdiskurse. Entwurf einer wissenssoziologischen und diskurstheoretischen Perspektive für die Protestforschung. In: Keller, Reiner; Truschkat, Inga (Hg.): Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Interdisziplinäre Perspektiven, Nr. 1, 315-337. Theorie und Praxis der Diskursforschung. Wiesbaden.
- Ullrich, Peter (2013): Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs. Göttingen.
- Ullrich, Peter; Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2012): Judenfeindschaften - alte Vorurteile und moderner Antisemitismus. In: Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, herausgegeben von Ralf Melzer, 68-86. Bonn. http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_12/mitte-im-umbruch_www.pdf [2014-09-18].
- Ullrich, Peter; Keller, Reiner (2014): Comparing Discourse between Cultures. A discursive approach to movement knowledge. In: Baumgarten, Britta; Daphi, Priska; Ullrich, Peter (Hg.): Conceptualizing Culture in Social Movement Research. Basingstoke.
- Ullrich, Peter; Werner, Alban (2011): Ist »DIE LINKE« antisemitisch? Über Grauzonen der »Israelkritik« und ihre Kritiker. In: Zeitschrift für Politik, Jg. 58, Nr. 4, 424-441.
- Volkov, Shulamit (2000): Antisemitismus als kultureller Code. In: Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays, 13-36. München.
- Weiß, Volker (2005): ‚Volksklassenkampf‘. - die antizionistische Rezeption des Nahostkonflikts in der militanten Linken der BRD. In: Zuckermann (Hg.), 214-238.
- Weiterdenken, Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen; Kulturbüro Sachsen (Hg.) (2013): Kritik zu den Verfassungsschutzbehörden und Perspektiven jenseits der Ämter. Erweiterter Tagungsband zur Tagung am 1. Februar 2013 in Dresden. Dresden.
- Wetzel, Juliane (2010): Antisemitismus heute. In: LaG-Magazin, Nr. 11, 4-6.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate (2007): Antisemitismus in Deutschland und Europa. In: APuZ, 12-19.
- Zuckermann, Moshe (2009): Verdinglichte Sühne. Von Interessen und Befindlichkeiten. Anmerkungen zu den deutsch-israelischen Beziehungen. In: Holz, Klaus; Kauffmann, Heiko; Paul, Jobst (Hg.): Die Verneinung des Judentums. Antisemitismus als religiöse und säkulare Waffe, 100-107. Münster.
- Zuckermann, Moshe (2010): Antisemit! Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument, Wien.
- Zuckermann, Moshe (Hg.) (2005): Antisemitismus - Antizionismus - Israelkritik. (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Bd. XXIII). Göttingen.

9.3 Anlaufstellen zum Thema Antisemitismus in Berlin

In Berlin existieren viele Angebote von fest etablierten Institutionen und temporären Projekten für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Dazu gehören Beratung, Schulung oder pädagogische Programme. Die folgende tabellarische Übersicht ermöglicht eine Orientierung über die jeweiligen Tätigkeitsfelder der verschiedenen Akteure. Im Anschluss werden die Akteure kurz einzeln vorgestellt; Kontaktinformationen sind dem beigelegt.

Fortbildung von Multiplikator/innen und pädagogischem Personal

Pädagogische Angebote/ Jugendhilfe-Bereich

Pädagogische Angebote/Schulbereich

Recherche/Dokumentation

(Opfer-)Beratung

Amadeu Antonio Stiftung	Linienstraße 139 10115 Berlin	http://www.amadeu-antonio-stiftung.de info@amadeu-antonio-stiftung.de	(030) 240 88 610	•	•	•	•	•	•
American Jewish Committee (AJC)	Leipziger Platz 15 Mosse Palais 10117 Berlin	http://www.ajc-germany.org/ berlin@ajc.org	(030) 226 59 40		•				
Amira (Träger: VDK e.V.)	Chausseestraße 29 10115 Berlin	http://www.amira-berlin.de info@vdk-berlin.de	(030) 240 45 430					•	•
Anne-Frank-Zentrum	Rosenthaler Straße 39 10178 Berlin	http://www.annefrank.de zentrum@annefrank.de	(030) 288 865 600		•			•	•
Antidiskriminierungs-netzwerk Berlin des TBB	Oranienstraße 53 10969 Berlin	http://www.adnb.de adnb@tbb-berlin.de	(030) 613 05 328	•	•				•
Antidiskriminierungs-stelle des Landes Berlin (LADS)	Oranienstr. 106 10969 Berlin	http://www.berlin.de/lb/ads/ antidiskriminierungsstelle@senaif.berlin.de	(030) 902 81 866	•	•				•
Apabiz - „Antifaschistisches Presse- archiv und Bildungszentrum e.V.“	Lausitzer Straße 10 10999 Berlin	http://www.apabiz.de mail@apabiz.de	(030) 611 62 49		•				•

Fortbildung von Multiplikator/innen und pädagogischem Personal	Pädagogische Angebote/ Jugendhilfe-Bereich	Pädagogische Angebote/Schulbereich	Recherche/Dokumentation	(Opfer-)Beratung	Archiv der Jugendkulturen Projekt: „New Faces“	Fidicinstraße 3 Haus D 10965 Berlin	http://www.jugendkulturen.de/new-faces.html archiv@jugendkulturen.de	(030) 694 29 34								
					Bildungsteam Berlin-Brandenburg	Cuvrystraße 20 10997 Berlin	http://www.bildungsteam.de buero@bildungsteam.de	(030) 610 76 544								
					Centrum Judaicum	Oranienburger Straße 28/30 10117 Berlin	http://www.centrumjudaicum.de/ office@centrumjudaicum.de	(030) 880 28 300								
					„Geschichte in Bewegung“ (Träger: Gesicht zeigen)	Koppenstraße 93 10243 Berlin	http://www.geschichte-in-bewegung.de ausstellung@gesichtzeigen.de	(030) 303 080 825								
	Gesicht Zeigen - Ausstellung 7xjung	Koppenstraße 93 10243 Berlin	http://www.7xjung.de ausstellung@gesichtzeigen.de	(030) 303 08 080												
		Haus der Wannsee-Konferenz	Am Großen Wannsee 56-58 14109 Berlin	http://www.ghwk.de info@ghwk.de	(030) 805 00 10											
	Heroes	Hermannstr. 22 12049 Berlin	http://www.heroes-net.de info@heroes-net.de	(030) 509 18 060												

Fortbildung von Multiplikator/innen und pädagogischem Personal

Pädagogische Angebote/ Jugendhilfe-Bereich

Pädagogische Angebote/Schulbereich

Recherche/Dokumentation

(Opfer-)Beratung

Infoportal Charlottenburg-Wilmersdorf	SJD - Die Falken Landesverband Berlin Schlossstr. 19 14059 Berlin	http://www.infoportal-cw.tk/ charlottenburg-wilmersdorf@riseup.net	(01575) 765 20 25	•			
Jahresbericht zu Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf	Alice-Salomon-Platz 3 12627 Berlin	http://www.mbt-ostkreuz.de/ostkreuz/polis-/ index.php polis@stiftung-spi.de	(030) 992 75 096	•			
ju: an (Träger: Amadeu Antonio Stiftung)	Linienstraße 139 10115 Berlin	http://www.projekt-ju-an.de projekt-ju-an@amadeu-antonio-stiftung.de	(030) 240 88 610		•	•	•
Jüdische Gemeinde zu Berlin	Oranienburger Str. 28-31 10117 Berlin	http://www.jg-berlin.org/ service@jg-berlin.org	(030) 880 28 0	•			
Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost	Greifswalder Straße 4 10405 Berlin	http://www.juedische-stimme.de/ mail@juedische-stimme.de	(030) 396 21 47	•			
Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus	Postfach 04 02 07 10061 Berlin	http://jfda.de/ levi.salomon@gmail.com	(030) 308 75 424	•	•	•	•
Jüdisches Museum Bildungsabteilung	Lindenstraße 9-14 10969 Berlin	http://www.jmberlin.de/ksl info@jmberlin.de	(030) 259 93 300	•		•	•

Fortbildung von Multiplikator/innen und pädagogischem Personal

Pädagogische Angebote/ Jugendhilfe-Bereich

Pädagogische Angebote/Schulbereich

Recherche/Dokumentation

(Opfer-)Beratung

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIGA e.V.)	Oranienstraße 34 10999 Berlin	http://www.kiga-berlin.org mail@kiga-berlin.org	(030) 830 309 130	•	•	•	•	•
Landeskommission Berlin gegen Gewalt	Klosterstraße 47 10179 Berlin	http://www.berlin.de/lb/lkbgg/berlin-gegen-gewalt@seninnsport.berlin.de	(030) 902 23 -2913 oder -2040	•	•	•	•	•
Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM)	Struweg 14974 Ludwigsfelde-Struveshof	http://www.lisum.berlin-brandenburg.de/poststelle@lisum.berlin-brandenburg.de	(03378) 2090	•	•	•	•	•
Lichtenberger Register	Ahrenshooper Straße 7 13051 Berlin	http://www.licht-blicke.org/?page_id=110 mail@licht-blicke.org	(030) 992 70 555	•				
MAXIME Wedding	MAXIME Wedding Maxstraße 20 13347 Berlin	http://www.violence-prevention-network.de/projekte-mainmenu-37/maximeweddingwedding@violence-prevention-network.de	(030) 544 67 779	•			•	•
Miphgasch (hebr.: „Begegnung“)	Samariterstraße 27 10247 Berlin	http://www.miphgasch.de kontakt@miphgasch.de	(030) 474 74 805	•	•	•	•	•
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus	Chausseestraße 29 10115 Berlin	http://www.mbr-berlin.de info@mbr-berlin.de	(030) 240 45 430	•	•	•	•	•

Fortbildung von Multiplikator/innen und pädagogischem Personal

Pädagogische Angebote/ Jugendhilfe-Bereich

Pädagogische Angebote/Schulbereich

Recherche/Dokumentation

(Opfer-)Beratung

Mobiles Beratungsteam ,Ostkreuz' der Stiftung SPI	Voltairestr. 3 10179 Berlin	http://www.mbt-ostkreuz.de ostkreuz@stiftung-spi.de	(030) 417 25 628	•	•	•
Pankower Register	Fehrbelliner Str. 92 10119 Berlin	http://www.pankower-register.de/ moskito@pfefferwerk.de	(030) 443 71 79	•		
Polizei	Tempelhofer Damm 12 12101 Berlin	http://www.berlin.de/polizei/praevention/index.html lkapraev@polizei.berlin.de	(030) 466 40	•		
ReachOut	Oranienstraße 159 10969 Berlin	http://www.reachoutberlin.de info@reachoutberlin.de	(030) 695 68 339	•	•	•
Register Berlin	Kati Becker - Ariba e. V. Oranienstr. 159 10969 Berlin	http://www.berliner-register.de/ info@berliner-register.de	(0152) 044 25 746	•		
Register Friedrichshain-Kreuzberg	Kreutzigerstr. 23 10247 Berlin	http://www.register-friedrichshain.de/ info@initiative-gegen-rechts.de	(030) 740 78 831	•		
Register Treptow-Köpenick	Hasselwerder Str. 38 - 40 12439 Berlin	http://berliner-register.de/treptow-koepenick registerTK@gmail.com	(030) 654 87 293	•		

Fortbildung von Multiplikator/innen und pädagogischem Personal Pädagogische Angebote/ Jugendhilfe-Bereich Pädagogische Angebote/Schulbereich Recherche/Dokumentation (Opfer-)Beratung	Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage	Ahornstr. 5 10787 Berlin	http://www.schule-ohne-rassismus.org schule@aktioncourage.org	(030) 214 58 60	•	•	•	•
	tacheles reden! e.V.	Frankfurter Allee 100 10247 Berlin	http://www.tacheles-reden.de info@tacheles-reden.de		•			•
	„Taskforce Education on Antisemitism“ (Träger: AJC)	Leipziger Platz 15 Mosse Palais 10117 Berlin	http://www.ajc-germany.org/de/taskforce-education-antisemitism berlin@ajc.org	(030) 226 59 40	•	•		•
	ufuq	Lohmühlenstr. 65 12435 Berlin	http://www.ufuq.de info@ufuq.de	(030) 206 54 522	•	•	•	•
	Verfassungsschutz Berlin	Klosterstr. 47 10179 Berlin	www.verfassungsschutz-berlin.de info@verfassungsschutz-berlin.de	(030) 901 290	•			
	ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH	Ebertstr. 46 10249 Berlin	www.zentrum-demokratische-kultur.de info@zentrum-demokratische-kultur.de	(030) 420 18 690	•	•		•

Amadeu Antonio Stiftung		
Stiftung zur Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft		
Das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung seit ihrer Gründung 1998 ist es, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Die Stiftung hat in ganz Deutschland über 640 lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteigerinnen und Aussteiger aus der Neo-Naziszene unterstützt.		
Amadeu Antonio Stiftung Linienstraße 139 10115 Berlin	http://www.amadeu-antonio-stiftung.de info@amadeu-antonio-stiftung.de	(030) 240 88 610
Träger von ju:an		

American Jewish Committee (AJC)		
Für Demokratie, Menschenrechte, Völkerverständigung und die Sicherheit von Jüdinnen und Juden		
Das American Jewish Committee (AJC) wurde 1906 in New York von amerikanischen Juden vorwiegend deutscher Herkunft mit der Zielsetzung gegründet, sich weltweit für Demokratie, Menschenrechte, Völkerverständigung und die Sicherheit von Jüdinnen und Juden einzusetzen. Seit 1998 unterhält das AJC in Berlin das Lawrence & Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations zur Intensivierung des transatlantischen und speziell des deutsch-amerikanisch-jüdischen Dialogs.		
AJC Berlin Office Leipziger Platz 15 Mosse Palais 10117 Berlin	http://www.ajc-germany.org berlin@ajc.org	(030) 226 59 40
Träger der Taskforce Education on Antisemitism		

Amira (Projekt ausgelaufen)		
Pädagogisches Material zum Thema Antisemitismus für Jugendliche mit Migrationshintergrund		
Amira hat eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus gefördert, ohne dabei stigmatisierende Klischees zu bedienen. Das Projektteam hat Fortbildungen für Jugendarbeiter/innen sowie Angebote für deren (sozial-) pädagogische Praxis erarbeitet, die sich insbesondere an Jugendliche mit türkischem und kurdischem sowie palästinensischem und libanesischem Migrationshintergrund richtet.		
Amira c/o VDK e.V. Chausseestraße 29 10115 Berlin	http://www.amira-berlin.de info@vdk-berlin.de	(030) 240 45 430
Getragen von VDK; Nachfolgeprojekt ju:an		

Anne-Frank-Zentrum

Partnerorganisation des Anne Frank Hauses in Amsterdam

Die Partnerorganisation des Anne Frank Hauses in Amsterdam rückt deutschlandweit die Erinnerung an Anne Frank und ihr berühmtes Tagebuch in den Blickpunkt. Das Anne Frank Zentrum zeigt die Ausstellung »Anne Frank. hier & heute« in Berlin, führt Wanderausstellungsprojekte in ganz Deutschland durch, entwickelt zeitgemäße Angebote zur Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen des Holocaust und bietet Projekttag, Seminare und Fortbildungen an.

Anne-Frank-Zentrum
Rosenthaler Str. 39
10178 Berlin

<http://www.annefrank.de>
zentrum@annefrank.de

(030) 288 865 600

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg

Das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin ist ein Projekt in der Trägerschaft des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (TBB)

Zu den Zielen und Aufgaben des ADNB des TBB gehören die Förderung von Gleichbehandlung, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die Beratung der von Diskriminierung Betroffenen und deren Unterstützung. Die Arbeit des ADNB des TBB basiert auf einem Drei-Säulen-System: 1. Vernetzung, 2. Beratung, Intervention und Prävention, 3. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Antidiskriminierungsnetzwerk
Berlin des TBB
Oranienstraße 53
10969 Berlin

<http://www.adnb.de>
adnb@tbb-berlin.de

(030) 613 05 328

Antidiskriminierungsstelle des Landes Berlin (LADS)

Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung

Die Landesstelle arbeitet auf der Basis des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und koordiniert die Antidiskriminierungsarbeit des Berliner Senats. Zu ihren Aufgaben gehört die Sensibilisierung von Gesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik für das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung sowie Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung bei der Umsetzung des AGG.

Senatsverwaltung für Arbeit,
Integration und Frauen
Antidiskriminierungsstelle
Oranienstr. 106
10969 Berlin

<http://www.berlin.de/lb/ads>
antidiskriminierungsstelle@senaif.berlin.de

(030) 902 81 866

Apabiz - „Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.“

Das Apabiz bietet vielfältige Materialien an, die über Rechtsextremismus aufklären und Argumente liefern.

Schwerpunkte der Arbeit sind ein umfangreiches Archiv und Bildungsarbeit zum Thema. Darüber hinaus initiiert das Apabiz weitere Projekte und widmet sich insbesondere der Förderung und Vernetzung von Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus. Das Apabiz arbeitet eng mit antifaschistischen Jugendgruppen, Bildungsträgern, Gewerkschaften und kulturellen Projekten zusammen.

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum e.V. (Apabiz)
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin

<http://www.apabiz.de>
mail@apabiz.de

(030) 611 62 49

Archiv der Jugendkulturen - Projekt: „New Faces“

Modellprojekt zu aktuellem Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft

Das Modellprojekt „New Faces“ setzt mit jugendkulturell ausgerichteten Workshops und multimedialen Werkstätten an. Präventiv sowie in akuten Konflikten wird auf den aktuellen Antisemitismus unter gemischten Jugendgruppen, aber auch unter Erwachsenen reagiert und der Vielschichtigkeit des Phänomens Rechnung getragen. Es wird mit verschiedenen Methoden aus der politischen Bildungsarbeit sowie mit jugendkulturellen und medienpädagogischen Ansätzen gearbeitet.

Archiv der Jugendkulturen e. V.
Fidicinstraße 3 | Haus D
10965 Berlin

<http://www.jugendkulturen.de/new-faces.html>
archiv@jugendkulturen.de

(030) 694 29 34

Bildungsteam Berlin-Brandenburg

Bildungsprojekte zum Thema Diversity

Der Verein Bildungsteam Berlin Brandenburg e.V. konzipiert, plant und realisiert Bildungsprojekte zum Thema Diversity. Weitere Schwerpunkte bilden die Bereiche Geschlechterverhältnisse, Sexualität, Migrationsgesellschaft, Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus. Die Hauptzielgruppe des Bildungsteams sind bildungsbenachteiligte Jugendliche sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Bildungsteam Berlin-Brandenburg
Cuvrystraße 20
10997 Berlin

<http://www.bildungsteam.de>
buero@bildungsteam.de

(030) 610 76 544

Centrum Judaicum

Informationsstelle für jüdisches Leben

Die Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum hat die Aufgabe, die Geschichte der Juden in der Region Berlin aufzuarbeiten. Es will an die Leistungen der jüdischen Bevölkerung erinnern und das Gedenken an die jüdischen Opfer bewahren. Es archiviert die entsprechenden Dokumente, arbeitet sie auf und publiziert sie. Dazu arbeitet die Stiftung mit anderen jüdischen wie nicht-jüdischen Institutionen zusammen an wechselnden Ausstellungen zu jüdischer Geschichte.

Stiftung Neue Synagoge Berlin –
Centrum Judaicum
Oranienburger Straße 28/30
10117 Berlin

<http://www.centrumjudaicum.de>
office@centrumjudaicum.de

(030) 880 28 300

„Geschichte in Bewegung“

Acht Einrichtungen der historisch-politischen Bildung bieten Workshop-Reihen für Schulklassen an

Für viele Jugendliche ist der Unterricht über den Holocaust abgekoppelt von ihrer Lebenswelt, ohne Verbindung zur Gegenwart. Daher hat das Berliner Netzwerk „Geschichte in Bewegung“ ein neues Angebot konzipiert. Das Netzwerk bietet acht dreitägige integrierte Angebote an. Jede Sequenz ist einem Schwerpunktthema gewidmet und führt Schüler/innen in mehrere Häuser. Drei Tage – drei Orte – drei Ansätze.

Gesicht Zeigen!
Für ein weltoffenes Deutschland e.V.
Koppenstraße 93
10243 Berlin

<http://www.geschichte-in-bewegung.de>
ausstellung@gesichtzeigen.de

(030) 303 080 825

Getragen von Gesicht zeigen

Gesicht Zeigen - Ausstellung 7xjung

Künstlerische Ausstellung für Jugendliche zum Thema Nationalsozialismus

7xjung ist eine künstlerische Ausstellung, die in sieben Themenräumen heutige Lebenswelten von Jugendlichen inszeniert und so persönliche, emotionale und sinnliche Zugänge zur Zeit des Nationalsozialismus schafft. Die Ausstellung ist ein Lernort, der Erfahrungen von Ausgrenzung, Antisemitismus und Diskriminierung behandelt – und zeigt, was man dagegen tun kann. Es werden Projektstage für Schulklassen und Jugendgruppen angeboten.

Gesicht Zeigen!
Für ein weltoffenes Deutschland e.V.
Koppenstraße 93
10243 Berlin

<http://www.7xjung.de>
ausstellung@gesichtzeigen.de

(030) 303 08 080

Haus der Wannsee-Konferenz

Gedenk- und Bildungsstätte mit einer ständigen Ausstellung in den historischen Räumen der Wannsee-Konferenz

Neben der ständigen Ausstellung und einer Spezialbibliothek bietet das Haus der Wannsee-Konferenz differenzierte pädagogische Angebote für Jugendliche und Schulklassen, für Erwachsene sowie für Mitglieder von Studien- oder Fachseminaren und Lehrerkollegien.

Haus der Wannsee-Konferenz
Am Grossen Wannsee 56-58
14109 Berlin

<http://www.ghwk.de>
info@ghwk.de

(030) 805 00 10

Heroes

Projekt für Gleichberechtigung

In dem Projekt engagieren sich junge Männer aus „Ehrenkulturen“ gegen die Unterdrückung im Namen der Ehre und für die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern sowie gegen Antisemitismus. Sie setzen sich in regelmäßigen Trainings mit Themen wie Ehre, Identität, Geschlechterrollen und Menschenrechten auseinander und werden am Ende der Trainingsphase zu anerkannten HEROES zertifiziert, die dann wiederum Workshops für Schulklassen, Ausbildungsstätten oder Jugendeinrichtungen leiten.

Heroes
Hermannstraße 22
12049 Berlin

<http://www.heroes-net.de>
info@heroes-net.de

(030) 509 18 060

Infoportal Charlottenburg-Wilmersdorf

Erfassung rechter, rassistischer, antisemitischer, homo- und transphober Ereignisse

Kernaufgabe des Infoportals ist die professionelle Erarbeitung einer Chronologie zur Erfassung rechter, rassistischer, antisemitischer, homo- und transphober Ereignisse in Charlottenburg-Wilmersdorf. Beteiligt sind die anderen Registerstellen in Berlin und die Opferberatung ReachOut.

SJD - Die Falken Landesverband
Berlin
Schlossstr. 19
14059 Berlin

<http://www.infoportal-cw.tk>
cw@berliner-register.de

(01575) 765 20 25

Jahresbericht zu Demokratieentwicklung – Register Marzahn-Hellersdorf

Dokumentation antisemitischer, rechtsextremer und rassistischer Vorkommnisse in Marzahn-Hellersdorf

Seit 2008 erstellt die bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf (Polis*) einen Jahresbericht zur Demokratieentwicklung (ehemals Rechtsextremismus-Verzeichnis) in Marzahn-Hellersdorf, der alle Vorkommnisse im Zusammenhang mit antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen erfasst. Die aktuellen Ergebnisse werden jeweils auf einer gemeinsamen Presse-Konferenz mit den Registern von Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg, Pankow und Treptow-Köpenick vorgestellt.

Polis* Alice-Salomon-Platz 3 12627 Berlin	http://www.mbt-ostkreuz.de/ostkreuz/polis-/index.php polis@stiftung-spi.de	(030) 992 75 096
---	---	------------------

Getragen von Mobiles Beratungsteam »Ostkreuz«

ju:an

Modellprojekt gegen Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Gemeinsam mit Jugendfreizeiteinrichtungen aus Berlin und Hannover entwickelt die Amadeu Antonio Stiftung mit dem Modellprojekt „ju:an“ langfristige Strategien, um Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wirkungsvoll pädagogisch zu begegnen. Das Projekt richtet sich zum einen an pädagogische Fachkräfte aus der Jugendarbeit und zum anderen an die jungen Einrichtungsbesucher/innen, für die – und mit denen! – bis Mitte 2014 unterschiedliche Aktionen und Projekte umgesetzt werden.

Amadeu Antonio Stiftung Linienstraße 139 10115 Berlin	http://www.projekt-ju-an.de projekt-ju-an@amadeu-antonio-stiftung.de	(030) 240 88 610
---	---	------------------

Getragen von Amadeu Antonio Stiftung

Jüdische Gemeinde zu Berlin

Kulturelle und gesellschaftliche Vertretung jüdischen Lebens in Berlin.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin ist als Einheitsgemeinde organisiert, die orthodoxe, konservative und liberale Synagogen umfasst. Mit mehr als 11.000 Mitgliedern ist die jüdische Gemeinde zu Berlin die größte jüdische Gemeinde in Deutschland. Sie bietet ihren Mitgliedern eine weit gefächerte jüdische Infrastruktur, die alles umfasst, was für ein jüdisches religiöses Leben notwendig ist: Neun Synagogen, zwei rituelle Tauchbäder, mehrere Schulen, Erwachsenenbildung, Pflegeheim, betreutes Wohnen, Seniorenwohnheim und ein ambulanter Pflegedienst.

Jüdische Gemeinde zu Berlin Oranienburger Straße 28-31 10117 Berlin	http://www.jg-berlin.org service@jg-berlin.org	(030) 880 28 0
---	---	----------------

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost

Engagement für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina

Die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ will über die Notwendigkeit und Möglichkeit eines gerechten Friedens zwischen Palästina und Israel informieren und die Bundesregierung auffordern, ihre außenpolitischen und ökonomischen Möglichkeiten im Interesse der Herstellung eines lebensfähigen, souveränen Staates Palästina auf integriertem Hoheitsgebiet und innerhalb sicherer Grenzen zu nutzen und aktiv zur Verwirklichung eines dauerhaften und für beide Nationen lebensfähigen Friedens beizutragen.

Jüdische Stimme

für gerechten Frieden in Nahost

Greifswalder Straße 4

10405 Berlin

<http://www.juedische-stimme.de>

mail@juedische-stimme.de

(030) 396 21 47

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus

Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit für Demokratie und gegen Antisemitismus

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus ist ein gemeinnütziger Verein, der sich vor allem durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit der Stärkung des demokratischen Staatswesens als auch dem Kampf gegen Antisemitismus widmet. Er berät bei antisemitischen Vorfällen, führt ein unabhängiges Monitoring durch, ist engagiert in der politischen Bildungsarbeit in Projekten, Veranstaltungen und im interreligiösen Dialog und ist Ansprechpartner für Pressevertreter/innen.

Jüdisches Forum für Demokratie

und gegen Antisemitismus

Postfach 04 02 07

10061 Berlin

<http://jfda.de>

levi.salomon@gmail.com

(030) 308 75 424

Jüdisches Museum Bildungsabteilung

Unterschiedliche Bildungsangebote für Kinder, Schüler/innen und Lehrer/innen

Die Bildungsabteilung des Jüdischen Museums bietet unterschiedliche Bildungsangebote für Kinder, Schüler/innen und Lehrer/innen an. Neben thematisch ausgerichteten Führungen durch das Museum finden Workshops, Projekt-tage und Lehrerfortbildungen statt. Auf der Homepage des Jüdischen Museums gibt es zudem Info- und Unter-richtsmaterial sowie Lernangebote für Kinder.

Jüdisches Museum

Lindenstraße 9-14

10969 Berlin

<http://www.jmberlin.de/ksl>

info@jmberlin.de

(030) 259 93 300

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.)

Zivilgesellschaftliche Initiative gegen Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft

KIgA e.V. gehört bundesweit zu den ersten zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich der Herausforderung gestellt haben, Konzepte für die pädagogische Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft zu entwickeln. Seit 2003 erarbeitet die KIgA modellhafte und lebensweltlich orientierte pädagogische Ansätze und Materialien für die schulische und außerschulische Bildung und behandelt die Bereiche Antisemitismusprävention, Islamismusprävention und historisch-politische Bildung.

Kreuzberger Initiative

gegen Antisemitismus (KIgA e.V.)

Oranienstraße 34

10999 Berlin

<http://www.kiga-berlin.org>

mail@kiga-berlin.org

(030) 830 309 130

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Gremium zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt als das zentrale Präventionsgremium des Landes Berlin hat das Ziel, gemeinsam mit anderen Gewalt und Kriminalität in Berlin zu verringern. Gewalt- und Kriminalitätsprävention ist nicht nur eine staatliche, sondern auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Es gilt daher, neben dem staatlichen auch das Engagement gesellschaftlicher Kräfte und von Bürgerinnen und Bürgern weiterzuentwickeln bzw. zu mobilisieren und im Sinne gemeinsamer Verantwortung in aktive Präventionsarbeit umzusetzen.

Landeskommission Berlin gegen

Gewalt

Klosterstraße 47

10179 Berlin

<http://www.berlin.de/gegen-gewalt>

berlin-gegen-gewalt@seninnspport.berlin.de

(030) 902 23 -2913 oder -2040

Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM)

Einrichtung der Länder Berlin und Brandenburg für die gemeinsame Bildungsregion

Das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) ist Ansprechpartner in Sachen Unterrichts-, Schul- und Personalentwicklung sowie für Medienbildung. Das LISUM ist bundesweit das einzige pädagogische Landesinstitut, das für zwei Länder tätig ist. Berlin und Brandenburg wollen auf diese Weise Ressourcen in der Bildungsregion bündeln, Synergieeffekte erzielen und so in wichtigen Feldern der Bildungspolitik eine Harmonisierung der bestehenden Systeme anstreben.

Landesinstitut für Schule und Medien

Berlin-Brandenburg (LISUM)

Struweg

14974 Ludwigsfelde-Struveshof

<http://www.lisum.berlin-brandenburg.de>

poststelle@lisum.berlin-brandenburg.de

(03378) 2090

Lichtenberger Register

Dokumentation rechtsextremer Aktivitäten im Bezirk Lichtenberg

Das Lichtenberger Register ist Teil der Netzwerkstelle Licht-Blicke, welche rechtsextreme Aktivitäten im Bezirk Lichtenberg registriert und dokumentiert. In verschiedenen Kategorien werden Übergriffe, Bedrohungen, Propaganda und Veranstaltungen aufbereitet und halbjährlich veröffentlicht. Das Register entsteht in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl lokaler Initiativen und Akteure.

LICHT-BLICHE

Netzwerk für Demokratie

Ahrenschooper Straße 7

13051 Berlin

http://www.licht-blicke.org/?page_id=110

mail@licht-blicke.org

(030) 992 70 555

MAXIME Wedding

Interkulturelles Präventionsprojekt

MAXIME Wedding geht den Fragen nach, wie sich die Dialogfähigkeit zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellem und religiösem Hintergrund befördern lässt, wie die Desintegration und Radikalisierung gefährdeter Jugendlicher verhindert werden kann, und wie sich Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft abbauen lassen. Hierzu werden interreligiöse Workshops, Anti-Gewalt- und Kompetenz-Trainings sowie Fortbildungen angeboten.

MAXIME Wedding

Interkulturelles Präventionsprojekt

Maxstraße 20

13347 Berlin

<http://www.violence-prevention-network.de/projekte-mainmenu-37/maximewedding>

wedding@violence-prevention-network.de

(030) 544 67 779

Miphgasch (hebr.: „Begegnung“)

Verein zur Förderung interkultureller und internationaler Begegnungen zwischen jungen Menschen und Familien

Im Mittelpunkt der Arbeit von Miphgasch steht die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sowie mit Geschichte und Gegenwart von Antisemitismus und Rassismus. Es werden Projektstage für Schulklassen und Jugendgruppen angeboten, bei denen junge Menschen eingeladen werden, sich aus neuen Perspektiven mit den Themenfeldern Nationalsozialismus, Nahost und Religion auseinanderzusetzen.

Miphgasch/Begegnung e.V.

Samariterstraße 27

10247 Berlin

<http://www.miphgasch.de>

kontakt@miphgasch.de

(030) 474 74 805

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Beratung und Unterstützung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) bietet all jenen Beratung und Unterstützung an, die mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich für die Stärkung demokratischer Kultur einsetzen wollen. Unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten entwickelt die MBR gemeinsam mit den Menschen vor Ort situationsbezogene Handlungsstrategien, informiert und begleitet die Umsetzung von lokalen und integrierten Kommunalanalysen.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)
Chausseestraße 29
10115 Berlin

<http://www.mbr-berlin.de>
info@mbr-berlin.de

(030) 240 45 430

Getragen von VDK

Mobiles Beratungsteam „Ostkreuz“ der Stiftung SPI

Mobile Beratung für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration der Stiftung SPI Berlin

»Ostkreuz« ist das Mobile Beratungsteam (MBT) für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration der Stiftung SPI Berlin. Das MBT »Ostkreuz« berät und begleitet, vernetzt und qualifiziert lokale Akteur/innen und Organisationen zu Fragen und Problemstellungen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, ethnozentriertem und bekenntnisbezogenem Kulturalismus und Chauvinismus sowie Homophobie bzw. LSBTI-Feindlichkeit.

Stiftung Sozialpädagogisches Institut
„Walter May“
Mobiles Beratungsteam »Ostkreuz«
Voltairestraße 3
10179 Berlin

<http://www.mbt-ostkreuz.de>
ostkreuz@stiftung-spi.de

(030) 417 25 628

Getragen von SPI

Pankower Register

Dokumentation rassistisch, antisemitisch, homophob und rechtsextrem motivierter Angriffe, Vorfälle und Propaganda

Das Pankower Register sammelt und dokumentiert rassistisch, antisemitisch, homophob und rechtsextrem motivierte Angriffe, Vorfälle und Propaganda für den Bezirk Pankow, um damit politisch und öffentlichkeitswirksam arbeiten zu können. Das Register wird jährlich in der Bezirksverordnetenversammlung vorgestellt und einer breiten Öffentlichkeit über Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit bekannt gemacht. Es besteht ein Netzwerk von Anlaufstellen, bei denen Vorfälle gemeldet werden können und Betroffene sowie Zeug/innen Unterstützung erfahren.

[moskito] – Netzwerkstelle gegen
Rechtsextremismus
Fehrbelliner Str. 92
10119 Berlin

<http://www.pankower-register.de>
moskito@pfefferwerk.de

(030) 443 71 79

Getragen von Pfefferwerk

Polizei		
Kriminalprävention unter anderem zu Antisemitismus		
Die Zentralstelle für Prävention der Polizei Berlin nimmt sowohl strategisch-konzeptionelle Grundsatz- und Koordinationsaufgaben als auch operative Aufgaben im Bereich der Kriminalprävention wahr. Neben Themenbereichen wie Cybersicherheit, Extremismus, Opferschutz und weiteren, gehört Antisemitismus zum Bereich der Präventionsarbeit der Polizei Berlin		
Landeskriminalamt LKA Prävention Zentralstelle für Prävention Platz der Luftbrücke 6 12101 Berlin	http://www.berlin.de/polizei/praevention/index.html lkapraev@polizei.berlin.de	(030) 466 40

ReachOut		
Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin		
Neben der Unterstützung und Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützt und berät ReachOut auch Angehörige, Freund/innen der Opfer und Zeug/innen eines Angriffs. Die Situation und die Perspektive der Opfer rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt stehen im Zentrum der Arbeit. ReachOut bietet zudem antirassistische, interkulturelle pädagogische Programme an und recherchiert rechtsextreme, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin und veröffentlicht dazu eine Chronik.		
ReachOut Oranienstraße 159 10969 Berlin	http://www.reachoutberlin.de info@reachoutberlin.de	(030) 695 68 339

Register Berlin		
Zusammengeführte Darstellung der unterschiedlichen Registerstellen Berlins		
Register sind Dokumentationen von rassistisch, antisemitisch, lgbtiq-feindlich, antiziganistisch, rechtsextrem und anderen diskriminierend motivierten Vorfällen, die sich in den Berliner Stadtbezirken ereignen. Diese Vorfälle werden von Bürger/innen bei verschiedenen Anlaufstellen, die über die Bezirke verteilt sind, gemeldet und an die Koordinierungsstellen der Register weitergeleitet. Dort werden sie gesammelt, ausgewertet und veröffentlicht.		
Kati Becker Ariba e. V. Oranienstr. 159 10969 Berlin	http://www.berliner-register.de info@berliner-register.de	(0152) 044 25 746

Register Friedrichshain-Kreuzberg

Dokumentation von rassistischen, rechtsextremen, antisemitischen, homophoben und ähnlichen Ereignissen

Das Register erfasst Ereignisse mit rassistischen, rechtsextremen, antisemitischen, homophoben oder ähnlichen Hintergründen in Friedrichshain-Kreuzberg, die von Bürger/innen und Projektpartnern gemeldet werden. Es ergänzt behördliche Statistiken, weil es auch Ereignisse einbezieht, die nicht zur Anzeige gebracht wurden oder keine strafrechtliche Relevanz besitzen. Recherche und Auswertung finden in enger Zusammenarbeit mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) und der Opferberatungsstelle ReachOut Berlin statt.

Initiative gegen Rechts
und Register Fh-Kb
Kreutzigerstr. 23
10247 Berlin

<http://www.register-friedrichshain.de>
info@initiative-gegen-rechts.de

(030) 740 78 831

Register Treptow-Köpenick

Erfassung rassistischer, antisemitischer, rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Treptow-Köpenick

Seit November 2007 erfasst das Register rassistische, antisemitische, rechtsextreme und diskriminierende Vorfälle in Treptow-Köpenick. Über die enge Zusammenarbeit mit anderen Initiativen und Organisationen werden nicht nur Vorfälle gemeldet, sondern es ist auch möglich, auf diese zu reagieren, Protest und Solidarität zu organisieren, Gleichgesinnte zusammenzubringen oder Betroffene zu unterstützen. Das Register beschreibt zwar in erster Linie die Entwicklung der rechtsextremen Szene, aber ist auch ein Sprachrohr für jene Menschen, die Ausgrenzung und Gewalt erfahren.

Koordinierungsstelle Register
c/o Villa Offensiv
Hasselwerder Str. 38 - 40
12439 Berlin

<http://berliner-register.de/treptow-koe-penick>
registerTK@googlemail.com

(030) 654 87 293

Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage

Projekt von und für Schüler/innen gegen alle Formen von Diskriminierung

Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage (SOR-SMC) ist ein Projekt von und für Schüler/innen, die gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten wollen. Auf Initiative von Schüler/innen kann eine Schule zu einer SOR-SMC werden, wenn die Initiator/innen die Unterschriften von mindestens 70 % aller direkten Angehörigen ihrer Schule sammeln.

Schule ohne Rassismus - Schule mit
Courage
Ahornstraße 5
10787 Berlin

<http://www.schule-ohne-rassismus.org>
schule@aktioncourage.org

(030) 214 58 60

tacheles reden! e.V.		
Verein gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus		
„Tacheles reden!“ betreibt politische Bildungsarbeit und Aufklärung über Strukturen und Mechanismen des Antisemitismus, um langfristig gegen einen rechten Mainstream in der Gesellschaft anzuarbeiten. Der Verein organisiert Veranstaltungen (Vorträge, Filmvorführungen, Ausstellungen, schulische und außerschulische Projekte), die das Fortleben der nationalsozialistischen Ideologie thematisieren und versucht, Handlungs- und Aktionswege gegen jede Ausdrucksform von Autoritarismus, Nationalismus und Diskriminierung zu vermitteln.		
tacheles reden! e.V. Frankfurter Allee 100 10247 Berlin	http://www.tacheles-reden.de info@tacheles-reden.de	

„Taskforce Education on Antisemitism“		
Netzwerk von unabhängigen Projekten, Institutionen und Einzelpersonen gegen Antisemitismus		
Die Task Force Education on Antisemitism beim American Jewish Committee ist ein Netzwerk von unabhängigen Projekten, Institutionen und Einzelpersonen, die sich in der pädagogischen Prävention und Bearbeitung von Antisemitismus engagieren. Rückgrat der Arbeit sind die ca. alle sechs Wochen stattfindenden Veranstaltungen, in denen über die eigene Arbeit reflektiert wird.		
Leipziger Platz 15 Mosse Palais 10117 Berlin	http://www.ajc-germany.org/de/taskforce-education-antisemitism berlin@ajc.org	(030) 226 59 40
Getragen von AJC		

ufuq		
Publizistische, wissenschaftliche und pädagogische Arbeit zur Gestaltung der „Einbürgerung des Islam“		
Im Verein ufuq.de arbeiten Islam- und Sozialwissenschaftler/innen an der Schnittstelle von Wissenschaft, Medien, Jugendkultur und pädagogischer Praxis zum Thema „Islam in Deutschland“. Ufuq.de bietet Informationen zu islamischen Jugendkulturen sowie arabischen und türkischen Medien, außerdem Beratung, Fortbildungen und Materialien für Multiplikator/innen und nicht zuletzt politische Bildung mit muslimischen Jugendlichen gegen demokratiefeindliche Einstellungen.		
ufuq.de Wissmannstraße 20 12049 Berlin	http://www.ufuq.de info@ufuq.de	(030) 983 41 051

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

Träger verschiedener Projekte gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus

Der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) ist Träger der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und des Projekts Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse. Aus der Arbeit der MBR heraus sind weitere Projekte zu Antisemitismus sowie zu Rechtsextremismus in den Bezirksverordnetenversammlungen entstanden.

MBR
Chausseestraße 29
10115 Berlin

<http://www.mbr-berlin.de/uber-uns/tragerverein>
info@mbr-berlin.de

(030) 240 45 430

Träger von Amira und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Verfassungsschutz Berlin

Nachrichtendienst des Landes Berlin

Der Verfassungsschutz Berlin ist der Nachrichtendienst des Landes Berlin. Seine Aufgabe ist es, Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie den Bestand des Bundes und der Länder zu identifizieren, darüber zu informieren und Gegenmaßnahmen zu ermöglichen. Der Tätigkeitsbereich des Verfassungsschutzes Berlin umfasst auch die Beobachtung antisemitischer Gruppen und Einzelpersonen.

Verfassungsschutz Berlin
Klosterstr. 47
10179 Berlin

www.verfassungsschutz-berlin.de
info@verfassungsschutz-berlin.de

(030) 901 290

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Unabhängige Beobachtungs- und Beratungsstelle für Menschenrechte und gegen Extremismus

Die ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH ist bundesweit für die Würde, Freiheit und Rechte jedes Menschen in einer Menschenrechten verpflichteten Ordnung tätig. Die Angebote der ZDK dienen dem Schutz vor freiheitsfeindlichem Handeln. Als unabhängige Beobachtungs- und Beratungsstelle dokumentiert und analysiert die ZDK Bestrebungen gegen die Menschenwürde und Freiheitsrechte, organisiert Veranstaltungen, bietet Aussteiger/innen-Programme gegen Extremismus an und führt Beratungen und Coachings durch.

ZDK Gesellschaft Demokratische
Kultur gGmbH
Bürogemeinschaft Ebertystr.
Ebertystraße 46
10249 Berlin

www.zentrum-demokratische-kultur.de
info@zentrum-demokratische-kultur.de

(030) 420 18 690

9.4 Materialien für die Bildungsarbeit

Titel	Aktiv gegen Antisemitismus
Herausgeber	American Jewish Committee (AJC), Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung (SenBildWiss), Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM)
Jahr	2010
Beschreibung	„Aktiv gegen Antisemitismus“ ist ein Bildungsprogramm zur Sensibilisierung und Motivation von Kindern und Jugendlichen, aktiv gegen Antisemitismus und für ein auf gegenseitigem Respekt basierendes Miteinander einzutreten.
Bezug	Bestellen bei: Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM) Berlin-Brandenburg, Struveweg, 14974 Ludwigsfelde-Struveshof.

Titel	„Alle Juden sind...“ – 50 Fragen zum Antisemitismus
Herausgeber	Anne Frank Haus (Amsterdam)
Verlag	Verlag an der Ruhr
Jahr	2005
Beschreibung	In Form von Fragen und Antworten klärt das Buch über zentrale jüdenfeindliche Stereotype auf und gibt Einsicht in das komplexe Problem des Antisemitismus von seiner Entstehung bis heute.
Bezug	Bestellen unter: http://www.annefrank.de/onlineshop

Titel	„Anne Franks Geschichte“ für interaktive Whiteboards
Herausgeber	Anne Frank Zentrum (Berlin), Anne Frank Haus (Amsterdam)
Beschreibung	Unterrichtsmaterial für den Geschichts-, Sach-, Deutsch-, Religions- oder Ethikunterricht der Klassen 5 und 6 idealerweise zur Vorbereitung eines Ausstellungsbesuchs.
Link	Download: http://www.annefrank.de/projekte-angebote/materialien/whiteboard

Titel	Antisemitismus – ein gefährliches Erbe mit vielen Gesichtern. Handreichung zu Theorie und Praxis
Herausgeber	Detzner, Milena; Drücker, Ansgar
Verlag	Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA)
Jahr	2013
Beschreibung	Reader für Multiplikator/innen in der Jugend- und Bildungsarbeit
Bezug	Bestellen unter: http://www.idaev.de/publikationen/bestellformular

Titel	Antisemitismus als Problem in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit
Herausgeber	Brühl, Christian; Meier, Marcus
Jahr	2014 (3. Auflage)
Beschreibung	Pädagogische und didaktische Handreichungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen
Bezug	Bestellen unter: http://www.mbr-koeln.de/materialien/ibs-veroeffentlichungen/bestellformular

Titel	Bausatz – Das Hinterhaus
Herausgeber	Anne Frank Zentrum (Berlin)
Beschreibung	Bausatz des Verstecks von Anne Frank für die Klassenstufen 5 bis 7. Der Bausatz soll helfen, sich das Versteck und die Lebenssituation der acht Untergetauchten plastisch vorstellen zu können. Ergänzend zum Bausatz können Unterrichtsmaterialien auf der Homepage des Anne Frank Zentrums heruntergeladen werden.
Bezug	Bestellen und Download unter: http://www.annefrank.de/projekte-angebote/materialien/bausatz

Titel	Berlin schaut hin. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Herausgeber	Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales)
Jahr	2011
Beschreibung	Broschüre zum Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Das Landesprogramm ist ein Förderprogramm angesiedelt bei der LADS.
Bezug	Download: http://www.berlin.de/lb/ads/sub/demokratie/konzept/progr

Titel	Berliner Forum Gewaltprävention
Herausgeber	Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Senatsverwaltung für Inneres und Sport)
Jahr	Seit 1999
Beschreibung	In unregelmäßigen Abständen erscheinende Publikation. Es werden unterschiedliche Themenkomplexe behandelt sowie Tagungen, Wettbewerbe und andere Veranstaltungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt dokumentiert, die in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern und Förderern durchgeführt werden.
Link	Download: http://www.berlin.de/lb/lkbgg/publikationen/berliner-forum-gewaltpraevention

Titel	Berliner Zustände. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus und Rassismus
Herausgeber	Apabiz e.V.; Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin
Jahr	Seit 2006 Jährlich
Beschreibung	Jährlicher Bericht zu wesentlichen Tendenzen von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Link	Download: http://www.mbr-berlin.de/materialien/publikationen-handreichungen/berliner-zustande

Titel	Bildung im Spannungsfeld von islamistischer Propaganda und Muslimfeindlichkeit – eine Workshopreihe mit Jugendlichen
Herausgeber	Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.)
Jahr	2012
Beschreibung	Die Broschüre dokumentiert eine Workshopreihe für Jugendliche, die sich dem komplexen Spannungsfeld zwischen islamistischer Propaganda und Muslimfeindlichkeit widmete.
Bezug	Download: http://www.kiga-berlin.org

Titel	Das offene Schweigen. Zu Fallstricken und Handlungsräumen rassistischer Bildungs- und Sozialarbeit
Herausgeber	Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.
Jahr	2012
Beschreibung	Die Broschüre dokumentiert die wichtigsten Informationen und Ergebnisse der gleichnamigen Tagung. Die Beiträge legen ihren Schwerpunkt auf eine kritische Analyse in Hinblick auf die Thematisierung von Antisemitismus und Rassismus in der Bildungs- und Sozialarbeit sowie innerhalb der Gesellschaft.
Bezug	Download: http://www.anti-bias-werkstatt.de/sites/default/files/broschuere-das-offene-schweigen.pdf

Titel	Demokratie gemeinsam erleben. Hands Across the Campus. Eine Handreichung für Multiplikatoren
Herausgeber	American Jewish Committee, LISUM, RAA Brandenburg
Jahr	2008
Beschreibung	Die Handreichung für Multiplikatoren möchte durch vielfältige Programmeinheiten Demokratie als ganzheitliche Lebenskultur erlebbar machen.
Link	Download: http://www.raa-brandenburg.de/Portals/4/media/UserDocs/HANDS_RZ_PDF_ANSICHT.pdf

Titel	„Die Judenschublade – junge Juden in Deutschland“ – Ein Dokumentarfilm mit Arbeitsmaterialien
Autor/innen	Gorelik, Lena; Mehring-Fuchs, Margarethe; Weber, Larissa
Herausgeber	Anne Frank Zentrum (Berlin), Anne Frank Haus (Amsterdam)
Verlag	Lingua Video
Jahr	2005
Beschreibung	Materialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Zielgruppe sind Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren
Bezug	Bestellen (mit CD) unter: http://www.annefrank.de/onlineshop

Titel	Die Wannsee-Konferenz als Unterrichtsgegenstand. Anregungen und Dokumente für die Sekundarstufe II
Autor/innen	Kaiser, Wolf
Herausgeber	Haus der Wannseekonferenz – Gedenk- und Bildungsstätte
Jahr	2012
Beschreibung	Handreichung für Pädagoginnen und Pädagogen zur Arbeit mit Schüler/innen der Sekundarstufe II mit entsprechenden Dokumenten.
Bezug	Download: http://www.ghwk.de

Titel	Ein Schmuggelfund aus dem KZ – Erinnerung, Kunst & Menschenwürde. Projektmappe für einen fächerübergreifenden Unterricht
Autor/innen	Jaiser, Constanze; Pampuch, Jacob David
Herausgeber	Haus der Wannsee-Konferenz
Verlag	Metropol-Verlag
Jahr	2012
Beschreibung	Die Projektmappe ist ein Angebot für die Sekundarstufe ab Klassenstufe 9 und behandelt die Lebensbedingungen in historischen Konzentrationslagern sowie das generelle Thema „Menschenwürde“.
Bezug	Zu beziehen über den Buchhandel: ISBN 978-3-86331-073-8

Titel	„Entdecke das Haus“ – Modul für interaktive Whiteboards
Herausgeber	Anne Frank Haus
Beschreibung	Digitales Unterrichtsmaterial für die Klassen 5 und 6 ermöglicht die Erkundung des Amsterdamer Hinterhauses, in dem sich Anne Frank und sieben weitere Menschen von 1942 bis 1944 vor den Nationalsozialisten versteckten.
Link	Download: http://www.annefrank.de/projekte-angebote/materialien/whiteboard-modul-entdecke-das-haus

Titel	Fiktion als Wahrheit: israelbezogener Antisemitismus in Film und Internet; Handreichung zur Mediennutzung in heterogenen Jugendgruppen und Milieus am Beispiel des Spielfilms „Tal der Wölfe – Palästina“
Autor/innen	Thoma, Hanne; Seidel, Ingolf; Banse, Christian
Herausgeber	AJC American Jewish Committee Berlin Office; Taskforce Education on Antisemitism
Jahr	2012
Beschreibung	Anliegen dieser Handreichung ist es, sich anhand des exemplarischen Bezugs auf „Tal der Wölfe – Palästina“ grundsätzlich mit der Thematik des Transfers von israelbezogenem Antisemitismus via Medien zu beschäftigen.
Bezug	Einsehbar in den Bibliotheken des Zentrums für Antisemitismusforschung und des Hauses der Wannseekonferenz.

Titel	Film ab! Clips gegen Antisemitismus: Methoden für die pädagogische Arbeit
Herausgeber	ver.di Jugendbildungsstätte Berlin Konradshöhe e.V.; Volpert, Tatjana
Jahr	2014
Beschreibung	Methodensammlung für Lehrer/innen und Bildungsarbeiter/innen; geeignet für den Einsatz in der Mittel- und Oberstufe ebenso wie in der außerschulischen Bildungsarbeit.
Bezug	Bestellen unter: as-bausteine@bildungsteam.de

Titel	Filme gegen Antisemitismus?! Dokumentar- und Spielfilme als Mittel in der Pädagogik gegen Judenfeindschaft – Erfahrungen aus der Projektarbeit
Herausgeber	Amadeu Antonio Stiftung, BildungsBausteine Berlin-Brandenburg, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KlgA)
Link	Download: http://www.conact-org.de/downloads/andere_news/Was_tun_gegen_Antisemitismus_Bei-trag_2010.pdf

Titel	Filmpaket „Wie wollen wir leben?“
Autor/innen	Müller, Jochen; Nordbruch, Götz; Yağcı, Nalan; Ünlü, Deniz; Omar, Jenny
Herausgeber	Ufuq.de; HAW Hamburg
Jahr	2013
Beschreibung	Materialien, Methoden und Anregungen für Pädagog/innen in Schule und Jugendarbeit zu den Themen Religion und Alltag, Scharia und Geschlechterrollen, Islamfeindlichkeit und Rassismus, Propaganda im Internet, Demokratie und Salafismus
Bezug	Bestellen unter: http://ufuq.de

Titel	Fit machen für Demokratie: Ein Grundwerte-Curriculum „Hands for Kids“
Herausgeber	LISUM, American Jewish Committee (AJC), RAA Brandenburg, DeGeDe
Verlag	Monsenstein und Vannerdat
Jahr	2012
Bezug	Bestellen bei: Jewish Committee (AJC), Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM), Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik, Landesverband Berlin-Brandenburg (DeGeDe). Buchhandel: ISBN 978-3-940987-61-7

Titel	Fixiert. Fotografische Quellen zur Verfolgung und Ermordung der Juden in Europa – Eine pädagogische Handreichung.
Autor/innen	Kreutzmüller, Christoph; Werner, Julia
Herausgeber	Haus der Wannsee-Konferenz
Verlag	Hentrich & Hentrich
Jahr	2012
Beschreibung	Pädagogische Handreichung zur Arbeit mit Fotos im Unterricht.
Bezug	Buchhandel: ISBN 978-3-942271-60-8

Titel	GeschichteN teilen. Dokumentenkoffer für eine interkulturelle Pädagogik zum Nationalsozialismus
Autorinnen	Ehricht, Franziska; Gryglewski, Elke
Herausgeber	Miphgasch/Begegnung e.V., Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz
Verlag	Haus der Wannsee-Konferenz
Jahr	2009
Beschreibung	Archivmaterial über die Erfahrungen von Menschen im Nationalsozialismus und bisher kaum beachtete Zusammenhänge der nationalsozialistischen Geschichte in thematischen Mappen mit Fotos, Berichten von Zeitzeugen und historischen Dokumenten; für die schulische und außerschulische historisch-politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen aller Schultypen ab Klasse 9; Umfang: 10 Themenordner, Begleitheft, CD-Rom
Bezug	Buchhandel: ISBN 978-3-9808517-9-4 Oder bestellen unter: info@ghwk.de , Tel.: 030/80 50 01-0.

Titel	Geschichtscomic „Die Suche“
Autor/innen	Heuvel, Eric; van der Rol, Ruud; Schippers, Lies
Herausgeber	Anne Frank Haus
Jahr	2007
Beschreibung	Ein lebensweltlicher Zugang zu historischem Antisemitismus und der nationalsozialistischen Judenverfolgung.
Bezug	Comic und Begleitmaterial zu bestellen unter: http://www.annefrank.de/onlineshop

Titel	Handbuch Islam & Schule. Ein Handbuch für Pädagoginnen und Pädagogen
Herausgeber	Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
Jahr	2014
Beschreibung	Das Handbuch bietet Strategien und Informationen für Pädagoginnen und Pädagogen, um sich mit dem Thema Islam im schulischen Kontext auseinanderzusetzen.
Bezug	Bestellen unter: http://www.schule-ohne-rassismus.org

Titel	Kritik oder Antisemitismus? – eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus
Herausgeber	Amadeu Antonio Stiftung
Beschreibung	Die Broschüre ist Teil des Modellprojektes „israelbezogener Antisemitismus in Ost- und Westdeutschland. Aktionswochen gegen Antisemitismus“ der Amadeu Antonio Stiftung
Link	Download: http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israel-2012.pdf

Titel	Linke, Nahostkonflikt, Antisemitismus. Wegweiser durch eine Debatte. Eine kommentierte Bibliographie
Autor	Peter Ullrich
Herausgeber	Rosa-Luxemburg-Stiftung, ANALYSEN, Politische Bildung
Jahr	3. Auflage 2014
Beschreibung	Ziel dieser kommentierten Bibliografie ist es, zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen. Sie will den einseitigen Positionen, schablonenhaften Schuldzuschreibungen und ritualisierten Phrasen komplexere Perspektiven entgegensetzen, Zugang zu Hintergrundwissen und «Fakten» sowie zu den Bedingungen ermöglichen, die diese erst zu solchen machen, und somit Anregungen zur (selbst-)kritischen Reflexion geben. Die wichtigsten Veröffentlichungen zur Thematik werden dafür kurz vorgestellt. Verweise zu Kurztexten sollen die Nutzung für die Bildungsarbeit erleichtern.
Bezug	Download: http://www.rosalux.de/publication/38659/linke-nahostkonflikt-antisemitismus.html

Titel	»Man Wird Ja Wohl Israel Noch Kritisieren Dürfen ...?!« Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen
Herausgeber	Amadeu Antonio Stiftung
Jahr	2012
Beschreibung	Broschüre über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen
Bezug	Download: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de

Titel	Materialien für Schulen – Lernen und Lehren mit dem Museum
Herausgeber	Jüdisches Museum Berlin
Jahr	Band 1: 2004; Band 2: 2006; Band 3: 2009
Beschreibung	Pädagogische Arbeitsmaterialien für Schulen in drei Bänden. Band 1 „Kommentierte Dokumente zur Geschichte der Juden im Nationalsozialismus“. Band 2 „Kommentierte Quellen zur Jüdischen Lebenswelt“. Band 3 „Kommentierte Dokumente zur Geschichte der Juden im 19. Jahrhundert. Deutsche und Juden zugleich“
Bezug	Bestellen unter: http://www.jmberlin.de

Titel	Menschenrechtsbildung in KZ-Gedenkstätten?
Herausgeber	Haus der Wannsee-Konferenz
Verlag	Deutsche Vereinigung für Politische Bildung - NW e.V.
Jahr	2012
Beschreibung	Diese Ausgabe der Zeitschrift Politisches Lernen (Nr. 3-4/2012) richtet sich an Lehrkräfte der Fächer Politik und Geschichte und behandelt die Frage, inwieweit an Gedenkstätten, insbesondere KZ-Gedenkstätten, Menschenrechtsbildung betrieben werden kann und soll.
Bezug	Die Zeitschrift kann in Bibliotheken entliehen werden. ISSN 0973-2946

Titel	„Nicht durch formale Schranken gehemmt“. Ein neues didaktisches Buch zur Geschichte der Polizei im Nationalsozialismus
Autor/innen	Kaiser, Wolf; Köhler, Thomas; Gryglewski, Elke
Herausgeber	Haus der Wannsee-Konferenz
Verlag	Bundeszentrale für politische Bildung
Jahr	2012
Beschreibung	Unterrichts- und Arbeitsbuch zur Geschichte der deutschen Polizei im Nationalsozialismus. Das Material kann sowohl für die Aus- und Fortbildung von Polizist/innen an den Fachhochschulen und Fortbildungszentren der Länder als auch an Universitäten und Schulen eingesetzt werden.
Bezug	Bestellen unter: http://www.bpb.de/shop

Titel	Pädagogische Ansätze zur Bearbeitung von Antisemitismus. Die Ergebnisse des Modellprojekts „amira – Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus“
Herausgeber	Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK); amira – Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus
Jahr	2010
Beschreibung	In dreijähriger Zusammenarbeit entwickelte Zugänge und Methoden für eine nicht stigmatisierende Bearbeitung von Antisemitismus bei Jugendlichen vor allem mit türkischem, kurdischem und arabischem Migrationshintergrund.
Bezug	Download: http://amira-berlin.de

Titel	Perspektivwechsel. Theoretische Impulse – Methodische Anregungen
Herausgeber	Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST)
Jahr	2010
Beschreibung	Die Broschüre gibt Akteuren aus der Jugend(bildungs)arbeit Informationen und Methoden zum Umgang mit Diskriminierung und Vorurteilen an die Hand. Einleitend finden sich theoretische Grundlagen des Anti-Bias-Ansatzes und methodisch-didaktische Grundprinzipien des Projektes.
Bezug	Download: http://www.zwst-perspektivwechsel.de/pdf/pw-broschuere-methodenbuch-web.pdf

Titel	Schule ohne Rassismus Handbuch 1 & 2
Herausgeber	Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
Jahr	2003
Beschreibung	Die beiden Handbücher für Grund- und Sekundarstufe beschäftigen sich mit den vielfältigen Formen von Diskriminierung, insbesondere mit Rassismus.
Bezug	Bestellen unter: http://shop.jugendkulturen.de

Titel	Themenblätter im Unterricht/Nr.93: Antisemitismus
Autor	Patrick Pilarek
Herausgeber	Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Jahr	2014 (2. Auflage)
Beschreibung	Im Themenblatt „Antisemitismus“ wird kurz und knapp die lange Geschichte der Judenfeindlichkeit und ihre katastrophalen Folgen thematisiert. Auf dem doppelseitigen Arbeitsblatt werden Argumentationsmuster des Antisemitismus veranschaulicht, indem konkrete Beispiele und Vorfälle zur Diskussion gestellt werden. Ziel des Unterrichts sollte sein, zu Sensibilität im Alltag zu motivieren.
Bezug	Bestellen unter: http://www.bpb.de/shop Download: http://www.bpb.de/shop/lernen/themenblaetter/126535/antisemitismus

Titel	Themenheft: „Fatma ist emanzipiert, Michael ein Macho!“
Herausgeber	Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
Jahr	2012
Beschreibung	Im Themenheft: „Fatma ist emanzipiert, Michael ein Macho!? Geschlechterrollen im Wandel“ gehen Jugendliche aus ganz Deutschland der Frage nach: „Wie wollen wir im Land der Vielfalt zusammen(i)eben?“ Ihre Reportagen, Interviews und Porträts bieten ungewöhnliche Einblicke in interkulturelle Lebenswelten. Sie behandeln Fragen der Lust, der individuellen Freiheit, der Moral und der Verantwortung. Weitere Themen sind die Geschichte der Emanzipation, das umkämpfte Recht auf Selbstbestimmung und die Liebe in Zeiten der Migration.
Bezug	Bestellen unter: http://www.schule-ohne-rassismus.org

Titel	Themenheft: „Islam & Ich“
Herausgeber	Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
Jahr	2012
Beschreibung	Das Themenheft „Islam & Ich“ informiert über buntschillernde Szenarien des jugendlichen muslimischen Lifestyles und die vielfältige Musik, die sich auf den Islam bezieht. Weitere Kapitel ermöglichen einen tieferen Einblick in die Welt des Ressentiments und der Gewalt der Muslimhasser, der radikalen Islamisten und der terroristischen Dschihadisten.
Bezug	Bestellen unter: http://www.schule-ohne-rassismus.org

Titel	Themenheft: „Rassismus. Erkennen & Bekämpfen“
Herausgeber	Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
Jahr	2013
Beschreibung	Das Themenheft informiert über die Entstehung, die Geschichte und die heutigen Formen des Rassismus. Es thematisiert den alltäglichen Rassismus in den Medien, Behörden, in der Schule und will dazu beitragen, rassistische Denk- und Argumentationsmuster zu erkennen und eindeutig beim Namen zu nennen.
Bezug	Bestellen unter: http://www.schule-ohne-rassismus.org

Titel	Unterrichtsmaterialien und Lehrkräftehandreichung „Antisemitismus in Europa“
Herausgeber	Anne Frank Haus (Amsterdam), Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Zentrum für Antisemitismusforschung
Verlag	Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Jahr	2008
Beschreibung	Bestehend aus drei Bausteinen sollen die Unterrichtsmaterialien Lehrkräfte dabei unterstützen, europäisch-jüdische Geschichte zu vermitteln und über Entstehung, Traditionen und Stereotype der Judenfeindschaft vom Mittelalter bis heute aufzuklären. Entwickelt wurden die Materialien für die schulische Bildungsarbeit ab Klasse 9 sowie für die außerschulische Bildungsarbeit. Eine ergänzende Handreichung für Pädagoginnen und Pädagogen enthält wichtige Hintergrundinformationen sowie weiterführende Literatur- und Materialhinweise.
Bezug	Bestellen unter: http://www.bpb.de/shop

Titel	Verfassungsschutzbericht
Herausgeber	Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz
Jahr	Jährlich
Beschreibung	Aktuelle Entwicklungen in den Beobachtungsfeldern Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus und Ausländerextremismus sowie in den Bereichen Wirtschaftsschutz und Spionage
Bezug	Download: http://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz

Titel	Von Anne Frank zum Nahostkonflikt? – Zur Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus. Entwicklung pädagogischer Materialien. Projektdokumentation 2007-2010
Herausgeber	Anne Frank Zentrum (Berlin)
Jahr	2010
Beschreibung	Dokumentation des Modellprojekts „Entwicklung und Erprobung eines Materialpakets zur Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“ von 2007 bis 2010.
Bezug	Download: http://www.annefrank.de

Titel	Widerspruchstoleranz – Ein Theorie-Praxis-Handbuch zu Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit
Herausgeber	Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIGA e.V.)
Jahr	2013
Beschreibung	Die KIGA verknüpft mit diesem Handbuch Analyse und Hintergrundwissen mit pädagogischen Praxishilfen. So sollen Unsicherheiten abgebaut und die Thematisierung von Antisemitismus an Schulen ermöglicht werden.
Link	Download: http://www.kiga-berlin.org/uploads/KIGA_Widerspruchstoleranz_2013.pdf

Titel	Woher kommt der Judenhass? Was kann man dagegen tun? Ein Bildungsprogramm
Herausgeber	Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V./Tacheles Reden! e.V
Verlag	Verlag an der Ruhr
Jahr	2007
Beschreibung	Handreichung für pädagogische Fachkräfte mit Methoden und Konzepten für die Schule und die Jugend- und Erwachsenenbildung; Schulformen: Jugendarbeit, Sek I, Sek II, Berufsschule; Schulfächer: Geschichte, Gesellschaftslehre, Politik, Religion, Sozialkunde, Sozialwissenschaften/Politik, Projektunterricht; Altersstufen: 12-19
Bezug	Download: http://www.bildungsbausteine.de Oder Buchhandel: ISBN 978-3834601582

Titel	ZusammenDenken. Reflexionen, Thesen und Konzepte zu politischer Bildung im Kontext von Demokratie, Islam, Rassismus und Islamismus – ein Projekthandbuch
Herausgeber	Aycan Demirel, Mirko Niehoff im Auftrag der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIGA e.V.)
Jahr	2013
Beschreibung	Die Publikation umfasst neben Fachbeiträgen und Hintergrundanalysen programmatische Thesen und methodisch-didaktische Konzepte zur Islamismusprävention an Schulen. Bildungskonzepte für Schüler/-innen der Sekundarstufen I und II werden ausführlich beschrieben.
Bezug	Download: http://www.kiga-berlin.org

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Antisemitische Straftaten	31
Tabelle 2: ReachOut-Chronik, 2010-2013 (Quelle: Koordinierungsstelle Berliner Register und ReachOut 2014)	36
Tabelle 3: Chronik antisemitischer Vorfälle der AG Antisemitismus des VDK (2014)	38
Tabelle 4: Ansätze und Lernziele der Bildungsarbeit	93

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Antisemitische Delikte in Berlin 2003-2012 (Quelle: LKA/KPMD-PMK)	34
--	----

Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Broschüren

Gewalt hat keinen Wert. Du schon. – Stationen des Wertedialogs von Innensenator Henkel, 2014

Auch als Download verfügbar unter: www.berlin.de/lb/lkbgg/publikationen/weitere-publikationen/artikel.31242.php

Adressen gegen Gewalt, 2014

Als Download verfügbar unter: www.berlin.de/lb/lkbgg/

Sexuelle Gewalt – Wo stehen wir heute? Ein Überblick über die Zugänge zu Vergewaltigung und sexueller Gewalt in Großbritannien, Prof. Liz Kelly, 2008

Gewalt der Sprache – Sprache der Gewalt, Prof. Dr. Sybille Krämer, 2005

Hefte aus der Reihe Berliner Forum Gewaltprävention (BFG)

Als Download unter: <http://www.berlin.de/lb/lkbgg/publikationen/berliner-forum-gewaltpraevention/>

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 51, 2014

Handreichung Selbstevaluation

Handlungsempfehlungen für Projekte im Bereich der Jugendgewaltprävention

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 50, 2013

Das Rechtskundepaket - Rechtskunde-Projektwochen an Berliner Schulen

Dokumentation eines Präventions- und Bildungsprojekts

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 49, 2013

Dokumentation des Berlin-Brandenburger „Fachtages gegen Rechtsextremismus/Kommunale Netzwerke, Beratung, Bildung und Aufklärung“ am 12. Juni 2013 in der Staatskanzlei Potsdam

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 48, 2013

Dokumentation des 12. Berliner Präventionstages vom 16. Oktober 2012

„Schöne neue Welt – total vernetzt! Fluch oder Segen?“

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 47, 2012

Die Praxis von Vorurteils- und Gewaltprävention in zwei Berliner Quartieren - Forschungsbericht der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 46, 2012

Dokumentation des 11. Berliner Präventionstages vom 03.11.2011

„Brücken bauen – Respekt fördern – Vielfalt gestalten“

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 45, 2011

Jugendliche als Täter und Opfer von Gewalt in Berlin

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 44, 2011

„Intensivtäter“ in Berlin Teil III

Haftverläufe und Ausblicke auf die Legalbewährung junger Mehrfachtäter

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 43, 2010

Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von Modellprojekten der Landeskommision Berlin gegen Gewalt zur Steigerung der Erziehungskompetenz von Eltern mit Migrationshintergrund und zur Steigerung der Konfliktlösungskompetenz von männlichen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 42, 2010

Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 41, 2010

Dokumentation des 10. Berliner Präventionstages am 10.11.2009

Evaluation und Qualitätsentwicklung in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 40, 2010

Schnittstellenanalyse zum Themenkomplex Sexuelle Gewalt

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 39, 2009

Was tun gegen rechte Gewalt? Forschungsbericht der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung, September 2009

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 38, 2009

Dokumentation der Veranstaltung „Jugendgewalt: Was leisten Trainings, Kurse und Seminare“ am 7.10.2008

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 37, 2009

Plakatwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt für ein respektvolles Miteinander gegen Rechtsextremismus „Vielfalt entdecken. Neugier empfinden. Zusammenhalt stärken. Mach mit!“

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 36, 2009

Dokumentation des 9. Berliner Präventionstages am 14.10.2008

Kinder- und Jugenddelinquenz

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 35, 2008

Dokumentation des 8. Berliner Präventionstages am 31.10.2007

Schwerpunkte: In Würde aufwachsen (Prof. Dr. Klaus Hurrelmann), Stärkung von Erziehungskompetenzen, Frühe Hilfen, Zusammenarbeit von Eltern und Schule, Erziehungspartnerschaften, Koordinierter Kinderschutz

Adresse für Bestellungen

Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Klosterstr. 47

10179 Berlin

Telefon (030) 90223 – 2913

Fax (030) 90223 – 2921

berlin-gegen-gewalt@seninnsport.berlin.de

www.berlin.de/gegen-gewalt

Notizen

[illegible]

Landeskommission Berlin gegen Gewalt
c/o Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Klosterstr. 47,
10179 Berlin-Mitte

Telefon (030) 90223 – 2913

Fax (030) 90223 – 2921

berlin-gegen-gewalt@seninnsport.berlin.de
www.berlin.de/gegen-gewalt